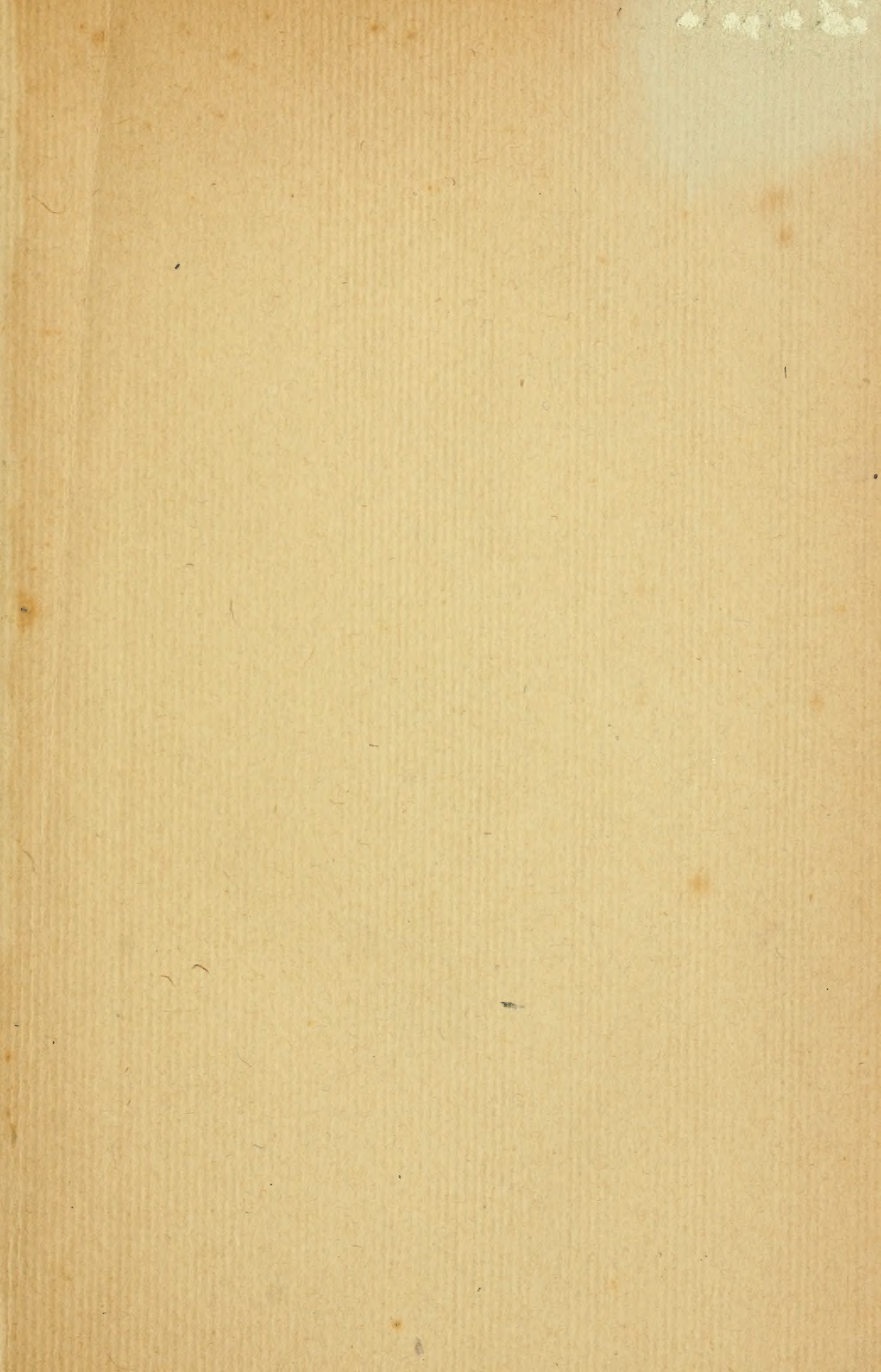
Hermann Oncken

Historisch-politische Aufsätze und Reden





Historisch-politische Aufsätze und Reden

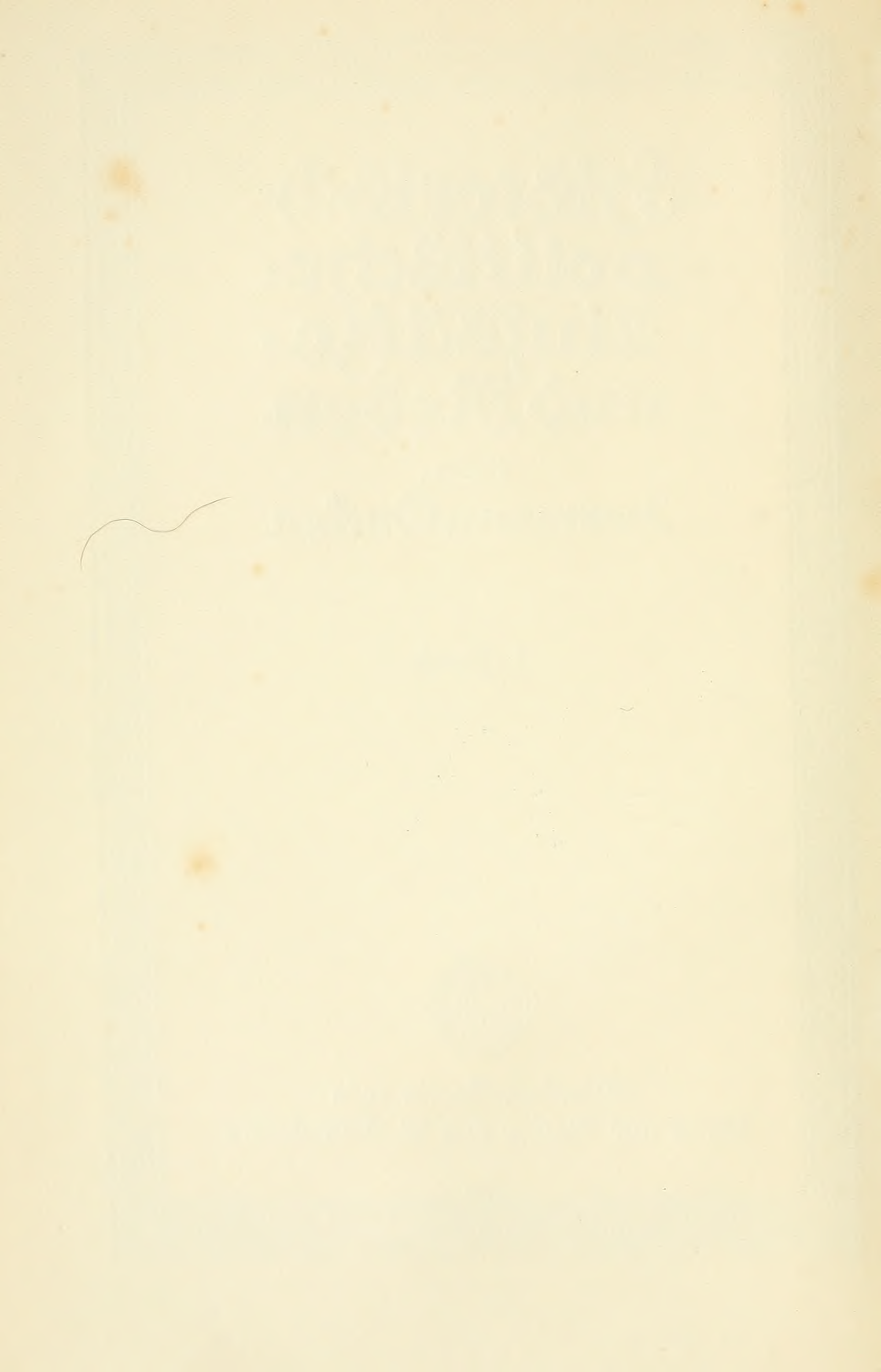
von

Hermann Oncken

1. Band



München-Berlin 1914
Druck und Verlag von R. Oldenbourg



Meiner Frau





Vorwort



Einer von seiten der Verlagshandlung an mich herangetretenen Anregung folgend, habe ich mich entschlossen, eine Reihe meiner kleineren historischen Aufsätze und Reden in einem — mit zwei Ausnahmen, über die in den Nachweisen berichtet wird — unveränderten Abdruck zusammenzufassen.

Eine Rechtfertigung dieser Sammlung mag in dem Umstande liegen, daß die meisten Aufsätze nach ihrem vorwiegenden Charakter als historisch-politisch bezeichnet werden dürfen. Sie knüpfen in ihrer Art, die Dinge zu sehen, an das universale, rein historisch interessierte und auf Objektivität gerichtete Erkenntnisstreben Rankes an, aber sie verschmähen darum nicht die befruchtende Berührung mit den Problemen der Gegenwart, wie sie der Anlaß der Stunde oder wohl gar der Gelegenheit auch an die historische Arbeit herantreibt; sie suchen Dinge der historischen Erkenntnis zu erobern, die bisher noch im Flusse der politischen Parteikämpfe lagen, und damit auch die Parteien zu einem stärkeren Bewußtsein ihrer historischen Stellung im nationalen Gesamtleben zu erheben. So wird man zumal in den Aufsätzen des zweiten Bandes, die auch unter dem Sondertitel: Aus der Vorgeschichte der Reichsgründung von 1848 bis 1871, zu einer gewissen Einheitlichkeit zusammengefaßt werden könnten, die Fäden immer wieder in der Gegenwart münden sehen:

wobei ich mir nicht verhehle, daß es Schritte auf einem Wege sind, den ich vor mir sehe, nicht Wegstrecken, die ich zurückgelegt habe.

Das Ziel aller historischen Arbeit liegt in ihr selber, wie ihre Erkenntnismittel, ihre Methoden, ihre innerlichsten Antriebe, aber sie braucht darum nicht zu vergessen, daß es auch für sie ein Endziel gibt: die Politisierung der Nation auf der Grundlage historischer Bildung.

Heidelberg, im März 1914.

Hermann Oncken.

Inhalts-Verzeichnis



1.

Der Kaiser und die Nation

Rede

bei dem Festakt der Universität Heidelberg zur Erinnerung an die Befreiungskriege und zur Feier des 25jährigen Regierungs-Jubiläums Kaiser Wilhelms II.

15. Juni 1913



Zu einer zwiefachen Erinnerungsfeier hat unsere akademische Körperschaft sich heute festlich versammelt: sie will in dem großen Gedächtnisjahr unserer Nationalgeschichte zugleich den Gedächtnistag unseres neuen Reiches, unseres Kaisers begehen. Wir dürfen beide Feiern, die Vergangenheit und die Gegenwart, als etwas innerlich Zusammengehöriges miteinander verknüpfen, weil die Idee, die wir in beiden ehren, aus dem gleichen Urgrund geboren ist. Denn der Nationalstaat von heute, dessen höchstem Repräsentanten wir unsere Huldigung darbringen, wurzelt nach seinen tiefsten Anfängen doch in jenen heroischen und ergreifenden Ereignissen von 1813: können wir einen höheren Maßstab als die geistigen und sittlichen Kräfte der Erhebung finden, wenn wir unsere Gegenwart in ihrem innersten Sein befragen und bewerten wollen? Und manche Erlebnisse der jüngsten Zeiten sind dazu angetan gewesen, Sinn und Herz empfänglich zu machen für die dunklen und hellen Stimmen, die von 1813 zu uns herüberklingen und auch den lauten Jubel dieser Tage auf einen ernsteren Ton stimmen.

An jenen großen Erinnerungen hat der südwestdeutsche Boden, auf dem wir stehen, keinen Anteil im eigentlichen und höchsten Sinne. Wir wissen alle, daß der badische Staat unter den Kanonen von Straßburg, in den Ketten des Rheinbundes lag, daß die Politik der Dynastie, der Geist des Beamtentums und die Luft des öffentlichen Lebens damals hier rheinbündisch waren; und vom Frühjahr bis zum Herbste 1813 haben die Söhne Badens unter den Fahnen Napoleons als Gegner der nationalen Erhebung im Felde gelegen. Aber wie immer unter der Decke der staatlichen Institutionen das geistige Leben in unsterblicher Freiheit wogt, so hat auch die eben wiederhergestellte Universität dieses Staates, unser Heidelberg, damals das Glück gehabt, geistig an der nationalen Erweckung mitzuarbeiten. Gerade die neuen Gelehrten der Universität, wie Creuzer, fühlten den Widerstreit zwischen der „neudeutschen Kleinheit" und der deutungsvollen Umgebung, und sie entschieden, „daß hier ein Ort für Männer sei, die das alte große Deutschland im Herzen tragen". (1804.) Und so kam es, daß

hier das nationale Herz der deutschen Romantik zuerst sich selbst entdeckte: als ihre Fahnenträger Arnim und Brentano „des Knaben Wunderhorn“ zum Tönen brachten, als der genialische Privatdozent Görres über altdeutsche Literatur las und die deutschen Volksbücher herausgab, als die Universität nach Tieck und Savigny die Hände ausstreckte: diesen Geist hatte der Freiherr vom Stein im Auge, wenn er von der rheinbündischen Universität sagte, daß sich an ihr ein gut Teil des Feuers entzündet habe, das nachher die Fremdherrschaft vertilgte. Und nachdem einmal der Bann gebrochen war, da wollten selbst Männer, die tiefer im Neudeutschen gewurzelt hatten, die ersten sein im Dienste der wiedererstandenen Nation; wie denn Thibaut 1814 den ersten, damals verfrühten Ruf nach einem einheitlichen Gesetzbuch der Deutschen hier erschallen ließ. Seit diesen Anfängen aber ist der nationale Geist bei uns nicht wieder verloren gegangen, sondern ein beglückender Besitz des akademischen und politischen Heidelberg von einer Generation zur andern geblieben.

Aber jene Ansätze geistiger Vorbereitung in Heidelberg mußten vor einem Jahrhundert sich auf Wissenschaft und Poesie beschränken, sie blieben eben reine Romantik, da sie nicht die Möglichkeit fanden, in die staatliche Sphäre überzugreifen und die politische Gesinnung mit ihrem Geiste zu erfüllen. Das war nur in Preußen möglich. Und so gehört denn den Preußen das große Erlebnis, die Tat der Befreiung fast allein an. Aber wenn sie nicht von allen vollbracht werden konnte, so ist doch die Erinnerung an das Erlebnis der Tat allen Deutschen ein gemeinsam teurer Besitz geworden, so gut wie der alte Fritz mit der Zeit ihnen allen gehörte, so gut wie alle jene Namen, die in Wissenschaft, Recht und Erziehung, in politischer Geschichte, Kunst und Dichtung die nationale Erneuerung befördern halfen.

Der ganzen Nation dürfen wir heute auch darum die Erhebung zurechnen, weil ihre Führer fast aus allen Stämmen sich zusammengefunden hatten. Ja ihre größten Namen, die Hannoveraner Scharnhorst und Hardenberg, der Mecklenburger Blücher und vor allem die Mitteldeutschen, die Franken Stein und Gneisenau, die der Landsmannschaft dieses Bodens

am nächsten stehen, sind nicht Preußen gewesen, und sie überflügeln wohl die geborenen Preußen der Erhebung, die Yorck, Boyen, Bülow und Clausewitz, die Humboldt, Schleiermacher und Schön; und auch wenn man von den Heroen der Tat einen Schritt weiter geht zu dem Lausitzer Fichte, dem Ditmarschen Niebuhr, dem schwedischen Pommern Ernst Moritz Arndt, immer wieder scheint es das ganze Deutschland zu sein, das in den Dienst des preußischen Staates und der deutschen Nation tritt und den wundervollen Reichtum aller dieser Individualitäten auf das gleiche Ziel richtet.

Gerade die verbindende Einheit aller wirksamen Kräfte, mitten in politischer Zerrissenheit, ist es ja heute, die uns immer wieder beim Durchleben jener Tage hinreißt. Es ist eine Einheit der Klassen, der Besitzenden und Nichtbesitzenden, die in der gleichen Not allen Unterschied verloren hatten. Eine Einheit des Glaubens und der Freiheit, in der die radikalsten Gedanken und die gebundensten Formen traditioneller Religiosität zusammengeführt sind. Eine Einheit von Tat und Wort, von Leier und Schwert. Treffend hat ein ausländischer Beurteiler, Lord Haldane, selbst Philosoph und ehedem Kriegsminister, es ausgesprochen, daß ohne die großen Denker der Deutschen kein Scharnhorst und Clausewitz, kein Roon und Moltke möglich gewesen seien. Ja, es war letzten Endes die Einheit von Macht und Kultur. Die Macht, die vordem auch im preußischen Staate seelenlos und mechanisch entartet war, und die Idee, die lange im 18. Jahrhundert weltabgewandt alle Bodenständigkeit abgestreift hatte, sie hatten sich zu einem Bunde gefunden, der immer zu den seltenen, aber um so erhebenderen Momenten einer Volksgeschichte gehören wird.

Alle diese Männer, alle diese Kräfte mußten sein, damit wir werden konnten. Das Volk selbst mußte nach Jahrhunderten wieder in die Arena getreten sein, um die staatliche Entwicklung zu retten und den Weg vorzubereiten, der zu unserer Gegenwart, zu Kaiser und Reich geführt hat. Und würdiger wahrhaft können wir den heutigen Festtag nicht begehen, als wenn wir ihn mit einem Danke an die Männer von 1813 einleiten: echter kann der Glückwunsch, den wir heute dem Kaiser entgegenbringen, nicht klingen, als wenn wir ihn mit dem natio-

nalen und freiheitlichen Geiste der Erhebung zu erfüllen suchen, um uns darüber klar zu werden, was alles seine Persönlichkeit mit dem Leben des ganzen Volkes verbindet — oder auch von ihm trennt.

Darum nahen wir nicht als gefällige Lobpreiser, sondern gedenken Fichtes Wort in den Reden an die deutsche Nation: „der wahrhaften, auf sich selber ruhenden Größe gefallen nicht Bildsäulen von der Mitwelt errichtet, oder der Beiname des Großen, und der schreiende Beifall und die Lobpreisungen der Menge; vielmehr weist sie diese Dinge mit gebührender Verachtung von sich weg und erwartet ihr Urteil über sich zunächst von dem eigenen Richter in ihrem Innern, und das laute von der richtenden Nachwelt." Wir freilich dürfen uns nicht den Spruch der richtenden Nachwelt anmaßen, wir sprechen nur für die begreifende und verstehende Mitwelt. Aber wir fühlen das Bedürfnis, mitten in dem flutenden Leben der Gegenwart einen Moment innezuhalten und uns auseinanderzusetzen mit dem, was uns diese fünfundzwanzig Jahre gebracht und versagt haben, und welche ungelösten Aufgaben voll Erwartungen und Gefahren von ihnen in die nächste Zukunft hinüberführen: immer wieder stoßen wir dabei auf den einen Mann, auf die Persönlichkeit Wilhelms II., an die im verflossenen Zeitraum so viel gebunden war und in der Zukunft so viel gebunden bleibt. Wir fragen uns, wie wir zu ihm stehen: und wir suchen zu bekennen, furchtlos in Anerkennung und Abweichung, weder mit jenem Byzantinismus nach oben, der mit dem Flitter des Worts und der Geberde die innere Leere deckt, noch mit jenem Byzantinismus nach unten, der über dem Umschmeicheln der Masseninstinkte die Ehrfurcht vor der Persönlichkeit und die Ehrfurcht vor der Institution des Staates und ihren Trägern verloren hat.

Jede Persönlichkeit hat ihre Wurzeln in einer ganzen Welt von Voraussetzungen. Auch den Kaiser können wir nicht verstehen, ohne das Erdreich zu kennen, das ihn erzeugte und trug.

Sein Vater, der so lange unter dem deutschen Volke der Kronprinz hieß, war zum Manne geworden in dem hoffnungsvollen Zeitalter, in dem der deutsche Idealismus mit allen

guten Geistern im Bunde nach einem deutschen Nationalstaat freiheitlichen Gepräges rang: er, der Sohn, geboren in dem Hoffnungsjahr der neuen Ära, 1859, erwuchs bereits in jenen Jahren, da Bismarck auf anderem Wege, von der preußischen Macht her, das deutsche Reich schuf. Unter einer veränderten Konstellation steht sein Leben schon von der Schwelle ab, sobald man nur den Namen dieses preußischen Prinzen hört. Es war an seinem fünften Geburtstag, am 27. Januar 1863, als der alte König, mitten im heißen Toben des Konflikts, seinen Ministerpräsidenten für die Landtagsschlacht besonders an die Bedeutung des Tages erinnerte; und ebenso gehorsam wie begierig nahm Bismarck den königlichen Wink auf, um „in diesem Zusammentreffen eine verdoppelte Aufforderung zu sehen, für die Rechte des Königtums und seiner Nachfolger einzutreten" und den Liberalen herausfordernd zuzurufen: „Das preußische Königtum hat seine Mission noch nicht erfüllt, es ist noch nicht reif dazu, einen rein ornamentalen Schmuck Ihres Verfassungsgebäudes zu bilden, nicht reif dazu, als ein toter Maschinenteil dem Mechanismus des parlamentarischen Regiments eingefügt zu werden."

Ähnlich ertönte damals eine vereinzelte Stimme aus dem Lager der sozialen Demokratie: auf Bismarck und den König war es berechnet, wenn Lassalle in seinem Hochverratsprozeß vom März 1864 vor seinen Richtern von einem Königtum sprach, das noch aus seinem ursprünglichen Teige geknetet dastehe, auf den Knauf seines Schwertes gestützt. Bismarck aber ist es gewesen, der diese Auffassung des Königtums, die dem liberalen Geist der Epoche so entgegengesetzt war, zum Siege und zur Herrschaft in dem von ihm geschaffenen Deutschen Reiche geführt hat.

Das war nur ein Auftakt, und immer vernehmbarer, bald auch begriffener, klang dieselbe Melodie in das Leben des jungen Prinzen. In seine ersten Knabenjahre fielen Sieg und Ruhm der großen Kriege. Und wenn wir nach seinen Jünglings- und ersten Mannesjahren fragen, die für die Prägung einer politischen Individualität bestimmend sind, so stehen sie ganz unter dem Erlebnis der zweiten Machthöhe Bismarckscher Staatsleitung in der Zeit von 1879 bis 1888, in der der Kanzler

von neuem die Liberalen zurückdrängte und unter Rückkehr zu den autoritären Grundlagen des Staates die konservativen Kräfte in Wirtschaft und Gesellschaft bewußt und erfolgreich in die Höhe hob. Der Geist dieses Jahrzehnts erfüllte wohl auch den jungen Prinzen, der fern von den Staatsgeschäften im Dienste der Potsdamer Garnison aufging: er trug die Farbe dieses Geistes, als er plötzlich, unvermittelt, fast unvorbereitet, vor fünfundzwanzig Jahren der Erbe des Reiches ward.

Unvermittelt war der Übergang auch für die auf den plötzlichen Wechsel nicht vorbereitete Nation, vor allem für diejenige politisch tätige Generation, die noch mit dem Vater, mit Kaiser Friedrich und seinen Idealen aufgewachsen war. Man empfand, daß der plötzliche Sprung auch einen Verlust bedeute. Gustav Freytag suchte die allgemeine Empfindung in Worte zu kleiden, indem er in der Reihe der preußischen Könige den ablösenden Wechsel der Generationen und Individualitäten aufwies: „Mit jedem Nachfolger trat eine Ergänzungsfarbe zu dem Wesen des Vorgängers hervor, wohl oder übel, zum Heil oder Unheil, aber nicht zufällig, sondern nach einem höheren Lebensgesetz. Diesmal aber ist den Deutschen die Ergänzungsfarbe ausgefallen.“ Das war es, der Ausfall der Ergänzungsfarbe: in einer vom Schicksal gewollten inneren Spannung mit einem großen Teile der Nation, trat der Erbe des von Bismarck kaiserlich erhöhten Königtums in sein Amt. Ein dankbar lernbegieriger Schüler des Meisters, ein Erbe zunächst nur und doch wieder mehr — denn er war zugleich aus eigenem Rechte der Erbe eines Namens und einer Tradition, der Sohn ehrgeiziger Eltern und der Abkömmling eines Hauses großer Könige. Es mochte ihm nicht entgangen sein, daß viel von dem, was sich unter dem Namen seines greisen Großvaters vollzog, in Wahrheit von einem andern Willen und einer andern Persönlichkeit erfüllt war, daß die Dynastie in dem Zeitalter ihres rühmlichsten Aufsteigens fast überschattet schien von einem allmächtigen Minister. Auch lag der Ehrgeiz wohl früh in seiner Seele, die tatsächliche Macht wieder mit ihrem Namen und ihren Insignien zu verbinden; nicht minder die Spannkraft des Entschlusses, durch Hemmungen körperlicher

Art, die er willensstark überwand, eher angespornt als behindert; aber er mochte abwarten wollen, wie Ludwig XIV., der erst nach Mazarins Tode zur Selbstherrschaft schritt.

Die Stunde kam früher, als er selbst gedacht hatte. Man mag die Trennung von Bismarck unter einem mehr menschlichen oder einem mehr politischen Gesichtspunkte ansehen, ein Doppeltes bleibt bestehen. Die Tragik für den Reichsgründer, gegen den die von ihm geschaffene und erhöhte monarchische Institution in ihrem jungen Träger sich erhob und ihr Recht geltend machte: die Tragik auch für den jungen Kaiser, dem jeder Schritt in die Selbständigkeit fortan von einer Hypothek der nationalen Gefühlswerte belastet war, die abzulösen für ihn unmöglich blieb. Die Deutschen gewannen es nicht über sich, den Schöpfer des Reiches von seiner Schöpfung getrennt zu sehen, und neben aller andern Bitterkeit, über die man nicht hinwegkonnte, wollte man nicht verstehen, daß ein so unschätzbares Kapital politischer Erfahrung fortan brach lag. Die historische Gerechtigkeit aber fordert einzugestehen, daß die Trennung nicht allein von der persönlichen Gegensätzlichkeit, sondern auch von politischer Notwendigkeit bestimmt war. In seinem Konflikt mit Bismarck hat Wilhelm II. der Versuchung widerstanden, die normale und friedliche verfassungsmäßige Entwicklung des Reiches durch gewaltsamen Einbruch zu stören und den Fortgang zugleich der sozialpolitischen Versöhnung der arbeitenden Klassen zu unterbrechen. Hier wie dort war er der Erbe der früheren Bismarckschen Staatskunst und zugleich ihr Verteidiger gegen deren letztes Stadium, in dem der Kanzler mit dämonischer Verwegenheit die rückläufigen Tendenzen des Alters durchsetzen und damit den jungen Kaiser — wie in der Konfliktszeit um eines hohen Zieles willen den Großvater — für immer an sich fesseln wollte. Wenn man die Dinge durchdenkt, um die es sich im Frühjahr 1890 handelte, so fragt man sich, ob dieser positive Entschluß des Kaisers, der mit so herben Opfern erkauft wurde, nicht schwerer wiegt als manches vorschnelle und scharfe Wort, mit dem der Monarch später wohl an staatsrechtliche Formen getastet oder in die soziale Bewegung unseres Volkes, die nach ihren eigenen Gesetzen verläuft, herrisch einzugreifen versucht hat.

So hatte alles sich vereinigt, Erlebnis und Tradition, Konflikt und Anlage, um die besondere Auffassung und Führung seines Amtes hervorzubringen. Fortan, da er die Macht allein hatte, ist Kaiser Wilhelm II. so persönlich hervorgetreten, daß er die Menschen zur Beschäftigung mit seiner Persönlichkeit zwang. Er hat sich so persönlich gegeben, daß seine historische Figur in das doktrinär-parlamentarische Schema vom Staatsoberhaupt als einem farblos korrekten Repräsentanten, das in einem Zeitalter gesteigerten individuellen Lebens überhaupt einen etwas vergilbten Eindruck macht, am allerwenigsten hineinpaßt. Er hat sich auch im Auslande so durchgesetzt, daß der Begriff „the Kaiser" fast wieder zu einem Eigennamen für ihn allein geworden ist, weil er eine Persönlichkeit bezeichnet, die sich von allen konventionellen Erscheinungen gekrönter Häupter unterscheidet. Und mit dieser Persönlichkeit ist er hinausgeschritten in die Mitte seines Volkes, er hat das Ganze eingesetzt für alle politischen Entscheidungen, die an das Reich herantraten, er hat Anteil genommen an allen Fragen, die unser geistiges Leben bewegten, nicht in der bequemen Weise nichtssagender Allgemeinheiten, sondern er hat Partei genommen, bekennend, führend, angreifend, ja herausfordernd. So steht er seit fünfundzwanzig Jahren mitten in dem grellen Licht des Tages, in jedem Momente sichtbar und gesucht, beobachtet und kritisiert, geliebt und getadelt. Es hat Augenblicke gegeben, in denen er der begeisterten Nation das Wort vom Munde nahm, und Augenblicke, in denen er die weitesten Kreise zu erregtem Widerspruche aufpeitschte; ja sogar Stunden, in denen er die Fühlung mit seinen Getreuesten verloren zu haben schien. Die Summe der einst gegen Bismarck, mehr als wir heute uns erinnern, gerichteten Kritik ist von einem Volke, dessen politisches Interesse sich immer noch gern in dieser Weise entlädt, gegen den Kaiser häufig noch viel bitterer ins Feld geführt worden. Ein Geschlecht, das das königliche Recht der Individualität so hoch stellt wie nie zuvor, wollte diesem einen gegenüber nicht tolerant sein, es fühlte sich so häufig herausgefordert und so häufig mit Recht herausgefordert, daß es fast verlernte, auch dem Kaiser zu geben, was des Kaisers ist.

Seine Persönlichkeit wollte mehr sein als der Erbe eines Namens und der Träger einer Institution, sie strebte nach nichts Geringerem, als ein wahrhafter Führer der Nation zu werden. Und doch schien sie in sich selber nicht die geschlossene Einheit der geborenen Führernaturen zu verkörpern, sondern umspannte, in einer eigenartigen Mischung moderner und traditioneller Züge, eine Welt von Widersprüchen; ja man fühlte in dem Blute dieses Hohenzollern die koburgische Anpassung und die welfische Starrheit manchmal miteinander streiten. Auf der einen Seite eine Auffassung seines Berufes, orientiert an einem religiösen und höchst persönlichen Verantwortlichkeitsgefühl, in dem ein Franzose nur eine der vielen Äußerungen eines unverständlichen „mysticisme allemand" wiederfand, ein ausgeprägter Sinn für alles historisch Gewordene, alles in Autorität, Herkommen, Disziplin des Lebens Verankerte, eine Vorliebe für die preußischen Formen des militärischen Befehls, auch in andern Welten, in die sie weniger hineinpaßten, bestimmt und einschneidend, bis zur Überspannung. Auf der andern Seite ein ganz moderner Mensch, ein Sanguiniker der Stimmung und des Ausdrucks, höchst empfänglich und eindrucksfähig, unstet und beweglich, ringend um das Verständnis aller Fragen, die das zerrissene und überfüllte Leben der Gegenwart an uns herantreibt, aufgeschlossen für alle bewegenden Kräfte der modernen Welt, in Handel und Verkehr, in Wissenschaft und Technik. Ein Monarch, der bei aller Pflege der historischen Kontinuität sich im Stil seines Lebens und seiner Neigungen unendlich weit von dem einfacheren Typus seiner letzten Vorfahren entfernt hat.

Das scheinen Gegensätze, die nicht auf eine einfache Formel zu bringen sind. Aber sehen wir nicht immer wieder in der Geschichte Persönlichkeiten auftauchen, die, auf der Scheide der Zeiten stehend, solche weiten Gegensätze in sich zu einer inneren Einheit verschmelzen? So erscheint uns Kaiser Maximilian I.: er hieß der letzte Ritter, er pflegte die Traditionen längst verblichener Kaiserherrlichkeit und höfischer Ritterromantik, wiegte sich in phantastisch-dynastischen Utopien und spielte sogar mit dem Traume, die römische Tiara auf sein Haupt zu setzen; zugleich aber war er ein höchst moderner Mensch, der auch im

Heerlager nicht nur die Ritterrüstung trug, sondern an der Ausbildung der modernen Waffengattungen des Landsknechtswesens und der Artillerie mit Eifer und Sachkunde beteiligt war, der im Kreise der Künstler und Poeten seiner von Schaffenslust überquellenden Humanistengeneration wie ein recht dazu Gehöriger empfand. Träger eines altertümlich erhabenen Amtes und ein vollblütiger Renaissancemensch: trotz dieser Gegensätze lebt er in der Geschichte als eine Einheit, als eine Persönlichkeit fort und hat eben darum sein Gedächtnis tiefer gegraben als die meisten seines Hauses.

Wir haben immer von neuem das Bedürfnis, eine so zusammengesetzte Persönlichkeit, wie unser Kaiser es ist, mit unserem Gesamtempfinden, mit der Welt unserer lebendigen Ideale in eine Beziehung zu setzen, wir trachten sie an der Kultur unserer Zeit zu messen und zu bewerten. Wobei wir freilich nicht vergessen dürfen, daß wir, auf der Scheide der Zeiten stehend, einen solchen Kulturbegriff einheitlichen Gepräges nicht besitzen. Wir haben eine nach neuen Werten suchende und eine die traditionellen Werte pflegende Kultur, eine zur höchsten individuellen Verfeinerung gesteigerte ästhetische Kultur und eine technisch verwegene und von äußerlichen Erfolgen strotzende Kultur der Mechanisierung des Lebens: von wo sollten wir den absoluten kulturellen Maßstab entnehmen, um der Persönlichkeit des Kaisers gerecht zu werden? Und selbst wenn wir diesen Maßstab finden könnten, wäre ein solcher, von vielen ersehnter, harmonischer Einklang der höchsten Macht und der höchsten Kultur ohne weiteres denkbar? Goethe hat darüber, als er die ganz verständnislose Stellung Friedrichs des Großen zum geistigen Leben Deutschlands erwog, am 21. Juni 1781 an die Tochter Mösers geschrieben: „Ein Vielgewaltiger, der Menschen zu Tausenden mit einem eisernen Zepter führt, muß die Produktion eines freien und ungezogenen Knaben unerträglich finden. Überdies möchte ein billiger und toleranter Geschmack wohl keine auszeichnende Eigenschaft eines K ö n i g s sein, so wenig sie ihm, wenn er sie auch hätte, einen großen Namen erwerben würde, vielmehr dünkt mich, das Ausschließende zieme sich für das Große und Vornehme." Der Dichter durchschaut es wohl, daß zwischen

Macht und Kultur immer eine Spannung bestehen muß, die größer (im Falle Friedrichs des Großen kaum erträglich für die Deutschen seiner Zeit) oder geringer sein, aber kaum je völlig überwunden werden kann. Denn dem Staate ist es, wie Schleiermacher einmal bemerkt, nur um Macht, um Kenntnisse, nicht um Erkenntnisse zu tun; seine Träger werden Wissenschaft, Kunst und Technik vor allem schätzen, sobald sie nutzbar in den Dienst der Macht treten, und auch ihre uneigennützige Liebe zu dieser Sphäre immer wieder einer höhern Rücksicht unterordnen.

Der Kaiser will seine Individualität behaupten im Staate, wie Friedrich Wilhelm IV. es gewollt hat; behaupten gegenüber einer Zeit, der er sich — obschon er ihr Sohn ist — in manchem doch auch wieder entgegengesetzt fühlt. Er steht in einer Zeit der Demokratisierung, in deren Mitte die Sehnsucht nach der aristokratischen Individualität wieder erwacht, in einer Zeit der Mechanisierung des Lebens, die man wohl als Entgermanisierung gedeutet hat: und er sucht das Gegengewicht aller traditionellen und historischen Kräfte in die Wagschale zu werfen. Aber er ist dieser Zeit nicht nur entgegengesetzt, sondern zugleich ihr Sohn: er wurzelt in der deutschen Gegenwart, mit der jagenden Bilderflucht ihrer Impressionen, ihrer Weltstadtphänomene und ihrer materiellen Überkultur: er hat so tief aus diesem Becher getrunken, daß er geradezu als ein Exponent und Ausdruck der jüngsten deutschen Entwicklung gedeutet werden darf. Und das Moderne ist so stark in ihm, daß es ihn vor dem tragischen Konflikte mit seiner Zeit bewahrt hat: dieses Vierteljahrhundert hat ihn gelehrt, daß der Persönlichkeit inmitten der Welt ihre Grenzen gesetzt sind, daß auch für den Stärksten das resignierte Wort des alten Bismarck gilt: unda fert nec regitur.

Aber wie auch immer wir das Verhältnis des Kaisers zur deutschen Kultur bestimmen, das Urteil über den Träger der Macht muß das Entscheidende bleiben: das fühlte auch Goethe mit untrüglichem Takte. Daher suchen wir heute hinter der menschlichen Persönlichkeit Wilhelms II. den Kaiser und König.

Kriegerisch war der Ruf, der ihm voranging, kriegerisch der Beruf, an den ihn Neigung und Pflicht band, kriegerisch klirrend manches seiner Worte, und doch sind diese 25 Jahre eine gesegnete Periode des Friedens gewesen. Mitten hindurch durch schwere Erschütterungen Europas und der Welt hat Wilhelm II. seinem Volke den Frieden bewahren können, und an seiner Persönlichkeit haben für das Deutsche Reich, und man darf wohl sagen für die Welt, immer wieder die Entscheidungen gehangen. Er hat sein Volk zur Weltpolitik geführt, aber nicht mit den stürmischen Schlägen des jungen Friedrich des Großen, der die Erprobung seines Genius nicht abwarten konnte, sondern durch eine lange Zeit der Vorbereitung, der wechselnden Konstellationen und der europäischen Krisen, der großen Anläufe und kleinen Erfolge hindurch bis zum heutigen Tage hin. Wir können an dieser Stelle weder den Ablauf der Ereignisse der deutschen Auslandspolitik unter Wilhelm II. auch nur in Umrissen vorführen, noch den Versuch machen, das letzte Wort über ihre Aussichten zu sprechen. Rasch und wechselnd ziehen vor dem zurückschauenden Blick die Bilder vorbei: die ersten Jahre, wo die politische Erfahrung des ersten Kanzlers dem jungen Kaiser zur Seite stand, dann die Jahre, wo man die grollende Kritik des Alten in Friedrichsruh neben sich wußte, die Jahre der prangenden Erinnerungsfeiern an eine große Zeit, und dann, immer höher ansteigend, der Ernst des Lebens, eine neue Zeit mit veränderten Zielen und Sorgen, die eigene Verantwortlichkeit vor dem Vaterland und der Geschichte. Nur an einer Stelle sehen wir einen ruhenden Pol in der Erscheinungen Flucht: in dem Verhältnis des Deutschen Reiches zu Österreich-Ungarn, das innerhalb des Dreibundes eine Intimität für sich ist. Unter dem Zeichen der „herzlichen, treuen, unauflöslichen Freundschaft und Bundesgenossenschaft" haben die beiden Kaiser ihr Verhältnis eingeleitet, und mit einer gewissen Freudigkeit hat Wilhelm II. seitdem an einer Politik festgehalten, die mit einer Stabilität ohnegleichen beide Staaten in fünfundzwanzig Jahren auf derselben Linie hielt.

War hier der Kaiser der Erbe seines Großvaters und Bismarcks, der treue Hüter ihres Vermächtnisses, so ist er auf

einem andern Gebiete der auswärtigen Politik weit über die Grundlinien überkommener Traditionen hinausgeschritten. Mit Bewußtsein und Ausdauer hat er der unter Bismarck wesentlich kontinental orientierten Politik des Reiches die Richtung in die Welt gewiesen. In diesem Anstoß hat er seine Persönlichkeit am stärksten auswirken können; in diesem Anstoß wird man, soweit wir bis jetzt urteilen können, das Eigentlichste seiner weltgeschichtlichen Stellung erblicken müssen. An dieser Stelle empfindet auch die Welt ein neues Zeitalter deutscher Ziele.

Lange hatten die Deutschen aufgehört, ein Seevolk zu sein. Fichte, in den Reden an die deutsche Nation, meint, daß Jahrhunderte hindurch, während des Wetteifers aller andern Nationen der Deutsche wenig Begierde gezeigt habe, an dem Kampf um die Meere in einem ausgedehnten Maße teilzunehmen: „und er wird es nie. Auch bedarf er derselben nicht" — fügt er mit der apodiktischen Selbstgewißheit des Philosophen hinzu. Er hatte immerhin einen guten Grund, zu betonen, daß den Deutschen „die in unsern Tagen so häufig gepriesene Freiheit der Meere" fremd sei — denn die Freiheit der Meere war damals ein Schlagwort des Napoleonismus in seinem Kampfe mit England, ein billiger Trost für die Unfreiheit zu Lande geworden. So weit waren, vor der innern Not der Nation, die stolzen Erinnerungen an die Tage der meerbeherrschenden Hansa aus dem Bewußtsein gewichen, daß selbst die nationalen Propheten sie auch in der Zukunft nicht wiederkehren sahen. Dann hatte die Einigung des Reiches zwar die ersten Voraussetzungen gebracht: Schleswig-Holstein und einen Kriegshafen, ein wenig Flotte und den Nordostseekanal, und sogar die Erwerbung der Kolonien eingeleitet, aber es waren alles nur Außenwerke der deutschen Politik, die deren Kern und Mittelpunkt nicht berührten.

Erst der Kaiser suchte hier einen neuen Brennpunkt deutschen Lebens zu finden. Es war eine Wendung höchst persönlichen Ursprungs, persönlich ergriffen und durchgehalten. Er hat es selbst gelegentlich ausgesprochen, daß er schon als Jüngling, vor dem Modelle eines Schiffes der 1848 er Reichsflotte traurigen Angedenkens, den Entschluß gefaßt hätte, die

Schmach solcher Zeiten nicht wiederkehren zu lassen, sondern den Deutschen ihren Platz in der Welt und auf der See zu erkämpfen. So steuerte er hinaus aus den Zeiten der kontinentalen „Saturiertheit“ Deutschlands, er prägte die Schlagworte von einem größeren Deutschen Reiche über der See und unserer Zukunft auf dem Wasser, er schuf mit persönlichster Anteilnahme und Sachkunde die Flotte, die die Deutschen zu einer Macht in der Welt gemacht hat, er war unermüdlich tätig, den Sinn seines Volkes für diese damals nur wenigen erschlossenen Welten zu wecken und den frischen Wind der salzigen See, der kolonialen Unternehmungslust, der weltwirtschaftlichen Zusammenhänge in die enge Atmosphäre eines dicht gedrängt lebenden Volkes wehen zu lassen. Und so begann sich der politische Horizont der Deutschen um die ganze Welt zu weiten: Helgoland und Ostafrika, Samoa und Kiautschou, Takuforts und Hereroaufstand in Südwest, Bagdadbahn und Karolinen, Marokko und Kongo; daneben die gewaltig wachsenden Ziffern unserer Produktion und unserer Aus- und Einfuhr, unseres Schiffsverkehrs und unseres überseeischen Kapitalinteresses, an denen wir die gewaltige wirtschaftliche und soziale Verschiebung der Grundlagen unseres Staates ablesen können; schließlich als wechselnder und doch monoton wiederkehrender Hintergrund das Spiel der europäischen Bündnisse und Gegnerschaften, der Krisen und Machtproben.

Denn der neue Weg brachte neue Probleme für unsere Gesamtpolitik. Der Kaiser beschritt ihn, obgleich er ihn mit der Zeit in einen immer tieferen Gegensatz gerade zu demjenigen Volke und Lande brachte, dem er innerlich vielleicht nur ererbte Sympathie entgegentrug: zu England. Der Enkel der Königin Viktoria, der Bewunderer englischer maritimer Größe und Freund englischen Lebensstiles mußte, als er Deutschland zu einer wirklichen Flottenmacht erhob, eine erregte Gegnerschaft Englands gegen uns aufrufen. Das war eine vielleicht unvermeidliche Notwendigkeit, wenn auch nur eine vorübergehende Notwendigkeit. Und so geschah es, daß neue Konstellationen europäischer Mächte den weitgespannten Plänen, die den deutschen Geist erfüllten, hemmend, einkreisend, drohend gegenübertraten.

In aller Gedächtnis stehen die Erfolge und Mißerfolge dieser neuen Politik. Es konnte nicht fehlen, daß man hinter dem stürmischen Anlauf manchmal zurückblieb. Unsere Weltstellung mit allen ihren geographischen und historischen Voraussetzungen brachte es mit sich, daß man nur Schritt für Schritt, langsamer, als der Führer gedacht, vorankam; immer wieder mußte inmitten der Weltgegensätze das Steuer herumgeworfen werden. Man denkt an die Jahrzehnte, in denen der große Kurfürst seinen brandenburgischen Territorialstaat in die Reihe der europäischen Mächte einführte, immer zwischen Schweden und Polen, dem Reich und den Franzosen lavierend, hastig und treulos den Kurs wechselnd, — so auch mußte die Politik der stärksten kontinentalen Großmacht in der Welt operieren, um einen kleinen Vorteil zu erjagen, immer auf die Gefahr hin, daß die Weltgegensätze mit schwerer Hemmung auf die Kontinentalpolitik zurückwirkten. Es gibt Perioden, die den Grund legen, vorbereiten und säen, und es gibt Perioden, die bauen und ernten, Perioden des wechselnden Anlaufs und des geradlinigen Erfolgs: die einen sind nicht ohne die andern.

Freilich der Hochflug glänzender Träume, in denen das jugendliche Temperament des Kaisers sich einst wohl gewiegt hatte, mußte in der Welt der Wirklichkeit sich umwandeln zu einer diplomatischen und wirtschaftlichen Arbeit, die Zähigkeit und Ausdauer erforderte und sich manchmal auch mit halben Erfolgen zu bescheiden hatte. Wir wissen, daß auch dem Kaiser persönlich schwere Enttäuschungen nicht erspart geblieben sind. Und wenn die innerpolitische Kritik der Radikalen an dem Kaiser seine autoritären Neigungen und Worte, seine Pflege der traditionellen Kräfte des Volkslebens heftig tadelte, so gesellte sich nun in den letzten Jahren dazu eine mehr außerpolitische Kritik der Nationalen, denen er nicht genug tat. Dieser Teil der öffentlichen Meinung begann, auf die Gefahr eines Weltkrieges hin, ein energischeres Vorgehen zu fordern, und verbitterte sich in pessimistischer Betrachtung, daß man überall zu kurz komme. Der Führer auf dem neuen Wege der Weltpolitik sah die Geister, die er selbst gerufen, manchmal übermächtig werden.

Sie waren darum noch nicht im Rechte. Ich habe mich nie überzeugen können, daß die öffentliche Meinung in ihrem

Urteil über die auswärtige Politik eine glückliche Hand gezeigt hat: sie hat sich in den Weltzusammenhängen und ihren Kräften häufig ebenso langsam zurecht gefunden wie ihre nationalen Vorläufer in den sechziger Jahren in der europäischen Politik. Sie hat den ersten Vertrag mit England von 1890, der uns das heute für uns unschätzbare Helgoland brachte, mit der gleichen Maßlosigkeit und Unkenntnis verworfen wie den Abschluß der Marokkopolitik, der immerhin den Franzosen wichtige Stücke ihres Kolonialbesitzes als Kompensationen abgenötigt hat. Und dieselbe vorschnelle Kritik wird sich vermutlich wieder erheben, wenn die endgültige Aufräumung aller zwischen Deutschland und England schwebenden Schwierigkeiten und eine freundschaftliche Regelung ihrer Interessen und Zukunftsmöglichkeiten den Abschluß einer Periode des Mißtrauens bringen sollte — und eine Entlastung unserer Weltstellung, die seit der letzten orientalischen Krisis sich stärker als je wieder auf kontinentale Machtverschiebungen einzurichten hat.

Erst die Nachwelt, der alle Zusammenhänge offen liegen und der schließliche Ausgang bekannt ist, wird das letzte Wort des geschichtlichen Urteils sprechen können: soweit man, unter Abwägung aller Kräfte, heute urteilen kann, sind wir in sicherem und ununterbrochenem Fortschreiten begriffen, und auch das ist zu einem guten Teile das Werk des Kaisers.

Wir Deutsche sind kritisch veranlagt und ziehen gern Vergleiche — besonders wenn sie unserer kritischen Neigung zu Hilfe kommen. Wie oft ist nicht die Ära Bismarck im neuen Reiche, die auch von Kämpfen und Sorgen — selbst nach außen hin viel mehr als wir ahnen — durchzogen war, von der politischen Publizistik in den letzten fünfundzwanzig Jahren heraufbeschworen worden. Wir dürfen heute auch einmal ein Stück weiter zurückgreifen. Die Kämpfer der Freiheitskriege haben, schwer enttäuscht, nicht das freie und einige Deutschland erlebt, um das sie in Wort und Tat gestritten hatten. Es hatte seine guten Gründe. Hatten doch Preußen und Österreich nicht aus eigener Kraft allein, sondern nur im Bunde mit den gesammelten Kräften Rußlands und Englands den Kaiser der Franzosen niederwerfen und die Befreiung deutschen Landes vollbringen

können. Heute ist das Deutsche Reich, mit seinen Bundesgenossen zur Seite, stark genug gewesen, den vereinigten Atmosphärendruck von Rußland, England und Frankreich zugleich auszuhalten und trotzdem seinen Weg in Ehren weiterzugehen. Und noch ein anderes Bild. Die Kämpfer der Freiheitskriege kehrten zurück in ein Deutschland, dessen Volk im ganzen zerteilt und zerrissen blieb und von der Beteiligung an dem Staate von den Obrigkeiten mit bösartiger Ängstlichkeit ferngehalten wurde. Heute ist die Einheit unter Kaiser und Reich so sicher verankert, daß kein Stamm und keine Partei sie wieder antasten möchten, und sie ruht — das ist der Segen unserer demokratischen Institutionen — so tief in dem ganzen Volke, daß schließlich doch, trotz manchem Mißton der Stunde, alle Schichten und Gruppen der Gesellschaft dem Staate gewonnen werden. Erleben wir doch, daß auch die steigenden Anforderungen der Weltpolitik zugleich dazu dienen, im Innern den sozialen Ausgleich zu beschleunigen und allmählich das ganze der Parteien zu einer tätigen und freudigen Arbeit am Reiche zu erziehen.

Die Arbeit am Staate, dessen monarchisches Oberhaupt wir heute in Dankbarkeit begrüßen, und die geistige Arbeit, die alle Glieder unserer Universität vereint, gehen häufig getrennte Wege und müssen es tun, um ihrer selbst willen, wie immer Macht und Kultur gesonderten Lebensgesetzen gehorchen. Aber beide Welten sind doch, wie das Gedächtnis unserer Väter von 1813 uns lehrt, durch manches unsichtbare Band miteinander verbunden und aufeinander angewiesen. Denn beide wurzeln in demselben Urgrund des Seins und dienen am letzten Ende denselben Zielen: sie gehören der Nation an, und in allen ernsten Stunden werden sie wie damals zusammentreten, um eine wahrhafte Einheit zu bilden.

In diesem Geiste bringt auch die Universität Heidelberg am heutigen Tage Kaiser Wilhelms II. ihre ehrfurchtsvolle Huldigung dar: den Dank für das, was er in diesen fünfundzwanzig Jahren für das Deutsche Reich geleistet und erstrebt hat, und alle guten Wünsche für die Zeiten, denen wir unter seiner Führung mit Zuversicht entgegengehen.



2.

Die Ideen von 1813 und die deutsche Gegenwart

Eine säkulare Betrachtung

(Oktober 1913)



it dem Gedächtnistage der Leipziger Völkerschlacht fügt sich das letzte Glied in die Kette der Erinnerungsfeiern unseres Volkes an die Erhebung von 1813. Die Ideen, die die Erhebung beflügelten, die Kräfte der Gesinnung und der Tat, die sie losrangen, die wundervolle Reihe der Männer, die sie führte, das ganze einzigartige Erlebnis, uns um so teurer, je ärmer unser Volk an solchen der Gesamtheit gehörigen Erinnerungen ist, alles ist uns in diesem Jahre von Staatsmännern und Patrioten, von Gelehrten und Künstlern so lebendig erneuert worden, daß wir uns seiner fast wie eines verjüngten Besitzes freuen. Diese Erneuerung war das erste und reinste Bedürfnis, das in den weihevollen Stunden der Gedächtnisfeier sein Recht verlangte; man wollte zunächst nichts als die große Schicksalswende unserer Nation noch einmal vorüberziehen lassen: da alles auf dem Spiele stand, da man die tiefsten Schächte des Gedankens hinabstieg, um die Tat der Befreiung ans Licht zu fördern, da man den gesamten Aufbau unseres zurückgebliebenen Staats und unserer unentwickelten Gesellschaft nachprüfte und die einzige Rettung darin sah, ihn durch einen neuen, aus der Idee geborenen und von der Glut des Wollens durchloderten Aufriß zu ersetzen. Das alles noch einmal zu durchleben, es nachzuempfinden und nachzudenken, das war der eigentliche Sinn der Feier dieses Jahres.

Aber mit der Erneuerung des Gedächtnisses ist noch nicht alles getan. Im Geiste der Reformer und Befreier von 1813 dürfen wir nicht in der bloßen Wiedererweckung der Vergangenheit stille stehen, sondern müssen auch der Gegenwart geben, was ihr Recht ist. Und so fragen wir denn: Was ist von den Ideen und Kräften der Befreiung verwirklicht worden und was nicht, worin besteht noch heute ihr unvergänglich wertvoller Inhalt und worin haben erprobtere Ideale den Sieg über sie davongetragen, kurzum, wie steht das abgelaufene Jahrhundert, wie stehen wir selbst zu jenen Kräften, was bedeutet ihr Besitz für die politischen Aufgaben der deutschen Zukunft? Wir wollen nicht nur feiern, wir wollen selber fordern, handeln, Ziele setzen: und dafür gilt es, aus dem Erlebnis von 1813 die nationalen Ewigkeitswerte, oder seien wir be-

scheidener, die nationalen Gegenwartswerte herauszuholen. Der tote Besitz des Erbes unserer Väter kann allein uns nicht genügen — wir müssen und wir wollen ihn stets von neuem erwerben.

Was im Jahre 1813 erkämpft wurde, war noch nicht der Nationalstaat, sondern nur die unerläßliche Vorbedingung aller nationalen Existenz: die Befreiung des deutschen Bodens, wenigstens im Umfange des alten Reiches, von der Fremdherrschaft. Das war die erste und primitivste, aber auch die unentbehrlichste Voraussetzung alles andern: und insofern, aber auch nur insofern, hatte der junge Bismarck im preußischen Landtage in der Debatte mit einem ostpreußischen Liberalen recht, wenn er in dem leidenschaftlichen Drange nach Abschüttlung der Ketten das vornehmste Motiv für die Erhebung sehen wollte. Dieses Ziel ist in dem Befreiungskrieg erreicht worden, nicht nur für den Moment, sondern für das ganze Jahrhundert. Wir haben seitdem unsere nationalen Geschicke in die Hand nehmen können, ohne daß wie in den früheren Krisen unserer Geschichte der deutsche Boden zugleich fremder Invasion anheimfiel. Zwei Tatsachen legen dafür ein eindrucksvolles Zeugnis ab. Als die Nation im Jahre 1848/49 in gewaltsamer Erschütterung den Anlauf zu einer Neuordnung von Grund aus nahm, da geschah es immerhin, ohne daß eine fremde Macht unmittelbar militärisch-politisch in das wogende Chaos einzugreifen wagte. Und auch in dem letzten Kampf um die deutsche Hegemonie im Jahre 1866 verriet der französische Nachbar wohl die Neigung zur Intervention, aber er brachte nicht mehr die Kraft zur Tat auf; wenn er die Vollendung der Einheit immerhin noch zu hintertreiben vermochte, so schuf er damit, sich selber zum Verhängnis, nur den Anlaß zu dem Kriege von 1870, in dem der Wiederaufbau des Deutschen Reiches und die Niederwerfung des Gegners sich vollzog, ohne daß Europa gefragt wurde. Seit 1813 erst datiert, in mehreren Stufen aufsteigend, die politische Selbstbestimmung der Deutschen.

Aber auf die Befreiung folgte damals noch nicht die positive Ergänzung, ein wahrhafter Nationalstaat. Dieses

höchste Ziel, um das die kühnen Idealisten und die Männer des Feldlagers gerungen hatten, wurde nicht von weitem erreicht. Gewiß, gestehen wir es offen ein, der Nationalstaat hätte damals wohl noch nicht verwirklicht werden können. Unsere Befreiung war, selbst wenn wir Österreich als deutsche Großmacht rechnen, nicht aus eigner Kraft allein geschehen, sondern Rußland und England hatten das Ganze aufbieten müssen, um mit uns vereint Napoleons Herr zu werden: also sprach Gesamteuropa auch mit, als es sich darum handelte, was aus der Mitte des Kontinents werden sollte. Noch viel schwerer aber wog, daß auch die innere Verfassung der Deutschen, der Stämme und Dynastien, der Klassen und der Massen, noch keineswegs reif war für den Nationalstaat. Man kann nicht den unheilvollen Umweg der Jahrhunderte in einer einzigen Generation wieder einholen, man kann nicht, auch nicht im Feuer der opferwilligsten Erregung, einen Nationalstaat ohne eine Nation aufbauen. Wohl lebte das Idealbild der Nation in den Köpfen und Herzen der Besten und vermochte eine heilige Welle durch Hunderttausende zu treiben, aber das historische Antlitz des deutschen Bodens konnte nicht mit einem Male von ihr hinweggeschwemmt werden. So wurde das vielgescholtene Werk des Deutschen Bundes eine vielleicht unentbehrliche Durchgangsstufe. Und immerhin blieb fortan manches zerstört, was eine Wiederauferstehung nicht verdiente, die geistlichen Staaten, die Masse lebensunfähiger Zwerggebilde; die Gebiete des Deutschen Bundes lösten sich schon schärfer aus der Verquickung mit dem übrigen Europa heraus, wenngleich nicht überall die unnatürlichen Verbindungen mit dem Auslande durchschnitten wurden, und nur ein glücklicher Zufall im Jahre 1837 durch die Aufhebung der Verbindung von Hannover und England unabsehbare Komplikationen für später aus der Welt schaffte; auch war das staatliche Gefüge des Deutschen Bundes fest genug, um den Rückfall in rheinbündische Territorialpolitik zu verhindern, und doch wieder so locker, daß es die preußische Staatsentwicklung, die Hoffnung der Zukunft, nicht zu unterbinden vermochte. Alles immerhin nur relative Fortschritte, aus der Perspektive des alten Reiches gesehen: was vermochten sie gegen die Enttäuschung der

Generation, die aus dem Befreiungskriege heimkehrte, die ein vollendeteres Bild im Innern trug und eine Welt wahrhafter und geschlossener Nationalstaaten um sich sah!

Die Summe der Antriebe aber, aus denen heraus sie gedacht und gehandelt hatte, war so stark, daß die Welle, die sie getragen, nicht wieder ablief. Unsere Liebe und unser Dank gebührt den Männern von 1813 auch darum, weil sie einen unvergänglichen Samen ausstreuten: ihre Nachwirkung macht sie vollends unsterblich. Denn sie schuf den Anstoß zu jener geistigen Vorbereitung, die durch zwei Generationen anstieg und auf mannigfachen Wegen, in denen der ganze Reichtum, aber auch die ganze Vielspältigkeit deutschen Wesens zum Ausdruck kam, das nationale Denken befruchtete, den Enthusiasmus immer wieder anfeuerte und immer breitere Massen mit der Forderung nationalen Gesamtempfindens durchdrang. Die Prediger des Nationalstaats kannten keinen höheren Text als den Geist des Befreiungskrieges. Und wenn im Jahre 1813 die staatlich geordneten und die individuell freiwilligen Elemente im Bunde gestanden hatten, so erschien der Anteil der letzteren dem wachsenden Selbstbewußtsein so stark, daß man schon nach einem Menschenalter sich vermaß, es allein zu wagen. Das Jahr 1848 ist gewiß kein Jubeljahr unserer Geschichte, das Eine aber hebt auch dieses Erlebnis so hoch, daß es nie wieder vergessen werden darf: die Erfüllung der Massen mit den Zielen nationalen Einheitswollens, wie unsere Geschichte es bis dahin nie gekannt hatte. In allem Jammer des Scheiterns das Bild einer werdenden Nation! Aber nicht auf ihrem Wege der Selbstbestimmung, sondern von der geordneten staatlichen Gewalt aus, durch Diplomatie und Krieg, ist dann der Grund des Nationalstaats gelegt worden. Indem er 1866/70 geschaffen wurde, konnte sogar von dem Verluste des alten Reiches im 16. bis 18. Jahrhundert — was 1813 noch nicht gelungen war — das meiste wieder eingebracht werden. Also erfreuen wir uns in dem neuen Reich eines Nationalstaats, von dessen Höhe wir in diesem Säkularjahre der Ahnen von 1813 beruhigter und stolzer gedenken, als vor 50 Jahren — mitten in Konflikt und Verwirrung und Zweifel — unsere Väter es vermocht hatten.

Wir besitzen einen Nationalstaat, aber darum noch nicht einen idealen Nationalstaat. Wir wollen nicht davon sprechen, daß das Reich als Erbschaft seiner historischen Entwicklung auch fremde Elemente (Polen, Franzosen, Dänen) in sich birgt, die wir nicht aus innerpolitischem Bedürfnis — denn sie bedeuten viel mehr Hemmung als Kraftvermehrung für uns —, sondern allein aus außerpolitischer, militärischer und geographischer Notwendigkeit unter unserem Zwange halten müssen. Aber auch in unserem eignen Innern sehen wir die nationalstaatliche Einigung wohl auf dem Marsche, nicht aber am Ziele: zwar sind die alten stammesmäßigen und dynastischen Gegensätze im Verblassen begriffen, aber andere Klüfte im Volke sind dafür aufgebrochen. Während 1813 in dem Drange vaterländischen Gemeingefühls aller Unterschied der Klassen und Konfessionen verschwand, sind heute der bewußte Trieb zu sondernder Konfessionalisierung, die verhängnisvolle Erbschaft unserer Geschichte, und der Wahn von einer unversöhnlichen Spaltung in eine bürgerliche (besitzende) und eine proletarische Welt, zu einem Dogma und Parteizeichen breiter Schichten geworden.

Vor allem aber können wir uns nicht gegen die Tatsache verschließen, daß unser Nationalstaat nicht alle Deutschen, nicht einmal die Söhne derer, die noch bei Leipzig zusammenstanden, in sich vereint: jenes Geschlecht hätte es sich nicht träumen lassen, daß nach 100 Jahren Österreicher und Deutschböhmen, Tiroler und Steirer außerhalb aller staatlichen Verbindung mit dem „Reiche" stehen würden. An dieser Stelle wird auch die Grenze des von uns Erreichten sichtbar. Die Erkenntnis davon ist um so drückender, als wir ihr ohne ein ganz klares Programm gegenüberstehen. Wir halten zunächst im Geiste Bismarcks an der Überzeugung fest, daß wir das Ergebnis von 1866 in aufrichtiger Bundestreue und wohlverstandenem eignen Interesse respektieren müssen; wir freuen uns, daß die Pflege der kulturellen Gemeinschaft auch dem politischen Bündnis einen naturwüchsigen Halt gibt. Zugleich aber können wir uns nicht gegen das Gefühl verschließen, daß eine für alle Ewigkeit gültige Regelung des nationalen Problems damit doch nicht gegeben ist; wir ahnen, daß wir

nicht allein in Europa aus unserem politischen Denken das Endziel der Gesamtnation ausschalten dürfen, so weit hinaus es auch liegen mag. Ob auch das Deutsche Reich nur eine Durchgangsstufe sein wird wie einst der Deutsche Bund, ob das völkerrechtliche Band mit Österreich-Ungarn noch einmal wieder staatsrechtlich befestigt werden kann, wer vermag das zu sagen — ein Vermächtnis der Väter von 1813 liegt in der Pflicht, auch das gesamtnationale Bewußtsein über unseren Nationalstaat hinweg in unseren Herzen lebendig zu erhalten.

Genug, überall sehen wir, wie die Schöpfung unseres Reiches von der Macht, von Preußen aus, nicht ohne tiefe historische Nachwirkung bleiben konnte. Ja, wir fragen uns wohl, ob die staatlich geordneten Kräfte, denen wir das Reich verdanken, nicht zuviel von dem Gegenpol individueller Kräfte, die 1813 zum Durchbruch kamen, in sich aufgesogen und zerstört haben, — mehr als eine innerlich gesunde Nation entbehren kann.

Das führt uns zu dem inneren Bilde des Nationalstaats, wie es in den Gedanken der Reformer und Befreier von 1813 lebte.

Die Erhebung bestand nicht allein darin, daß man die äußere Freiheit mit äußerlichen Machtmitteln sich erkämpfte, sondern zugleich darin, daß man die innerlichsten Kräfte aufrief, um von dem Innern des Einzelindividuums und der Gesellschaft aus eine dem Überwinder gewachsene, ja überlegene Staatsform hervorzubringen. Das Ziel war ein Staat, in dem alle unwürdigen gesellschaftlichen Abhängigkeiten aufgehoben, die Gesamtheit zu staatlichem Empfinden und zu staatlichem Anteil erzogen, überall die Bahn zu freier und fruchtbarer Entwicklung geöffnet, die Lasten nach Fähigkeit auferlegt und die Rechte nach Leistung verteilt werden sollten. Es geschah einmal aus der bitteren Notwendigkeit des Moments heraus, wenn man nach Gneisenaus Worte aus dem Zeughaus der Revolution die Waffen zur Befreiung entnahm — es geschah zugleich in der festen Überzeugung, daß man höhere Ideale, um ihrer selbst willen und für immer, an die Stelle des alten Staats und der alten Gesellschaft setze. Wenn man die all-

gemeine Wehrpflicht einführte und dem Gedanken einer allgemeinen Einkommensteuer Raum gab, so geschah es zunächst um der unmittelbaren militärischen und finanziellen Bedürfnisse des preußischen Staates willen — zugleich aber legte man mit diesen Maßregeln bewußt eine Bresche in das Gefüge des alten Privilegienstaats und gründete die wichtigsten Pflichten auf die Idee eines allgemeinen und gleichen Staatsbürgertums.

In diesen Zusammenhang gehört der ganze Komplex neuer politischer Ideen, die in der Gesetzgebung der preußischen Reformer verwirklicht oder doch wenigstens angeregt wurden. Die eigentümliche Bedeutung der Reform beruht ja nicht allein in der materiellen Verwirklichung des Augenblicks, sondern ebensosehr in dem lebenweckenden Anstoß, der dadurch — für mehr als ein Jahrhundert — gegeben wurde.

Das zentrale der sozialen Reformgesetze ist das Edikt über die Bauernbefreiung. Es rührt am tiefsten an den alten Aufbau der Gesellschaft, und indem es die Erbuntertänigkeit beseitigt, legt es die erste Grundlage für die moderne staatsbürgerliche Rechtsgleichheit. Und nach der personenrechtlichen Seite hin hat der Satz Steins: „Vom Martinitage 1810 gibt es in Preußen nur freie Eigentümer" alsbald verwirklicht werden können. Nur allmählich aber konnte das ganze System öffentlich-rechtlicher Bindungen, in dem der erbuntertänige Bauer gestanden, beseitigt werden; es dauerte ein Menschenalter, bis die Aufhebung der gutsherrlichen Polizei und der Patrimonialgerichtsbarkeit vollzogen war, und ein weiteres Menschenalter, bis die Landgemeindeordnung in Preußen zur Wahrheit wurde. Anders steht es um die soziale und wirtschaftliche Seite der Agrarreform: hier sind nicht alle Blütenträume aus der Frühzeit der Erhebung zur Reife gekommen. Das lag einmal an der generellen Beschaffenheit einer Gesetzgebung, die nur die allgemeinen Direktiven ohne die nötigen Ausführungsbestimmungen gab und daher vielfach in die erworbenen Rechte der Grundherren allzu hart einschnitt. Es lag zugleich aber an dem sozialen Egoismus dieser Grundherren, die sich jedem Opfer an der eignen sozialen und wirtschaftlichen Position widersetzte. Sie setzten es durch, daß schon das Regulierungsedikt vom 14. September 1811 und die Deklaration

dieses Gesetzes vom 29. Mai 1816 die praktische Anwendung der Reformideen erheblich einschränkten. So wurde die Folge des großen Anlaufs eine zwiespältige, je nachdem die Befreiung den oberen, mittleren oder unteren Schichten der ländlichen Bevölkerung zugute kam. Es kam auf der einen Seite zur Schaffung eines freien Bauernstandes, der seitdem in ständigem wirtschaftlichen und sozialen Steigen begriffen blieb, auf der andern Seite aber zur Entstehung eines besitzlosen Landarbeiterstandes, der seitdem zu einer flutenden proletarischen Masse herabgesunken ist. Nur an einzelnen Stellen ist später zur Abhilfe geschritten. Die Bewegung von 1848, die, insofern sie agrarisch-revolutionär war, als ein Rückschlag gegen die Einschränkungen von 1811/16 anzusehen ist, hat wenigstens für Schlesien, wo sie am gefährlichsten um sich griff, in der Verordnung vom 20. Dezember 1848 eine wichtige nachträgliche Verbesserung durchgesetzt. Aber die Tatsache bleibt bestehen: die Bauernbefreiung kam nicht in dem Sinn ihrer Urheber zur Vollendung, sondern erlitt eine Verkrüppelung, deren Nachwirkungen in den Problemen des besitzlosen Landarbeiterproletariats, des entvölkerten Ostens, der Einfuhr ausländischer Saisonarbeiter bis heute zu spüren sind. Hier knüpfen somit die neuen Aufgaben der Agrarpolitik von heute an: die innere Kolonisation, die Zerschlagung von Domänen und anderem Großbesitz, die Ansetzung von Kleinbesitz und Mittelbesitz, die intensivere Besiedlung des Ostens. Wobei denn auch wieder, wie vor 100 Jahren, ein außerpolitisches Motiv mitspricht, das in der Ansiedlungspolitik in Posen und Westpreußen, trotz aller unerwünschten Nebenerscheinungen, zum Ausdruck kommt: der Flutwelle slawischer Kolonisation einen stärkeren nationalen Damm mit einem dichtbesiedelten bäuerlichen Besitz entgegenzuwerfen.

Die Tendenzen der Bauernbefreiung mußten in die soziale Position der Rittergutsbesitzer auf das tiefste einschneiden. Auch eine aristokratische Gesellschaftsstruktur bringt auf staatlichem und kulturellem Gebiete manches Segensreiche für die Gesamtheit hervor, sie kann als Ferment des Ganzen unentbehrlich werden, aber die vererblichen sozialen Positionen, die sie gewährt, müssen immer von neuem durch Tüchtigkeit

erworben oder auch zeitgemäß umgestaltet werden, wenn sie ihr Daseinsrecht im sozialen Gesamtkörper behaupten wollen; wenn sie nur konservieren, sind sie verloren. Das ist der Lauf der Welt. Die Exklusivität des adligen Rittergutsbesitzes trug vor 100 Jahren schwer daran, daß auch den Bürgerlichen der Erwerb von Rittergütern erlaubt wurde; gewiß hat seitdem ein Teil der adligen Familien, besitzlos und besitzarm geworden, sich zu einem spezifischen Offizier- und Beamtenadel umgebildet. Aber die eigentliche Wirkung jener Maßregel war doch, daß die große Zahl der in den Rittergutsbesitz eindringenden Bürgerlichen mit ihrer Zufuhr von Kapital, wirtschaftlicher Energie und Intelligenz die Klasse, in die sie eintraten und der sie sich sozial rasch anpaßten, gewaltig verstärkte. Also gewann die Klasse der Rittergutsbesitzer, was der Geburtsstand der adligen Rittergutsbesitzer verlor; ohne diese Verschiebung würde das (im sozialen Sinn) aristokratische Element unserer Gesellschaft seine Position nicht haben halten können. Die Exklusivität fand damals noch schrofferen Ausdruck. Die denkwürdige Eingabe der Rittergutsbesitzer des Stolper Kreises vom 2. November 1811: „Unsere Güter werden für uns zur Hölle werden, wenn unabhängige bäuerliche Besitzer unsere Nachbarn sind", interpretierte die herrschaftliche Stellung auch nach der gesellschaftlichen und geselligen Seite hin. Ob man das heute noch mit denselben Worten zu wiederholen wagen würde? Beruht doch die heutige politische Machtstellung der Rittergutsbesitzer auf der im Bunde der Landwirte organisierten Führung von hunderttausenden bäuerlicher Besitzer. Und darum sollten alle sozialen Befestigungs- und Sicherungsmaßregeln ihrer Klasse in dieser Rücksicht auf die Lebensnotwendigkeiten der gesamten bäuerlichen Bevölkerung ihre Grenze finden. Das gilt namentlich von der Fideikommißbildung, deren Vorzüge durch ihre schweren Nachteile für die allgemeine Wohlfahrt weitaus überwogen werden. Machen wir uns auf das schärfste klar, daß ihre Tendenzen denen der Reformer durchaus entgegengesetzt sind und zumal im Osten die endliche Lösung der agrarischen Probleme der Zukunft unendlich erschweren.

Zu dem großen sozialen Agrarproblem, das noch heute der letzten Lösung harrt, haben sich nun im Laufe des Jahr-

hunderts ganz neue, damals noch kaum geahnte soziale Probleme gesellt, und auch sie gilt es heute im Geiste der Reformer anzuschauen und zu bewältigen. Seit der Aufhebung der Erbuntertänigkeit haben sich neue soziale Gebundenheiten, die nicht so sehr rechtliche als tatsächlich ökonomische Bindung des Arbeiters an den kapitalistischen Produktionsprozeß, erdrückend wie eine Naturnotwendigkeit herausgebildet. Und wenn die Reformgesetzgebung einst den Gegensatz der Stände auf dem Lande mildern wollte, so sieht der Staat von heute sich hier einem noch viel tiefer aufgerissenen Abgrunde der Klassen gegenüber, und seine Pflicht ist, ihn zu schließen oder doch zu überbrücken. Er muß einmal diese Klassen, die durch die allgemeine Wehrpflicht und durch ihren Anteil am Produktionsprozeß ihm politisch wie wirtschaftlich unentbehrlich sind, von den sozialen Fesseln befreien und ihnen einen menschenwürdigen Anteil an den kulturellen Gütern der Nation verschaffen; zugleich muß er diese Klassen, die ihm lange so fremd wie einst die erbuntertänigen Bauernschaften dem Ancien Régime Preußens, ja noch feindlicher gegenübergestanden, zu einer innerlichen Hingabe an das Gemeinwesen erziehen und sie, die bisher nur Objekte der Gesetzgebung gewesen waren, zu subjektiven Mitträgern der Staatspersönlichkeit erheben. Der preußisch-deutsche Staat hat den sozialen Teil dieser Aufgabe eher, wenngleich auch schon verspätet, begriffen als die politische Seite. Es ist bemerkenswert, daß seine Mittel der sozialen Zwangsversicherungsgesetze, durch die er für Europa vorbildlich geworden ist, nicht an den Geist der Reformideen, sondern vielmehr an die Praxis des merkantilistischen Staates wieder anknüpfen. Unmöglicher aber als die Überwindung sozialer Engherzigkeit erschien die Politisierung der in tiefer Not und Verhetzung verbitterten Massen. So ist der Weg ihrer Vergesellschaftung durch die Opposition, auf einem ungeheuren Umwege, gegangen. Die Linie, die von den preußischen Reformern ausgeht und dann zu der weltbegreifenden Philosophie Hegels aufsteigt, endigt durch eben dieses Mittelglied, so paradox es klingt, bei niemandem anders als Karl Marx. Und mit Recht urteilt Johann Plenge in seiner gedankentiefen Schrift über Marx und Hegel: „Karl Marx und

seine Jünger haben das meiste getan, die amorphe soziale Masse zu organisieren. Sie haben in diesen gegen den alten Staat teilnahmlosen Scharen, wenn auch nur als antagonistisches Klassenbewußtsein, das neue Bewußtsein geschaffen, daß alle Glieder im gesellschaftlichen Ganzen stehen und stehen müssen. Sie haben das bewußte gesellschaftliche Denken in Kreise getragen, die vorher keinen Anteil an unserem höheren Geistesleben hatten." Und so wird denn die Durchgangsstufe eines maßlos antistaatlichen Verhaltens, von dem die Sozialdemokratie so lange gelebt hat, eines Tages auch wieder zu Ende gehen: die Aufgabe des Staats aber ist es, trotz alledem, diesen Prozeß zu erleichtern und zu beschleunigen. Er mag sich daran erinnern, daß auch die individualistische Freisetzung des Bürgertums im 19. Jahrhundert die Stadien eines verständnislosen Gegensatzes gegen den Staat durchlaufen hat; er weiß gut genug, daß die großen Schicksalsentscheidungen der Zukunft, denen wir uns nicht entziehen können, nur von einer ganzen und einigen Nation herbeigeführt werden können. Es liegt gewiß nicht im Interesse der Gesamtheit, die in der Sozialdemokratie aufsteigende Neigung zur Einsicht dauernd in die alte Intransigenz hinüberzuwerfen. Also winkt auch jenseits der sozialen Pflichten des Staates noch das höhere, im eminenten Sinne politische Ziel: die wahrhafte Politisierung der Massen auf dem Boden unseres Staats und unserer Gesellschaft.

Auf die Politisierung der Massen, um die Tragkraft der Nation zu erhöhen, darauf kommt es an, darauf kam es einst den Reformern an. Darum setzten sie einen hinreißenden Optimismus daran, die damals dem Staate noch passiv gegenüberstehenden Elemente zur aktiven Betätigung in der Stadt und Gemeinde, im Kreise und in der Provinz, im ganzen Land aufzurufen. Sie wollten den Mechanismus des autoritären alten Staates durch die Ideen der Repräsentation und Selbstverwaltung ergänzen und neu beleben. Es war nun nicht so, daß die bisher Regierten etwa selbst nach dieser politischen Betätigung verlangt hätten, nein, diese Ideen mußten eines großenteils widerstrebenden und indifferenten Bevölkerung von oben herab, eben von der reformerischen Gruppe der

Beamtentums, aufgenötigt werden. Für die politische Einsicht dieses Bürgertums vor 100 Jahren nur einen fast symbolisch wirkenden Beweis: als die Berliner Stadtverordneten zum ersten Male nach der neuen Städteordnung einen Bürgermeister zu wählen hatten, da präsentierten sie dem Könige den Kammerpräsidenten v. Gerlach, gerade einen prinzipiellen Gegner der Reformpartei und steifen Anhänger des Ancien Régime im Beamtentum. Dieses Geschlecht mußte das Geschenk der Selbstverwaltung, den alten germanischen Rechtsgedanken, der nur an einzelnen Stellen lebendig geblieben war, sich erst in einem langsamen Erziehungsprozeß wieder verdienen. Die Entwicklung der städtischen Selbstverwaltung aber hat in unserer Zeit die unerwartete und von den Motiven der Reformer weit abliegende Folge gehabt, daß in den immer gewaltiger wachsenden Selbstverwaltungskörpern sich eine zweite Bureaukratie neben der ersten herausgebildet hat, etwas anders orientiert, etwas mehr konstitutionell gebunden, aber doch von ähnlichem Bildungsgang und ähnlichem sozialen Charakter, auch wieder eine Hierarchie mit allen ihren Tugenden und Schwächen.

Der Gedanke der Reformer, daß die Politisierung der Nation in der Idee der Landesrepräsentation gipfeln solle, hat von ihren Urhebern nicht mehr ausgeführt werden können. Nachdem der Plan einer allgemeinen Verfassung aufgegeben und in dem Gesetz über die Provinziallandtage vom 5. Juni 1823 verkrüppelt worden war, ist die Verwirklichung erst nach einem Menschenalter, und nicht mehr als Geschenk einer einsichtigen Staatsleitung erfolgt, sondern durch einen gewaltsamen Anstoß von unten her erzwungen worden. Die Epigonen der Reformer hatten niemals diese Forderung aufgegeben; und insofern hatte Saucken-Tarputschen seinerseits in der bekannten Landtagsdebatte gegen Bismarck doch recht, wenn er den Geist der Erhebung von 1813 auch in dem Streben nach dieser höchsten Errungenschaft gipfeln ließ; die Wellen französischer Ideen hatten nach 1830 dazu beitragen müssen, die Repräsentationsidee weiter auszugestalten. So hat erst die große Revolution, aus der in den Jahren 1848 bis 1850 die preußische Verfassung emporstieg, auf diesem Felde das innere Reformwerk vollendet. Aber wie Verfassungen niemals für immer gemacht werden,

sondern nur der zeitweilige und rechtlich fixierte Ausdruck der sich dauernd umbildenden Gesellschaft sind, so ist auch die vor zwei Menschenaltern abgeschlossene preußische Verfassung, deren Fortbildung allein durch die reichsdeutsche Verfassungsentwicklung aufgehalten wurde, heute nicht mehr ein angemessener Ausdruck der tatsächlichen Kräfteverteilung im Staate. Man darf sogar sagen, daß die Wirkungen ihres Wahlrechts gegenwärtig zu einer stärkeren klassenmäßigen Beschränkung führen, als es im Augenblick ihrer Entstehung der Fall war.

Zwischen den preußischen Reformen und der deutschen Gegenwart steht das unsterbliche Lebenswerk Bismarcks, das machtvolle, unentbehrliche, das im Jahre 1866 und 1870/71 das Reich schuf und die Nation nach dem jahrhundertelangen Irren in der Wüste in das gelobte Land des Nationalstaats führte. Die Ideen der Reformer und die Staatspraxis Bismarcks stammen aus verschiedenen geistigen Welten. Jene entfesselten, um frei zu werden und frei zu machen; dieser faßte zusammen, um stark zu werden und stark zu machen. Beide Tendenzen waren nötig zu ihrer Zeit, beide sprechen nicht für sich und nicht ausschließlich das letzte Wort. Für die Schöpfung des Reiches war und bleibt notwendig eine machtvolle und autoritäre Zusammenfassung der Kräfte. Die eingeborene Zwangslage unserer äußerpolitischen Situation wird uns immer wieder dazu nötigen; in der Mitte der europäischen Großmächte kann man nicht ungestraft jedes der politischen und sozialen Experimente wagen, das in der geographischen Lage Neuseelands möglich ist. Und die Aufgabe der Gegenwart: unter Aufrechterhaltung der kontinentalen Sicherung einen unserer Kraft entsprechenden Anteil an der Macht in der Welt zu erringen, diese Aufgabe fordert weiterhin eine Anspannung der staatlichen Machtmittel bis zum äußersten. Der Staat kann vieles, das hat die innere und äußere Realpolitik Bismarcks der Welt vorbildlich gezeigt, aber er kann nicht alles, er kann die politische Tätigkeit des sich freibewegenden Individuums nicht entbehren. Auch heute, mehr als je, bedürfen wir im Wettkampfe der Nationen des vollendetsten Typus nationaler Kraft. Dieser Typus aber wird nicht von der schlag-

fertigsten Maschine gewährleistet — die hatte auch Friedrich der Große besessen, und die Größe der Reformer besteht darin, daß sie darüber hinaus zur organischen Politisierung des Volkes im Nationalstaat fortschritten. Der vollendetste Typus ist die höchste Steigerung des Einzelindividuums zur selbständigen und verantwortlichen Betätigung im Staate, und dieser Erziehungsweg führt nicht durch die Organisation von oben, sondern im Geiste der Väter von 1813 durch die Freiheit.

Für das Deutschland der Gegenwart liegt es nicht so, daß wir — wie ein Mißgriff unseres großen Dichters Gerhart Hauptmann wollte — nunmehr den Blücher in die alte Kiste zu andern Puppen werfen dürfen, um nur den reinen Idealen der Humanität nachzustreben — gerade wir wären verloren, wenn wir es täten. Es liegt aber auch nicht so, wie manche enge und draufgängerische Nationale sich einreden möchten, daß wir allein mit Blücher, allein mit dem militärischen Vorwärts, die Schlachten schlagen können, die uns beschieden sind — wir müssen Stein und Fichte hinzunehmen! Nur mit dem Ganzen, nicht mit den Teilen des Vermächtnisses von 1813 können die Deutschen siegen.



3.

Amerika und die Großen Mächte

Eine Studie über die Epochen des amerikanischen Imperialismus

Zuerst erschienen in:
Studien und Versuche zur neuen Geschichte, Max Lenz gewidmet
Berlin, Georg Paetel, 1910.
Erweitert 1914



ine der vornehmsten Errungenschaften der Rankeschen Geschichtschreibung beruht in der Erkenntnis, daß die Staaten und Völker Individualitäten sind, nicht die gleichen, sondern eine jede ihre besonderen Lebenskräfte verkörpernd und darum auch eine jede besonderen Entwicklungsbedingungen, zumal in der Gestaltung ihrer Verfassungsformen, unterworfen: schöpferische Kräfte, moralische Energien, die selber Leben sind und vor allem Macht atmen, und darum diese Macht nach außen zu behaupten vornehmlich bestrebt sind: aus der auswärtigen Politik der Staaten fließt somit das oberste Prinzip ihres gesamten Handelns und von eben daher muß eine Geschichtschreibung, die nach den treibenden Kräften sucht, ihre erste Orientierung holen. Diese Ideen, keimartig angelegt schon in seinem Fragment über die „Großen Mächte" (1833) und weiter ausgeführt in dem „Gespräch" (1836), mochten unverstanden in einer Zeit bleiben, da man alle Politik von innen her, allein aus den Bedürfnissen der Regierten und den Forderungen der Doktrin, aufzubauen versuchte und auch die Geschichte dementsprechend begreifen wollte. Erst im Zeitalter Bismarcks, dem die Folge der großen Rankeschen Werke vorherging, sind uns diese Ideen so geläufig geworden, daß Dilthey sie sogar in die überspitzte Formel zu bringen wagte, alle innere Politik sei nur eine Funktion der auswärtigen Politik.

Allein aus der Wirklichkeit geschichtlichen Lebens hat Ranke seine Auffassung abgeleitet, und an den stärksten Individualitäten, an den europäischen Großmächten und ihrer Entstehung im 17. und 18. Jahrhundert ihre Wahrheit erwiesen. Auf die Wirklichkeit muß daher eine von aller Theorie so entfernte Auffassung immer von neuem angewandt und von ihr bekräftigt werden, wenn anders sie Geltung behalten soll. Ist es da nicht von hohem Reiz, nachdem sich der alte Kreis der großen Mächte vor allem jenseits des Ozeans erweitert hat, gerade die Entwicklung der Vereinigten Staaten, die auf den ersten Anblick auf fundamental andersartigen Voraussetzungen beruht, im Lichte der Rankeschen Geschichtsbetrachtung zu begreifen? Durch den ganzen Gang der amerikanischen Geschichte das zu unternehmen, würde eine Aufgabe

sein, die weite und tiefe Studien verlangte. Nur ein Fragment vermag ich hier zu geben, in dem die Umrisse allein mit leichter Hand gezogen sind, und nur hier und da, wo das Problem greifbarer hervortritt und zu festerem Anpacken lockt, etwas tiefer mit eigener Forschung eingesetzt werden mag.

Das Eine ist längst ein Gemeingut weltgeschichtlicher Erkenntnis, daß dieses koloniale Staatswesen nicht etwa unabhängig von den großen Mächten Europas entstanden ist, frei sich bildend nach autochthonen Lebensbedingungen auf dem unberührten Boden einer neuen Welt, sondern daß, umgekehrt, seine Entstehung geradezu das Ergebnis, und vom weltgeschichtlichen Standpunkte aus das gewaltigste Ergebnis des Ringens der großen Mächte, zumal Englands und Frankreichs, im 18. Jahrhundert gewesen ist. Wohl kehren in der Besiedlungsgeschichte Amerikas die eigentümlichen und innersten Triebkräfte der führenden Völker Europas wieder, aber nicht die Kolonialen selber, die mit Blut und Eisen sich hier ein Vaterland schufen, sondern vielmehr die Mächte des Mutterlandes, die hinter ihnen standen, haben über das zukünftige Antlitz des neuen Weltteils entschieden. Und wenn schließlich eine glänzende Reihe englischer Erfolge bis 1762 den französischen Mitbewerber aus Amerika verdrängte, so waren es vor allem die großen Europakriege, die diesen Ausgang herbeiführen halfen: was uns heute das weltgeschichtlich bleibendste Ergebnis dünkt, mochte sich damals wie eine Begleiterscheinung auf entlegenem Kriegstheater ausnehmen. Mit Recht klagten die französischen Staatsmänner nach dem Siebenjährigen Kriege, daß man Amerika in Deutschland, auf den Schlachtfeldern von Roßbach und Krefeld, verloren habe. Hing es doch auf das Innerlichste miteinander zusammen, daß das französische Königtum gleichzeitig aus seiner hegemonischen Machtstellung in Deutschland, auf dem europäischen Kontinent, und drüben aus dem kolonialen Besitz eines halben Weltteils: gleichzeitig aus den großen Traditionen der Vergangenheit und den noch größeren Aussichten der Zukunft mit dem Schwerte vertrieben ward. Unmittelbar aber nach diesen Ereignissen, die dem Norden der neuen Welt den englischen, den germanischen und protestan-

tischen Charakter für alle Zeiten gegen die Franzosen gesichert haben, sollte in schicksalsvoller Verkettung dem größeren Teil dieses Kolonialgebietes die politische Unabhängigkeit von England mit der Hilfe Frankreichs erobert werden. Kurz vor seinem Sturz war dem französischen Königtum, indem es in ein Bündnis mit den rebellischen Kolonialen eintrat und trotz seiner Erschöpfung das Schwert noch einmal vom Boden aufhob, eine begierig ergriffene Revanche beschieden. Ohne die Hilfe Frankreichs und Spaniens, ohne die erneute Ablenkung durch den Weltkrieg wären die Vereinigten Staaten im Unabhängigkeitskriege auf die Dauer dem Mutterlande kaum gewachsen gewesen: anders als den so viel kleineren Burenstaaten, die in völliger Isolierung ihren Untergang fanden, leuchtete ihrer Geburt der günstige Stern einer englandfeindlichen Konstellation der Großen Mächte.

Das so entstandene neue Gemeinwesen war zwar in vielen Zügen ein Mikrokosmos von geistig-politischen Tendenzen, die drüben in Europa wurzelten. Indem diese Tendenzen unter den besonderen Voraussetzungen kolonialen Lebens sich miteinander verschmolzen und weiter entwickelten, entstand doch wiederum etwas ganz Neues: die neue Individualität eines Staates und eines Volkes, die in vielen wesentlichen Merkmalen von allen Großmächten der Alten Welt unterschieden war und unaufhaltsam ihre eigenen Wege weiterging. Diesem Gemeinwesen eignete nicht, wie den europäischen Mächten, das Gebundensein an eine bestimmte herrschende Form der christlichen Kirchen, sondern die absolute Trennung zwischen Staat und Kirche und die Toleranz aller Bekenntnisse wurde als staatliches Grundgesetz verkündet. Ebensowenig lag diesem in der Hauptsache germanischen Staate eine einheitliche Nationalität zugrunde; neben dem eigentlichsten Einschlage englischen Wesens strömte irisches und schottisches, deutsches, holländisches und französisches Blut in ihn hinüber, und in einzelnen Staaten nahm die Zusammensetzung früh einen kosmopolitischen Charakter an. Am bedeutsamsten aber fiel die neuartige staatliche Form ins Auge. „Dadurch, daß die Nordamerikaner," so sagt Ranke gelegentlich, „abfallend von dem in England gültigen konstitutionellen

Prinzip, eine neue Republik schufen, welche auf dem individuellen Recht jedes einzelnen beruht, trat eine neue Macht in die Welt; denn die Ideen greifen alsdann am schnellsten um sich, wenn sie eine bestimmte, ihnen entsprechende Repräsentation gefunden haben. So kam in diese romanisch-germanische Welt die republikanische Tendenz." Es gehört zu den reizvollsten Fernwirkungen politischer Ideengeschichte, wie die Abstraktion, nicht die Realität, dieser amerikanischen Demokratie von den Franzosen in der großen Revolution ergriffen und in Krieg und Propaganda weit über die eigenen Grenzen hinweggetragen ward. Und auch als diese Fluten sich längst wieder verlaufen hatten, blieb der bloße Bestand der amerikanischen Republik Vorbild und Ansporn in gewaltigem Maße für die sehnsüchtigen republikanischen Neigungen der ganzen Welt. Mochten die Grundsätze der amerikanischen Demokratie in der Alten Welt als ein Sprengmittel für alles historisch Gewordene wirken: auf diesem kolonialen Boden selbst, auf dem alle Voraussetzungen den Postulaten des Naturrechts so viel günstiger lagen, waren sie gewissermaßen natürlich und historisch zugleich erwachsen und erschienen als die notwendige Lebensform eines bestimmten Menschenschlages, den eine historisch verfolgbare Naturauslese aus allen Ländern Europas herüberführte. Denn dieses Volk, anders als alle anderen, hatte auch sein besonderes Wachstums- und Ergänzungsprinzip. Es wuchs nicht allein aus seinen eigenen Kräften, sondern ebensosehr durch den steten Zuzug aus anderen Völkern, es blieb dauernd eine werdende und doch niemals ihr eigenes Selbst verlierende Nationalität — in einem Schauspiel, wie es die Welt bis dahin nicht gesehen hatte.

Von vornherein lebte in den konstitutiven Elementen dieses Gemeinwesens der Glaube an die Mission einer höheren Lebensgemeinschaft, die stolze Zuversicht, etwas von den europäischen Staaten grundsätzlich Verschiedenes und von allen ihren Unvollkommenheiten Befreites schaffen zu können. Zu den eigentümlichsten Folgen der kolonialen Situation dieses Staates auf einem besonderen Kontinente gehörte von Haus aus eine relativ höhere Unabhängigkeit von der

auswärtigen Politik und ihren Gefahren. Und wenigstens unter den puritanischen und täuferischen Elementen verstand es sich von selbst, daß der Krieg, als ein trauriges Privileg der Monarchien und Oligarchien, aus religiösen und demokratischen Gründen zu verwerfen sei. Hatte man ihn bisher, gegen Indianer und Franzosen, führen müssen, so sollte er doch fortan aus der Neuen Welt verbannt sein. Zumal in der prinzipiellen Stellung des Täufertums liegt ja von Haus aus die Negation des Staates und staatlicher Einrichtungen begründet, und einer seiner frühesten und beweglichsten Geister, der Deutsche Sebastian Franck, hat in seiner Geschichtsbibel in der „Vorrede vom Adler" in diesem blutdürstigsten und gefräßigsten aller Raubtiere jederzeit das zutreffende Symbol kaiserlicher und königlicher Majestät erblicken wollen, mit anderen Worten, das Symbol des auf Macht gestellten und keine Mittel verschmähenden Staates: in solchen, dem Geiste des neuen Volkes so gemäßen Vorstellungen liegt die ideelle Wurzel für die Marotte des Quäkers Benjamin Franklin, nicht der Adler, sondern nur der friedfertige Truthahn, der Nationalvogel, dürfe das Wappentier des amerikanischen Staates werden. Der tiefe Einschlag religiöser Stimmungen, die an dem Aufbau dieses Staates in unendlich vielen verborgenen Fäden mitarbeiteten, verlangte gebieterisch, daß das Volk Gottes sich selber genug sei und ohne Waffen auskomme; auf strenge Enthaltsamkeit von der auswärtigen Politik lief auch der rationalistisch-utilitaristische Grundzug im amerikanischen Wesen hinaus, der aus naturrechtlichen Quellen entsprang und gleichfalls in Franklin seine typische Verkörperung fand. Ja, schon bald schien auch die praktische Staatserfahrung dieselbe Weisheit zu predigen. Das Lebewohl, in dem Washington am Schluß seiner zweiten Präsidentschaft am 19. September 1796 seinen Landsleuten Neutralität gegenüber allen Nationen ans Herz legte, verkündete ausdrücklich: „Die große Regel für unsere Haltung gegenüber fremden Nationen ist, unter Ausdehnung unserer Handelsbeziehungen, mit ihnen so wenig politische Beziehungen wie nur möglich zu haben" — Worte, die ein Jahrhundert hindurch von den Amerikanern wie ein Schatz

gehütet wurden, und auch für manchen Europäer, der hinüberging, für manchen freiheitsseligen Deutschen zumal, den Verzicht auf den drückenden Kriegsapparat der alten Mächte bedeuteten.

Selbst die einsichtigsten Beurteiler, welche die amerikanische Demokratie gefunden hat, wollen hierin ihre bestimmende Tendenz in Vergangenheit und Gegenwart erblicken. James Bryce leitet in seinem klassischen Werke „The American Commonwealth" ein im Verhältnis zum Ganzen ungemein dürftiges Kapitel über „Foreign policy and territorial extension" mit der Bemerkung ein, daß in Europa allerdings die sechs Großmächte genötigt seien, sich durch Heere, Flotten und Bündnisse gegeneinander zu verteidigen, und daß daher für sie die auswärtige Politik eine Lebensfrage sei, die mit ihren großen Lasten beständig auf die innere Politik, vor allem die Finanzpolitik, zurückwirke, Sieg und Niederlage der Parteien veranlasse und über die Laufbahn der Staatsmänner entscheide. Nichts derart gebe es in den Vereinigten Staaten. „Seit dem mexikanischen Kriege von 1845 haben auswärtige Beziehungen sehr selten, und auch dann nur in beschränktem Umfange, auf das politische Leben eingewirkt. Sie beschäftigen nicht den Geist der Nation. Wir haben bisher keine Gelegenheit gefunden, sie zu erörtern, außer bei der Beschreibung der Befugnisse des Senats; und ich erwähne sie nur, wie der Reisende die Schlangen in Island, um ihr Nichtvorkommen zu konstatieren und einige sich daraus ergebende Wirkungen aufzuzeigen." Die Ursache dieser Erscheinung findet er nicht nur in der geographischen Situation des Landes, sondern auch in dem Temperament und in den Überzeugungen des Volkes: „Sie sind friedliebend in ihren Anschauungen und sind es immer gewesen, denn der nicht zu rechtfertigende, weil grundlose Krieg mit Mexiko war das Werk der Sklavenhalter-Oligarchie und im Widerspruch mit dem allgemeinen Volksempfinden. Sie haben keinen Eroberungsdrang, da sie schon so viel Land besitzen wie sie brauchen." So erörtert er die tiefe Abneigung gegen stehende Heere und ehrgeizige Auslandspolitik, die vorwiegende Beherrschung des Interesses durch die innere Politik, das Fehlen einer Militärklasse

und des Geistes des Militarismus. „Und tief ist in den Geist des ganzen Volkes die Vorstellung eingedrungen, daß alle solche Dinge der schlechten Ordnung der alten Welt angehören, und daß der wahre Weg für die Musterrepublik diese Welt zu beeinflussen, darin besteht, ihre Irrtümer zu vermeiden und das Beispiel eines friedlichen Industriestaates aufzustellen." Darum also keine Armee außer 25 000 Mann, und auch, wie der Engländer mit tiefer Befriedigung folgert, „nur eine kleine Flotte ist nötig, — ein glücklicher Umstand, weil die Schiffswerften bisweilen den Anlaß zu Verwaltungsskandalen gegeben haben." Und da eine Demokratie, selbst eine so intelligente wie die der Vereinigten Staaten, die Wirkungen auswärtiger Politik am wenigsten begreife, da ihre Organe gerade die auswärtige Politik am wenigsten mit Sicherheit und Erfolg zu betreiben vermöchten, so sei eines der wenigen Prinzipien, die das Volk von auswärtiger Politik gelernt habe: je weniger davon, desto besser.

Wenn der Gedankengang von Bryce zu Recht bestände, so würde das Lebensprinzip der großen Mächte, von dem Rankes Geschichtschreibung in Europa ausgeht, auf die große Republik jenseits des Ozeans keine Anwendung finden und seinen Anspruch auf Allgemeingültigkeit verlieren; wir würden an dieser Stelle den fundamentalsten Unterschied in der politischen Struktur der beiden Welten zu erkennen haben.

Allerdings sind die Sätze von Bryce ersichtlich von der Vorstellungswelt des englischen Liberalismus gesättigt, der von den dreißiger bis zu den achtziger Jahren die öffentliche Meinung beherrschte. Aber sie stammen immerhin von einem der tiefsten Kenner amerikanischer Verhältnisse, sie entsprechen manchen landläufigen europäischen Urteilen und in normalen Zeiten wohl auch dem Glauben der Amerikaner selbst. Trotzdem ist es die Frage, ob diese Auffassung vor einer unbefangenen Prüfung eines Jahrhunderts amerikanischer Geschichte Stich hält — die Betrachtung der entscheidenden Epochen der amerikanischen Politik und der Entwicklung der politischen Ideen in Amerika, deren Verflechtung ineinander ich im folgenden aufzudecken suche, wird die tiefere Berechtigung, wie ich hoffe, des Rankeschen Axioms erweisen.

Dem Kenner der jüngsten Vergangenheit Amerikas wird dieser Nachweis nichts Neues sagen. Ja, es könnte scheinen, als ob die alte Lehrmeisterin der Völker, die Geschichte, einmal zu dem Erziehungsmittel der Ironie gegriffen hätte, als James Bryce, der als Historiker noch in der dritten, „gründlich durchgesehenen" Auflage seines Werkes von 1905 seine Auffassung unverändert hatte stehen lassen, im Januar 1907 zum Botschafter in Washington ernannt und dem modernen Imperialismus Amerikas als englischer Staatsmann gegenübergestellt werde. Vielleicht, daß gerade er diesen Imperialismus als einen Bruch mit der Geschichte eines Jahrhunderts empfand und beklagte —, meine Betrachtungen hingegen sollen den Nachweis erbringen, daß er nur die notwendige Konsequenz dieser Geschichte, die längst vorbereitete Fortführung der historischen Mission dieses Volkes bedeutet.

I.

Der europäische Gegensatz zwischen England und Frankreich war für die Bildung der amerikanischen Republik die eigentlich entbindende Kraft gewesen. Wie sollte sie sich verhalten, als mit dem Beginn der Revolutionskriege das Ringen dieser Mächte von neuem in immer gigantischeren Formen wieder auflebte und für 22 Jahre auf seinen weltgeschichtlichen Kulminationspunkt emporstieg? War es denkbar, daß jene Voraussetzungen, die den Staat geschaffen hatten, mit einem Schlage ihre Geltung für ihre Schöpfung verloren? Die französische Republik wenigstens glaubte vom ersten Augenblicke an, das alte Bündnis von 1778 erneuern zu können, und so verstand der französische Gesandte Genet seine Aufgabe, als er im April 1793 in Washington mit der Instruktion und dem Vorsatze erschien, die Schwesterrepublik, der man vor einem Jahrzehnt geholfen, zu einem neuen Waffengang mit England fortzureißen, damit sie „Hand in Hand mit den Franzosen, den Unterdrückten und Geknechteten Europas mit Kanonenschlünden das Evangelium der Gleichheit und Brüderlichkeit predige". Mit Fanatismus begrüßte ein Teil des Volkes, die republikanische Partei in den Südstaaten, dieses Programm freiheitlicher und erobernder Weltpropaganda, und nur gegen

einen starken Widerstand konnte Washington die Neutralität behaupten und schrieb Alexander Hamilton, das Haupt der Föderalisten des Nordens, seine Pazifikusbriefe. Herrisch und anmaßend, wie die Konventskommissare in der Heimat, trat der Franzose auf. Ja, als konsequenter Demokrat drohte er sogar den leitenden Staatsmännern mit einer Appellation an das Volk und machte sich dermaßen unmöglich, daß selbst die Konventsregierung ihn schließlich verleugnen und abberufen mußte. Aber die Franzosen fuhren fort mit hitziger Lockung und waren tief erbittert, als die Vereinigten Staaten um des Friedens willen ihre Rechnung mit England im Jay-Vertrage beglichen; drohend erklärte der Präsident des Konvents, Merlin, die französische Republik hoffe, daß die Nachfolger des Kolumbus, Raleigh und Penn, stolz auf ihre Freiheit, niemals vergessen würden, daß sie Frankreich sie verdankten. Es kam zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen, und man trieb bis an den Rand des Krieges: angesichts dieses gewaltsamen Mitreißenwollens, das an die Politik der Russen gegenüber Preußen in den Jahren vor 1806 erinnert, hat Washingtons Lebewohl mit tiefem Ernste Neutralität und Unabhängigkeit als Grundgesetz amerikanischer Politik seinem Volke ans Herz gelegt.

Denn schon diese ersten Jahrzehnte hatten der Republik die große Lehre gepredigt, daß sie trotz der gesicherten Lage auf einem eigenen Kontinente doch nicht allein auf der Welt stehen konnte, sondern von ihren Händeln in Mitleidenschaft gezogen wurde. Zugleich beobachtet man jetzt schon, wie die beiden der Struktur des amerikanischen Staats und der amerikanischen Gesellschaft eingeborenen Tendenzen: friedliche, enthaltsame Absonderung und ein von Phantasie und Energie beflügeltes Vorwärtsdringen sich nebeneinander entfalten, wie Pazifismus und Imperialismus um die Seele dieses jungen Volkes ringen, ja in einzelnen Köpfen einander wenigstens äußerlich zu durchsetzen beginnen[1]).

[1]) Dieser Nachweis wird im einzelnen geführt in einer soeben erscheinenden ausgezeichneten Abhandlung meiner Schülerin Frl. Gertrud Philippi: Imperialistische und pazifizistische Strömungen in der Politik der Vereinigten Staaten von Amerika während der ersten Jahrzehnte ihres

Hatte Amerika bisher nur unter schweren Erschütterungen seine neutrale Mittelstellung zu bewahren vermocht, so wurden diese Schwierigkeiten immer unüberwindbarer, als in Frankreich der Militärkaiser Napoleon emporstieg, in dessen Ideenkreis von früh auf die Neue Welt eine Rolle gespielt hatte. Zwar hörten die Lockungen mit der Solidarität der Republiken und der Propaganda der Völkerbefreiung nunmehr auf, dafür aber nahm der Krieg zwischen England und Frankreich eine Ausdehnung an, die in die eigensten Interessen der Amerikaner empfindlich einschnitt.

Eine Episode freilich blieb der Versuch Napoleons, in die alten Bahnen französischer Kolonialpolitik zurückzulenken und in dem Rahmen des Weltkampfes gegen England auch in Amerika wieder festen Fuß zu fassen. Als Spanien am 1. Oktober 1800 das Gebiet von Louisiana an Frankreich abtrat, war mit einem Schlage für die Union eine bedrohliche Lage geschaffen. Denn das schwache Spanien hätte man in dem nominellen Besitz dieser weiten unbesiedelten Gebiete zwischen Mississippi und Felsengebirge leicht zu ertragen vermocht oder vielmehr bald zu beerben hoffen dürfen: wenn sich aber die stärkste Militärmacht Europas hier dauernd festsetzte, so war es nicht nur um die zukünftigen Ausdehnungsmöglichkeiten der Union geschehen, sondern sie hätte, von allen Seiten von europäischen Kolonialgebieten eingeschlossen, notgedrungen auch in eine stärkere Abhängigkeit von der europäischen Politik zurückfallen müssen. Die Einsicht in diese Gefahren warf die Amerikaner sofort auf die andere Seite hinüber. Der neue Präsident, der seit langem als Haupt der Franzosenfreunde galt und tiefer als seine ganze Generation von französischem Denken berührt war, Thomas Jefferson selbst, erklärte am 18. April 1802, daß diese Abtretung alle politischen Beziehungen der Union über den Haufen werfen und eine neue Epoche in der Richtung ihrer Politik bilden werde: er drohte mit einem Bündnis mit England. Also schienen die Vereinigten Staaten, in ihrem Lebensnerv bedroht, zu der Situation von 1755—1762 zurückkehren zu wollen. Um jeden Preis mußte Napoleon

Bestehens (1776—1815). (Heidelberger Abhandlungen zur mittleren und neueren Geschichte.) Heidelberg 1914.

diese Wendung vermeiden. Er hätte höchstens während eines allgemeinen Friedens in Europa noch einmal hoffen dürfen, die Hand nach den glänzenden Möglichkeiten französischer Kolonialpolitik auszustrecken. Sobald aber der erneute Ausbruch des Krieges mit England über ihm hing, blieb ihm nichts übrig, als auf eine Erwerbung zu verzichten, die ihm nichts als ein englisch-amerikanisches Angriffsbündnis eingebracht haben würde. So schloß er, wenige Wochen bevor der Friede von Amiens gebrochen wurde, den Louisiana-Verkauf ab. Für die Franzosen besiegelte dieser Verzicht die große Niederlage, die sie vor einem Menschenalter durch die Angelsachsen erlitten hatten. Den Amerikanern aber fiel, ohne daß sie die Hand rührten, allein infolge der politischen Dynamik der Weltkonstellation, für ein geringes Geld ein gewaltiger Zukunftsgewinn in den Schoß, der ihre Grenzen unabsehbar weit, in der Richtung ihrer natürlichen Expansion nach Westen hinausschob. Ihre bloße Mittelstellung hatte ausgereicht, in dem Weltkampf der anderen sich selber die Zukunft einer imperialistischen Politik offen zu halten.

Dann aber mußten auch sie die Wahrheit des alten Satzes erfahren, daß nichts schwieriger ist für eine Macht zweiten Ranges, als in einem allgemeinen Brande die eigene Neutralität gegen die Stärkeren zu behaupten. Sie hatten anfänglich mit Eifer die Vorteile ergriffen, die gerade ihnen in dem Kampfe der beiden großen Seemächte der neutrale Handel zur See bot. Mit der Zeit aber wurde dieser leichte Gewinn immer unmöglicher. Auf die ersten Blockademaßregeln der Engländer antwortete Napoleon mit der Kontinentalsperre gegen englische Schiffe und Güter. Darauf verbot England den Neutralen allen Handel zwischen Häfen im Besitze Frankreichs und seiner Verbündeten und erklärte jeden Hafen, von dem die britische Flagge ausgeschlossen sei, als geschlossen auch für die Neutralen; Napoleon wiederum ordnete die Konfiskation jedes neutralen Schiffes an, das sich von den Engländern hatte durchsuchen lassen. Je mehr diese Maßregeln der beiden Gegner sich steigerten, desto unerträglicher wurde die Situation für die Neutralen. Zähneknirschend ertrugen die Amerikaner, daß beide kriegführenden Teile das Recht der

Neutralen immer rücksichtsloser mit Füßen traten: sie erkannten, daß die einfache Neutralität zwischen den beiden Mühlsteinen sich auf die Dauer nicht werde aufrecht erhalten lassen. Die Schädigung ihrer Interessen und die Verletzung ihres Nationalstolzes drängten unwiderstehlich dahin, sich wenigstens des Druckes von e i n e r Seite zu entledigen. Hätten die Föderalisten des Nordens eine scharfe Front gegen Frankreich gewünscht, um eine billigere Behandlung seitens Englands zu erkaufen, so wollten die Republikaner den Bruch mit Frankreich um jeden Preis vermeiden, und wenn man auch nicht geradezu Repressalien gegen England zu ergreifen wagte, so glaubte man doch, den englischen Handel in erster Linie dadurch zu schädigen, daß man die Häfen der Vereinigten Staaten überhaupt für allen fremden Handel schloß. Aber es stellte sich bald heraus, daß die Embargo-Akte des Präsidenten Madison, wenn sie irgend jemanden traf, die Amerikaner in das eigene Fleisch schnitt. Immer heftiger wurde in den nächsten Jahren die Opposition gegen diese Politik und immer lauter der Ruf nach einem Einlenken nach der einen oder der anderen Seite. Hätte die Beilegung des englisch-französischen Krieges damals unter Umständen gerade für den Dritten höchst gefährlich werden können, so machte die Fortführung des Krieges mit immer stärkeren Mitteln gerade das für die Amerikaner unvermeidlich, was der Abschiedsgruß Washingtons hatte für immer ausschalten wollen: die Option zwischen den beiden europäischen Mächten, die nach Schillers Wort um der Welt alleinigen Besitz rangen.

Es mag dahingestellt sein, ob die französischen oder die englischen seerechtlichen Maßregeln vom amerikanischen Standpunkte aus unerträglicher waren und welche von beiden im einzelnen Falle technisch und völkerrechtlich berechtigt waren: das eine verstand sich von selbst, daß Amerika nur mit einem der beiden Gegner abrechnen konnte. So entschloß es sich, denjenigen anzugreifen, dem man wenigstens etwas abzunehmen hoffen durfte. Der imperialistische Eroberungsdrang, der im Jahre 1802 seine Beute mit leichter Mühe heimgebracht hatte, vermaß sich im Jahre 1812, wenn auch in einer gewissen Notlage, mit der Tat vorzugehen und auch den Norden des

Weltteils an sich zu reißen, wie man sich des Westens schon versichert hatte. Mögen die Klagen der amerikanischen Historiker über Englands Übergriffe auch noch so beweglich lauten, das ändert nichts an der Tatsache, daß in ihnen nur ein hinreichender Anlaß, aber nicht das treibende Motiv für die Kriegserklärung lag. Dieses hieß, wenigstens für die herrschende Partei: Eroberung Kanadas.

Längst war in diesen Kämpfen der tiefe Zusammenhang der auswärtigen Politik mit den inneren Parteigegensätzen sichtbar, die noch nicht durch die Sklavenfrage bestimmt waren, aber doch auf einer entsprechenden geographischen Scheidung beruhten. Es war der Gegensatz der Interessen, der Temperamente, des politischen Denkens zwischen den südlichen und nördlichen Staaten, der schon vor dem Auftauchen der Sklavereifrage sich zu einer bewußten Rivalität verschärft hatte. Die Republikaner des Südens, die führenden Männer aus der Generation des Unabhängigkeitskrieges, die Jefferson, Madison, Monroe, waren nach ihrem Herrenbewußtsein und nach ihrem politischen Horizonte Expansionisten mit imperialistischem Einschlag. Noch heißblütiger betrieb die Eroberung Kanadas ein neues Geschlecht von Politikern des Südens und Westens, das jetzt für die Annexion auf den Plan trat, auch sie die Ahnen der imperialistischen Politik von heute. Schon im Jahre 1810 rief der junge Henry Clay, der im nächsten Jahre Sprecher des Repräsentantenhauses wurde: man müsse an kriegerischen Widerstand gegen England denken, man habe die Eroberung von Kanada in der Hand, allein die Miliz von Kentucky werde imstande sein, Montreal und Oberkanada der Union vor die Füße zu legen. Und wenn man früher mit Vorliebe die friedliche, von den europäischen Mächten unterschiedene Mission Amerikas gefeiert hatte, so verwies der junge John Calhoun von Südkarolina, der einflußreichste Mann im Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten, seine Nation auf den Weg, den alle großen Nationen in der Weltgeschichte beschritten hätten — in hinreißenden Worten, die wohl an den jungen Roosevelt von später erinnern. Noch waren Weltfriedensträume und Eroberungspläne in einzelnen dieser Männer auf das merkwürdigste verknüpft, aber je höher

der Stern Napoleons emporstieg, desto rückhaltloser glaubte man das wahre Antlitz enthüllen zu können. So wähnte der alte Englandhasser Jefferson, der von seinem Ruhesitz Monticello aus mit unverwüstlicher Lebendigkeit die Welthändel verfolgte, jetzt seine Stunde gekommen. „Das Schicksal Englands," so schrieb er am 2. Januar 1812, „ist nahezu entschieden, und die gegenwärtige Form seines Daseins neigt ihrem Untergange zu . . Wenn seine Umgestaltung es nach den Gesetzen moralischer Ordnung wieder herstellen sollte, so liegt es im allgemeinen Interesse, daß England noch ein merkliches und unabhängiges Gewicht in der Wagschale der Nationen bleibe und imstande sei, wenn ein günstiger Moment sich bietet, seinen großen Rivalen in Verworfenheit unter dieselbe Ordnung beugen zu helfen. Wir insbesondere sollten beten, daß die europäischen Mächte sich dermaßen in Balance und Kontrebalance untereinander halten, daß ihre eigene Sicherheit alle ihre Kräfte daheim erfordert, und die übrigen Teile der Erdkugel in ungestörtem Frieden lassen. Wenn unsere Stärke uns erlaubt, unserer Hemisphäre das Gesetz aufzuerlegen, so sollte es darin bestehen, daß der Meridian, der mitten durch den Atlantischen Ozean läuft, die Demarkationslinie zwischen Krieg und Frieden bildet, diesseits derer keine Feindseligkeiten begangen werden und der Löwe und das Lamm in Frieden nebeneinander ruhen sollten." Aus diesen salbungsvollen Worten vor dem Ausbruch des Eroberungskrieges gegen Kanada weht uns schon der Geist der Monroedoktrin, friedlich und kriegerisch zugleich, prophetisch entgegen.

Der kriegslustige Süden suchte auch den Norden mit verlockenden Argumenten von den wohltätigen politischen Folgen der Eroberung Kanadas auf seine Seite zu ziehen. Die Eroberung werde, rief der Virginier Grundy, das Gleichgewicht in der Regierung wiederherstellen, denn wenn Louisiana voll besiedelt sei, würden die Nordstaaten ihre Machtstellung verlieren und könnten nach Belieben von den anderen majorisiert werden, so daß der Bestand der Union darüber gefährdet werden möchte: „I therefore feel anxious, not only to add the Floridas to the South, but the Canadas to the North of this empire." Aber in Neuengland und den Mittel-

staaten — gerade in den Gebieten, die unter dem Seekriege zwischen England und Frankreich litten! — war der alte religiös-antikriegerische Geist stärker als alle imperialistische Lockung; vernehmlich sprach auch die Sorge mit, daß man in diesem Kriege sowohl zu Wasser als zu Lande in der ersten Reihe stehen und mit der Zerstörung der Küstenstädte durch die englische Flotte die Kosten würde bezahlen müssen. Wir kennen die neuenglischen Argumente aus der nicht gehaltenen Rede des Kongreßmitgliedes Taggard, eines presbyterianischen Predigers, der mitten im Kriegsgeschrei sich der Pflicht seines Amtes erinnerte, „to inculcate peace and good will both towards and among men", und vom Standpunkt der Nächstenliebe eine Politik verurteilte, die den friedlichen Nachbar Kanada unschuldig für das Unrecht leiden lasse, das allein Großbritannien begangen habe. Er schilderte das Verfahren in Worten, die eine Ähnlichkeit mit der „Geißeltheorie" von heute aufzeigen: „It is to be war of conquest upon land, undertaken with a view to obtain reparation for injuries we have sustained on the water", und malte im Hinblick auf die Schrecknisse des Krieges in Europa die Nöte, denen man entgegengehe, und die unerschwinglichen Lasten, die man auf sich nehmen müsse. Sarkastisch schilderte er den Übereifer derer, die leichten Herzens zum Kriege aufriefen: „Unter allen Umständen soll Kanada unser werden: das ist der oberste Trost, das Allheilmittel für alle Wunden, die wir in unserer Ehre, unseren Interessen oder unserem Rufe erlitten haben. . . . Die Eroberung Kanadas ist uns so leicht dargestellt worden, als ob sie wenig mehr als ein Vergnügungsausflug sei. Wir haben, heißt es, nur eine Armee in das Land zu werfen und das Banner der Vereinigten Staaten zu entfalten, und die Kanadier werden ihm unverzüglich zuströmen und sich unter unseren Schutz stellen. Sie sind uns geschildert worden als reif für den Aufstand, lechzend nach Befreiung von einer tyrannischen Herrschaft und voll Sehnsucht, die Süßigkeiten der Freiheit unter der pflegenden Hand der Vereinigten Staaten zu genießen." Statt dessen ironisierte der Neuengländer, der sowohl die Stimmung der Nachbarn als die Schwierigkeiten der Eroberung kannte, mit ernsten Gründen die Prophezeiungen der Mehrheit,

„daß in wenigen Wochen einer unserer gewaltigen Feldherren in seiner Depesche an den Präsidenten die Phrase Cäsars: veni vidi vici werde gebrauchen können." An Franklins Denkweise erinnert es, wenn er mit dem kaufmännischen, aber unpolitischen Rat schloß: „laßt uns warten bis zur Rückkehr des Friedens in Europa, dann werden wir Kanada, wenn wir es brauchen, für weniger als ein Viertel des Geldes kaufen können, das uns seine Eroberung kosten würde."

Die Kriegserklärung wurde mit 79 gegen 49 Stimmen angenommen. Am letzten Tage der Debatte gestand Randolph: „Seitdem der Bericht des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten (von Calhoun) in das Haus gelangte, haben wir nur e i n Wort gehört, nur den eintönigen Ruf: Kanada, Kanada, Kanada." Der alte Jefferson aber triumphierte. Die Abtretung Kanadas muß das sine qua non für den Friedensvertrag sein, schrieb er am 28. Juni 1812 an Koszjusko, und anderen Tags erwog er mit dem Präsidenten Madison, wie man dem Eroberungskriege einen populären Schlachtruf verschaffe: es gelte, den Greueln der Indianer ein Ende zu machen und neue Märkte für die Landesprodukte, besonders Mehl, zu gewinnen — zum ersten Male also auch ein wirtschaftliches Nebenmotiv in der imperialistischen Eroberungstendenz. Mit einem Schlage, sagt treffend der amerikanische Historiker Henry Adams, war eine Revolution in den Köpfen ausgebrochen, die auch diese Nation auf den Weg ihrer Bestimmung führte. „Madison, Monroe, Gallatin ebenso wie Jefferson und die ganze republikanische Partei akzeptierten eine hoch bezahlte Söldnerarmee, eine Flotte von Kriegsschiffen, eine große, hochverzinsliche Nationalschuld und einen Eroberungskrieg im Zusammenwirken mit den napoleonischen Kriegen."

In den letzten Worten liegt der eigentliche Schlüssel zu den Ereignissen. Der Eroberungskrieg von 1812 ist zwar nicht in formellem Bündnis mit Napoleon unternommen worden, aber in wohlerwogenem Zusammenwirken[1]). Das

[1]) Das schimmert auch in der Ableugnung Madisons von 1827 durch: »The moment chosen for war would therefore have been well chosen, if chosen with a reference to the French expedition against Russia; and although not so chosen, the coincidence between the war and the

Gelingen des gigantischen russischen Feldzuges war seine Voraussetzung, und eben darum wiegten die südstaatlichen Kriegstreiber sich in den kühnsten Träumen. Jefferson schrieb am 4. August 1812 beim Beginn der kriegerischen Ereignisse: „Die Erwerbung Kanadas, wenigstens der Umgebung von Quebec, wird nur ein militärischer Spaziergang sein und uns Erfahrung geben für den Angriff auf Halifax im nächsten Jahre und die endliche Vertreibung Englands vom amerikanischen Kontinent. Nach der Einnahme von Halifax muß jedes Boot von ihnen zur Ausbesserung nach England gebracht werden.“ Er scheute die englische Flotte nicht: Verbrennen sie New York oder Boston, so werden wir London verbrennen. „Der Ausschluß ihres Handels von den Vereinigten Staaten und die Sperrung der Ostsee gegen England, die der gegenwärtige Feldzug in Europa bringen wird, werden ihre schon weit vorgeschrittene Katastrophe vollenden.“ Befriedigt malte er sich bereits den unvermeidlichen Zusammensturz und die Revolution in England aus: „eine Republik dort gleich der unseren, und eine Reduktion ihrer Seemacht innerhalb der Grenzen dessen, was sie jährlich mit Leichtigkeit aufbringen können, würde ihre Erhaltung selbst für uns von Wert machen.“

Von jeher war Napoleons — im einzelnen noch keineswegs für uns durchsichtige — Politik darauf gerichtet gewesen, die Amerikaner in einen Krieg mit England zu verwickeln, und er begrüßte ihre Kriegserklärung, die fünf Tage vor seinem Einmarsch in Rußland erging, mit seinen besten Wünschen: wenn Amerika die Anerkennung des Grundsatzes erzwinge, daß die Flagge das Gut und die Mannschaft decke, und daß die Neutralen nicht einer Papierblockade unterworfen sein sollten, so würde es allen Nationen einen großen Dienst erweisen, und die Nachwelt werde sagen, daß die Alte Welt ihr Recht verlor, aber die Neue Welt es wieder entdeckte. Er mochte triumphieren, daß ihm endlich gelang, was dem Konvent einst fehlgeschlagen war.

---

expedition promised at the time to be as favorable as it was fortuitous.« Works of Madison, III, 553.

Der äußere Parallelismus des kanadischen Eroberungskrieges und des russischen Feldzuges steht außer Frage, obgleich der europäische Beobachter sich nicht immer bewußt ist, daß in dem letzten Kampf um die Befreiung Europas allein Amerika Napoleons letzte Kraftanstrengung gegen England unterstützt hat, und obgleich der amerikanische Beobachter mit Vorliebe die Unabhängigkeit der Politik seines Vaterlandes von solchen Weltkombinationen betont. Allerdings, es bestand keine formelle Allianz, und eine direkte Unterstützung war nicht möglich, wenn auch Napoleon gelegentlich bemerkte: hätte Madison mich um einige Linienschiffe gebeten, er hätte sie haben können, wenn er nur die Seeleute zu ihrer Bemannung herübergesandt hätte. Eine wirksame Unterstützung des einen durch den anderen war nicht nur durch die ungeheure Entfernung, sondern vor allem durch die Tatsache der englischen Alleinherrschaft auf dem Ozean ausgeschlossen. War doch selbst die dauernde diplomatische Fühlung innerhalb dieser politischen Erwerbsgenossenschaft durch die Entfernung so sehr erschwert, daß auch jetzt die maritimen Streitfragen nicht zur Erledigung kamen. Das Schicksal des amerikanischen Gesandten Joel Barlow, der, lange in Paris hingehalten, schließlich im November 1812 nach Wilna eilte, um hier Napoleons Rückkehr abzuwarten, und dann, in die Flucht des Heeres mit hineingerissen, am Weihnachtsabend in einem polnischen Neste bei Krakau an den Folgen der Strapazen starb, zeigt in einem charakteristischen Bilde, wie schon die äußeren Umstände eine wirkliche Kooperation erschwerten.

Es handelte sich also um ein völlig getrenntes Marschieren, um den gemeinschaftlichen Gegner England, für den die Krisis jetzt auf ihren weltgeschichtlichen Höhepunkt stieg, völlig getrennt zu schlagen. Für jeden seiner Gegner hing unendlich viel an dem Sieg des anderen: für die Amerikaner daran, daß Napoleon England durch Niederkämpfung der letzten kontinentalen Großmacht endgültig mattsetzte, für Napoleon an der Möglichkeit, daß der Verlust Kanadas den überseeischen Niederbruch Englands beschleunigte. Beide Teile wurden in ihrer Rechnung betrogen. Der mangelhaft

vorbereitete kanadische Feldzug mißlang. Als der junge Roosevelt siebenzig Jahre später die Geschichte des Seekrieges von 1812 schrieb, tadelte er hart die verbrecherische Torheit Jeffersons und Madisons, in den zwölf Jahren, in denen sie den unvermeidlichen Krieg hätten vorbereiten können, nichts getan zu haben; er übersah nur die charakteristische Zweiseelennatur dieser Staatsmänner, die in Worten in Weltfriedensträumen schwelgten und die europäischen Methoden verwarfen, im geheimen aber von der Dynamik europäischer Konstellationen eine mühelose Machterweiterung erhofften. Der Einfall wurde mit der wenig ehrenvollen Kapitulation einer amerikanischen Abteilung eröffnet und ging ohne Lorbeeren für die Eroberer zu Ende — in denselben Monaten, als in Europa der Stern Napoleons in Moskau und an der Beresina zu erbleichen begann, als eine neue Koalition gegen Frankreich die Lage völlig verschob und alle heimlichen Hoffnungen der amerikanischen Kriegstreiber durchkreuzte. Offen hat es Madison später eingestanden: „Wäre der Franzosenkaiser nicht niedergebrochen, so sehr wider alle Wahrscheinlichkeit, daß keine menschliche Klugheit es voraussehen konnte, so wäre unzweifelhaft Großbritannien durch seine eigene Lage und die Bitten seiner Verbündeten gezwungen worden, auf unsere vernünftigen Friedensvorschläge zu hören." In den Debatten des Repräsentantenhauses im Januar und Februar 1813 erhob die Opposition leidenschaftliche Vorwürfe gegen die Regierung, die unter französischem Einfluß stehe; in einer glänzenden Rede klagte Quincy die Dynastie von Monticello (Jefferson) an, daß ihre leichtsinnige Kriegsverschwörung nur dem Zwecke diene, nach dem Abgang von James I. (Madison) die Thronfolge von James II. (Monroe) sicherzustellen. Jetzt erst begann man zu erfahren, welche unbekannten Lasten das demokratische Staatswesen durch seinen Krieg auf sich genommen habe, und wenn auch der Seekrieg bald bessere Erfolge brachte, so trieben die Neuenglandstaaten doch in dem nächsten Jahre bis an den Rand der Sezession. Mit der Schlacht von Leipzig und dem Einmarsch der Verbündeten in Frankreich sanken alle Hoffnungen der Union zu Boden. Jetzt durfte England, das im Bunde mit den alten Kontinentalmächten

triumphierte, zeitweilig hoffen, den Sieg auch jenseits des Ozeans zu vollenden — so mochten seine Flottenoffiziere denken, als sie den verhaßten Yankees das Kapitol in Washington barbarisch niederbrannten. Da war es Rußland, das, zum ersten Male in der Rolle des Vermittlers, sein Werk in der Genter Pazifikation vom Dezember 1814 glücklich zustande brachte.

Den Amerikanern hatte der Krieg, den man der Welt gegenüber für „seamen rights and free trade" unternommen, vor allem aber um der Eroberung Kanadas willen geführt hatte, weder das eine noch das andere gebracht. Immerhin war das nationale Selbstgefühl durch die Tatsache gekräftigt, daß man zur See sich ruhmreich gegen die Seebeherrscherin behauptet hatte, und dieser Seekrieg ist es, der in der amerikanischen Erinnerung unvergessen fortlebt. Der Eroberungsgedanke jedoch, von dem schon diese erste amerikanische Generation sich blindlings hatte hinreißen lassen, wich einer gewissen Ernüchterung, ja die spätere Generation suchte ihn am liebsten zu vertuschen[1]). Die Machtpolitik war nicht nur falsch gewesen, weil sie mißlang, nicht nur verfrüht, weil sie schlecht vorbereitet war, sondern unsinnig deswegen, weil dem erobernden Staate noch für lange Zeit im Westen unermeßlichere Siedelungsgebiete ohne Krieg offen lagen, als irgendeinem Volke der Erde.

II.

Die Befriedung Europas in den Jahren 1814/15 macht Epoche auch für die auswärtige Politik der Amerikaner. Sie nahm ihnen die Gefahren und entzog ihnen die Chancen des englisch-französischen Weltgegensatzes, der ihre Politik bisher stärker bedingt hatte, als sie sich selber eingestanden. Sie beobachteten die monarchisch-konservative Organisation Europas nicht ohne Besorgnis und lehnten die unter der Hand ergehende Aufforderung Rußlands zum Beitritt zur heiligen Allianz vorsichtig ab. „The political system of the United States is essentially Extra-European", so instruierte der

[1]) Wie völlig das Eroberungsmotiv heute von manchen Amerikanern verwischt wird, zeigt der Beitrag von einem so ausgezeichneten Gelehrten wie J. B. Mac Master in dem VII. Bande der »Cambridge Modern History«.

Staatssekretär John Quincy Adams am 5. Juli 1820 seine Gesandten. Dieser Gedanke, das europäische und das amerikanische System der Politik streng auseinanderzuhalten, bedeutete in der Fassung, die schon Jefferson ihm gegeben hatte, nicht bloß Enthaltsamkeit in europäischen Kämpfen, sondern verbarg zugleich die Neigung, den ganzen amerikanischen Kontinent dem eigenen Einflusse vorzubehalten. So hatte schon Henry Clay in den Debatten des Jahres 1813 mit dem prahlenden Selbstbewußtsein dieses jüngeren Geschlechtes die wünschenswerte Gleichgewichtsverteilung Europas als gelehriger Schüler Jeffersons besprochen, um zu schließen: „Doch das sind Spekulationen. Ich blicke auf die politischen Vorgänge in Europa, mit der einzigen Ausnahme ihrer möglichen Rückwirkung auf uns, wie ich auf die Geschichte anderer Länder und anderer Zeiten blicke. Ich verfolge sie nicht mit dem halben Interesse, das ich den Bewegungen in Südamerika zuwende."

Diese gewaltige Nachwirkung des Revolutionszeitalters, der beginnende Abfall der spanischen Kolonien, war es, die den Amerikanern wiederum, ohne ihr Zutun, eine neue Sphäre politischen Einflusses eröffnete: vom ersten Augenblick an hatten ihre Staatsmänner mit Spannung das Werden dieses Weltereignisses verfolgt. Das republikanische Solidaritätsgefühl mit den an die eigenen großen Tage erinnernden Freiheitskämpfen traf zusammen mit der instinktiven Erkenntnis zukünftigen politischen Gewinns, um die Union schon frühzeitig zur Anerkennung der neuen Republiken zu veranlassen. Da sollte es sich fügen, daß das alte Gesamteuropa, seine Kräfte überschätzend, den Amerikanern eine unerwartete Gelegenheit schenkte, den europäischen Mächten gegenüber den eigenen Bereich auf ihrem Kontinente in eindrucksvoller Weise abzugrenzen. Sobald der Kongreß von Verona den Beschluß faßte, mit allen Mitteln die Herstellung der monarchischen Autorität in Spanien selbst und womöglich auch in den spanischen Kolonien zu unterstützen, schienen die Amerikaner ernstlich vor die Frage gestellt zu werden, ob sie ein solches Übergreifen des einen Systems auf das andere zu verhindern vermöchten. Die Schwierigkeit dieser Situation wurde ihnen jedoch dadurch erleichtert, daß in demselben Moment Groß-

britannien sich aus dem Verbande der europäischen Mächte herauszulösen begann, die Beteiligung an einer gewaltsamen Restauration in Süd- und Mittelamerika ablehnte und sich in der Welt nach einem Bundesgenossen für seine Wendung umsah. Es ist der englische Minister Canning gewesen, dessen Initiative erst das aktive Vorgehen der Union ausgelöst hat.

Ohne die viel erörterte Entstehungsgeschichte der Monroedoktrin im Zusammenhange darzulegen, darf man sagen, daß die Botschaft des Präsidenten vom 2. Dezember 1823 keine für die Amerikaner neue politische Theorie geschaffen, sondern nur längst im Fluß begriffene Ideen formuliert hat; daß die Notwendigkeit zu dieser Formulierung nur durch die Restaurationspolitik der alten Mächte gegeben war; daß schließlich die Neigung zu einer programmatischen und feierlichen Verkündigung dieser Grundsätze erst dann auftauchte, als man durch Englands Haltung dazu ermutigt war. Es war eine entscheidende Wendung, als im August 1823 Canning dem amerikanischen Gesandten Rush die Frage vorlegte, ob nicht der Moment für ein Einverständnis beider Mächte in Sachen der südamerikanischen Republiken gekommen sei, und ob es nicht, für den Fall eines solchen Einverständnisses, nützlich für beide Teile sein würde „and beneficial for all the world, that the principles of it should be clearly settled and plainly avowed“. Es war Cannings Idee, der Restaurationstheorie ein gemeinschaftliches, ähnlich prinzipiell gefaßtes Programm entgegenzustellen, und Arm in Arm mit Amerika sein Jahrhundert in die Schranken zu fordern; vielleicht war dem Realpolitiker der Hintergedanke nicht fremd, den Arm des Bundesgenossen zugleich zu binden durch eine gemeinschaftliche Erklärung, daß man selbst in dem vormals spanischen Gebiet an keine Erwerbung denke und keiner Erwerbung einer anderen Macht ruhig zusehen werde.

Die Eröffnung schlug in Washington ein wie ein Blitzstrahl. Der achtzigjährige Jefferson, den Präsident Monroe ebenso wie seinen Vorgänger Madison sofort um seinen Rat anging, bezeichnete die Frage als die folgenschwerste seit der Unabhängigkeitserklärung. Der alte 1789er sah den Kompaß zu günstiger Fahrt über das Weltmeer gerichtet und endlich die

Stunde gekommen, von der er immer geträumt hatte, die Stunde der Trennung der beiden Welten des Despotismus drüben und der Freiheit hüben. Scharf bezeichnete er den Angelpunkt des Problems: „die einzige Nation auf der Erde, die uns darin stören könnte und uns überhaupt Schaden zuzufügen vermag, bietet ihre Hilfe an: Großbritannien an der Seite haben wir uns vor der ganzen Welt nicht zu fürchten." So riet er, das Angebot Englands anzunehmen. Nur eine einzige Frage gibt ihm noch zu denken. „Wünschen wir selbst für unsere Nation irgendetwas von den spanischen Kolonien zu erwerben? Ich gestehe freimütig, ich habe immer auf Cuba als den wichtigsten Zuwachs geblickt, der jemals unserm Staatensystem zuteil werden könnte. Die Kontrolle, welche diese Insel uns geben würde über den Golf von Mexiko, die angrenzenden Länder, den Isthmus, so gut wie über alle Länder, deren Flüsse sich in den Golf ergießen, würde das Maß unseres politischen Wohlbefindens voll machen." Aber er bezwingt sich. Da dieses große Programm, aus dem man den rein geographisch begründeten Imperialismus Napoleons herauszuhören meint, nur mit Krieg durchzuführen sein würde, so begnügt er sich mit einem kleineren, dem Interesse zweiter Ordnung, die Unabhängigkeit dieser Gebiete (zumal auch von England) sicherzustellen. Er überläßt den ersten Wunsch dem Walten der Zukunft. So stimmt er ebenso wie Madison für die Kooperation mit Großbritannien: das Inselreich und die amerikanischen Kontinente gegen den europäischen Kontinent.

Aber die Leiter der amerikanischen Politik gingen noch einen entscheidenden Schritt weiter als der Veteran des Imperialismus. Ohne die Fortsetzung der Verhandlungen mit England abzuwarten, hat die Botschaft des Präsidenten Monroe vom 2. Dezember 1823, das Werk des Staatssekretärs John Quincy Adams, die beiden Grundsätze der Nicht-Kolonisation — gegenüber der russischen Festsetzung in Alaska — und der Nicht-Intervention — gegenüber der heiligen Allianz — als Richtpunkte des autonomen amerikanischen Staatsrechts verkündet. Man vermied eine Aktion auf dem Boden der internationalen Politik und des Völkerrechts und begnügte sich mit einem Schritte, der zunächst gar keine internationale Bedeutung

besaß, der weniger und doch wieder mehr war als die von Canning vorgeschlagene Erklärung.

Die Motive, die Monroe und Adams zu dieser Wendung veranlaßten, entspringen, so viel man zu erkennen vermag, aus verschiedenen Wurzeln. Die Form des isolierten Vorgehens konnte als eine Rücksichtnahme gegen Rußland und die Mächte der heiligen Allianz gedeutet werden, die durch eine gemeinsame englisch-amerikanische Staatsaktion eher hätten herausgefordert werden müssen. Auch wollte man nicht den Glauben aufkommen lassen, daß man unter englischem Antrieb handle, als Satellit einer Großmacht, die in Wirklichkeit ihre Anerkennung der südamerikanischen Republiken noch hinauszögerte. Nicht minder fürchtete man, durch ein gemeinschaftliches Vorgehen mit England das Ansehen der Union bei den Südamerikanern zu schmälern; besonders Madison war hernach befriedigt, daß man nicht einer andern Nation gestattet habe, das Verdienst der Führung an sich zu reißen. Die gemeinschaftliche Erklärung, wie Canning sie plante, hätte Großbritannien als eine führende amerikanische Macht gewissermaßen neben der Union anerkannt — wie wenig hätte das im Geiste der Männer gelegen, die noch 1812 alle fremden Mächte, England voran, aus dem Weltteil hatten verjagen wollen. Und hätte man auch den Vorteil gehabt, mit ihr den Engländern die Hände zu binden, so würde man doch auch sich selber gebunden haben. Denn die Chancen der Zukunft, die sogar Jefferson zurückstellen wollte, hatte der Staatssekretär Adams ebenso fest ins Auge gefaßt. Hatte er doch schon ein halbes Jahr zuvor über Kuba und Portoriko geschrieben: „Die beiden Inseln gehören ihrer ganzen Natur nach zum nordamerikanischen Kontinent, und eine von ihnen, die nahezu in Sehweite unserer Küste liegt, ist aus mannigfachen Gründen von allergrößter Bedeutung für die kommerziellen und politischen Interessen unserer Union geworden."

Man kennt das witzige Wort des Fürsten Talleyrand zu einer Dame, die ihn über den Unterschied der damaligen politischen Schlagworte Intervention und Nichtintervention befragte: es sei im Grunde ein und dasselbe. Auch die Verkündung des Grundsatzes der Unzulässigkeit einer Intervention

Europas in amerikanische Verhältnisse verdeckte am letzten Ende die Neigung, gegebenenfalls in diesem Bereiche sich selbst die Intervention vorzubehalten. Es sollte nicht lange dauern, bis aus dieser verschwiegenen Neigung ein offen eingestandenes System gemacht und der Grundsatz der Nichtintervention in den der Intervention umgebogen wurde —vielleicht ist es das entscheidende Motiv auch schon für Monroe und Adams gewesen, das sie zu dieser im Grunde echt amerikanischen Politik führte. So nahmen sie mit Gemütsruhe Canning die Karten aus der Hand und spielten ihren eigenen Trumpf aus, ja stellten sich bald, als ob sie das Spiel angefangen hätten[1]). Sie sorgten nicht um den Krieg, der von dem alten Europa im Ernste gar nicht zu befürchten war, und dachten im Geiste ihrer Väter an die Zukunft des Imperiums.

Von solcher Gesinnung waren die Staatsmänner der Monroedoktrin erfüllt, als ein paar Jahre später aus dieser mittelamerikanischen Kolonialwelt, auf die die Jefferson und und Adams längst die begehrlichen Blicke gelenkt hatten, ein Aufruf zum Zusammenstehen in gemeinamerikanischem Interesse an die Union erging: bei Gelegenheit des panamerikanischen Kongresses von 1826. Diese Veranstaltung war von einigen der abgefallenen und im Kriege mit Spanien befindlichen Kolonien einberufen worden und hatte ursprünglich gemeinschaftliche Expeditionen zur Befreiung von Kuba und Portorico auf die Tagesordnung gesetzt. Wenn sich der Kongreß der Vereinigten Staaten nur zögernd und zu spät zur Beteiligung entschloß, so war ein doppeltes Bedenken schuld daran. Einmal die Beteiligung der Negerrepublik Haiti — der bloße Gedanke daran brachte das Blut der Südstaatler zur Siedehitze. Das andere war die Ungewißheit über das zu-

---

[1]) Bezeichnend dafür ist die Depesche von Rush an den Staatssekretär Adams vom 9. Februar 1824: »On the point of publicity, so constantly averted to by Mr. Canning, I should have no difficulty whatever but for one consideration. If the sentiments expressed in the President's Message on Spanish America, were to be taken as flowing from Mr. Canning's overture of last August, I should say, that a solemn act of my government having been the fruit of that overture, it would rest wholly with the discretion of my government to disclose or not the grounds of that act.« (Writings of James Monroe VI, 428.)

künftige Schicksal von Kuba; so ungern man dort die spanische Herrschaft sah, so war den vorausblickenden Yankees eine Befreiung und Eroberung der Insel von Mexiko aus doch noch unangenehmer, die Errichtung eines selbständigen farbigen Staates, eines „Pulvermagazins" nach dem Beispiel Haitis vor den eigenen Toren, vollends unerträglich; für sie selber aber war die Birne noch nicht reif.

Moderne Pazifizisten haben in begeisterter Unkenntnis der Verhältnisse in diesem bald gescheiterten Kongreß „die erste internationale Friedenskonferenz" sehen wollen, als wenn die Dinge irgend etwas mit Pazifizismus zu tun gehabt hätten. Allein die Maske verstand man in Washington sehr gut vorzustecken. Es war derselbe John Quincy Adams, jetzt Präsident der Vereinigten Staaten, der diesem Kongreß nicht so kühl gegenüberstand, sondern in seiner Botschaft an das Repräsentantenhaus ein Füllhorn salbungsvoller Überschwenglichkeiten entleert hatte. „Gegenstände von der höchsten Bedeutung, nicht nur für die künftige Wohlfahrt des ganzen Menschengeschlechts, sondern unmittelbar das Sonderinteresse der Union berührend, werden die Beratungen des Kongresses zu Panama ausfüllen, ob wir vertreten sind oder nicht. Andere Gegenstände mögen, falls wir vertreten sind, von unsern Bevollmächtigten vorgebracht werden, und auch sie haben das doppelte große Ziel im Auge: unsere eignen Interessen und die Verbesserung der Lage der Menschheit auf Erden. Es kann sein, daß im Laufe vieler Jahrhunderte nicht eine zweite so günstige Gelegenheit der Regierung der Vereinigten Staaten geboten wird, den wohltätigen Zwecken der göttlichen Vorsehung zu dienen, die verheißenen Segnungen des Erlösers der Menschheit zu spenden und für kommende Zeitalter die Vorherrschaft von Frieden auf Erden und Wohlwollen unter den Menschen zu befestigen, wie es jetzt durch Teilnahme an den Beratungen dieses Kongresses in ihrer Macht steht." Friede auf Erden und unsere Interessen — dasselbe Ineinandergreifen von Weltfriedensträumen und Welteroberungsplänen, das man schon in den Anfängen Jeffersons als Leitmotiv einer spezifisch amerikanischen Staatskunst erkennt und bei den realpolitischen Urhebern der Monroedoktrin wiederfindet.

III.

Mit Recht sehen die Amerikaner in der Formulierung der Monroedoktrin einen Einschnitt in ihrer Geschichte. Was eine stärkere Abwendung von europäischer Politik ist, bedeutet darum noch keineswegs eine Abwendung von imperialistischer Eroberungspolitik. Im Gegenteil: das Zeitalter der Expansion ging unaufhaltsam weiter, um in den nächsten Jahrzehnten auf seinen Höhepunkt zu gelangen. Der Unterschied bestand nur darin, daß diese Ausdehnung fortan von Europa nichts mehr zu befürchten hatte, sondern auf Kosten nichteuropäischer Mächte widerstandslos um sich greifen konnte.

Im Vordergrunde dieser Expansion stehen die Sklavenstaaten, deren Politiker von jeher nach ihrer ganzen Veranlagung die Träger der Eroberungslust gewesen waren. Jetzt begannen sie vollends zu erobern, weil sie mußten. Wirtschaftliche und politische Motive vereinigten sich, um sie unerbittlich auf diesen einzigen Weg zu zwingen. Seit der Einführung der Baumwollkultur im Süden machte der extensive Wirtschaftsbetrieb die Erschließung immer neuer Gebiete zu einem unwiderstehlichen Bedürfnis. Zu diesem wirtschaftlichen Bedürfnis nach immer neuem Sklavenland kam das politische Bedürfnis nach immer neuen Sklavenstaaten. Je mehr der Norden durch Einwanderung und Kapitalwachstum sich erhob und an Stimmenzahl im Repräsentantenhause überlegen wurde, desto mehr mußte der Süden auf Erhaltung der Parität im Senat bedacht sein, also immer neue Sklavenstaaten in die Union aufnehmen, und wenn sie aus dem Gebiete des Louisiana-Ankaufes nicht mehr herauszuschneiden waren, das Land dazu durch Eroberung gewinnen. Das war die Politik, die auf manchen krummen Wegen und doch mit einer ehernen Naturnotwendigkeit zur Aufnahme der von Mexiko losgerissenen Republik Texas (1845) und dann zum Kriege gegen Mexiko, zur Eroberung von Kalifornien und Neumexiko (1848), zum Vordringen über das Felsengebirge an den Stillen Ozean führte — in demselben Jahre, da die Alte Welt von den inneren Stürmen der Revolution gelähmt war.

Der Krieg gegen Mexiko, den Bryce mit Unrecht als eine Ausnahme von der Regel kennzeichnet, steht in Wirklichkeit in einem einzigen großen Zusammenhange mit der ganzen amerikanischen Geschichte. Er war ein Eroberungskrieg so gut wie der von 1812, aber einer, der gelang und der natürlichen Entwicklungsbedingung der Nation entsprach: in derselben Ausdehnung, in der sie von der Besiedlung der Ostküste ausgegangen war, quer über den ganzen Weltteil nach Westen bis an die Ufer des anderen Meeres zu rücken. Mit geringem Kraftaufwand, denn der Gegner war allzu schwach, gewann man eine neue Welt von Zukunftsmöglichkeiten. Bryce rechnet es der friedlichen Naturanlage der Vereinigten Staaten hoch an, daß sie — damals als er schrieb! — diese Eroberungspolitik gegen Mexiko und Mittelamerika nicht fortgesetzt hätten: „Wenn die Vereinigten Staaten eine Monarchie wären wie Rußland, so würde das gewiß geschehen, weniger infolge vorbedachter Angriffspläne, als infolge der unwiderstehlichen Tendenz in den Dingen, einer Tendenz, ähnlich der, welche Rom zur Eroberung des Orients, England zu der von Indien, Rußland zu der von Nordwestasien geführt hat." Aber diesem Satze liegt der doppelte Irrtum zugrunde, als ob gewisse Staatsformen eine nur ihnen eigentümliche Neigung zu imperialistischer Ausdehnung aufzuweisen hätten, und als ob in diesem Falle nicht innere, in der Sache selbst liegende Gründe die Vereinigten Staaten abgehalten hätten, ihrer Ausdehnung weiterhin die Richtung nach Süden zu geben. Auch in dem nächsten Jahrzehnt, vor dem Sezessionskriege, haben die Südstaatler immer von neuem die Spitze gegen Mexiko, Mittelamerika, Kuba zu richten versucht: sie würden vermutlich die Union mit sich gerissen haben, wenn sie nicht selber bereits in die Defensive gedrängt gewesen wären. Denn die Frage der Expansion griff mit der Zeit immer tiefer — dieser Nachweis ist das große Verdienst des v. Holstschen Werkes — in das innere Problem des Landes ein. Stellte doch jede der großen Erwerbungen und die fortschreitende Besiedlung des neuen Landes, wenngleich vom Missourikompromiß (1820) bis zu dem Kompromiß Henry Clays von 1850 der letzten Entscheidung immer wieder ausgewichen wurde, die großen

Interessenparteien vor die Alternative, ob das Gewonnene der weißen oder der schwarzen Arbeit vorbehalten sein sollte.

Es ist ein historischer Irrtum, allein das eigensüchtige Interesse der Sklavenhalter-Oligarchie als treibende Kraft hinter dieser Ära der Ausdehnung anzusetzen. Wir stehen in den Jahrzehnten, in denen das Volk der Vereinigten Staaten sich in die weiten Prärien diesseits und jenseits des Mississippi ergießt, um in unaufhaltsamer, fast sich überstürzender Arbeit the winning of the west zu vollenden. Ein Rausch des endlosen Weiterdringens kommt über diese Massen, die dem westward ahoi folgen, um sich eine neue Heimat zu suchen. Bis in die achtziger Jahre hinein schiebt sich jahraus jahrein ein breiter Gürtel der äußersten Siedelungsgrenze quer über den ganzen Kontinent. Dorthin strömen die Hunderttausende aus der immer höher anschwellenden Einwanderung von Europa, und der zusammengesetzte Rassencharakter der amerikanischen Nationalität, der ihr von früh auf eigen ist, wird in dieser Völkermischung des weiten Westens so stark sichtbar, daß in einzelnen Staaten die nichtenglische Einwanderung zeitweilig weit überwiegt. Zu den Neukömmlingen gesellen sich die Farmer aus dem Osten; wie manche Farm in Connecticut oder Massachusetts liegt heute verödet, von der die Söhne nach Ohio und Illinois weiterzogen, während die Enkel heute in Dakota den Weizen bauen. Beide Elemente aber verwuchsen in der harten und fröhlichen Arbeit im Westen zu einem Menschenschlage, der die spezifisch amerikanischen Züge am kräftigsten und ursprünglichsten herausbildete. Der expansive Charakter des amerikanischen Lebens erfüllte alle, die herüberkamen, mit derselben Energie; manche neuen Elemente, man denke an den richtigen deutschen Achtundvierziger, brachten zwar wenig Anlage mit, in ein auf Macht und Ausdehnung gestelltes Staatswesen einzutreten, aber wer sich behaupten wollte, ging mit dem großen Strome.

Im Süden mochte eine herrschende Klasse das Schlagwort von der offenbaren weltgeschichtlichen Bestimmung Amerikas, „our manifest destiny“, für ihre Zwecke benutzen: im Westen durchdrangen sich die Massen und jeder einzelne mit dem Glauben, daß das Gemeinwesen, in dem man lebte,

von Gott und der Natur zum Vorwärtsschreiten ins Ungemessene berufen und zum Brechen aller Widerstände berechtigt sei. Was heute den alten Völkern Europas als eine neue Machtlehre verkündet wird, was wir unter Imperialismus verstehen und manchmal wohl als eine eigentümliche Tendenz der herrschenden Klassen, militärischer oder kapitalistischer Bedürfnisse auffassen: das liegt hier in primitiver Form jedem Einzelnen im Blute und überträgt sich von ihm auf die Gesamtheit, auf den Geist des öffentlichen Lebens, auf die Formen des politischen Denkens. So erwachsen in diesen Pionieren des Westens die psychologischen Voraussetzungen, die der innerlichen Verfassung eines imperialistischen Eroberervolkes eine stärkere und bleibendere Grundlage geben als das Papier der Monroedoktrin oder das Klasseninteresse der Sklavenhalter. Kein Wunder, daß diese lebenskräftige Rasse es sich zutraut, über das Geschick des Weltteils zu bestimmen. Das geheime Sittengesetz aller Geschichte, das Recht des Stärkeren und die Auslese der Tüchtigsten, liefert ihr für die Eroberung die moralische Rechtfertigung nach innen und außen. Das prophetische Wort Calhouns von 1817: „Wir sind groß und in schnellem und, ich möchte fast sagen, furchtbarem Wachstum begriffen“, ist in dem Jahrhundert seitdem immer mehr der verschwiegene Grundakkord geworden, aus dem die Seele jedes Amerikaners schwingt.

So mußte in der amerikanischen Politik der Einfluß des Westens immer stärker hervortreten, im Guten und Bösen. Seit der Präsidentschaft von Andrew Jackson (1829—1837), der auch persönlich einen neuen Typus unter den Präsidenten darstellt, ist die Fortbildung der amerikanischen Demokratie unter dem wachsenden Einfluß des Westens erfolgt, in dem sich alle fortschrittlichen, treibenden, spezifisch amerikanischen Kräfte zusammenfassen. So ist begreiflich, daß westliche Historiker den eigentlichen Gesichtspunkt für die Geschichte der Nation nicht vom Atlantischen Ozean her genommen wissen wollen, sondern ihn im weiten Westen suchen: sie erkennen damit an, daß von der Expansion und Eroberung aus, von dem, was wir Europäer auswärtige Politik nennen, auch ihre innere Geschichte die entscheidenden Antriebe erhält. „Selbst der

Kampf um die Sklaverei", sagt F. Jackson Turner in Überspitzung eines richtigen Grundgedankens, „behauptet seinen wichtigen Platz in der amerikanischen Geschichte nur wegen seiner Beziehung zu der Ausdehnung nach Westen."

Auf das engste gehört beides zusammen: die Expansion nach außen und im Innern der Kampf um die wirtschaftlich-politische Struktur des neuen Landes. Auch der Süden ging mit dem Geiste der Nation, wenn er stürmisch auf diesen Weg trieb. Allerdings setzt die Natur der demokratischen amerikanischen Institutionen der schlechthin grenzenlosen Aufnahme ganz fremdartiger Elemente gewisse Grenzen. Es liegt ein Körnchen Wahrheit in dem Satze des Präsidenten Polk, der den Krieg gegen Mexiko unternahm, daß die Natur der amerikanischen Institutionen der Welt eine vollkommene Sicherheit biete, daß die Vereinigten Staaten keine Eroberungspolitik treiben würden. Kein einsichtiger Mann, so heftige Kriegsreden die südstaatlichen Heißsporne auch manchmal hielten, konnte sich der Erkenntnis verschließen, daß man Mexiko, die Isthmusstaaten, Kuba sich nicht einfach einverleiben konnte. Es blieb unserer Zeit vorbehalten, auch für die imperialistische Ausdehnung verfeinerte und kompliziertere Methoden der politischen und wirtschaftlichen Aneignung zu finden, als die bloße Eroberung.

Noch immer kreuzten sich in den Köpfen der politischen Führernaturen die alten Gegensätze pazifizistischer und imperialistischer Ideen. Im Jahre der Annexion von Texas (1845) schrieb der ehemalige Staatssekretär Daniel Webster: „Ich habe von jeher gewünscht, daß dieses Land den Nationen das Beispiel einer großen, reichen und mächtigen Republik darbieten möchte, die nicht von einem Geiste der Vergrößerung beherrscht wird. Das wäre meiner Ansicht nach ein Beispiel, das wir der Welt im Interesse der amerikanischen Regierungsform schuldig sind." Aber einer der kommenden Männer der nächsten Generation, der Gouverneur William H. Seward von New York, urteilte im Jahre darauf bereits: „Die Volksleidenschaft für territoriale Vergrößerung ist unwiderstehlich. Es ziemt sich daher für uns, uns für unsere Mission vorzubereiten. We must dare our destiny." Die Nordstaatler wollten dieser

Bestimmung nur eine andere Richtung geben als die Südstaatler. Es war derselbe Seward, der ein Jahrzehnt später von einer Reise durch Britisch-Nordamerika eine neue Erkenntnis mitbrachte. Wohl lehnte er die nationale Selbsttäuschung ab, die er selbst geteilt hatte, als ob Kanada über kurz oder lang mit Naturnotwendigkeit der Union zufallen müsse; er zeigte vielmehr, daß dieses Land selbst weit genug und seine Söhne stark genug für ein Imperium seien, das mit der gleichen Eifersucht auf die Union wie auf Großbritannien blicke, und prophetisch sah er voraus, daß es eben darum weder von der Union erobert noch von Großbritannien auf die Dauer gehalten werden könne, sondern zu tatsächlicher Unabhängigkeit aufsteigen müsse. Aber eben darum setzte er einer vorausschauenden amerikanischen Politik die neue Aufgabe, sich auf ein Bündnis mit dieser jungen und ihrer Zukunft noch kaum bewußten Macht einzurichten, statt sie schlecht zu behandeln und schwache Staaten aus den verfallenden spanischen Provinzen an der Küste und auf den Inseln des Golfs von Mexiko zu errichten (1857)[1]. Auch dieser Mann, der zuerst das Wort vom „irrepressible conflict" gesprochen hatte, war ein Imperialist, nur daß seine Augen in eine andere Welt der weißen Arbeit hinausblickten, als die nach Süden hin orientierten Häupter der Sklavenhalterpartei.

Überall treten uns die Umrisse künftiger Gestaltung entgegen. Die Ausdehnung bis an den Stillen Ozean führte sofort zu einem bedeutsamen Postulat. Sobald die amerikanische Politik sich in Kalifornien und Oregon der pazifischen Küste bemächtigt hatte, erkannte sie die Unentbehrlichkeit eines Kanals durch den Isthmus. Noch freilich waren die Amerikaner nicht stark genug, weder technisch noch wirtschaftlich, ihn selbst zu bauen, noch waren sie nicht einmal politisch stark genug, für den Fall des Baues jede andere politische Mitherrschaft auszuschließen; man mußte froh sein, im Clayton-Bulwer-Vertrage von 1850 gemeinschaftlich mit England, vor dem man in der Oregonfrage soeben einen Schritt zurückgewichen war, die Neutralität des zukünftigen Kanals sicher-

[1]) W. H. Seward, A cruise to Labrador (1857). S. 388.

zustellen. Es geschah nicht im Geiste der reinen Monroedoktrin, daß man sich dazu herbeiließ, aber man wußte, daß man noch warten mußte.

So bietet die Nation in den Jahrzehnten vor dem Sezessionskriege ein wunderbares Schauspiel — nach außen in dem stärksten Vordringen begriffen, aber im Innern von einem abgrundtiefen Spalt durchzogen, von einem unversöhnlichen Gegensatz über alle Grundlagen politischen und ethischen Denkens, wirtschaftlicher und sozialer Interessen, der jene Expansion immer weiter vorwärts treibt, aus ihr seine stete Nahrung zieht, aber gerade an dem Objekte dieser Expansion sich immer rettungsloser verschärft, um zuletzt unwiderstehlich der Sprengung der Unionsverfassung zuzutreiben.

IV.

Einst hatte Tocqueville betont, daß die Vereinigten Staaten durch eine Spaltung nicht nur ihre Kraft dem Auslande gegenüber schwächen, sondern selbst ein Ausland auf ihrem eigenen Boden schaffen würden. Die Folge würde schon auf wirtschaftlichem Gebiete ein System von Binnenzöllen und künstlichen Wirtschaftsgrenzen in einer von der Natur geschaffenen Wirtschaftseinheit, somit eine schwere Hemmung für die Ausbeutung ihres Gebietes sein; wenn die Union bis jetzt keine Invasion zu fürchten, keine Armeen zu unterhalten und keine Zölle zu erheben habe, so würde das alles unvermeidlich werden, wenn sie eines Tages zerbreche. Es war nicht anders, eine Spaltung würde die einzigartige Lebensbedingung, unter der die Union aufgewachsen war, und damit auch die unbegrenzte Möglichkeit ihrer Ausdehnung zerstört haben; sie würde sie da verwundbar gemacht, wo sie fast unverwundbar war, und in der auswärtigen Politik dauernd unter den Druck der Lebensbedingungen der europäischen Staaten gestellt haben. So folgerte Tocqueville mit Recht, daß die Amerikaner ein ungeheures Interesse daran hätten, vereint zu bleiben.

Die inneren Gegensätze aber waren so unversöhnlich geworden, daß die Parteileidenschaft, vor allem des Südens, immer wieder mit dem Gedanken der Trennung spielte oder drohte, bis mit einem Male die Sezession vor der Tür stand.

Wie zögernd auch der Norden den Handschuh aufnahm, den der Süden ihm hinwarf, so klar war doch bei seinen Staatsmännern die Erkenntnis, daß die Lebensfrage der Nation auf dem Spiele stand, und so unerschütterlich ihr Entschluß, keine Sezession zu dulden, sondern die Union, wenn auch durch ein Meer von Blut hindurch, zu behaupten. Es ist die weltgeschichtliche Tat des Nordens, die in einem höheren Sinne auch dem Gesamtstaate und also auch dem Süden zugute kam, daß er diese ungeheure Aufgabe ergriff und den Kampf um die Aufrechterhaltung der Einheit aufnahm — in denselben Jahren, da das deutsche und das italienische Volk sich ihre Einheit erst zu erkämpfen begannen.

Wäre schon eine vollzogene Sezession verderblich für die Vereinigten Staaten geworden, so war ihre politische Existenz vollends auf das schwerste gefährdet, solange der Kampf um Einheit oder Sezession sie zerriß. Man konnte ihn nur führen, wenn es gelang, den Bürgerkrieg der Welt gegenüber zu isolieren und jede fremde Intervention fernzuhalten, das wunderbare Vorrecht also, das der eigene Kontinent von jeher bot, auch in dieser Krisis zu behaupten. Einem europäischen Staate würde das nicht möglich gewesen sein: man denke nur an das Frankreich der Hugenottenkriege, oder gar an Deutschland, dessen innere Krisen durch die Verflechtung mit der gesamteuropäischen Geschichte jedesmal einen so unheilvollen Charakter angenommen haben. Von diesem Gesichtspunkte aus, sollte man annehmen, hätte es eine selbstverständliche Politik sein müssen, jede Interventionsmöglichkeit auf das vorsichtigste zu vermeiden, hätte das Vermächtnis Washingtons mehr als jemals das oberste Gesetz sein sollen.

Da begegnet das Erstaunliche, daß der Gedanke wenigstens des umgekehrten Verfahrens noch an der Schwelle des großen Krieges auftaucht, nicht in dem Kopfe irgendeines Zeitungspolitikers, sondern mit vollem Vorbedacht von einem Manne in verantwortlicher Stellung ergriffen. Es war William H. Seward, der eigentliche Staatsmann und der Präsidentschaftskandidat der republikanischen Partei, bis er auf der Konvention zu Chicago dem westlichen Außenseiter unterlag, der Mann, der vielen fast als allzu radikaler Abolitionist

erschienen war: den Präsident Lincoln jetzt in einer Art von Selbstverständlichkeit mit der Leitung des Staatssekretariats beauftragte. Vier Wochen nach der Inauguration Lincolns unterbreitete er, unzufrieden mit dem schleppenden Gang der Ereignisse, dem Präsidenten eine Denkschrift, die es bitter beklagte, daß man nach einem Monat noch ohne Politik nach innen und außen sei, und nun in knappen, fast befehlshaberischen Sätzen ein unerhörtes Programm entwickelte. In der inneren Politik riet er, die Sklavereifrage zurücktreten zu lassen hinter dem Schlachtruf „Union oder Disunion", also die Parteifrage in eine Frage des Patriotismus zu verwandeln. Der Schwerpunkt aber lag in seinem auswärtigen Programm: „Ich würde sofort, in kategorischer Form, Erklärungen von Spanien und Frankreich fordern. Ich würde ersuchen um Erklärungen von Großbritannien und Rußland, Agenten nach Kanada, Mexiko, Mittelamerika senden und einen kräftigen Geist der Unabhängigkeit auf diesem Kontinent gegen die europäische Intervention entfesseln. Sind befriedigende Erklärungen von Spanien und Frankreich nicht zu erlangen, so müßte der Kongreß zusammentreten und ihnen den Krieg erklären. Auf alle Fälle muß die Politik einer energischen Leitung unterstehen. Dazu muß sie irgend jemandem in die Hand gelegt werden, der sie durchführt und ununterbrochen leitet; entweder der Präsident muß sie selbst übernehmen und jede Stunde dafür tätig sein oder sie auf ein Mitglied des Kabinetts übertragen. Einmal angenommen, ist jede Diskussion über diese Politik zu Ende, und alles stimmt zu und harrt aus. Es ist nicht mein besonderes Ressort, aber ich will mich der Verantwortlichkeit weder entziehen noch sie mir anmaßen."

Als dieses Aktenstück vor wenigen Jahren bekannt wurde, erregte es in Amerika ein gewaltiges Aufsehen. Nach Vieler Auffassung ließen sich kaum mehr Ungeheuerlichkeiten in einem kurzen Programm häufen: Verfälschung der letzten Ursachen und Zwecke des Krieges, mutwilliges Heraufbeschwören auswärtiger Verwicklungen und dazu der Versuch eines ehrgeizigen Ministers, den Präsidenten zu seinen Gunsten zu mediatisieren. So sprach Karl Schurz von „der sonderbaren Verwirrung eines so fähigen Geistes", von „einem

psychologischen Rätsel der Geschichte", ja sogar von „einer momentanen geistigen Irrung". Um das vorweg zu nehmen: davon kann keine Rede sein. Der Plan war wohl vorbereitet, längst im Geiste Sewards erwachsen und entsprach durchaus seiner politischen Überzeugung. Wie ich aus bis jetzt unbekannt gebliebenen Papieren entnehme[1]), erklärte er schon am 25. Januar 1861 dem bremischen Geschäftsträger Rudolf Schleiden: „Wollte der liebe Gott den Vereinigten Staaten einen Vorwand zu einem Kriege mit England oder Frankreich oder Spanien geben, so würde darin das beste Mittel bestehen, sofort den Frieden im Innern wieder herzustellen", und am 10. Februar beklagte er wiederum, „daß augenblicklich keine auswärtige Frage obschwebte, die einen guten Vorwand zum Bruche mit einer fremden Macht böte." Daher atmete er auf, als im März eine spanische Einmischung in eine Revolution auf San Domingo und die französischen Pläne in Mexiko ihm einen solchen Vorwand zu liefern schienen, und machte sofort den Versuch, den Präsidenten in jener Denkschrift vom 1. April mit sich fortzureißen.

Was dem amerikanischen Empfinden so unerhört in dem Programm Sewards erschien, wird dem europäischen Betrachter vielleicht aus Parallelen mit anderen alles wagenden Staatsmännern verständlich. Nicht viel anders schlug Wallenstein in seinen geheimen Verhandlungen mit den Sachsen vor, den deutschen Bürgerkrieg dadurch zu beendigen, daß man ihm eine Spitze gegen die Schweden gab, um sie gemeinschaftlich aus dem Lande hinauszutreiben. Vor allem aber steigt Bismarck vor uns auf, wie er nach Königgrätz, von der französischen Einmischung aufgestachelt, rasch mit den Süddeutschen, womöglich selbst mit Österreich Frieden zu schließen und den furor teutonicus, die deutschen Armeen unter dem Banner der Reichsverfassung von 1849, an den Rhein zu werfen gedachte. So wollte auch Seward den furor americanus entfesseln und, wie die Biographen Lincolns es richtig for-

[1]) Diese Depeschen Schleidens, die im Bremischen Staatsarchiv ruhen, sind zum erstenmal benutzt worden in einer Heidelberger Doktordissertation von Ralph H. Lutz über die Haltung der Regierungen und die öffentliche Meinung Deutschlands während des amerikanischen Bürgerkrieges.

mulieren, den Bürgerkrieg durch die Monroedoktrin überwinden. Ein Bismarckischer Zug scheint in seiner Staatskunst zu liegen, die von der auswärtigen Politik her auch die innere Krisis lösen wollte, und selbst die herrischen Schlußworte, in denen Seward die Leitung für seinen kaum gezügelten Tatendrang forderte, sind immerhin, so oft sie auch seitdem ironisiert wurden, von der Einsicht diktiert, daß auswärtige Politik von einem einzigen konsequenten Willen geführt sein muß. Darum verlangte er ihre ausschließliche Leitung für sich, gleichwie Bismarck sie seit 1862 König Wilhelm — nur in diplomatischerer Weise — aus der Hand nahm.

Ein eigentümlicher Gegensatz zwischen den Leitern des Staats in dieser Krisis! Seward gehört in die Reihe jener Männer, die von den Traditionen der auswärtigen Politik herkamen, der Imperialisten und Machtpolitiker vom Schlage der Jefferson und Monroe, der Clay und Calhoun; sein politisches Vorbild war John Quincy Adams, der Urheber der Monroedoktrin, und er selbst sollte wenige Jahre nach dem Bürgerkrieg mit der Erwerbung Alaskas zuerst über das natürliche Ausdehnungsgebiet der Union hinausgreifen. Lincoln dagegen stammte aus dem Westen, dessen Gefühlswelt die Berührung mit dem europäischen Auslande fern lag. Dieser einfache Mann mit den ergreifend gramvollen Zügen, dieser Autodidakt mit dem gesunden Menschenverstande und dem tiefen Herzen, den das Schicksal an die Spitze seines Vaterlandes in seiner schwersten Krisis erhoben hatte, war gewöhnt, die inneren Probleme rein aus dem amerikanischen, dem westlichen Gesichtswinkel zu sehen, und von auswärtiger Politik mit der Front gegen Europa wollte er nichts wissen. Der so ganz unamerikanische Vorschlag Sewards, hervorgegangen aus der ungeheuren Sorge um das Schicksal des Vaterlandes, wollte um des höchsten Einsatzes willen auch das höchste Wagnis auf sich nehmen. Aber er besaß mehr als einen wunden Punkt. Es war äußerst fraglich, ob Seward noch in diesem Stadium die Einheit hätte wieder zustande bringen können: er hoffte auf die schwankende Stimmung in den border-states, aber er rechnete nicht mit der kalten Entschlossenheit der führenden Sezessionsstaaten, die auch

nach außen hin jede sich bietende Anknüpfung ergriffen, selbst ein Bündnis mit England oder Frankreich nicht verschmäht haben würden. Die auswärtigen Mächte aber würden schwerlich so unklug gewesen sein, Seward voreilig die Handhaben für seine verzweifelte Politik zu liefern, sondern wahrscheinlich seinen Forderungen zunächst ausgewichen sein, um erst nach dem Ausbruch des Bürgerkrieges wieder hervorzutreten. So tat Lincoln zweifellos das Richtige, als er Sewards Plan ablehnte. Seine eigentümliche Größe aber besteht darin, daß er diese Aspirationen stillschweigend beseitigte, Seward trotzdem als Staatssekretär beibehielt und ihn seinem Willen unterwarf. Selbst der Bürgerkrieg, der den Staat in zwei Kriegsmächte zerriß und vier Jahre hindurch zerfleischen sollte, war im Vergleich zu dem Hasardspiel Sewards doch der ungefährlichere Weg. Dieser Erkenntnis fügte sich, nach dem Ausbruch des Krieges, auch Seward selbst; wenn er auch nach außen hin starke Worte zu gebrauchen fortfuhr und gelegentlich Neigung zu starken Taten verriet, so lenkte er doch, als der Trent-Fall den Norden an den Rand des Krieges mit England brachte, vorsichtig ein und erschien den Gegnern sogar versöhnlicher als der Präsident.

Die beiden Mächte, zwischen deren Rivalität die Union in früheren Zeiten so oft zu ihrem Vorteil gestanden hatte, England und Frankreich, hielten in der großen Krisis den gleichen Kurs: beide neigten den Südstaaten zu und spekulierten auf den dauernden Zerfall der Republik: gegen beide hatte der Norden das Dasein der Union zu behaupten. Die Engländer trieb zu ihrer Parteinahme nicht nur die Sympathie der Aristokratie mit den südstaatlichen Pflanzern, und das Interesse der Textilindustrie, die durch das Ausbleiben der Baumwolle in die denkwürdigste aller weltwirtschaftlichen Krisen geriet; auf dem Untergrunde lauerte die heimliche Hoffnung, daß eine gespaltene Union, die selbst ihr Lebensprinzip zerstört hatte, niemals wieder in dem Wettbewerb um die Welt dem ehemaligen Mutterlande würde gefährlich werden können — eine letzte tödliche Revanche für den Abfall von 1776! Gefährlicher noch wurde die persönliche Prestigepolitik Napoleons, der diese einzigartige Gelegenheit zu be-

nutzen versuchte, um in einem Lande, das wiederholt schon den Amerikanern eine sichere Beute gedünkt hatte, die Ansprüche der Monroedoktrin so zu durchbrechen, wie es noch niemals eine europäische Macht gewagt hatte. Das Gelingen seiner Intervention in Mexiko hing freilich völlig an der Aktionsunfähigkeit der Union, also an dem Siege der Südstaaten und der Durchführung der Sezession. Auch ihm gegenüber kämpfte der Norden für das Erbe Washingtons, für die Einheit und die weltgeschichtliche Zukunft der Nation; und sobald er freie Hand bekam — schon bald nach der Schlacht bei Gettysburg zog Präsident Lincoln andere Saiten auf — war das Unternehmen Napoleons verloren. Der letzte Ausläufer der französischen Kolonialpolitik in Amerika und ihre letzte Katastrophe! Die Niederlage in Mexiko wirkte auf Napoleons europäische Politik zurück und erschütterte seine Macht in den Grundfesten. Denn in merkwürdiger Verknüpfung sollte die Lähmung, die von Mexiko ausging, auf die militärische Aktionskraft des Kaisers in Europa vernichtend übergreifen, gerade in der Stunde, als er sie gebraucht hätte, um in den Kämpfen um die deutsche Einigung als bewaffneter Schiedsrichter nach Königgrätz dazwischenzutreten. Wie im Siebenjährigen Kriege verspielte wieder ein französischer Herrscher gleichzeitig Amerika und Deutschland, und der Einheitskampf der beiden Völker steht nicht nur in einem äußerlichen, sondern auch in einem innerlichen, wenn auch noch so verdeckten, weltpolitischen Zusammenhange[1]).

So erwehrte der Norden in dem vierjährigen Bürgerkriege sich nicht nur der Sezession, sondern zugleich Europas: Englands und Frankreichs. Was Wunder, daß der Sieg in der wiederhergestellten Union ein üppig aufgeblühtes Stärkegefühl auslöste. Kein Geringerer als Seward prophezeite im Jahre 1868, daß in 30 Jahren Mexiko die Hauptstadt der Vereinigten Staaten sein würde. Unter den Generalen gab es manchen, der nach dem Kriege wohl Lust gehabt hätte, an den übelwollenden Nachbarn Rache zu nehmen; einem

[1]) Vgl. meinen Artikel: Der Kampf um die Einheit in Deutschland und in den Vereinigten Staaten von Amerika, in der in Chicago erscheinenden „Glocke" (März 1906).

von ihnen, Grant, fiel, wie immer den erfolgreichen Generalen auch in dem demokratischen Staatswesen der sicherste Aufstieg zur Macht beschieden war, die Präsidentschaftswürde zu. Wo die europäischen Mächte sich über die zulässige Grenze der Neutralität hinausgewagt hatten, mußten sie einen demütigen Rückzug antreten. So England in dem Alabama-Streit, der sich anfangs jahrelang hinzog und erst dann mit dem Siege der Amerikaner endete, als der Krieg von 1870, in dem die Deutschen über ähnliche englische Neutralitätsverletzungen zu klagen hatten, auch in Europa eine veränderte Mächtekonstellation geschaffen hatte.

Nicht nur die junge deutsche Macht, deren Staatsmann während des Krieges von 1870/71 der Union die Vertretung ihrer Interessen in Paris weitsichtig anvertraute, rückte an Amerika in diesen Jahren seiner Entfremdung mit England und Frankreich heran. Auch Rußland suchte 1867 durch den Verkauf Alaskas, unzweifelhaft aus weltpolitischen Erwägungen heraus, den Keil tiefer hineinzutreiben, seine eigene Freundschaft mit der Union zu befestigen, vielleicht gar dem neuerwachten amerikanischen Ausdehnungsgelüste einen frischen Ansporn zu geben, dessen Richtung nicht zweifelhaft sein konnte. Seward aber tat mit dieser neuen Erwerbung einen bedeutsamen Schritt, zum erstenmal über das natürliche und geschlossene Ausdehnungsgebiet der Union hinweg, in ein Land ohne jeden territorialen Zusammenhang, ohne wirtschaftliche und politische Nutzbarkeit im Moment: die Erwerbung konnte nur von dem Prinzip der Monroedoktrin, das einst auch von Alaska seinen Ausgang genommen hatte, oder von langsichtigen Zukunftsrechnungen diktiert sein. Mochte der Schritt auch noch so bitter bekämpft werden von denen, die an den alten amerikanischen Traditionen in ihrer Weise festhielten, die Freunde der Annexion hatten die Oberhand. „Ich glaube," sagte Mr. Spalding im Repräsentantenhause, „wenn irgend etwas unter dem Himmel vom Schicksal bestimmt ist, so ist es, daß die amerikanische Flagge über jeden Fußbreit dieses amerikanischen Kontinents im Laufe der Zeiten wehen soll. Diese stolze Republik wird nicht auf ihren Gipfel kommen, bis sie den ganzen amerikanischen Kontinent und alle dazugehörigen

Inseln regiert. Die Zwischenfrage „einschließlich Südamerikas?" diente dem Redner nur, sie trotzig zu bejahen. Es war die Stimmung, die im Jahre 1870 den Staatssekretär Fish, den Nachfolger Sewards, zur Ausdehnung der Monroedoktrin (Nichtübertragbarkeit fremder Kolonien) veranlaßte.

Trotzdem sollten der Sezessionskrieg und Alaska nicht zum Ausgangspunkt einer neuen Ära der Annexionen werden. Man beobachtet vielmehr in den nächsten Jahrzehnten, die noch vorwiegend von der Heilung der Wunden des Bürgerkrieges und von der wirtschaftlichen Besitzergreifung des eigenen Territoriums erfüllt sind, eher ein Abflauen als ein Ansteigen der imperialistischen Tendenzen. Wie schon Sewards Absichten auf das dänische St. Thomas gescheitert waren, so mußte Präsident Grant bald darauf selbst erleben, daß der Senat die von ihm eingeleitete Erwerbung von San Domingo ablehnte. Auch der Staatssekretär Blaine, der sich in den nächsten Jahrzehnten zum Hüter der Traditionen seines Amtes berufen fühlte und die panamerikanischen Einrichtungen neu zu beleben versuchte, konnte über Anläufe und Worte kaum hinauskommen. Entscheidend war wohl die allgemeine Weltkonstellation in den siebziger und zu Anfang der achtziger Jahre. Herrschte doch noch in England im Zeitalter Gladstones der Glaube, daß alle Handelspolitik unabhängig von den Machtmitteln und der Machtpolitik des Staates sei und am besten fahre, wenn sie auf weiteren Kolonieerwerb verzichte: in diesem Geiste mochte einer der politischen Schüler Gladstones, James Bryce, als er in den achtziger Jahren sein klassisches Werk über die Union schrieb, sich auch die politischen Triebkräfte Amerikas nach außen hin so vorstellen, wie sie seiner liberalen Doktrin entsprachen.

In Wahrheit ist der Verlauf des ersten Jahrhunderts amerikanischer Geschichte bis in die achtziger Jahre, wie wir gesehen haben, weit davon entfernt, die These von Bryce zu bestätigen. Vielmehr sieht man von Anbeginn her diesem Volke und Staate den Machttrieb in elementarer Urkraft eingepflanzt und die Machterweiterung nur durch ihren größeren Maßstab von den politischen Gebilden der Alten Welt unterschieden; es wäre eine Verkennung der Tatsachen, wie ein Blick

auf die Epochen dieser imperialistischen Ausdehnung zeigt, den Faktor der auswärtigen Politik aus dem Verständnis amerikanischer Entwicklung in dem Maße auszuschalten, wie der englische Liberale es versucht. Schon das erste Jahrhundert amerikanischer Geschichte lehrt, daß auch ein Gemeinwesen, bei dessen Entstehung, seit den Zeiten der Pilgrimväter, eher die entgegengesetzten Antriebe mitwirkten, auf die Dauer doch den Lebensgesetzen folgen muß, die dem Wesen des Staates und der Macht als immanente Notwendigkeiten eingeboren sind. Trotz Franklins frommer Wünsche führen auch die Vereinigten Staaten von Amerika mit gutem Rechte im Wappen das alte Symbol des auf Macht und Herrschaft gestellten Staates, den Adler, und der Truthahn hat sich mit der bescheideneren Rolle begnügen müssen, am Geburtstage Washingtons als nationales Festgericht von Millionen verspeist zu werden; wohl ist in dem Wappen auch ein Ölzweig zu finden, aber er ruht in den scharfen Fängen des goldbewehrten Adlers, der in der anderen Klaue die silbernen Pfeile hält und scharfäugig über die Erde späht, was er erraffe.

Wenn die amerikanische Machtpolitik von derjenigen der europäischen Mächte unterschieden ist, so besteht der Unterschied allein darin, daß sie sich ungehinderter zu betätigen vermochte, weil ihre einzigartige Lage auf dem besonderen Kontinente viele der Hemmungen beseitigte, deren Druck die Völker der Alten Welt einengt. Schon in Europa ist dieser Druck, und dementsprechend auch das Übergreifen der auswärtigen in die innere Politik, dem Grade nach abgestuft; das Deutsche Reich hat von jeher das höchste Maß solcher Spannung zu überwinden gehabt und wird auch in Zukunft nur im aufreibenden Ringen mit den Naturnotwendigkeiten seine Macht behaupten und ausleben können; die insulare Lage Englands und die halb-kontinentale Rußlands schaffen dafür unendlich günstigere Voraussetzungen. Die Vereinigten Staaten aber haben die schon an sich höhere Bewegungsfreiheit auf ihrem Kontinent erst infolge der in Europa sich kompensierenden Machtgegensätze vollends ausnutzen können. Ihre Machtpolitik hat also unter unvergleichlichen Ausnahmebedingungen an dem großen Wettbewerb teilnehmen können.

So ist das Axiom Rankes, von dem wir ausgingen, auch hier nicht etwa seinem Wesen nach aufgehoben, sondern nur in Ursachen und Wirkungen modifiziert. Gladstone hat einmal gesagt: Die Vereinigten Staaten haben eine nationale Basis für das größte zusammenhängende Imperium, das je von Menschen errichtet wurde; er hat als Engländer den vitalen Unterschied zwischen einem zusammenhängenden Imperium und einem über die See zerstreuten und zersplitterten scharf betont. Es war jedoch die Frage, ob die Union in diesen natürlichen Grenzen stehen blieb. Noch im Jahre 1895 konnte Präsident Cleveland in seiner gegen England gerichteten Venezuela-Botschaft mit Stolz erklären, daß die Vereinigten Staaten Herren der Situation seien vermöge ihrer unendlichen Hilfsquellen in Verbindung mit ihrer isolierten Lage, praktisch unverwundbar durch irgendeine oder alle anderen Mächte. Wie aber, wenn die Machterweiterung der Union über diese isolierte Lage hinauswuchs und damit ihren Vorteil aus eigenem Entschluß verscherzte?

V.

Diese letzte Ära amerikanischer Geschichte, die wir seit dem spanischen Kriege von 1898 zu datieren gewohnt sind, war innerlich längst vorbereitet: sie hätte kommen müssen, auch wenn nicht gerade diese Ereignisse sie ausgelöst hätten.

Der nach Westen flutende Besiedlungsstrom, der die Grenze bebauten Landes alljährlich weiter hinausschob, war endlich zum Stehen gekommen. Der amtliche Zensusbericht von 1890 stellte fest, daß hier ein großes Stück amerikanischer Entwicklung seinen Abschluß gefunden habe: „Bis 1880 einschließlich hatte das Land eine Siedlungsgrenze, jetzt aber ist das unbesiedelte Gebiet so aufgebrochen durch vereinzelte Siedlungsgruppen, daß man kaum noch von einer Grenzlinie sprechen kann.“ Der kapitalistische Unternehmungsgeist, der bisher in der Erschließung des eigenen Landes vollauf beschäftigt gewesen war, begann sich nach neuen Jagdgebieten in der Welt für den Überschuß seiner strotzenden Kräfte umzusehen. In der Welt aber war eine neue Periode der Weltwirtschaft heraufgezogen, in der die freihändlerischen Grund-

sätze des Liberalismus ihren Wert verloren hatten. Wieder wie im 18. Jahrhundert begannen die Staaten hinter ihren umsichgreifenden Handel und ihre Märkte suchende Industrie die ganze Summe ihrer politischen und militärischen Machtmittel zu setzen, unerschöpflich in neuen Formen der Koloniegründung, Protektorate, Interessensphären, Pachtungen, Monopole, Schutzzollbarrieren, Handelsverträge, aller Arten finanzieller Abhängigkeiten; in die ganze Welt wuchs der Kampf ums Dasein zwischen den großen Mächten hinaus. Es dauerte nicht lange, bis die amerikanische Großmacht sich darauf besann, welchen natürlichen Vorsprung sie besaß, falls auch sie sich zur Anwendung dieser Mittel entschloß.

Zu diesen wirtschaftlichen Bedürfnissen gesellten sich ideelle Antriebe. So wie die deutschen Historiker, die Droysen und Häusser, Sybel und Treitschke den nationalen Einigungsgedanken geschichtlich begründet und verbreitet haben, wie in England die Seeley und Froude die ersten Apostel der neuen imperialistischen Gedankenwelt gewesen sind, so haben unter den amerikanischen Historikern und Publizisten Theodore Roosevelt und Kapitän Mahan in unermüdlicher Weise ihr Volk zum Verständnis der Weltpolitik und ihrer neuen Aufgaben fortzubilden verstanden. Mahan vom Standpunkte der Seekriegsgeschichte und Seepolitik mit seinen großen historischen Werken über den Einfluß der Seemacht auf die Geschichte, die in dem Buche „The interest of America in sea-power present and future" (1897) gipfeln — seine Wirkung auf die öffentliche Meinung ist der des deutschen Flottenvereins vergleichbar. Schon 1893 begründete Mahan die Notwendigkeit der Annexion Hawaiis mit dem Vorrücken Englands: „In unserer natürlichen, notwendigen Expansion sind wir hier in Berührung mit einem anderen großen vorrückenden Volke getreten, dessen Daseinsgesetz ein Wachstum ist, das in der Vergangenheit mächtig gewirkt hat und das in der Gegenwart fortgesetzt zutage tritt." Längst vorher hatte Roosevelt als Historiker begonnen, schon in seiner Jugend von den großen Triebkräften der amerikanischen Expansion innerlichst ergriffen; seine Geschichte des Seekrieges von 1812 erschien in einem Augenblick (1882), wo die Handels-

flotte der Union im Verfalle und ihre Kriegsflotte auf ihrem Tiefstand angekommen war, und seit 1886 ließ er ihr die Bände seiner Geschichte des „Winning of the West“ folgen. Aus seinen historischen Studien und seiner allgemeinen Bildung brachte dieser Mann, der bei uns viel zu lange nach den Episoden des Cow-Boys oder des Rauhreiter-Obersten beurteilt wurde, einen nationalen Idealismus mit, der ihn über die Durchschnittspolitiker seines Landes hoch emporhob. In seinen publizistischen Schriften erschien, was in jedem Amerikaner instinktiv vorhanden ist, aber häufig nur in lärmendem Selbstbewußtsein hervorbricht, veredelt und vertieft, zu einer nationalen Ethik bewußt fortgebildet. So pries er die männlichen Tugenden starker Völker, ihre kriegerische Kraft und den Krieg selbst, in Worten, die an Moltke und Treitschke erinnern, als den großen Erzieher und gewaltigen Bildner des Menschengeschickes; selbst den Bürgerkrieg wollte er nicht nur wegen seines Resultates, der nationalen Einheit, gelten lassen, sondern er erwärmte sich an den ethischen Werten, die in dem furchtbaren Ringen, unverlierbar für die Nation, zutage getreten waren. Offen sagte er es heraus, daß die Nation reicher geworden sei in gleicher Weise durch die Taten derer, die tapfer für das Recht kämpften, und auch der andern, die nicht minder tapfer für das kämpften, was sie für Recht hielten. Freilich ist auch Roosevelt jener doppelgesichtige, janusartige Zug nicht fremd, der, in seinem Ursprunge wohl erklärlich, seit den Zeiten Jeffersons und der Monroedoktrin den amerikanischen Politikern eignet und ein Stück ihres spezifischen cant auszumachen scheint. Nur darum war es möglich, daß sich ihm, einem der stärksten Nationalisten unserer Tage, trotzdem die Hoffnungen der Friedensfreunde sehnsüchtig zuwandten: unmittelbar jedoch, nachdem der Träger des Nobel-Friedenspreises in Christiania seine Dankrede gehalten, legte er unter den Deutschen in Berlin das Bekenntnis seines innersten Herzens ab: Dreimal wehe der Nation, in welcher der Durchschnittsmann den Kampfesmut verliert und die Kraft als Soldat zu dienen, wenn der Tag der Not kommt.

Schon vor dem Spanischen Kriege waren diese neuen Gedankenrichtungen, die sich völlig von dem alten ameri-

kanischen Boden loslösten, in lebhafter Auseinandersetzung mit den Anhängern der alten Schule amerikanischen Denkens begriffen. Die Bewegung für die Annexion von Hawaii (Ende 1897, Anfang 1898), die vermutlich schon diesem Kriege diente, hatte, leidenschaftlicher noch als einst bei der Annexion von Alaska, den politischen Prinzipienkampf entfesselt. Denn unter den Annexionisten ließ Kapitän Mahan keinen Zweifel darüber, daß es sich bei Hawaii nicht um einen bloßen Einzelfall, sondern um eine Prinzipienfrage, um den ersten Schritt in eine fruchtbare Zukunftspolitik handle. Offen gestand man ein, daß Amerika über das Lebewohl Washingtons endgültig hinausgewachsen sei: „The time has come to close the provincial era of our history."

Um so heftiger widerstrebten die Gegner diesem ersten Schritt auf einer abschüssigen Ebene. In der ersten Reihe dieser Gegner des Imperialismus stand Karl Schurz, der schon im Jahre 1893 den hawaiischen Annexionsplan bekämpft und gegen die unnötige Schärfe von Präsident Clevelands Venezuela-Botschaft im Jahre 1895 scharf protestiert hatte. Zu ihm gesellte sich der Historiker Hermann v. Holst von der Universität Chicago, der die Forscherarbeit eines Menschenalters der amerikanischen Geschichte gewidmet und sich soeben aus einem deutschen Professor in einen amerikanischen Bürger verwandelt hatte; er stürzte sich mit leidenschaftlichem Temperament und männlicher Beredsamkeit in den Parteienkampf, um seiner neuen Bürgerpflicht und dem Gebote seines historischen Gewissens zu genügen; denn aus der Geschichte meinte der ehemalige deutsche Liberale dieselbe Lehre gezogen zu haben, wie der englische Liberale Bryce. Also erblickte er in dem Kampfe um die Annexion Hawaiis, in einer Chicagoer Rede — wenige Wochen bevor die „Maine" vor Havanna in die Luft flog und der Kriegstaumel gegen Spanien in hellen Flammen aufloderte —, das verhängnisvollste Problem amerikanischer Geschichte seit der Sezession. Unerbittlich zerpflückte er die imperialistischen Argumente; man könne alle wirtschaftlichen Vorteile von Hawaii haben auch ohne Annexion, und einem Kriege werde man nie ausgesetzt sein, wenn man ihn nicht suche; wenn das „hands off" der Union seit einem halben Jahrhundert genügt

habe, um die europäischen Mächte von Hawaii fernzuhalten, so werde es auch gegen den neuen Popanz der Annexionisten, gegen Japan, ausreichen; gegen das strategische Argument, das in gleicher Weise Jahrzehnte lang zugunsten einer Annexion Kubas ins Feld geführt worden sei, wandte er ein, daß die Besitznahme die angeblich offene Westküste militärisch nicht stärken werde, sondern gerade umgekehrt eine größere Flotte notwendig mache. Vor allem aber erhob er sich von der Einzelfrage zu den allgemeinen Bedenken, zu den weltpolitischen Konsequenzen, die ein Bruch mit der bisherigen Tradition nach sich ziehen werde. Mit aller Schärfe stellte er fest, daß die eigentümliche Stärke der amerikanischen Politik gerade durch dieses Ausgreifen beeinträchtigt werde. „Wir sind jetzt gewissermaßen praktisch unverwundbar. Sollen wir, ohne Not, ein Gebiet erwerben, an dem ein Feind uns unendlich viel leichter als irgendwo sonst verwunden kann. Wenn die Mutter des Achilles Voraussicht genug gehabt hätte, den ganzen Körper ihres Kindes in Berührung mit dem Wasser des Styx zu bringen, würde der Held dann gierig nach der gebotenen Gabe einer Ferse gegriffen haben, die nicht undurchdringlich für den Pfeil des Paris sein sollte? Das ist es, was zu tun wir jetzt eingeladen werden. Der entscheidende Punkt vom militärischen Standpunkt ist, daß das was auf den ersten Anblick eine Quelle der Stärke scheint, sich schließlich als eine Quelle der Schwäche herausstellen wird."

Nicht der Imperialismus war im Jahre 1898 neu für die Amerikaner, wie man manchmal hört: er hatte ihrer ganzen bisherigen Entwicklung seinen Stempel viel tiefer aufgeprägt, als die Historiker Bryce und v. Holst erkannten. Das Neue war jetzt, daß dieser Imperialismus den kontinentalen Mutterboden, auf dem er ungestört erstarkt war, zu verlassen begann und in eine überseeische Epoche eintrat. Je erfolgreicher er auf diesem Wege voranschritt, desto mehr ließ die Union die bisherigen Sicherungen fallen, um so tiefer wurde sie in die Kombinationen der großen Mächte hineingezogen; sie mußte allmählich in die Lebensbedingungen der Alten Welt hineinwachsen. Diese Folgen des ersten Schrittes malte v. Holst schon im Januar 1898 aus: wachsende Vermehrung der Flotte und

des Heeres, aller der Lasten, unter denen die Völker der alten Welt seufzten. Er beklagte es als eine verhängnisvolle Wendung der Weltgeschichte, daß nun auch Amerika dazu beitrage, die Entscheidungen durch das Schwert zu verewigen und das Wettrüsten unabsehbar zu steigern, statt seiner hohen Mission folgend, wie er vermeinte, ein Zeitalter friedlichen Verständnisses unter den Völkern zu eröffnen. Eindringlich beschwor er seine Mitbürger: sollen wir, die Demokratie par excellence, nunmehr unseren alten Glauben abschwören und mit unserer Annexion ein neues Kredo verkünden? Werden wir nicht durch die Aufnahme dieses, wenn auch noch so kleinen Gebietes, die Homogenität unseres Staatswesens zerstören und einen Fremdkörper in unser Blut aufnehmen, der es zersetzen wird?

Wenige Wochen später hatte das amerikanische Volk gegen alle diese Argumente entschieden. Dem ersten Schritte waren unverhofft, indem man in den Spanischen Krieg hineinstürzte, hundert andere gefolgt, und Annexionen ganz anderen Umfangs standen als Frucht des Krieges vor der Tür. Jetzt warf sich Karl Schurz in einem Schreiben an den Präsidenten Mac Kinley vom 1. Juni 1898 zum Führer einer antiimperialistischen Bewegung auf; er mahnte, die verantwortungsvolle Bürde schwieriger Kolonien anderen zu überlassen, damit die Vereinigten Staaten die stolze und äußerst vorteilhafte Stellung der „großen neutralen Weltmacht" behaupten könnten. Er berief zum 18. August 1898 eine „nationale Konferenz über die auswärtige Politik der Vereinigten Staaten". Er rief die nationale Ehre und die altmodische Moral an und fragte die Annexionisten, was sie antworten könnten, wenn die Gegner „die Anklage der Heuchelei und Selbstsucht gegen uns erheben. Ich frage sie, wer uns Glauben schenken wird, wenn wir wieder vor die Welt treten und die schönen Redensarten von selbstloser Freiheits- und Menschenliebe wiederholen." Nicht minder sammelte man die konstitutionellen Bedenken; so bewies damals auch v. Holst, daß die Aufnahme von großen Gebieten mit dichter fremdrassiger Bevölkerung, auf die die Grundsätze der amerikanischen Verfassung nicht angewandt werden könnten, diese Verfassung revolutionieren müßte; wenn er schon die Erwerbung von Kuba und Portorico für den größten Fehler

erklärte, der jemals in der amerikanischen Politik begangen worden sei, so hatte er für die Erwerbung der Philippinen nur das Wort: quos deus vult perdere, prius dementat. Schurz erkannte mit Recht die Folgen als unabsehbar. Er prophezeite, daß die Erwerbung von Portorico zu der von San Domingo, Haiti und wahrscheinlich Kuba führen müsse: „Aber selbst da werden wir schwerlich Halt machen. Wenn wir erst einmal die Expansionspolitik ohne jede Rücksicht auf die Folgen eingeschlagen haben, so werden wir unseren Imperialisten williges Gehör schenken, wenn sie uns sagen, daß unsere Oberaufsicht über den Nicaraguakanal nur dann gesichert sei, wenn dieser auf beiden Seiten amerikanisches Gebiet einschließe, und daß deshalb das ganze Land bis hinunter an den Kanal, und noch ein gutes Stück darüber hinaus, unser werden müsse." Schurz trennte sich damals von seinem republikanischen Parteigenossen Theodore Roosevelt, der soeben mit dem Lorbeer der Popularität aus dem kubanischen Feldzuge heimkehrte, um sich als Kandidaten für den Gouverneurposten von New York aufstellen zu lassen. „Für Roosevelt stimmen," schrieb er einem Freunde, „hieße ihn tatsächlich zum Präsidentschaftskandidaten nominieren, und es wäre ein furchtbares Unglück für das Land, wenn er in das Weiße Haus einzöge." Wiederum sah er das Kommende voraus: daß der Imperialismus sich bereits in einer Persönlichkeit verkörperte, die ihn vollends zum Siege zu führen berufen war.

Wohl suchten diese Anhänger eines „Kleineren Amerika" mit Gründen zu fechten, die auch aus dem Geiste amerikanischer Traditionen geschöpft waren. Aber, wie zu allen Zeiten sich der andere Entwicklungsstrang im politischen Denken der Amerikaner als der stärkere erwiesen hatte, so war auch jetzt die Agitation der antiimperialistischen Vereine nichts als ein ohnmächtiges Schwimmen wider den Strom. Die Bewegung, die sie zu hemmen wähnten, konnte durch keine Gründe der Welt mehr aufgehalten werden. Die ganze Wendung aber, in der Präsident Roosevelt als der natürliche Wortführer eines Neuamerikanertums emporkam, würde nicht zu begreifen sein, wenn es sich um Tendenzen gehandelt hätte, die bis dahin der amerikanischen Geschichte fremd gewesen wären.

VI.

Die umwälzende Bedeutung der Annexionen von 1898 blieb der Welt nicht lange verborgen. Die Annexionen veränderten für die Amerikaner ihre bisherige Lage in der Welt: sie verschoben, indem eins aus dem andern folgte, in wachsendem Maße die Beziehungen der Union zu den andern großen Mächten und leiteten eine neue Periode ihrer auswärtigen Politik ein. Eine unmittelbare Konsequenz wurde von der Union sofort aufgenommen: sie lag im Geiste und in den Traditionen des ganzen amerikanischen Expansionismus, jetzt war sie vollends eine Notwendigkeit geworden. Das war der Bau des Panamakanals, zu dessen Vorbereitung schon im Jahre 1899 eine Kommission entsandt wurde. Und indem die Amerikaner dieses Werk angriffen, sollten sie die beiden europäischen Rivalen, Frankreich und England, an denen sie immer wieder vorbeigekommen waren, noch einmal ausschalten. Das Scheitern des von französischem Kapital und Unternehmungsgeiste begonnenen Werkes — nach Kanada, Louisiana und Mexiko die letzte Niederlage der Franzosen auf dieser Halbkugel — war die Grundlage, auf der die glücklicheren Erben weiterbauen konnten. Dann aber sollte wieder eine günstige Weltkonstellation, die Festlegung Englands im Burenkrieg, den Clayton-Bulwer-Vertrag, in dem man nicht nur die Engländer, sondern auch sich selber gebunden hatte, beseitigen: im Hay-Pauncefote-Vertrage von 1900 waren die Amerikaner von dem lästigen Mitbewerber befreit.

Aber bevor die gigantische Kraftanstrengung sich vollendete, hatte man auch in der innern Politik die Nachwirkungen des Umschwunges von 1898 kennen gelernt. Sie machten sofort dauernde Verstärkungen der kriegerischen Machtmittel, zunächst der Flotte, dann auch des Heeres nötig[1]), ja sie veränderten die Axiome amerikanischen Denkens in ihren Tiefen. Der um-

---

[1]) Noch in der Erinnerung macht mir die Festrede einen außerordentlichen Eindruck, die der damalige Kriegssekretär Taft an Washingtons Geburtstag im Dezember 1905 vor der republikanischen Partei von Chicago hielt. Er sprach nicht etwa von dem Befreier selbst, wie ich mir eingebildet hatte, sondern ausschließlich von der notwendigen Verstärkung des Heeres von 60 000 auf 100 000 Mann, die man brauche 1. für den Schutz der Grenzen, 2. für die große

gestalteten äußeren Situation und ihren Folgen begegnete von innen her mit der gleichen Tendenz die mächtige Welle des Hochkapitalismus, vor der die altamerikanischen ethischen und wirtschaftlichen Ideale des Individualismus fortgeschwemmt zu werden drohten. Ein neuer Antrieb, riesiger als alle andern, hatte sich erhoben, und bald begann den Amerikanern auch die Erkenntnis von dem Nutzen des wirtschaftlichen Imperialismus in Fleisch und Blut überzugehen. Schon die erste Botschaft des Präsidenten Taft bekannte sich in der förmlichsten Weise dazu, und der Staatssekretär Knox erklärte im Jahre 1909: „Jede amerikanische Initiative im Auslande muß durch den Auslandsdienst der Vereinigten Staaten in allen seinen Zweigen gefördert werden, so daß Amerika mit seinen Konkurrenten allenthalben in der Welt in den Wettbewerb eintreten kann." In den nächsten Jahren erfand ein amerikanischer Staatsmann das Wort von der Dollardiplomatie, um einer den europäischen Mächten längst geläufigen Praxis auch den amerikanischen Stempel aufzudrücken. In der öffentlichen Meinung aber, die so lange von der Sprache europäischer Organe geschieden war, begann ein Umlernen und Umdenken der Köpfe, das der Welt zunächst nur in den grellen Maßlosigkeiten der gelben Presse sichtbar wurde, aber doch auch einen tieferen Sinn besaß.

Die ehrwürdige Formel des amerikanischen Expansionismus bewahrte die Elastizität, die man auch an der amerikanischen Verfassung gerühmt hatte. Sie folgte, wie immer, den Ereignissen. Wohl hatten im Jahre 1898 orthodoxe Anhänger der Monroedoktrin es beklagt, daß ihr Grundgedanke: Amerika den Amerikanern nunmehr seinen Sinn verloren habe. Sie verkannten, daß diese Monroedoktrin niemals Theorie im engeren Sinne gewesen war, sondern nur die biegsame Formel für einen Machtdrang, der zwar auf die Einmischung in Europa verzichtete, aber die europäische Einmischung in die amerikanischen Kontinente nur darum abwehrte, um sie sich selber nach dem Maße der eigenen wachsenden Kräfte vorzubehalten;

Auslandspolitik und 3. gegen etwaige Unruhen im Innern („gegen den inneren Feind"). Eine Menge von mehreren tausend Köpfen lauschte geduldig der 1½ stündigen Auseinandersetzung, die bis in die Einzelheiten der Kanonen und Gewehrkaliber mit der Sachkenntnis eines preußischen Kriegsministers hinabstieg.

es widersprach nicht einmal dem Geiste dieser Doktrin, wenn man auf einem dritten Schauplatz, in der Südsee und in Ostasien, nach dem Rechte des Stärkeren zu handeln begann.

Amerika den Amerikanern: das wurde immer mehr dem Gedanken angenähert: die drei Kontinente unter der Suprematie der Nordamerikaner. Die ganz unbedenklich gewordene Auslegerkunst erklärte nunmehr, daß die moderne Anwendung der Monroedoktrin beruhe „auf der Anerkennung der Verantwortlichkeit seitens der Vereinigten Staaten für das völkerrechtliche Verhalten der ganzen westlichen Hemisphäre", und leitete aus der Verantwortlichkeit nicht nur die Pflicht ab, die internationalen Angelegenheiten der schwächeren amerikanischen Republiken zur Vermeidung fremder Intervention zu überwachen, sondern auch die Pflicht, selbst einzugreifen, falls in internationalen Schwierigkeiten die Staaten im Süden nicht gewillt oder unfähig wären, „die gerechten Ansprüche der zivilisierten Welt zu befriedigen"[1]). So hatte man den Weg von dem Prinzip der Nichtintervention zu dem Prinzip der Intervention in seiner ganzen Ausdehnung zurückgelegt. Die neueste staatsrechtliche Untersuchung kommt zu dem Ergebnis: „Die Monroedoktrin in ihrer gegenwärtigen Gestalt ist dazu bestimmt, dem Schutze der gedeihlichen Fortentwicklung von Wohlfahrt und Suprematie der Vereinigten Staaten in Amerika, sowie — nach amerikanischer Anschauung — zugleich auch der Erhaltung ihres unverletzten Bestandes zu dienen. Sie ist ein aus diesen Gründen aufrechterhaltenes, von den Vereinigten Staaten ausgehendes und ihnen gegenüber bestehendes, unter Androhung gewaltsamer Durchsetzung im Falle seiner Nichtbeachtung erlassenes Verbot an die nichtamerikanische Staatenwelt. Dieses Verbot richtet sich gegen jede von nichtamerikanischer Seite ausgehende Handlung, die nach Ansicht der Vereinigten Staaten dazu geeignet ist, mittelbar oder unmittelbar einem nichtamerikanischen Staate in bezug auf amerikanisches Gebiet, das nicht zu den Vereinigten Staaten

---

[1]) John C. Dunning, Die neuesten Anwendungen der Monroedoktrin (Heidelberger Dissertation 1908) S. 66.

gehört, politische Macht zu geben oder zu vermehren"[1]. Damit hat die Doktrin als Doktrin ihr Ende erreicht: aus dem Machtwollen geboren, hat sie sich restlos in ein Bekenntnis zur Macht aufgelöst. Dieser Macht setzt Europa, das einst hatte ausgeschaltet werden sollen, kaum noch Schranken irgendwelcher Art entgegen: die einzig wirksame Grenze kann wenigstens das immer mißtrauischer werdende Selbständigkeitsgefühl der führenden südamerikanischen Staaten werden.

Überblickt man die Ziele, denen diese Machtpolitik nachstrebt, so unterscheidet man zwei dem ersten Anschein nach voneinander völlig getrennte Richtungen. Im Zusammenhange mit der früheren Politik der Union steht am ehesten die Ausdehnung nach Süden: hier scheint es, als ob die Träume der Jefferson und Adams, die wilden Begehrlichkeiten der Sklavenstaaten von ehedem Schritt für Schritt verwirklicht werden sollen. Die Erwerbung von Portorico als Kolonie, deren Einwohner später einmal das amerikanische Bürgerrecht erhalten sollen; die Kontrolle über die in ihrer Souveränität wesentlich eingeschränkte und auf die Stufe eines Schutzstaates herabgedrückte Republik Kuba; das tatsächliche Protektorat über die Republik San Domingo; der freilich gescheiterte Versuch, St. Thomas von Dänemark zu kaufen; die Übernahme des Baues des Panamakanals und die nach dem bewährten Vorbild von Texas vorgenommene Losreißung einer „Republik" Panama; der von hier aus auf die kleinen mittelamerikanischen Republiken ausgeübte Druck, die immer erneuten Versuche, in die Wirtschaft und Verwaltung der Staaten Nicaragua und Honduras einzudringen; und schließlich das Erlebnis, in dessen Mitte wir seit einigen Jahren stehen, die Spekulation auf die Revolution in Mexiko, die mit einem raffinierten Gemisch von Nichtintervention und Intervention gehandhabt wird — alles zusammengenommen deutet auf einen Ausgang, der den Golf von Mexiko in einen nordamerikanischen See verwandeln dürfte, dessen Ufer immer tiefer in die wirtschaftliche und zum Teil auch politische Machtsphäre der Union hineingezogen werden.

[1] Herbert Kraus, Die Monroedoktrin in ihren Beziehungen zur amerikanischen Diplomatie und zum Völkerrecht. Berlin 1913, S. 349 f.

Trotzdem ist die weltgeschichtlich bedeutsamere und für die Gesamtpolitik der Union entscheidende Expansion nicht nach Süden, sondern nach Westen gerichtet. Schon der Panamakanal war vor allem unter diesem Gesichtspunkt in Angriff genommen worden. Die einst scheinbar zusammenhangslose Erwerbung von Alaska, die Festsetzung auf Hawaii und Samoa enthüllten ihren wahren Sinn, als die Annexion der Philippinen die Machtsphäre über die Südsee hinweg in die ostasiatischen Gewässer hinausschob, als die Union in Diplomatie und Handelspolitik in China an der Seite der europäischen Mächte erschien, auch hier immer darauf bedacht, ihre eigenen Wege zu gehen. Nicht mit der alten Großmacht des Stillen Ozeans, der Beherrscherin des australischen Kontinents und der Inselwelt geriet man jetzt in empfindliche Berührung, wohl aber mit der jungen ostasiatischen Großmacht, die schon gegen die Festsetzung auf Hawaii protestiert hatte und nach der Besiegung Rußlands in Amerika ihren stärksten Rivalen erkannte. Damit wurde die Vollendung des Panamakanals zur unbedingten militärischen Notwendigkeit für die Union; indem sie mit dem Bau von Befestigungen auf dem Isthmus begann, gab sie zu erkennen, daß sie in dieser Lebensfrage auch über die Bestimmungen des Hay-Pauncefote-Vertrages getrost hinauszuschreiten wagte; indem sie in der Proklamation des Präsidenten Taft vom 13. November 1912 eine differenzierte Behandlung amerikanischer und ausländischer Schiffe vermöge Rückvergütung der Kanaltaxen in Aussicht nahm, kündigte sie an, daß sie auch die wirtschaftlichen Früchte zunächst für sich selber pflücken wolle, und rief den sofortigen Protest Großbritanniens hervor. „Der täuscht sich schmerzlich," beginnt eine neue Erörterung dieser schwebenden völkerrechtlichen Streitfrage[1]), „wer da glaubt, die Vereinigten Staaten hätten das staunenswerte Opfer an menschlicher Energie und öffentlichen Geldern, das nötig war, den Panamakanal, ‚die größte Freiheit, die sich die Menschheit jemals der Natur gegenüber herausgenommen', zu bauen, mit irgend einem anderen Vorsatz als dem nationalen Vorteil, dem kommerziellen und vor allem

[1]) George L. Butte, Great Britain and the Panama Canal.

dem politischen Vorteil der Union." Die Herrschaft über den Stillen Ozean hatte Roosevelt schon 1903 dem Sternenbanner zugewiesen, und die neuesten Maßnahmen zur Schaffung einer großen maritimen Operationsbasis auf Hawaii zeigen an, daß man bewußt „the control of the Pacific" in die eigenen Hände bringen will. Aber genug der Einzelheiten, die von einem Tage zum anderen überholt werden und in ihrem Zusammenhange jedem Beobachter die Erkenntnis aufdrängen, daß wir nicht am Ende, sondern erst am Beginn einer unabsehbaren Entwicklung stehen:

„westward the course of empire takes its way,
the first four acts already past,
a fifth shall close the drama with the day."

Es könnte ja auf den ersten Anblick scheinen, als ob der Übergang der politischen Herrschaft von den Republikanern auf die Demokraten diese Entwicklung zum Stillstand bringen und auch die pazifizistischen Strömungen neben der imperialistischen Flutwelle wieder zur Geltung bringen würden. Denn diese Strömungen sind noch längst nicht vertrocknet. Dafür verfügt der moderne Imperialismus auch über ein reiches Arsenal nichtkriegerischer Methoden, zumal der wirtschaftlichen Eroberungsmittel (auch der Plan des gescheiterten Reziprozitäts-Vertrages mit Kanada gehört in diese Reihe); er hat längst ein Archiv von Schiedsgerichtsverträgen angesammelt und es verstanden, gutgläubigen Europäern beizubringen, daß auch das Instrument des Panamerikanismus den hehren Zwecken des Pazifizismus diene — nur daß Fragen wie der Konflikt mit Mexiko oder die Differenz mit England über den Panamakanal auf keinen Fall dem Haager Tribunal unterworfen werden dürfen. Ja, dieser Imperialismus verschmäht gelegentlich, wie in den Zeiten Jeffersons, auch das Gewand der Weltfriedensträume nicht und organisiert die Ausfuhr der Friedensgedanken mit ererbter Überheblichkeit gegen das in Waffen erstickende Europa. Gewiß wird man in der Ära Wilson, die aus der Bekämpfung des Roosevelt-Taftschen Imperialismus aufgestiegen ist, diese andere Saite amerikanischen Denkens lebhafter und voller mitschwingen lassen,

aber sie wird darum keine andere Musik machen. Die demokratische Partei wird ihre machtpolitischen Methoden anders betreiben — das lehrt schon ihr Verhalten gegenüber Mexiko —, sie liefert soeben den Beweis, daß sie in der Frage der Kanaltaxen sich die völkerrechtswidrige Umbiegung des Hay-Pauncefote-Vertrages nicht aneignen wird, sie wird vielleicht auch ihre nächsten Ziele anders setzen, aber sie wird nicht anders sein. Sie hat in den Jahrzehnten, wo sie am Ruder war, den Imperialismus noch stärker gefördert als ihre Rivalen, und in die kurze Frist ihres Interregnums in den neunziger Jahren fällt Clevelands Venezuela-Botschaft — sie hat selbst keine anderen Traditionen. Und selbst wenn sie anders wollte, würde sie erfahren, daß die Dinge stärker sind als sie selber. Die Dinge sind aber stärker, weil der Geist der ganzen amerikanischen Geschichte hinter ihnen steht.

In die erste Reihe der erobernden Weltmächte ist die Union eingetreten. Aber je weiter sie auf diesem Wege voranschreitet, desto tiefer gerät sie in die großen Weltgegensätze hinein, desto mehr wird sie zur Stellungnahme zwischen den großen Allianzen genötigt, desto mehr verliert sich die frühere Eigenart ihrer kontinentalen Isolierung mit allen ihren Vorteilen in einem Zeitalter, in dem die großen Mächte und ihre Machtmittel über den Erdball sich erstrecken. Der Schauplatz, auf dem Ranke die europäischen großen Mächte miteinander entstehen sah, hat sich ausgedehnt über die Welt: aber die treibenden Kräfte, die hinter diesen Weltmächten des 20. Jahrhunderts stehen, sind die gleichen wie früher, die gleichen in beiden Hemisphären.

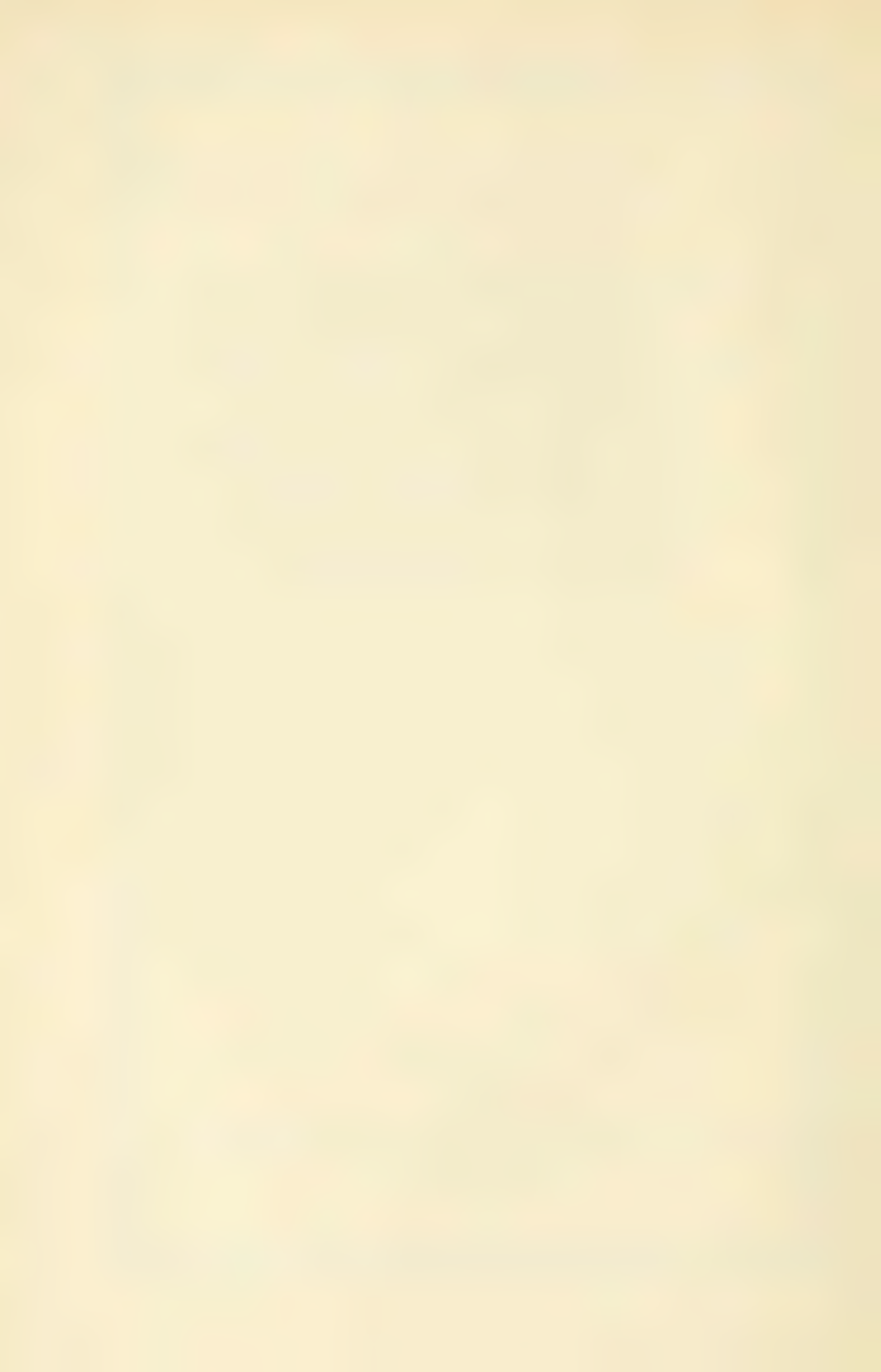


4.

Die deutsche Auswanderung nach Amerika und das Deutschamerikanertum vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart

Auszug aus 5 Vorträgen, gehalten im Freien Deutschen Hochstift zu Frankfurt am Main

1911.



I.



Die Deutschen sind niemals in der Geschichte ein seßhaftes Volk gewesen. Jahrhundertelang bleibt die Völkerwanderung, die Überflutung des abendländischen Kulturkreises durch wandernde germanische Kriegerstämme die stärkste Lebensäußerung dieser Rasse. Wanderungen höchsten Stiles sind es, die hernach die deutsche Geschichte erfüllen: die Römerzüge der deutschen Kaiser, die Kolonisation des deutschen Ostens, die überseeische Expansion der hansischen Kaufleute. In solche weltgeschichtliche und nationalgeschichtliche Zusammenhänge, die von dem bis zur Unerschöpflichkeit fruchtbaren Zentrallande Europas ausgehen, läßt sich auch die deutsche Auswanderung nach Amerika und ihr Produkt, das Deutschamerikanertum, einreihen: nach dem Umfang der fortbewegten Massen die weitaus gewaltigste aller dieser Wanderungen, freilich nicht die größte nach dem politischen und kulturellen Ergebnis. Nicht ein Stück deutscher Staatsgeschichte, nur ihr Spiegelbild: aber ein ergreifendes und von tiefsinniger Lehre erfülltes Stück deutscher Volksgeschichte. Eine Entwicklung, die in wechselnder Gestalt schon Jahrhunderte durchläuft und deren Probleme noch heute nicht zur Ruhe gekommen sind.

Die Deutschen haben nicht allzuviel innerliche Teilnahme und gelehrtes Interesse für diese Entwicklung aufgebracht — begreiflich in dem Zeitalter, da wir selbst erst unseren Nationalstaat erbauen mußten. Naturgemäß waren die Deutschamerikaner die ersten, sich ihrer Herkunft und ihrer besonderen Stellung im Staatswesen bewußt zu erinnern; aus ihrer fast unübersehbaren und sich zerstreuenden Geschichtsliteratur sind neuerdings auch zusammenfassende Werke hervorgegangen. Wenn diese das ganze Problem vornehmlich im Zusammenhange der amerikanischen Geschichte auffassen, so wird der folgende Versuch es zugleich in den Zusammenhang deutscher Geschichte einzugliedern unternehmen. Wir wollen also in dem Auswanderer nicht allein den werdenden amerikanischen Bürger sehen, sondern ihn auch als Sohn deutscher Erde befragen, warum er uns verließ, was er mitnahm und was er suchte, was er von seinem alten nationalen Erbe seinem neuen

Vaterlande brachte und auf dessen Boden fortzuentwickeln vermochte. Wir wollen zugleich Bilder aus der deutschen Vergangenheit geben.

Es ist bekannt, daß an der Erschließung Amerikas das alte Kolonial- und Wandervolk, das selbst den nationalen Staat fast verloren hatte, keinen selbständigen Anteil nehmen konnte. So erscheinen die deutschen Auswanderer im 16. und 17. Jahrhundert nur als Einzelne und Versprengte, oder im Dienste fremdnationaler Kultur und Macht stehend. Es sind zunächst Vorläufer ohne Fühlung mit dem gesamtdeutschen Körper. Zu ihnen gehört z. B. der Frankfurter Jakob Leisler (1640—1691), der als holländischer Soldat 1660 nach New York kam und sein Glück machte. In der großen Erschütterung Englands im Jahre 1688 stieg er, als der stuartische Gouverneur entwich, zum Oberbefehlshaber der führerlosen Kolonie empor und berief den ersten gemeinsamen Kongreß aller Kolonien. Dann aber konnte er sich gegen den Rückschlag der holländischen Plutokratie nicht behaupten und wurde 1691 als Usurpator und Haupt des New Yorker Demos hingerichtet. Das ungerechte Urteil ist schon bald umgestoßen worden. Heute geht von Leislers Namen, von diesen demokratischen Anfängen und Unionsanläufen, ein gewisser Glanz aus, dessen gerade die Deutschamerikaner sich freuen und den auch der Frankfurter Magistrat durch Pflanzung zweier Eichen im City Hall Park zu New York neuerdings geehrt hat. Aber dieser Amerikaner deutscher Herkunft, ohne Verbindung mit deutschen Volksgenossen und deutscher Kultur, ist doch nur eine isolierte Erscheinung, die nicht eigentlich an die Spitze des Deutschamerikanertums gestellt werden kann.

Dieser erste Mann war Franz Daniel Pastorius (1651 bis 1719). Von ihm sind die idealen Antriebe ausgegangen, die für größere Massen bestimmend wurden, so daß sein Leben typisch für die Anfänge deutschen kolonialen Lebens in Amerika geworden ist. Der Abkömmling einer begüterten und gebildeten Familie lutherischen Glaubens, Sohn eines Bürgermeisters in der fränkischen Reichsstadt Windsheim, war er nach einigen Jahren der Tätigkeit als Advokat 1678 nach Frankfurt übergesiedelt; hier war ihm das innere Erlebnis

beschieden, das seinem ganzen Leben die Wendung gab. Er trat in den Kreis Speners und der collegia pietatis ein, der Versammlungen im Saalhof, die eine neue und innerliche religiöse Gemeinschaftsbildung anstrebten. Es waren Menschen feineren und empfindlicheren Gemütes in rauher Zeit, auf Toleranz und Sonderung bedacht, selbst über Spener hinweg von der offiziellen Kirche sich gänzlich lösend — schon war William Penn auf seiner ersten Propagandareise (1677) mit ihnen in Fühlung getreten. Dergestalt war die geistige Konstellation beschaffen, aus der des Pastorius deutsch-amerikanisches Lebenswerk seine Kräfte ziehen sollte.

Während er in den Jahren 1680/82 als Begleiter eines Edelmanns die große europäische Tour machte und sich in dem Entschlusse bestärkte, dieser Welt abzusterben, hatte die Übertragung des späteren Pennsylvanien an Penn stattgefunden. Die Frankfurter Stillen im Lande beschlossen, sich an dem Unternehmen zu beteiligen, und gründeten eine „Teutsche Compagnie", die 15 000 acres des neuen Landes ankaufte; auch eine Krefelder Gesellschaft, vorwiegend aus Mennoniten zusammengesetzt, erwarb 15 000 acres; Pastorius aber, von seiner Europareise zurückgekehrt, ging im Jahre 1682 im Auftrage der Frankfurter Gesellschaft als ihr Wegebereiter hinüber. Seine Antriebe waren die gleichen, die einst die Puritaner der „Mayflower" erfüllt hatten: Toleranz, religiöse Gemeinschaftsbildung und eine halbasketische Sehnsucht, auf neuem Grunde eine neue Gesellschaft zu begründen („drum gib ich Weltlust, dir, viel tausend gute Nacht") und dem deutschen Gomorra der Weltkinder „auch dem äußern Menschen" nach zu entgehen. Während die Frankfurter Genossen selbst hernach zurückblieben, gründete Pastorius, zusammen mit den Krefeldern die Siedelung, die den Namen Germantown (bei Philadelphia) führte und 1689 eine Charter erhielt. Es war der Ausgangspunkt einer spezifisch deutschen Kolonisation in Amerika.

Alle seine Fähigkeiten stellte Pastorius in den Dienst der Allgemeinheit. Er war in der jungen Kolonie abwechselnd Bürgermeister und Ratschreiber, Einnehmer, Friedensrichter und Schulmeister; er führte die Gemeindebücher und verfaßte

alles, bis zu den Medizinbüchern, was das primitive koloniale Dasein brauchte; auch die Sendschreiben an die deutschen Glaubensgenossen ließ er drucken, mit denen die deutsche Literatur der Auswanderungspropaganda einsetzt. Er hatte eine stattliche Bibliothek mitgeführt, aber seine eigenen Manuskripte und Drucke wuchsen sich auch zu einer kleinen Bibliothek aus; er war mit seiner innerlichen Art und seinem enzyklopädischen europäischen Wissen ein Kulturmittelpunkt und suchte in seinem „beehive" (Bienenkorb) diese Kultur dem vom Mutterboden abgesprengten kleinen Häuflein dauernd zu vermitteln. Gewiß ein Frommer, aber kein Kopfhänger, von einem leisen rationalistischen Zuge gelenkt, der zu Benjamin Franklin hinüberzudeuten scheint: alles in allem eine sehr sympathische Erscheinung unter den Deutschen seiner Zeit.

Indem der Frankfurter Pietist sich zum Quäker fortbildete, war er seinen eigensten Grundsätzen treu geblieben. Er übte sie nicht nur in der Behandlung der Indianer, sondern auch in der großen amerikanischen Schicksalsfrage, der Negersklaverei. Pastorius und die Führer der Krefelder verbanden sich schon 1688 zu einem öffentlichen Protest, mit dem die geistige Vorgeschichte der Negeremanzipation einsetzt. Sie verwarfen allen Unterschied nach Rasse, Herkunft und Farbe: „hier gilt Freiheit des Gewissens, hier sollte auch Freiheit des Leibes gelten"; und bitter klagten sie, welche Schmach man vor den europäischen Glaubensgenossen durch dies Zulassen auf sich lüde. Erst nach 30 Jahren wagte auch das offizielle Quäkertum Stellung zu der Frage zu nehmen. So sind es versprengte Stille im Lande und Dissenters gewesen, die einen deutschen Idealismus voll Unbedingtheit und Gewissensstärke zuerst jenseits des Ozeans vertreten haben.

Bewußt empfand Pastorius sich auch in der Fremde als Deutscher, und zugleich als der Erste einer langen Reihe, „gleich einem Vorläufer vermutlich vieler nachfolgender ehrlicher Landsleute". Durch seine Sendschreiben hatte er selbst zur Nachfolge aufgerufen, und als er starb, war mit der pfälzischen Auswanderung eine neue Erscheinung, die deutsche Massenauswanderung, längst ins Leben getreten.

II.

Wie bei Pastorius war es zunächst ein religiöser Antrieb, der die pfälzische Auswanderung auslöste, die religiöse Bedrückung durch die neue katholische Dynastie der Kurfürsten. Unter verwandten religiösen Antrieben sind noch während des ganzen 18. Jahrhunderts Lutheraner und Reformierte, vor allem aber Sekten jeglicher Art aus Deutschland hinübergegangen, so daß es nicht zu viel gesagt ist, wenn man behauptet, ein gut Teil des deutschen Pietismus des 18. Jahrhunderts habe sich in Amerika erst entfaltet. Dazu gesellten sich für die Pfälzer und Oberrheiner die wirtschaftlichen Antriebe, das Elend, das die Raubkriege Ludwigs XIV. begleitete und ihnen die wehrlose Heimat zur Hölle machte. So mußte in dieser gesegneten Landschaft, die in dem Rhein obendrein den leichten Zugang zum Ozean besaß, allmählich die Auswanderungslust immer mehr anwachsen und schließlich zu einem Taumel ausarten, der 1709 zur ersten und 1717 zur zweiten Massenauswanderung führte.

Alle Merkmale solcher Erscheinungen lassen sich hier beobachten: eine Publizistik zur Ermunterung oder zur Warnung, kapitalistische Unternehmerinteressen und Agenten, dazu Mangel an jeglicher obrigkeitlichen Leitung und Kontrolle. So bleiben bei den ersten Experimenten grauenhafte Begleiterscheinungen nicht aus; von den 13 000 Pfälzern von 1709 lagen die meisten den Winter über im Felde bei Greenwich wartend, tausende wurden nach Irland überführt, manche gar als Sklaven nach Jamaica, und nur die stärkeren Naturen überwanden hernach die Nöte der Seereise und der Ausbeutung. Damals wurde der Name der „Palatines" ein Hohn- und Jammername. Auch als die Auswanderung besser geregelt wurde, blieben manche Übelstände erhalten oder begannen sich nun erst auszubilden, wie das System der Redemptionisten. Wer den Preis der Überfahrt, der von 6—10 Louisdor bald auf 14—17 stieg, nicht zu zahlen vermochte, konnte ihn nach der Landung abverdienen, durch unfreie Arbeit, die an einen Herrn, der ihn einlöste und „kaufte", für 3, 5, 7 Jahre gebunden blieb. Jedes Schiff, das mit deutschen Auswanderern einlief, pflegte einen Teil der Passagiere durch

Zeitungsanzeigen auszuverdingen. Noch im Jahre 1817 heißt es in einer Baltimorer Zeitung von einem solchen, gleich einem Schwarzen ausverdungenen Deutschen: „Er ist ein guter Lehrer, versteht Französisch und Latein, ein ausgezeichneter Arbeiter, spricht Englisch vollkommen.“ In solchen „Bildern aus der deutschen Vergangenheit“ prägt sich die dienende Stellung unseres Anteils an der Welt aus, die damals unser Los war. Es war ja nicht ein an Menschenüberfluß leidendes, sondern ein wirtschaftlich und politisch rückständiges Land, das diese Deutschen verließen, um zunächst mit der gänzlichen Unfreiheit sich die Hoffnung der Freiheit zu erkaufen. Es ist wahrlich ein anderes Ding, ob eine Nation als ein politisches und kulturelles Herrenvolk seinen Söhnen draußen in der Welt neue Daseinsmöglichkeiten schaffen kann oder ob es sie in dienender Stellung unter fremde Art hinausstößt.

Welche gesunde Zähigkeit aber mußte dem zum Teil auf solche Elemente aufgebauten Deutschamerikanertum innewohnen, wenn es sich trotzdem behauptete! Die härtere Arbeitsgewöhnung erzielte bald eine hohe materielle Leistung; französische Beobachter rühmen gerade diesen Pennsylvania-Deutschen überall die intensivere Bebauung und die freundlichere Pflege der Häuser und Gärten nach. Was sie an Literatur und überhaupt an eigener Kultur aufzuweisen hatten, blieb natürlich überwiegend religiös bestimmt: Traktate, Gesangbücher, Kalender. Nach einem gescheiterten Versuche Franklins (1732) schuf der aus Westfalen stammende Buchdrucker Christof Sauer in Germantown, „ein sehr ingenieuser Mann, ein Separist, der auf die 30 Handwerke ohne Lehrmeister erlernet“, ein eigenes Organ, „der hochdeutsch Pennsylvanische Geschichtsschreiber oder Sammlung wichtiger Nachrichten aus dem Natur- und Kirchenreich“ (1739), das bald halbmonatlich und schließlich wöchentlich erschien; ja er wagte sich 1743 mit Glück an das große Werk eines Bibeldruckes, nach der Übersetzung Luthers, mit Frankfurter Typen. Mit diesen Kulturäußerungen, die das Werk des Pastorius fortsetzten, wuchs das Gefühl der Zusammengehörigkeit und Selbsthilfe, wie die Gründung der „Deutschen Gesellschaft“ in Philadelphia im Jahre 1764 zeigt, die sich („Wir Sr. Königl. Majestät von Großbritannien Teutsche

Untertanen in Pennsylvanien") die Fürsorge für die Redemptionisten deutscher Zunge zur Aufgabe setzte. Und aus ihrer Mitte erwuchsen starke Persönlichkeiten, wie das Neuland sie bildet, so der Pfarrer Heinrich Melchior Mühlenberg, der 1748 die erste lutherische Synode berief und dessen Sohn, General Mühlenberg, zu den Unterzeichnern der Unabhängigkeitserklärung gehört; oder der Pfälzer Nikolaus Herkheimer, der im Mohawktale (im Staate New York) im Unabhängigkeitskriege an der Spitze von 240 Deutschen gegen Engländer und Indianer den Heldentod fand. So erstand hier eine neue deutsche Welt, von dem kategorischen Imperativ des kolonialen Lebens erzogen und mit den Tugenden harter Pflichterfüllung ausgestattet, stark genug, einen eigentümlichen Einschlag in das amerikanische Leben abzugeben. Schon 1753 sorgte sich Franklin um die Erhaltung der englischen Sprache in Pennsylvanien, und im Jahre 1778 schätzte man im englischen Parlament die Gesamtzahl der Deutschen auf über 180 000. Gerade diese Elemente, durch kein Band der Pietät an das englische Mutterland gefesselt, gingen entschlossen in den Kampf um die Unabhängigkeit hinein.

Aber eben für diese Deutschamerikaner entstand eine tragische Situation dadurch, daß das soldatenlose England sich entschloß, zur Niederwerfung der Kolonien die Kontingente deutscher Fürsten zu mieten, die von jeher als habsüchtige, aber pünktliche Truppenlieferanten bekannt waren. Zuerst schloß ein englischer Unterhändler in Braunschweig ab, auf 4300 Mann. Für jeden Fußsoldaten 51 Taler: „drei Verwundete gelten als ein Toter, und ein Toter wird nach der Rate des Werbegeldes mit 30 Kronen bezahlt." Die Hauptlieferung übernahm der Landgraf von Hessen-Kassel, dessen Haus den kräftigen und unverbrauchten Volksschlag seit langem auch in auswärtigen Kriegen zur eigenen Bereicherung verwandte; man glaubte hier das Dekorum dadurch zu wahren, daß man sich nicht zu einem nackten Truppenlieferungsvertrage herbeiließ, sondern nur auf der Grundlage einer Allianz, eines Schutz- und Trutzbündnisses unter dem Scheine der politischen Gleichberechtigung verhandelte; es waren ungewöhnlich schöne Regimenter, in denen die Hessen über 8000 Mann stellten. Von kleineren

Fürsten drängte sich der Erbprinz von Hanau begehrlich heran, ferner der Fürst von Waldeck, in dessen Ländchen sogar die Pfarrer von den Kanzeln zum Anschluß auffordern mußten, und als einziger süddeutscher Fürst — er ist es vermutlich, den Schiller in „Kabale und Liebe" im Auge hatte — der Markgraf von Brandenburg-Ansbach, der mit gezogener Büchse dabeistand, als seine Landeskinder in Ochsenfurt auf die Mainschiffe verladen wurden. Es waren im ganzen 29 000 Mann, darunter 17 400 allein von Hessen-Kassel, die während des Krieges geliefert wurden; da 17 300 Mann zurückkehrten, so ist der Totalverlust auf 11 800 Mann, die drüben Verbliebenen eingeschlossen, anzusetzen. Der Gesamtbetrag der dafür von England an die Fürsten gezahlten Subsidien belief sich auf 7 Millionen Pfund Sterling.

Es ist eines der trübsten Kapitel aus der Geschichte des deutschen Kleinfürstentums in der Zeit des untergehenden ancien régime; und mit Recht konnte Napoleon bei der Absetzung des Kurfürsten von Hessen sich später darauf berufen, daß gerade dieses Haus durch seinen Truppenhandel sein Dasein verwirkt habe. Die öffentliche Meinung Europas saß empört zu Gericht. Mirabeau aber erinnerte in seinem „Rat an die Hessen und die übrigen von ihren Fürsten an England verkauften Völker Deutschlands" (1777) diese Soldaten auch an ihre deutschamerikanischen Stammesbrüder: „Mehr als die Hälfte dieses Volkes besteht aus Euren Landsleuten, Freunden und Verwandten. Sie sind bis ans Ende der Erde geflohen, um der Tyrannei zu entgehen und die Tyrannei verfolgt sie bis dahin." Im englischen Parlamente hielt man das Verfahren sogar aus nationalen Gründen für bedenklich: „diese kriegerischen Transporte, die wir ausrüsten, dienen so gut wie die mit Pfälzern beladenen Schiffe dazu, Amerika mit Deutschen zu bevölkern". Die deutschen Truppen haben den Ruf der Treue und Tapferkeit auch drüben bewährt, sie erwiesen sich weder als elende Mietlinge noch desertierten sie, sondern leisteten das Eigentliche; das mag man in den Erinnerungen der Gemahlin des hessischen Generals v. Riedesel oder auch in der Autobiographie Seumes, des sächsischen Studenten der Theologie, der von Werbern verschleppt worden war, nach-

lesen. Um so mehr wandte sich der Haß der Amerikaner gegen die fremden Truppen; die Bezeichnung „Hessians" war nach den „Palatines" schon der zweite Name eines deutschen Volksstammes, der zur Kennzeichnung eines unfreien und verächtlichen Menschen mißbraucht wurde. Dergestalt war das Schicksal der Deutschen auch in diesem Weltkampfe: während ein kleines französisches Korps und die Blüte des französischen Adels sich für die amerikanische Freiheit einsetzten, waren diese 30 000 Mann verurteilt, ihr Blut für eine verlorene Sache der Unfreiheit zu verspritzen. Diese Rolle entsprach freilich dem politischen Dasein, das daheim die Gesamtnation führte.

Eine Zeitlang war Friedrich der Große die Hoffnung der amerikanischen Politiker gewesen. Er verurteilte mit bitteren Worten den Truppenhandel und erschwerte den Durchzug, so viel er nur konnte; aber ihn zu verhindern, dazu reichte seine Macht so wenig aus wie das Geheiß der kaiserlichen Werbeverbote. Da er keine Flotte besaß, konnte er den Amerikanern nicht mehr bieten als seine Sympathien, aber die Amerikaner wußten, was die Sympathie dieses einen Mannes für sie zu bedeuten hatte. Nur einzelne Deutsche konnten sich unmittelbar an ihre Seite gesellen; außer den Deutschamerikanern selbst, von denen wir die Namen Mühlenberg und Herxheimer erwähnten, ist der fränkische Bauernsohn Kalb zu nennen, der in dem französischen Regiment Deux-Ponts diente, zum „Baron de Kalb" und General aufrückte und auf dem Schlachtfelde blieb. Vor allem aber ein friderizianischer Offizier: Friedrich Wilhelm v. Steuben. Er wurde der Organisator des amerikanischen Heeres, der die ungeübten Milizen mit dem Drill, der Ordnung und Ausbildung des preußischen Heeres erfüllte. Und wenn sein äußerer Ruhm auch nicht an den Lafayettes heranreicht, so hat der Freund Washingtons, der nach getaner Kriegsarbeit, ein zweiter Cincinnatus, sich in eine Blockhütte des Urwaldes zurückzog, doch als der Roon der jungen amerikanischen Armee sich ein unvergeßliches Verdienst erworben. Also diente wenigstens ein Funke des friderizianischen Geistes dazu, den Brand der amerikanischen Freiheit zu entflammen. Ein junger Offizier aber in einem ansbachischen Söldnerregiment, das auf eng-

lischer Seite kämpfen mußte, mochte von dem Volkskriege Erfahrungen heimtragen, die ihm in der Stunde der Not, als es die Freiheit des eigenen Volkes galt, wieder lebendig wurden. Das war Gneisenau.

III.

In dem reizvollen Wechsel der Motive, die zur Auswanderung führten, beobachtet man immer wieder, daß ein neues Motiv zuerst die einzelnen, die Köpfe ergreift, und, dann erst auf breitere Schichten überspringt, um allmählich, wenn der Antrieb nachläßt, wieder abzulaufen. So steht es auch mit der deutschen Auswanderung, die nach dem Ausgang der napoleonischen Periode einsetzt: der Auswanderung aus den Motiven politischer Unzufriedenheit.

Einer der ersten war Karl Follen, einer der Gründer der deutschen Burschenschaft und Führer ihrer radikalsten Gruppe in Jena und Gießen; ein Eiferer für einen deutschen Nationalstaat, aber von einem schlechthin verhängnisvollen Fanatismus getrieben und durch seine moralische Mitverantwortlichkeit für die Ermordung Kotzebues an einer Tat beteiligt, deren politische Folgen für Deutschland das größte Unheil brachten. Im Jahre 1829 nach Amerika ausgewandert, wurde er Lehrer des Deutschen in Harvard, unitarischer Prediger in Boston und bis zu seinem frühen Tode (1840) einer der Vorkämpfer der Sklavenemanzipation. Der deutsche Radikalismus, daheim noch von zügelloser Unreife, versuchte also auch drüben die Konsequenzen der demokratischen Idee zu ziehen und die amerikanische Demokratie zu lehren, daß sie an diesem einen Punkte an innerer Unwahrheit leide.

Aus stärkerem und edlerem Holze, bedeutender auch für sein neues Vaterland, war Franz Lieber (1800—1872). Ein Berliner von Geburt, zog er schon mit 15 Jahren in den Krieg gegen Napoleon, wurde bei Ligny und Belle-Alliance schwer verwundet, schloß sich dann Jahn und den Turnern der Hasenhaide an und wurde von dem Verbot der Turnplätze und dem Beginn der Verfolgungen mitbetroffen. Er ging 1821 als Philhellene nach Griechenland, sah sich nach seiner Rückkehr fortdauernder Überwachung ausgesetzt und ent-

schloß sich 1827 zur Auswanderung in die junge Republik, „die, so unvollkommen sie noch sein mag, doch ein Feld für die Übung und Verwendung von Talent und Fähigkeit gewährt". Sein Geist versenkte sich tief in das Wesen der amerikanischen Freiheit. Sein bedeutendstes Werk „On civil liberty and selfgovernment" suchte die innersten Probleme vom Wesen der Freiheit und ihren Zusammenhang mit der institutionellen Selbstverwaltung im Sinne des individualistischen Liberalismus zu lösen. Als Professor des Staats- und Völkerrechts an der Columbia-Universität in New York stand er unter den Bekämpfern der Sklaverei in erster Linie. Unzweifelhaft hatte er sich politisch und geistig amerikanisiert. Und doch war das Wort Niebuhrs zu dem Auswandernden: „bleiben Sie ein Deutscher" nicht umsonst gesprochen. Der Greis noch schrieb in der Spannung des Juli 1870: „meine ganze Seele ist erfüllt von e i n e m Gedanken, von e i n e r Empfindung: — Deutschland!" In der Seele aller dieser Deutschamerikaner, und vielleicht am meisten der Generationen vor 1870, lebte etwas von der sehnsüchtigen Stimmung, die einer ihrer Dichter, Konrad Krez, einmal zu den Versen formte:

Kein Baum gehörte mir von deinen Wäldern,
Mein war kein Halm auf deinen Roggenfeldern,
Und schutzlos hast du mich hinausgetrieben,
Weil ich in meiner Jugend nicht verstand,
Dich weniger und mehr mich selbst zu lieben,
Und dennoch lieb ich dich, mein Vaterland.

Politische Unzufriedenheit mit den heimischen Verhältnissen und zugleich Liebe zu eben diesem Vaterlande wirkten auch zusammen, als die Auswanderung in den dreißiger Jahren, in der Enttäuschung über die Rückschläge nach der Julirevolution, breitere Schichten erfaßte und zu Versuchen einer Organisation in größerem Stile führte. Gerade die Doppelnatur dieses Antriebes war es, die sich in dem Programm der unter der Führung von Fr. Münch und Paul Follen stehenden Gießener Auswanderungsgesellschaft äußerte: „wir dürfen Deutschland nicht verlassen, ohne eine nationale Idee zu verwirklichen oder wenigstens den Anfang mit ihrer Verwirklichung zu machen: der Grundstein eines neuen freien

Deutschland in der großen Nordamerikanischen Republik soll von uns gelegt werden.“ Es waren doch die echten und rechten Deutschen, die innerhalb der Union einen Musterstaat, und zwar zugleich ein deutsches Staatswesen und einen Idealstaat aufbauen, die bewußt das anlegen wollten, was in Pennsylvanien ohne Plan, aus einem religiösen Idealismus heraus, gewachsen war. Es konnte freilich nicht ausbleiben, daß dem Hochflug der Träume der „latin farmers“ in Missouri der Erfolg in der Wirklichkeit versagt blieb. Noch weniger glückte ein anderes Experiment mit der gleichen Tendenz, die Auswanderung national zusammenzuballen und zu organisieren, das Unternehmen der Fürsten und Herren des Mainzer Adelsvereins von 1842; die Aussichten, die Texas nach seiner Losreißung von Mexiko an sich wohl dafür geboten hätte, fielen durch seine Aufnahme in die Union (1845) rasch zu Boden. Aber auch außerhalb dieser großen Pläne stieg der Strom der Auswanderung unablässig, durch die wachsende Amerikaliteratur wie die Schriften Dudens gefördert, und wenn auch der deutsche Typus des Enttäuschten nicht ausblieb und in dem „Amerikamüden“ (Lenau war das Urbild) des Wieners Kürnberger einen literarischen Niederschlag fand, so blieb doch Amerika Traum und Ziel vieler vormärzlichen Stimmungen; die wachsende Fühlung mit den Bürgern einer großen Republik trug unmerklich dazu bei, auch in der alten Heimat die Vorliebe für die Republik als ideale Staatsform zu nähren.

Erst nach dem Scheitern der deutschen Revolution nahm dieser Strom einen gewaltigen Umfang an. Er wuchs zu einem elementaren Ereignis im deutschen Volksleben. Hatte man früher unter den kolonisierenden Völkern die Franzosen als Offiziere ohne Soldaten, die Deutschen als Soldaten ohne Offiziere, die Engländer als Offiziere und Soldaten bezeichnet, so fehlten jetzt den Deutschen auch die Offiziere nicht, breitere Gruppen von Bildung und, was viel schwerer wog, von politischem Sinn, von politischen Idealen, und die Massen hinter ihnen wurden vollends unübersehbar. Schon seit 1846 waren jährlich über 50 000 ausgewandert, im Jahre 1852: 145 000, 1853: 142 000, 1854: 215 000, in einem Jahrzehnt

ungefähr eine Million, somit eine Masse, die nicht spurlos in dem Körper des amerikanischen Volkes verschwinden konnte.

Es war vor allem das Heer der Geschlagenen von 1848. Da fand man die ganze badische Revolution mit Hecker und Struve, Sigel und Brentano an der Spitze. Manche dieser deutschen Radikalen waren enttäuscht von dem, was sie in Staat und Kirche in Amerika fanden, und bestritten von der Höhe ihrer verstiegenen Ideale dieser Gesellschaft glattweg den Anspruch, daß sie die wahre Demokratie vorstelle: sie kritisierten mit einem haltlosen Doktrinarismus und hingen ebenso unbelehrbar an dem Traume einer deutschen Republik. Aber die weitaus meisten brachten der neuen Heimat mehr, die Arbeit ihrer Hände und einen offenen politischen Sinn, der ohne rückwärts zu blicken, sich in die Aufgaben des amerikanischen Staates entschlossen einlebte. Das war der Weg, den der Erfolgreichste der Achtundvierziger, Karl Schurz (1829—1906), beschritten hat. Er hat seine bedeutenden Schicksale in seinen plastisch erzählten Memoiren, den echten Memoiren eines Deutschamerikaners, da sie halb deutsch, halb englisch geschrieben sind, halb hüben und halb drüben spielen, auch seinen alten Landsleuten wieder nahe bringen können und sich dadurch bleibend mit unserem Gedächtnis und der deutschen Literatur verbunden.

Der Bonner Student, der dem blutigen Jammer des badischen Aufstandes durch seine kühne Flucht aus den Rastatter Kasematten mit genauer Not entgangen und dann durch seine Befreiung Kinkels ein gefeierter Mann geworden war, hatte schon nach wenigen Jahren der Emigration sich aus einem ideologischen deutschen Demokraten in einen realistischen amerikanischen Demokraten verwandelt, den Schwärmer abgestreift und auf dem Boden Wisconsins, wohin jetzt eine breite Welle der Auswanderung abfloß, den praktischen Politiker angezogen. „Meine politischen Meinungen," so schrieb er an die Idealistin Malwida von Meysenbug, „haben eine Art innere Revolution erlebt, seit ich in dem Buche lese, in welchem allein das Wahre steht, im Buche der Wirklichkeit." Er begriff, daß das Wesen der Demokratie nicht ein Ideal schlechthin darstellt, sondern daß ihre praktische Ausführbarkeit an die

historischen Bedingtheiten in Volk und Staat gebunden bleibt. Im Jahre 1848-49 war der künstliche Versuch einer verschwindenden Minderheit gescheitert, einem Volke die deutsche Republik aufzuzwingen, das innerlich und äußerlich nicht demokratisch verfaßt war und zur Erlangung des nationalen Staates die militärisch-monarchische Führung gar nicht entbehren konnte. Auf dem amerikanischen Kolonialboden aber war die Demokratie historisch und natürlich zugleich erwachsen, auf demokratische Gesinnungen in allen Lebensverhältnissen, als den Ausdruck ihrer notwendigen Daseinsform, seit Generationen gegründet. Schurz fand in ihr den Boden für die Betätigung seiner reichen Kräfte des Charakters und des Geistes, aber er konnte den raschen Weg nach oben doch nur zurücklegen, weil er als Wortführer der Deutschamerikaner eine Laufbahn zu machen verstand. Er hatte den stärksten Anteil daran, daß diese Gruppen, politischer geartet als die Generationen ihrer Vorläufer, auch politische Leistungen vollbrachten. Die eine bestand in dem Anteil an der Wahl Lincolns zum Präsidenten, die ohne die Stimmen der Deutschamerikaner wohl nicht durchzusetzen gewesen wäre: in dem Anschluß an die Partei der Republikaner und die Sache der Negeremanzipation fand der deutsche radikale Idealismus, einst schon vorgebildet in den religiösen Postulaten des Pastorius und der Krefelder, wieder aufgenommen von Männern wie Follen und Lieber, nun seinen ihm gemäßen Ausdruck. Die andere Leistung war die Beteiligung der Deutschamerikaner am Bürgerkriege.

IV.

Indem das ganze Deutschamerikanertum für die Sache des Nordens und damit der Staatseinheit in die Schranken trat, hat es für die Sache der Union Unvergängliches geleistet und ein Stück weltgeschichtlicher Rolle durchgeführt. Es ist keine Frage, daß es vor allem innerlich damals seine große Stunde durchlebte.

Was ihre äußere Leistung im Kriege angeht, so ist sie, eben wegen der Mittelstellung der Deutschamerikaner, lange Zeit nicht genügend gewürdigt worden, da die Angloamerikaner die Ausschließlichkeit ihres Ruhmes pflegten und wir

uns mit vagen Vorstellungen begnügten. Erst das Buch des Deutschamerikaners Wilhelm Kaufmann hat das Verdienst, diesem Zustande ein Ende zu machen. Die Zahl der deutschamerikanischen Kämpfer im Kriege betrug nicht weniger als 216 000, von denen allerdings nur 36 000 in reindeutschen Regimentern mit deutschen Offizieren und meist deutscher Kommandosprache, die übrigen 180 000 in gemischten Regimentern fochten. Mancher ehemalige preußische Offizier und mancher alte Revolutionssoldat stand in ihren Reihen. Schurz vertauschte seinen Gesandtenposten in Madrid mit der Stellung eines Brigadegenerals, der badische Revolutionsführer Sigel erwarb sich als Divisionsgeneral große, wenn auch umstrittene Verdienste; am glücklichsten im Felde vielleicht war der Rheinländer Osterhaus, der während des Krieges von der Pike bis zum Range eines Korpsführers aufdiente. Freilich, die große und entscheidende Tat blieb diesen Männern versagt, und gerade die Amerikaner waren bestrebt, den Fehlschlag von Chancellorsville nicht zu vergessen, statt daran zu denken, daß allein die Deutschen es waren, die beim Beginn des Krieges den Staat Missouri für die Union behaupteten.

Und wie tief war der Anteil, den die deutsche Nation an diesen erschütternden Ereignissen nahm. Während die englischen und französischen Sympathien der Sache des Südens zuneigten, hielten die deutschen fast wie ein Mann zu der Sache des Nordens, wegen des vielen deutschen Blutes, das in diesem Lager focht, und wegen des idealen Antriebes, der hier verkörpert war. Vielleicht auch empfanden sie, daß ihr eigener Kampf um die Erlangung der nationalen Einheit und der Kampf der Amerikaner um die Behauptung der nationalen Einheit wesensverwandte weltgeschichtliche Vorgänge waren, ja daß beide sogar durch fast unsichtbare politische Fäden miteinander verknüpft waren. Das verwegene Spiel Napoleons, die Lähmung der Union durch den Bürgerkrieg zur Durchbrechung der Monroedoktrin und zur Intervention in Mexiko zu benutzen, konnte nur gelingen, wenn der Süden die Union sprengte; daraufhin wagte er sich jenseits des Ozeans so stark militärisch zu engagieren, daß er in der großen deutschen Krise nach Königgrätz zum Losschlagen unfähig

war. Der Sieg der Nordstaaten und sein Rückzug aus Mexiko aber wirkten erschütternd auf die Grundfesten seiner europäischen Machtstellung zurück. Indem also die Deutschamerikaner die mexikanische Politik des Franzosenkaisers zu Falle bringen halfen, trafen sie indirekt auch eine Gesamtpolitik, die sich der Vollendung unserer deutschen Einheit in den Weg gestellt hatte: ihr Ringen für die neue Heimat kam in einem Moment, wo hüben und drüben die Zukunft der Nationen auf dem Spiele stand, auch der alten Heimat zugute. Wenn man das auch nicht mit voller Klarheit erkannte, in den Sympathiebeziehungen zwischen Deutschen und Amerikanern bildeten damals die Deutschamerikaner das lebendige Mittelglied. Nie war auch für sie das geistige Band, das nach Deutschland hinüberreichte, so eng geknüpft. Es war ein Achtundvierziger, Friedrich Kapp, der ehemalige preußische Referendar aus Hamm und Teilnehmer am Frankfurter Septemberaufstande, der in der Zeit, wo er in Amerika weilte (1850—1870), dieses Band durch historische Studien zu festigen suchte; als Bürger zweier Welten schrieb er das Leben Steubens und Kalbs, die Beziehungen Friedrichs des Großen zu Amerika und die Geschichte des Soldatenhandels, schließlich die Anfänge der deutschen Auswanderung nach dem Staate New York. Er zuerst begann alle diese Probleme in einem größeren Zusammenhange zu sehen und den Deutschamerikanern ihre eigentümliche historische Stellung zum Bewußtsein zu bringen.

Diese aber erlebten gleich darauf die Erfüllung der deutschen Einigung erhobenen Gemütes mit. Aus aller Herzen schrieb der Achtundvierziger Kaspar Butz damals die Verse:

Wenn Wünsche Kugeln wären, wenn Blitz und Donnerschlag
Der längst Verbannten zürnen, jetzt am Entscheidungstag,
Wie würd' der Donner rollen gewaltig übers Meer,
Für Deutschland eine Salve und für sein tapfres Heer!

Vergessen ist ja alles, vergessen jede Not,
Vergessen jedes Urteil, ob es auch sprach: der Tod!
Für dich, o Muttererde, du Land der Herrlichkeit,
Auch deine fernen Söhne, sie stehen mit im Streit!

Auch in der Führung der Staaten, man braucht nur die Namen Bismarck und Bancroft zu nennen, empfand man die Schicksalsgemeinschaft der beiden Völker, die jetzt politisch einander näher rückten: wie Preußen den Vereinigten Staaten den Schutz seiner Staatsangehörigen in Frankreich während des Krieges übertrug, so rief Amerika in seinem Streite über die San Juan-Frage die Schiedsrichterschaft Kaiser Wilhelms an.

Unter diesen Erlebnissen wandelte sich auch das Gefühl der Deutschamerikaner zu ihrer Heimat. Sehnsucht wurde zu Stolz. Sie fühlten sich in der neuen Heimat nicht mehr als Bürger zweiter Klasse, anders als die „Palatines“ und „Hessians“ und Redemptionisten waren sie stolz auf die große Kulturnation, die sich jetzt zu einer geeinten Staatsnation erhoben hatte und in der Welt ihren Mann stand. Daß ein Deutschamerikaner erster Generation, wie Schurz, zum Staatssekretär des Innern aufstieg, schien ein Ausdruck der Achtung, die man nunmehr in der Union erobert hatte. Die Zweiseelenempfindung, an der die meisten gekrankt hatten, wurde zwar nicht völlig überwunden, aber in etwas gemildert.

Inzwischen sollte gerade das neue Reich der Auswanderung einen erneuten Aufschwung bringen. Nach der Hochflut zu Anfang der fünfziger Jahre waren die Zahlen allmählich, zumal während des Bürgerkrieges, bedeutend gesunken, um gegen den Ausgang der sechziger Jahre anzusteigen und im Laufe der siebziger Jahre noch einmal wieder abzuflauen. Dann aber stiegen sie sprunghaft in die Höhe, betrugen 1881: 210 000, 1882: 250 000, 1883: 195 000 und erhielten sich bis 1892 über 100 000. In dem Jahrzehnt von 1880/90 waren über 1,5 Millionen ausgewandert. Unter den Motiven dieser neuen und stärksten Auswanderungswelle fehlte das politische nicht ganz: die Wirkungen des Sozialistengesetzes führten manche Männer hinüber, die zur Einbürgerung sozialistischer Theorien in der Union beigetragen haben. Aber die Hauptsache war das wirtschaftliche Motiv, die Unmöglichkeit, in der damaligen wirtschaftlichen Struktur des kolonienlosen und agrarischen Reiches den Überschuß der Kräfte unterzubringen. Und so ist denn erst mit der fortschreitenden Industrialisierung unseres Volkes die Auswanderungsziffer wieder

gewaltig gesunken, schon 1895 auf 32 000: sie war im Jahre 1898 niedriger als je seit den dreißiger Jahren und bewegt sich auch noch heute in ganz bescheidenen Grenzen.

Die Gesamtzahlen der deutschen Auswanderer belaufen sich von 1820 bis 1900 auf über 5 Millionen. Schwieriger ist die Frage zu beantworten, wie viel deutsches Blut in der heutigen Bevölkerung der Union steckt. Der Ansatz für 1790 beläuft sich auf 350 000. Die Schätzung Mannhardts schießt mit 25 Millionen weit über das Ziel hinaus, auch diejenige Fausts mit 18 Millionen möchte ich mir nicht aneignen, und über 15—16 Millionen nicht hinausgehen. Dieser Verlust für das Deutschtum ist wohl die bitterste Nachwirkung der Tatsache, daß wir in den Jahrhunderten der Welterschließung draußen standen. Der Verlust der Zahl, des deutschen Blutes, bedeutet zugleich einen nie wieder einzubringenden Verlust an Kapitalkraft, einen Energieverlust, einen Persönlichkeitsverlust und auch, in ganz anderem Sinne als etwa für Großbritannien, einen unersetzlichen nationalen Kulturverlust.

Die Schicksale der letzten Millionen, in deren Massen auch das Herdenmotiv bestimmend mitspielt, sind nicht mehr wie früher einfach zu verfolgen. Die verschiedensten Schichten hat man zu scheiden. Die verlorenen Söhne, die häufig nicht wieder emporkommen; die Gebildeten, die in den Schulen und Hochschulen, in der Medizin und Musik sich betätigen; die Massen industrieller Arbeiter und Landarbeiter, die in die Industrie der großen Städte oder den Großbetrieb der westlichen Farmen gezogen werden; die jüngeren Bauernsöhne, das gesundeste Element, die in Illinois und Wisconsin, in Jowa und Dakota, in Nebraska und Texas die Farmen bebauen; und schließlich diejenigen, die nur den unbegrenzten Möglichkeiten des Verdienens folgen. Mit der Wandlung der Menschen und Dinge hüben und drüben ist auch von dem Zauber früherer idealer Antriebe ein gutes Teil verflogen.

Ebenso unübersehbar ist die Summe der wirtschaftlichen Leistung. Ich will nicht von den Milliardären deutscher Herkunft sprechen, davon, daß die Rockefellers und Astors aus der pfälzischen Auswanderung des 18. Jahrhunderts stammen oder daß die Zuckerkönige Havemeyer und Spreckels als nord-

deutsche Bauernjungen hinübergegangen sind; nicht von dem Anteil an den großen Industrien, etwa von der spezifisch deutschen Brauindustrie, von Namen wie Pabst und Schlitz in Milwaukee, Anheuser-Busch in St. Louis; von den großen Ingenieuren wie Roebling, dem Erbauer der Brooklyn-Brücke, und Henry Villard, dem Unternehmer der Pazifik-Bahn, oder von den Chefs großer Bankhäuser, wie Speyer, die von Frankfurt aus heute in New York heimisch geworden sind. Wir wollen den Deutschamerikanern den Stolz und den Sport überlassen, diese Listen zu entwerfen und zu ergänzen. Was sie beweisen, ist, daß der Kern gesunden Volkstums, der in den Auswandernden uns verloren ging, sich in mannigfacher Betätigung glänzend bewährt hat. Der individuelle und kulturelle Gehalt dieser Persönlichkeiten aber und das Spezifische ihrer wirtschaftlichen Leistungen ist in der Hauptsache schon als Produkt des neuen Bodens anzusetzen, und steht daher mit dem historischen Problem des Deutschamerikanertums doch nur in loser Verbindung.

V.

Diesem Problem des Deutschamerikanertums der Gegenwart wenden wir uns zum Schluß zu und fragen, was es für Amerika, was es für Deutschland und was es für sie selbst bedeutet und welchergestalt seine Aussichten in der Zukunft sein werden.

Es liegt viel Wahrheit in dem bittern Worte Kapps: „Was wir deutsches Element in den Vereinigten Staaten nennen, das ist kaum mehr als die gerade lebende eingewanderte Generation, welche in sich abstirbt.“ Es ist die vom nationalen Standpunkt schmerzliche Tatsache nicht zu leugnen, daß das Deutschamerikanertum als sichtbarer Bestandteil in einem Absorptionsprozeß ohne gleichen allmählich verschwindet, und dieser Prozeß ist um so merkwürdiger, als nicht ein kulturell tiefstehendes Volk, sondern Söhne eines der alten und großen europäischen Kultur- und Machtvölker aufgesogen werden. Dieser Prozeß vollzieht sich sogar in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts weit schneller als früher. Das rührt einmal daher, daß das nationale Wesen des amerikanischen Staates sich neuerdings bewußter ausgeprägt hat. Ihm gegenüber

sind die Deutschen zerstreut, schon dem Raume nach, gemäß den historischen Etappen der Einwanderung, von Pennsylvania bis Texas; sie verfügen weder über eine Geschlossenheit des Stammes, noch des religiösen Glaubens, noch der sozialen Klasse, sie sind vielmehr in alledem heute viel uneinheitlicher als die Auswanderung des ersten Jahrhunderts; es kann nicht anders sein, als daß sie auch in dem amerikanischen Parteileben, anders als 1860, auseinandergehen und daher politisch weder Einheit noch Macht darstellen. Sie sind ja unter den verschiedensten Antrieben und aus den verschiedensten, unter sich zusammenhanglosen kulturellen Schichten hinübergegangen. Um so weniger können sie sich der einheitlichen und überwältigenden Einwirkung der Anglo-Amerikanisierung entziehen, die von dem öffentlichen Leben und den politischen und rechtlichen Institutionen, von dem geschäftlichen Leben und den Anforderungen der Technik und des Gewerbes, von der Schule vor allem mit ihren nationalisierenden Tendenzen, schließlich von dem gleichmachenden gesellschaftlichen Dasein ausgeht und auch das häusliche Leben, die Kinder trennend von den Eltern, zuletzt unwiderstehlich ergreift. Während ihr Zusammenhang mit der deutschen Kultur abstirbt, müssen sie oder doch ihre Kinder die angloamerikanische Kultur in sich aufnehmen, wenn sie sich behaupten wollen. Ob an dem unausbleiblichen Prozeß eine gewisse Weichheit unserer Stammesart eine Schuld trägt, ist schwer zu entscheiden; die nähere Verwandtschaft mit dem angloamerikanischen Volke trägt gewiß (wie bei den Skandinaviern) das Ihre dazu bei; vielleicht aber macht unser zwischen den Polen des Kosmopolitismus und Individualismus schwankendes Wesen uns noch ohnmächtiger, als die unzweifelhaft ungünstigen Voraussetzungen es ohnehin tun.

Aber auch in diesem Prozeß, der auf die Dauer einen reinen kulturellen Verlust für die deutsche Nationalität zeitigt, verschwindet das Deutschamerikanertum nicht restlos. Es gibt doch Momente des Rückhalts.

Einmal die Kirchen, wenn auch in sich gespalten, mit ihren sittigenden Einflüssen und gesellschaftlichen Bindungen. Dann ein gewisses Kulturgemeinschaftsgefühl, vor allem von der Mittelschicht dargestellt, nicht weit und tief reichend, aber

doch vorhanden, ob es sich nun um ein Schillerdenkmal oder das deutsche Volkslied gruppiert. Vor allem ein Komplex deutscher Sitten und Gewohnheiten, eine freiere Geselligkeit mit Freude an der Natur, Musik und fröhlichem Lebensgenuß, im Vereinsleben und auch beim Bier; gerade die Sonntagsfrage und die Alkoholfrage, in denen man auf die entgegengesetzten Traditionen stößt, haben, so äußerlich und anfechtbar das zunächst auch klingen mag, dazu geführt, daß man dem sittlichen Ideal puritanischer Färbung, mit seiner erziehlichen Strenge, seiner Freudlosigkeit und manchmal auch Heuchelei, ein anderes entgegensetzt, in dem eine weitere Sphäre der individuellen Selbstbestimmung geöffnet bleibt.

Neuerdings aber scheinen mir noch neue Momente hinzugetreten zu sein, die den Prozeß der restlosen Anglo-Amerikanisierung nicht nur verlangsamen, sondern bis zu einem gewissen Grade auch einschränken können.

Das erste Moment liegt in der Beschaffenheit der amerikanischen Kultur, die nicht Eigenkultur ist, vielmehr in hohem Maße von der Aufnahme fremder Werte lebt und mehr ist und sein will als nur englische Kultur. So hat sie sich auch einem Einströmen deutscher Kultur geöffnet. Deutsche Literatur und deutsche Sprache, deutsche Musik, deutsche Erziehungsformen, von dem Kindergarten bis zur Universität, sind Dinge, die in steigendem Maße gepflegt und geschätzt werden. So lernt die schon halb amerikanisierte Mittelschicht deutschen Ursprungs, daß das, was sie vielleicht achtlos weggeworfen hat, von den englischsprechenden Oberschichten mühsam aufgesucht wird. Sie wird genötigt, eine Sprache höher zu achten, die beherrschen zu können ein Kennzeichen eines gebildeten Amerikaners wird, sie lernt begreifen, daß diese deutsche Kultur etwas Erstrebenswertes an sich ist, und drängt sich, wie man an den Universitäten des Westens beobachten kann, an die Stätten, die ihnen den Eingang zu dem längst verschütteten Erbbesitze wieder erschließen.

Dazu kommt, daß die Stellung der Deutschamerikaner innerhalb der völkischen Elemente ihres Staates sich verschoben hat. Während im Jahre 1882 180 000 Engländer und Irländer, 250 000 Deutsche, 105 000 Skandinavier, dagegen nur

30 000 Italiener und 21 000 Russen einwanderten, zählt man schon im Jahre 1903 nur noch 26 000 Engländer, 35 000 Irländer, 40 000 Deutsche, dafür aber 230 000 Italiener, 206 000 Österreich-Ungarn, 136 000 Russen. Das Mischungsverhältnis verschiebt sich seitdem immer mehr von der germanischen und germano-keltischen Seite auf die slawische und romanische Seite. Der Deutschamerikaner, früher häufig als Bürger zweiter Klasse neben dem Engländer über die Achsel angesehen, gehört jetzt zu den „erwünschtesten" Siedlerelementen, er hat gegenüber den niedern Rassen an nationalem Selbstgefühl gewonnen. Und so beginnt er seine historische Stellung in der gewaltigen Völkermühle der Union mit Stolz und Bewußtsein zu ergreifen. Er weiß, daß er, wenn er den Pastorius und Herxheimer, den Steuben und Sigel Denkmäler errichtet, damit seine deutsche und auch seine amerikanische Geschichte ehrt, daß er und die Seinen mehr als Völkerdünger sind: Teile einer Nation mit einer großen und ergreifenden Geschichte, mit einer eigenen und unsterblichen Kultur.

Die Deutschamerikaner haben sodann begriffen, daß für die traditionelle Pflege der Beziehungen zwischen Deutschland und Amerika, die trotz vereinzelter Störung durch keinerlei politischen Gegensatz je getrübt wurden, vielmehr durch gewaltige wirtschaftliche Bande zusammengehalten werden, gerade sie die berufenen Träger sind. Es ist im Lande der public opinion von Gewicht, wenn sie — neben den Irländern — gegen die naheliegende englisch-amerikanische Verbindung am stärksten reagieren, wenn sie immer wieder betonen, daß Amerika ein Land englischer Sprache, aber nicht englischer, sondern gemischter Kultur, nicht englischen, sondern gemischten Blutes ist, wenn sie die Berücksichtigung ihrer politischen Sympathien, soweit es im Rahmen des nationalen Interesses angängig ist, verlangen. Die Staatsmänner passen sich dem an. Zwei deutsch-amerikanische Politiker, darunter der Kongreßmann Bartholdt von Missouri, waren jüngst vom Präsidenten auserlesen, dem Deutschen Kaiser das Steubendenkmal in Potsdam darzubringen.

Schließlich kommt als günstiges Moment die beginnende Organisation des früher in unzähligen, meist landsmannschaftlichen Vereinen auseinanderfallenden Deutschamerikaner-

tums hinzu, um dem Prozeß der restlosen Auffaugung entgegen-zuwirken. Am 6. Oktober 1901, dem Landungstage des Pastorius, fand zu Philadelphia in der Halle der „Deutschen Gesellschaft von Pennsylvanien von 1764" die Gründung des Deutschamerikanischen Nationalbundes statt, der das Einheitsgefühl in der Bevölkerung deutscher Herkunft zu erwecken und zu steigern sich vorsetzte. Sein Programm empfahl unter anderm die Einführung des Unterrichts der deutschen Sprache in der öffentlichen Schule, mit der Begründung, daß neben der englischen Sprache die deutsche Zunge die Weltsprache darstelle; es regte ferner zur systematischen Erforschung der deutschen Mitarbeit an dem Ausbau des Adoptivvaterlandes, zur Grundlegung einer wahrhaften deutschamerikanischen Geschichte an. Unter der energischen Leitung von Dr. Charles J. Hexamer, dem Sohne eines Achtundvierzigers, wuchs der Nationalbund, der die Feier des 6. Oktober als des „Deutschen Tages" einführte, so schnell, daß schon 1909 die Mitgliederzahl der angeschlossenen Vereine 1½—2 Millionen betrug. Das führte auch den nach dem Erfolg urteilenden Amerikanern zu Gemüte, daß ein lebensfähiger Faktor im öffentlichen Leben sich gebildet hatte. Man trägt von diesen Bewegungen doch den Eindruck davon, daß es sich nicht nur um die Galvanisierung absterbender Elemente, sondern wirklich um neues Leben, um das Bewußtwerden lebendiger und unzerstörbarer kultureller Zusammenhänge handelt.

Und das ist der Punkt, an dem auch wir Deutsche etwas tun können, mehr tun sollten, als bisher geschehen ist. Wir sollten die gebotene Hand herzlich ergreifen und diese Kulturzusammenhänge pflegen, wir sollten uns bewußt werden, daß drüben, im Deutschamerikanertum, ein Stück deutscher Volksgeschichte lebt, das zu unserem nationalen Dasein gehört. Wenn man jüngst bei uns mit dem nationalen Takte die Seltsamkeit für vereinbar hielt, eine deutsche Napoleon-Gesellschaft zu gründen, dann läge es gewiß näher, eine Gesellschaft zum Studium deutscher Volksgeschichte jenseits des Ozeans zu errichten: sie würde uns in tausend und abertausend Zügen die große Lehre predigen, daß die deutsche Nation weiter reicht und reichen wird als der deutsche Staat, in dem wir heute leben.



5.

Deutschland und Österreich seit der Gründung des Neuen Reiches

(1871—1911)

Vortrag,

gehalten am 16. Januar 1911
zur Feier des 40jährigen Bestehens des Deutschen Reiches
im Gürzenich zu Köln



ationale Schicksalsfragen gibt es, deren an den Erinnerungstagen unseres jungen Reiches selten gedacht wird, weil sie über den Rahmen neudeutscher Staatsgeschichte weit hinausreichen — Schicksalsfragen, die sich trotzdem mit Unwiderstehlichkeit einem nachdenklichen Deutschen aufdrängen, weil sie aus dem Boden gemeindeutscher Volksgeschichte niemals losgerissen werden können. Deutschland und Österreich in den vier Jahrzehnten des neuen Reiches — die Worte schon erinnern uns daran, daß dieses Reich nicht alle Deutschen umspannt, die um die Einheit des Nationalstaates gerungen haben. Sie bezeichnen dasjenige Problem, das gerade aus der Lösung von 1866 und 1870/71 emporgestiegen ist: für die meisten der Ausdruck unentrinnbarer Notwendigkeit, für andere auf immer ein bitterer Rest glänzenden Gelingens, vor der Geschichte das ungelöste Stück des Exempels und doch eine lebendige und dauerhafte Lösung in sich, an der kein verständiger Politiker und kein guter Deutscher wird rütteln wollen: etwas Endgültiges und trotz alledem das innerlichste Problem aller deutschen Zukunft.

Längst sind die alten Parteirufe kleindeutsch oder großdeutsch, preußische Führung im kleineren Deutschland oder österreichische Führung im größeren Deutschland verklungen, und die Geschichte der Nationalitätenkämpfe in der habsburgischen Monarchie im letzten Menschenalter hat uns vollends gelehrt, daß ein deutscher Nationalstaat mit dem Ganzen dieses vielgestaltigen Körpers schlechterdings nicht verbunden bleiben konnte. Wir wissen, daß allein die Unmöglichkeit, alle Glieder des Volkes politisch zu einigen, einen Teil seiner Söhne damals hinausgestoßen hat. Diese Einsicht hat uns unbefangener gemacht gegenüber der Vergangenheit und von den Einseitigkeiten jener Kämpfe befreit, in denen doch auch das alte deutsche Erbübel, der Haß gegen den Stammesnachbarn, wieder aufgelodert war. Wir würdigen heute, daß damals viele Deutsche, und gewiß nicht die schlechtesten, den schmerzlichen Schnitt durch den deutschen Nationalkörper nicht ertragen konnten und darum zu den heißesten Gegnern Bismarcks sich gesellten; wir fühlen es den Süddeutschen nach, daß gerade sie von ihren

nächsten Stammesvettern in Österreich und den Alpenländern sich nicht losreißen lassen wollten; wir haben ein volles Verständnis dafür gewonnen, daß die deutschen Katholiken in ihrer Mehrheit sich leidenschaftlich gegen die Vornahme eines Schnittes sträubten, dessen blutende Wundfläche in erster Linie durch den katholischen Teil deutschen Volkstums lief, ihre kirchlich-kulturelle Einheit und ihre reale Machtstellung traf und verletzte. Vor allem aber fühlen wir mit dem Trennungsschmerze der Deutsch-Österreicher selbst, dieser Märtyrer unseres Einigungskampfes, von dessen Früchten das Land der Babenberger und der Habsburger, das Land Walthers von der Vogelweide und Mozarts, von nun an für immer ausgeschlossen sein sollte. Und doch ist das Schwerste verwunden. Die Großdeutschen von ehedem sind hüben und drüben versöhnt, weil sie die Unvermeidlichkeit der Trennung erkannten, und die Kleindeutschen von ehedem fühlen längst wieder in sich den Schlag eines großdeutschen Herzens. Fürsten und Völker haben sich darin gefunden. Noch im Jahre 1863 hatte Kaiser Franz Josef die deutschen Fürsten ohne den Hohenzollern im Römer zu Frankfurt um sich vereint, um das rollende Rad der Geschichte rückwärts zu wälzen und noch einmal in Germanien den Doppeladler, an Ehren und an Siegen reich, wieder aufzurichten. Im Jahre 1908 aber sind die reichsdeutschen Fürsten unter Führung des Hohenzollernkaisers demselben Franz Josef genaht, um ihm in Wien am Tage seines sechzigjährigen Regierungsjubiläums persönlich zu huldigen — nur ein äußerlich höfischer Vorgang freilich, ohne politische Bedeutung des Augenblicks, und doch argwöhnisch umlauert von den nichtdeutschen Nationalitäten Österreichs; denn der tiefere Sinn dieses Vorganges zeigte nicht nur den erschütternden weltgeschichtlichen Umschwung eines Zeitalters menschlich überwunden, sondern er verriet der Welt mit symbolischer Eindruckskraft, daß die staatliche Trennung von einst zahllose unsichtbare Bande nicht hatte zerschneiden können.

Was an solchen unsichtbaren Banden zwischen Deutschen und Deutsch-Österreichern vorhanden ist, das wissen und erfahren wir alle Tage auf den Gebieten des geistigen Lebens, wo die zartesten Keime und Blüten nationalen Daseins sich

enthüllen: in Kunst, Literatur und Wissenschaft sind wir trotzalledem ein Volk geblieben. Dankbar empfinden wir immer von neuem den Segen, daß die deutsche Kulturnation sich nicht deckt mit der deutschen Staatsnation, sondern weiter reicht und ein unsterbliches Leben in sich selber führt. Eine große deutsche Literatur blüht auf dem Boden unserer Sprache und unseres Volkstums, und sie weiß nichts von der politischen Trennung der Staaten. Mit Stolz zählen wir die deutsch-österreichischen Dichter zu den unsrigen, und es scheint, als ob das Gefühl dieser Zusammengehörigkeit sich eher verstärke, denn daß es sich lockern wollte. Denn als der Größte von ihnen, Franz Grillparzer, in den Zeiten des Deutschen Bundes seinen bitteren Leidensweg unter dem lähmenden Drucke Altösterreichs ging, und damit rang, Form und Dasein in höherer Einheit zu verbinden, da hat es lange genug gedauert, bis der österreichische Dichter zum deutschen Dichter und zum Gemeinbesitz der Nation wurde. Heute liegen solche Schranken am Boden. Die klare Natur und die reife Kunst der Ebner-Eschenbach, die aus kernigem Holz geschnitzte Erscheinung und das deutsche Herz des gemütvollen Steirers Peter Rosegger, sind es nicht fast die ehrwürdigsten Namen der älteren Generation unserer Gesamtliteratur? Gesellen wir zu ihnen von den unlängst Dahingegangenen den elegischen Österreicher Ferdinand v. Saar und den schwerblütig-zerrissenen Mähren J. J. David, unter den Lebenden die formgewandten und dekadenten Talente der jüngeren Wiener Schule, wie Hofmannsthal und Schnitzler, den üppig gärenden Most eines Bartsch: wer sieht in ihnen Gewächse eines uns fremd gewordenen Erdreichs? Und welch ein deutscher Dichter ist zu guter Letzt der Tiroler Karl Schönherr, dessen starkes erdgebornes Talent soeben in seinem „Glaube und Heimat“ mit erschütternder Kraft des Gemütes in die Kämpfe der Gegenreformation zurückgriff und eines der innerlichsten historischen Dramen schuf, die unsere Literatur aufzuweisen hat; erscheint doch diese „Tragödie eines Volkes“, wie er sie nennt, wie eine Szene nur aus der großen Tragödie unserer Volksgeschichte. Die gleiche Gemeinschaft gilt — ich brauche keine Namen zu nennen — für die bildende Kunst, für die Malerei und Bildhauerei, vor allem für die Musik.

Auch das wissenschaftliche Leben erfreut sich, über die natürlichen Schranken hinweg, einer unzerstörbaren Einheit; und die deutsch-österreichischen Universitäten mit ihren Professoren und Studenten, mit ihren Formen und ihrem Geiste sind Glieder desselben Corpus academicum, das unserer Nation auch in den Tagen der Zerrissenheit die Einheit gewährleisten half. Die führenden Namen der Österreicher verehren wir in der uns gemeinsam teuren Wissenschaft der Germanistik von Wilhelm Scherer bis Heinrich Brunner, wir begrüßen sie auf eigenen Wegen in der Nationalökonomie und in der Medizin, und die Geschichtschreibung weiß davon zu sagen, daß neben Sybels großem Werk ein Österreicher, Heinrich Friedjung, die unbefangenste Geschichte des Kampfes um die Hegemonie in Deutschland von 1859—1866 geschrieben hat — daß sie aus dem Lager der Besiegten kommen konnte, ist wieder ein seltenes Symbol der innerlichen Versöhnung vergangenen Streites.

In diesem Österreichertum, fruchtbar und reich auf allen Gebieten, enthüllt sich eine Art deutschen Volkstums, die in der Tiefe mit dem unseren eins ist, aber in den äußeren Erscheinungsformen sich mannigfach von ihm scheidet, eine liebenswürdigere Art des Empfindens und Sichgebens, süddeutsche Art gewiß, aber auch sie nüanciert durch fremde Rasseneinwirkungen, verfeinert und versinnlicht durch ein reicheres Maß weiblichen Fluidums, vor allem aber zusammengefaßt in einer besonderen großen und eigenen Tradition. Eine Volksindividualität, deren äußere Energien vielleicht nicht den unseren gewachsen sind im harten Daseinskampfe, deren innere Form aber etwas Eigenes und zum Teil Überlegenes enthält. Gewiß ist heute dieses Österreichertum nicht mehr das Bild unserer eigenen liebenswürdigen Jugend, die den Fremden angeblich so teuer ist, es ist nicht mehr das Österreich Moritz v. Schwinds und Schuberts, Raimunds und aller entzückenden Wiener Gemütlichkeit; aber wir empfinden doch, vieles ist hier erhalten geblieben, was bei uns zu Boden fiel, in materiellen Kämpfen oder erdrückt von der Bureaukratisierung der Gesellschaft, von der Berufsverengung des ganzen Menschen, von den Sünden der Amerikanisierung Neudeutschlands. Man erstaunt daher nicht über das Urteil eines Ausländers:

vieles von dem deutschen Wesen früherer Art aus der vorbismarckischen Epoche sei nur auf dem Boden Österreichs noch unzerstört.

Dieser Eindruck birgt den richtigen Gedankenkern, daß nicht allein die Stammesart, sondern ebensosehr der Staat und die Geschichte die Formung der Stammesindividualitäten vollziehen. Denn Staat und Geschichte hatten schon vor 1866 aus dem Österreichertum einen in sich ebenso geschlossenen Typus geschaffen wie etwa aus dem Preußen; und vor allem seitdem hat die Verschiedenheit unserer politischen Geschicke sie noch viel weiter sich auseinander entwickeln lassen. Seitdem ist das politische Leben des Reichsdeutschen und des Deutsch-Österreichers verflossen unter so veränderten Gestirnen, daß es gar nicht anders sein konnte, als daß es sich hüben und drüben den verschiedenen Daseinsbedingungen anzupassen versuchte und darüber das ursprüngliche Wesen noch weiter veränderte. Bei uns sind die eigentlichen nationalen Kämpfe abgeschlossen. In Österreich stehen sie im Mittelpunkte alles politischen, ja alles wirtschaftlichen und selbst persönlichen Daseins. Wo in unserem Staatskörper noch nationale Gegensätze vorhanden sind, da suchen wir als Herrenvolk die Minorität mit Härte unter die Anforderungen der Gesamtheit zu beugen. In Österreich ist die Zeit längst dahin, da die Deutschen als Herrenvolk nach dem hochfahrenden Worte Hebbels auf die Bedientenvölker der habsburgischen Monarchie herabsahen, und nur die Anspannung aller Kräfte läßt sie den Rang der primi inter pares behaupten; ja sie mögen manchmal selbst dem Druck von Mitteln ausgesetzt sein, wie sie der Preuße etwa gegenüber seinen polnischen Untertanen anwendet. Bei uns ist der romantische Zauber nationaler Begeisterung, die in unseren Vätern glühte, ein wenig verblaßt, und wenn sie erklingt, wird sie von militärischen Trompeten oder politischen Posaunen übertönt; in Österreich aber ist das Ganze dieser Musik noch lebendig, jene Stimmung einer dahingegangenen Generation, wie sie 1848 zu Worte kam oder bei der Schiller-Feier von 1859 oder in den Tagen des Nationalvereins: ein herzhaftes, begeisterungsfrisches, manchmal etwas nebelhaftes Deutschtum, wie es einem auch wohl drüben unter den

Deutschamerikanern in New York oder Chicago begegnet, das sich, innig und laut zugleich, an der Reihe der nationalen Ideale von Arminus bis Schiller erbaut und stärkt.

Die harte Not hat dieses Deutsch-Österreichertum inzwischen realistischer gemacht, aber der eigentümliche politische Akzent bleibt doch ein anderer als in unserem Reiche. Jedes Problem nimmt hüben und drüben eine andere Gestalt an. Wir besitzen seit 1866 das demokratische Reichstagswahlrecht, und Bismarck hat es geschaffen, um die nationalen Tendenzen der Massen mit diesem stärksten Hebel in Bewegung zu setzen; als im Jahre 1906 die österreichischen Staatsmänner zu derselben Institution griffen, wollten sie vielmehr mit dem Massenwahlrecht die sozialen Interessen zum überwältigenden Ausdruck bringen und mit ihnen die nationalen Gegensätze überwinden. Bei uns weist die innere Umbildung hin auf einen exportierenden Industriestaat mit kapitalistischem Gesellschaftsaufbau; unter dem ständigen Druck weltpolitischer Entscheidungen gehen wir unseren Weg vorwärts, der uns im Zeitalter unseres Kaisers eine weltwirtschaftliche Weitung unseres Gesichtskreises mit allem Befreienden und Stärkenden, mit allen ihren Lasten und Gefahren gebracht hat. Die wirtschaftliche Struktur Österreichs und demgemäß auch des Deutsch-Österreichertums ist im Vergleich dazu in notgedrungener oder selbstgewollter Beschränkung zurückgeblieben, verschont von den Nöten, die uns drücken, wenn sie auch unzweifelhaft früher oder später ähnlichen Problemen entgegengehen. Wohin wir blicken, haben wir denselben Eindruck, daß die achtundzwanzig Jahre Bismarckscher Staatslenkung im nationalen Charakter andersartige Spuren hinterlassen haben als die beiden Menschenalter, die Franz Josef auf dem Throne seiner Väter sitzt. Man hat den Eindruck, als ob die entscheidenden Probleme reichsdeutscher Zukunft jenseits unserer Grenzen in der Welt liegen, während sie für den deutschen Österreicher in den nationalen Kämpfen innerhalb seiner Monarchie beschlossen sind.

Ja, so weit sind unsere Wege auseinander gegangen, daß wir uns diesen inneren Kämpfen, in denen die Deutsch-Österreicher stehen, manchmal fast fremd fühlen. Es ist eine berechtigte Klage der Deutsch-Österreicher, daß die Reichsdeutschen

den Problemen österreichischen Staatslebens eine nur geringe Summe von Nachdenken und Anteil widmen, daß das notwendige Maß politischer Zurückhaltung, das wir üben müssen, von einem guten Stück Gleichgültigkeit und Kenntnislosigkeit begleitet wird, wie es der glücklich Besitzende, der Saturierte, für das Ringen eines entfernten kleinen Verwandten in der Fremde übrig hat. Wenn man die staatsrechtliche und historische Literatur über die zentralen Probleme österreichischen Staatslebens mustert, so erkennt man, daß Franzosen und Engländer die Augen weit mehr geöffnet haben; sie haben die eingehendsten Werke verfaßt, wie Georges Weill über den Pangermanismus, wie der Nancyer Professor Eisenmann über den österreich-ungarischen Dualismus, und vor allem Erneste Denis in Paris über die böhmische Geschichte. Gewiß lauert hinter diesem gelehrten Anteil an den Nationalitätenkämpfen allerhand politische Berechnung, aber das ändert nichts an der Tatsache, daß unsere eigene politische Bildung über ihrer weltweiten Orientierung häufig das Nächste vergißt, und darum, meine ich, gehört es gerade an den Gedenktagen unseres Volkes zur nationalen Pflichterfüllung, das innerste Wesen der Probleme zu begreifen, die am letzten Ende in der Trennung unseres Volkes von 1866 wurzeln.

Es konnte nicht anders sein: die habsburgische Monarchie mußte durch ihr Ausscheiden aus dem Deutschen Bunde in dem Kern ihres Gefüges auf das tiefste erschüttert werden. Der Staat hatte territorial zwar kaum etwas verloren, aber seine eigentümliche Wesenheit aufgegeben. Er mußte jetzt nach außen und innen nach einer neuen Unterlage seiner Existenz suchen. Er bedurfte einer neuen Orientierung seiner auswärtigen Politik, und er bedurfte einer neuen Struktur seiner inneren Bestandteile, einer veränderten Auseinandersetzung mit der Masse seiner eigenen Nationalitäten.

Beide Sphären, die äußere und die innere, stehen naturgemäß in einem intimen Zusammenhange, der manchmal wohl verdeckt erscheinen mag, aber immer wieder mit Macht durchbricht, in einer unaufhörlichen geheimnisvollen Wechselwirkung: gehört sie doch zu den feinsten Kompliziertheiten des

geschichtlichen Verlaufes, die selten systematisch ins Auge gefaßt und nur in der Praxis der großen Geschichtschreiber bis in ihre verborgenen Tiefen aufgehellt werden. Allerdings war vom Standpunkt des habsburgischen Gesamtstaates aus wünschenswert, wie Kalnoky es einmal formulierte, eine „möglichste und allseitige Konkordanz der inneren Politik mit den Prinzipien, Aufgaben und Interessen der auswärtigen Politik". Der Reichtum geschichtlichen Lebens ist aber zu vielgestaltet, als daß eine magere Formel ihn bändigen könnte, und die Wechselwirkung der beiden Sphären verläuft nicht so einfach, daß diese oder jene Tendenz nach innen mit zwingender Notwendigkeit einer gleichartigen Tendenz nach außen entspräche: etwa in der Weise, daß die Erhaltung der traditionellen Vormachtstellung der Deutschösterreicher zu jeder Zeit Voraussetzung und Folge einer engen Allianz der Donaumonarchie mit dem Deutschen Reiche hätte sein müssen. Die Geschichte lehrt vielmehr, daß scheinbare Widersprüche nebeneinander stehen können. Derselbe Richelieu, der im Innern den Hugenottenstaat im Staate gewalttätig zerbrach und die Rekatholisierung Frankreichs vorbereitete, trieb zugleich in Europa eine protestantische Bündnispolitik größten Stils, und in aller Erinnerung ist, daß Bismarcks Bekämpfung seiner nationalen und liberalen Gegner in der Konfliktszeit mit einer auswärtigen Politik Hand in Hand ging, die in Europa mit revolutionärer Kühnheit dieselben nationalen und liberalen Tendenzen in Fluß brachte. Und so kennt die politische Dynamik Beispiele genug, in denen die Einheit zwischen äußerer und innerer Politik nicht in einer formellen Konkordanz, sondern in einer Verbindung scheinbarer Gegensätze besteht, etwa wie positive und negative Elektrizität einander neutralisieren, ja jene niemals aussetzende Wechselwirkung erscheint manchmal in der Gestalt eines fast dialektischen Umschlagens der Motive: gerade den Deutschösterreichern sollte diese überraschende Erfahrung nicht erspart bleiben.

Mit einem raschen Blick gehen wir vorbei an dem kurzen Zwischenspiel von 1867 bis 70, in dem die leitenden Männer der habsburgischen Monarchie nur an Revanche für Königgrätz dachten und sich um jeden Preis in Deutschland wieder hinein-

erobern wollten. Allein um dieses Revanchetraumes willen ließ man sich in jenen Jahren dazu herbei, die innerpolitische Umbildung des Gesamtstaates anzubahnen, und bezeichnenderweise bediente man sich der Mitwirkung ehemaliger Staatsmänner deutscher Mittelstaaten, die aus dem Lager der Geschlagenen von 1866 nach Wien berufen waren. Der Sachse Beust war es, der als Reichskanzler die Spaltung der Gesamtmonarchie, die dualistische Gestaltung von Österreich-Ungarn vornehmen half, und der Schwabe Schäffle arbeitete im Ministerium Hohenwart auf die ähnliche Organisation eines halb selbständigen tschechischen Königreiches Böhmen hin. Um der äußeren Stärkung halber, als Vorbereitung für einen letzten deutschen Hegemoniekampf, ließ man zunächst einmal den Nationalitäten freien Raum und betrieb mit allen Kräften den föderalistischen Umbau und Abbau des alten zentralistischen Staates — und nun erst begannen die Deutschösterreicher an ihrem Leibe die vernichtende Wirkung des Jahres 1866 zu spüren, das sie nicht nur von der Mehrheit ihrer deutschen Landsleute losgerissen hatte, sondern auch in der heimischen Monarchie von der Höhe ihrer historischen Führerstellung hinabstieß.

Erst Metz und Sedan sollten den Habsburger dazu bringen, sich mit dem Prager Frieden abzufinden und dem deutschen Volke die unselige Wiederholung eines siebenjährigen Krieges zu ersparen. Also machte der Abschluß unserer eigenen Reichsgründung zugleich in Wien den Experimenten ein Ende, die zur Stärkung nach außen vorläufig die Desorganisation nach innen, die Auflösung des Reiches in ein Bündel von nationalen Autonomien betrieben. Nach innen und nach außen mußte man, als der Leitstern der Revanche erloschen, das Steuer anders stellen. Nach außen hin entschloß man sich, mit dem neuen Deutschen Reiche ehrlich Frieden zu machen und zu halten; im Innern gab man die Hohenwart-Schäffleschen Pläne auf und beließ die Deutschen bis auf weiteres in der Vormachtstellung innerhalb der zisleithanischen Reichshälfte. Hätte man in Wien anders gehandelt, so würde man eine zwiefache Gefahr gelaufen sein: das Deutsche Reich würde auf dem Wege nationalstaatlicher Konsolidierung nicht Halt

gemacht haben, sondern den vollen Strom der Kräfte, die es geschaffen hatten, auch über die schwarzgelben Grenzpfähle hinweg gelenkt haben, die Deutschösterreicher aber, zunächst in Böhmen slawischer Majorisierung preisgegeben, würden innerlich der Anziehungskraft der großen nationalen Gemeinschaft nicht haben widerstehen können. So gab es keine Wahl. Bismarck aber ermöglichte dem Habsburger den jetzt endgültigen Verzicht auf Deutschland, indem auch er endgültig jeden Gedanken an einen Fortgang nationaler Propaganda aus der reichsdeutschen Politik verbannte. Dieser Verzicht ist bis heute und für immer die selbstverständliche Basis des Verhältnisses zwischen dem Reiche und Österreich-Ungarn, so gut wie die Anerkennung der Neuordnung von 1866 und 1870—71 von der anderen Seite. Die Alldeutschen aber hüben und drüben, die, wenn auch nur mit Worten, die damals gezogene Grenze überspringen möchten, rütteln in Wahrheit an dem Grundpfeiler des Vertrauens, das die beiden Mächte verbindet.

Das erste Ergebnis der politischen Neuorientierung unter diesem veränderten Zeichen, das Dreikaiserverhältnis von 1872, ist nur ein Durchgangsstadium geblieben. Es war gewiß diejenige Konstellation, die dem Ideal Bismarcks am ehesten entsprach, da sie die völlige Sicherung nach Westen bot, aber es war nicht viel mehr als ein Provisorium, das nur insoweit und nur so lange haltbar blieb, als die beiden älteren Kaisermächte nicht untereinander in Gegensatz gerieten. Deutschland konnte und wollte, in wunschloser Erstarkung, mit beiden Mächten freundschaftliche Fühlung halten. Diese beiden aber konnten zu gleicher Zeit mit Berlin nur dann zusammenstehen, wenn ihre auswärtigen Interessen, insonderheit ihre Interessen im Orient, nicht gegeneinanderliefen. Dieses Dreieck Berlin—Wien—Petersburg besaß einen Schwerpunkt, der außerhalb seines unmittelbaren Bereiches lag.

Man hat wohl die Frage aufgeworfen, ob eine so weitgehende Lockerung der nationalen Bestandteile, wie sie in dem österreich-ungarischen Staatskörper bereits eingetreten war, nicht geradezu verhängnisvoll auf die Führung seiner Gesamtinteressen in der auswärtigen Politik zurückwirken mußte, ja ob — wie Graf Kalnoky im Oktober 1879 seinem damaligen

Chef Andrassy schrieb —, „bei unserer dualistischen Gestaltung eine Großmachtspolitik, eine einheitliche Aktion überhaupt möglich sei." Die Antwort auf die aufgeworfene Frage liegt darin, daß man den Satz von den inneren Voraussetzungen aller Aktion nach außen hin, wie Kalnoky es tat, kühn umdrehte und die Großmachtspolitik als den kräftigsten Hebel des Zusammenhaltes nach innen, als „Bedingung für das Gedeihen der Monarchie" ansprach — daß sie es für keinen Staat im höheren Grade ist, haben die jüngsten Ereignisse eindrucksvoll gelehrt. Österreich-Ungarn durfte also um seiner selbst willen auf diese Betätigung seiner Kraft in der Außenpolitik nicht verzichten: „Fehlt der Impuls zu einem gemeinsamen Ziele," so urteilte der Minister weiter, „der treibende Staatsgedanke, der die vielfältigen heterogenen Elemente in einer bleibenden Bewegung erhält, so tritt eine faule Stagnation ein, die selbst zur Zersetzung führen kann." Wenn Eisenmann in seinem vortrefflichen Buche über den österreich-ungarischen Dualismus sich die schließliche Überwindung der Nationalitätenkämpfe vorzustellen versucht, so denkt er an eine Umbildung der österreich-ungarischen Monarchie in eine Art von monarchischer Schweiz. Das ist gewiß so weit richtig, als irgendwelche dauernde Formen nationalen Ausgleichs einmal gefunden werden müssen; soll es aber heißen, daß die Lösung des Problems in einem Staatskörper von der völkerrechtlichen Beschaffenheit der Schweiz liegt, so könnte man den Lebensnerv gerade der Donaumonarchie nicht stärker verkennen; ein neutralisiertes, ein politisch entmanntes Österreich-Ungarn würde rettungslos auseinanderfallen. Das einzige Feld seiner Betätigung lag für den seit 1866 und 1870—71 von Deutschland und Italien abgeschnittenen Staat im Orient. Diese historische Tendenz des Donaureiches, die in den Menschenaltern des Kampfes um Deutschland und Italien manchmal vergessen schien, war jetzt, wie die neuen Staatslenker, Andrassy voran, sogleich erkannt hatten, die einzig mögliche Front. Indem aber Österreich-Ungarn in die neuen Bahnen einer aktiven Orientpolitik zurücklenkte, stieß es mit den traditionell geheiligten Eroberungsplänen Rußlands zusammen. An dieser Stelle war das Dreikaiserverhältnis von 1872 sterblich seit seiner Geburt. Also

liegt, bis zum heutigen Tage, auch für die im Orient zunächst ganz uninteressierte deutsche Politik in der orientalischen Frage der oberste Richtungspunkt aller Navigierung. Die orientalische Frage hat bald Rußland, bald Österreich, bald beide an den deutschen Nachbar herangeführt, werbend, bündnisheischend oder auch drohend. Sie ist es denn auch gewesen, die im Laufe der Jahre 1876—79 das Dreikaiserverhältnis gesprengt und Bismarck zu der lange vermiedenen Option zwischen Rußland und Österreich genötigt hat. Es ist jene allbekannte Phase europäischer Politik, deren Wendepunkte Bismarck selbst in seinen Gedanken und Erinnerungen in scharfe Beleuchtung gerückt hat; aus dem Gesichtswinkel einer vierten Macht, für die alles an dieser Entscheidung hing, hat Gabriel Hanotaux ihre verschlungenen Wege zu verfolgen versucht, und neuerdings hat A. Fournier vor allem auf Grund des russischen Materiales ihren innersten Gang ans Licht gestellt.

Indem Bismarck im Herbste 1879, nach einem ergreifenden Ringen mit seinem alten Kaiser, für das Bündnis mit Österreich optierte, hat er den entscheidendsten Schritt seiner auswärtigen Staatsleitung nach 1871 getan, einen Schritt, dessen Nachwirkungen nicht wieder zu beseitigen sind. Wir wissen aus seinem eigenen Munde, aus welchem Grunde er seine Wahl getroffen hat. Er hat den schwächeren Bundesgenossen dem stärkeren um deswillen vorgezogen, weil der Schwächere mit seinem eigenen Wollen viel weniger auf die deutsche Aktionsfreiheit drückte; er konnte nur ein Bündnis brauchen, in dem er Herr seines Willens und seiner Hand blieb. Neben diesem bestimmenden realpolitischen Motiv tritt die Erwägung, daß dieses Bündnis eine Verbindung mit dem deutschen Element in Österreich-Ungarn gewähre, unbedingt in die zweite Reihe. Aber selbst für das persönliche Empfinden des großen Realisten haben im Herbste 1879 die Imponderabilien, die vom gesamtdeutschen Standpunkt in dieser Verbindung lagen, ihre Bedeutung gehabt; das klingt aus dem Kapitel der Gedanken und Erinnerungen noch vernehmlich nach. Der gewaltige Zerspalter Deutschlands von 1866 schlug zu dem abgespaltenen Teile deutschen Volkstums wenigstens eine völkerrechtliche Brücke hinüber. Und wie man in Österreich das Versöhnende

dieser Wendung empfand, so wurde sie auch bei uns von Dynastien und Völkern, Liberalen und Klerikalen mit innerlicher Wärme begrüßt; die Erben der großdeutschen Träume und die Epigonen des Gagernschen Programms vom engeren und weiteren Bunde waren in gleicher Weise von diesem Ausgang befriedigt, und es scheint, als wenn die Reminiszenzen, die in solchem Augenblicke aufsteigen mußten, auch Bismarck zu dem Versuche anregten, den völkerrechtlichen Charakter des Bündnisses in staatsrechtliche Formen hinüberzuleiten. Dieser Versuch einer Fortbildung, eines „organischen Verbandes zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn", kam allerdings nicht zur Ausführung, aber er war vielleicht auch nicht ernsthaft gewollt: er war wohl mehr ein letztes Finale der nun begrabenen Hegemoniekämpfe als ein Leitmotiv für die Zukunft. Was überhaupt der Idee eines „ewigen Bündnisses", die an sich dem natürlichen Egoismus aller Staaten widerspricht, eine innere Berechtigung gewähren konnte, das war die fortdauernde kulturelle Einheit des deutschen Gesamtvolkes, die wenigstens politisch geschützt werden sollte gegen die bloße Möglichkeit kriegerischer Zusammenstöße: denn jeder Krieg Deutschlands mit Österreich-Ungarn wäre fortan vom gesamtdeutschen Standpunkte als ein neuer Bürgerkrieg empfunden worden. Bismarck war sich bewußt, daß das Bündnis über ein Bindemittel verfügte, wie es in den anderen Allianzen der Kabinette an keiner Stelle wiederkehrt; noch der Achtzigjährige hat, als er längst außerhalb des Amtes stand, den Steiermärkern im April 1895 zugerufen: „Je stärker der Einfluß der Deutschen in Österreich sein wird, desto sicherer werden die Beziehungen des Deutschen Reiches zu Österreich sein." Aber er verhehlte sich nicht die Kehrseite dieses besonderen Verhältnisses: daß dieses Bindemittel für die nichtdeutschen Nationalitäten Österreich-Ungarns keine Geltung hatte, ja, daß seine Bedeutung für diese, im Verlauf ihrer Nationalitätenkämpfe, in das Gegenteil umschlagen konnte.

Hier begann also vom österreichischen Standpunkt das Problem des Ineinandergreifens von innerer und auswärtiger Politik. Ein Magyare als Minister hatte 1879 das Bündnis geschlossen, und die Magyaren blieben fortan neben den

Deutschen seine besonderen Anhänger. Nicht mit Unrecht pflegte Kalnoky die Deutschen und die Magyaren als die am stärksten am Bestande der Monarchie interessierten Gruppen zu betrachten und erblickte darum in einer Politik, die vor allem von diesen beiden Völkern getragen würde, eine „logische Rechtfertigung des dualistischen Systems in Österreich-Ungarn vom Standpunkte der auswärtigen Politik". Eine Argumentation, die vieles für sich hatte und nur den einen Fehler besaß, daß sie der dritten großen Gruppe, den österreichischen Slawen, nicht einleuchtete. Konnte man unter ihnen die Polen immerhin als laue Anhänger des Bündnisses bezeichnen, so waren die Tschechen und die Südslawen ihm feindlich, weil sie von dem Rückhalt des deutschen Bündnisses die Stärkung ihrer intimsten nationalen Gegner befürchteten. Hier war von vornherein der schwache Punkt des Bündnisses, und wenn er in den nächsten Jahrzehnten weniger zur Geltung kam, so lag es daran, daß die innerösterreichische Staatskunst in Zisleithanien von jetzt an eine gerade die slawischen Elemente versöhnende Wendung nahm.

Es ist nicht anders: mit der Vollziehung des deutsch-österreichischen Bündnisses fällt das Ende der deutschen Vormachtstellung in der zisleithanischen Reichshälfte zeitlich und ursächlich zusammen. Der erste Anlaß wurzelte noch in den Verwicklungen der orientalischen Frage, aus denen soeben das Bündnis emporgestiegen war. Indem die Deutsch-Österreicher sich der Okkupation von Bosnien und der Herzegowina wegen der befürchteten Vermehrung des slawischen Elements in der Gesamtmonarchie widersetzten, stellten sie sich aus nationalem Eigennutz dem Großmachtsinteresse des Staates, allem dem, was ihren besonderen Wünschen schlechthin übergeordnet bleiben mußte, in den Weg. Sie rührten damit an den Lebensnerv des Staates und verschuldeten selbst die Wendung, die über sie hinwegschritt. Französische Historiker und Politiker haben mit hingebender Mühe und gutem Erfolge den österreichischen Slawen beizubringen gesucht, daß sie immer von neuem auf ihrem Siegeslaufe gegen die Deutsch-Österreicher unterbrochen und zurückgeworfen seien durch die mächtige Intervention des „Preußen", und daß der letzte Grund dieses

für eine selbstbewußte Nationalität unerträglichen Verhältnisses in dem deutschen Bündnis liege[1]). Diesen Stein des Anstoßes wollten die freundlichen Berater aus dem Wege räumen. In Wahrheit hat die Sache von Anfang an umgekehrt gelegen. Die durch den Namen des Grafen Taaffe bezeichnete Staatspraxis, welche die Deutschen entthronte und die politische Parität der Slawen einleitete, war erst seit dem Jahre 1879 möglich. Wenn man fortan in Wien ungestraft eine Nationalitätenpolitik treiben durfte, die man 1871 unter keinen Umständen hätte wagen dürfen, so lag es daran, daß man jetzt durch das Bündnis mit dem Deutschen Reiche gegen jede etwaige reichsdeutsche Rekrimination sich gedeckt fühlte.

Man darf billig staunen, welchen Belastungen die slawenfreundliche Politik der Habsburger von jetzt an das Bündnis aussetzte. Wie Bismarck, in Bundestreue kühl, sich den Nöten der Deutsch-Österreicher verschloß, so gewöhnten auch die Reichsdeutschen sich an eine realpolitische Reserve gegenüber Dingen, die sie nicht ändern konnten. Die Deutsch-Österreicher aber, sich selbst überlassen, verfielen zeitweilig in einen tiefen Pessimismus; sie standen unter dem niederdrückenden Gefühl, daß der große Strom der Nationalitätenbewegung, der im Deutschen Reiche und in Italien, ja selbst unter den Völkerschaften der Balkanhalbinsel, mit staatenschöpfender Fruchtbarkeit einhergegangen, in ihrer alten Monarchie nur staatzerstörend wirke, und ihr eigenes Volkstum, den seit 1866 losgerissenen Außenposten deutscher Erde immer vernichtender umbrause. Es sind Stimmungen, die zeitweilig dem ganzen Österreichertum das Gepräge gaben und die Sehnsucht nach dem großen Deutschen Reiche von neuem anfachten; in ihren

[1]) So Denis, La Bohême depuis la Montagne Blanche (Bd. II, S. 661) zum Sturze Thuns: »Pour la quatrième fois depuis la fin du régime absolutiste la Prusse venait au secours des Allemands de l'Autriche et leur permettait de refouler l'assaut des Slaves. Koeniggraetz avait entraîné la chute de Belcrédi et Sedan celle de Hohenwart; depuis, la main du Chancelier de Berlin apparaît visiblement dans les intrigues qui ont abouti à la chute de Taaffe et de Thun. La nécessité même de ces interventions réiterées de l'étranger ne semble pas prouver que les Allemands de la monarchie doivent être longtemps en état de soutenir l'effort de leurs adversaires.«

extremsten Formen, der alldeutschen Richtung Schoenerers und der Los-von-Rom-Bewegung, brachten sie ebenso ihrer eigenen Sache wie der Verbindung mit dem Deutschen Reiche schweren Schaden. Diese heißblütigen Nationalen verkannten, daß das Deutsche Reich an nichts mehr interessiert bleibt als an dem Bestande Österreich-Ungarns, ja daß selbst das Bündnis nicht gebunden ist an eine einseitige deutsche Parteiherrschaft, sondern im reichsdeutschen Interesse am besten ruht auf dem Boden eines nationalen Ausgleichs, in dem allerdings die Deutschen zu ihrem Recht kommen müssen — darin gibt es auch von unserem Standpunkt eine äußerste Grenze.

Wenn man in der Bismarckischen Periode von einer bedenklichen Seite des Bündnisses reden will, so war sie nicht so sehr in der inneren als in der auswärtigen Politik zu suchen, in einer weiter ausgreifenden Balkanpolitik Österreich-Ungarns, wenigstens von dem Augenblicke an, wo sie den deutschen Verbündeten allzu stark für sich selber zu engagieren suchte. Hier gab es für Bismarck eine sehr bestimmte Grenzlinie, und an mancher Stelle seiner „Gedanken und Erinnerungen", in mancher Information der „Hamburger Nachrichten" hat er sie mit Nachdruck und Sorge bezeichnet. Mochte Andrassy auch, voll sanguinischer Erwartung, im Jahre 1879 seinem Monarchen zurufen: „nun sind Eurer Majestät die Tore zum Orient geöffnet" — Bismarck war keineswegs gewillt, das Deutsche Reich, den pommerschen Musketier als Schildwache an dem geöffneten Tore aufzustellen, durch das der „ungarische Husar" auf der Straße nach Saloniki oder noch weiter abgerückt wäre.

Gegen eine solche allzu starke Inanspruchnahme diente ihm einmal die Ausdehnung des Bündnisses über Italien — die Dreibundtendenzen selbst mögen außerhalb dieser Betrachtungen bleiben — und vor allem die Rückendeckung durch eben die Macht, vor der man sich im Bündnis zu schützen gelobt hatte. Bismarck ließ den Draht nach Petersburg nicht abreißen. Die wechselnden Beziehungen beider Mächte zu Rußland (denn auch Österreich-Ungarn beschritt bald den Weg der Sonderabmachungen) fuhren fort, bestimmend für das

Schwergewichtsverhältnis zwischen Berlin und Wien zu bleiben und verliehen jeweilig der Allianz ihre Farbe. Am weitesten ging jedenfalls der deutsche Reichskanzler, indem er im Jahre 1887 hinter dem Rücken seines Verbündeten jenen Rückversicherungsvertrag mit Rußland schloß, dessen Bekanntwerden später die öffentliche Meinung in Österreich empfindlich vor den Kopf stieß. Das Bedenkliche lag weniger in dem materiellen Inhalt, als in der Geheimhaltung des Vertrages. Heute sind wir längst gewöhnt, diese politischen Methoden bis zur virtuosen Technik in allen Lagern fortgebildet zu sehen; die Politik der großen Allianzen wird überall durch Sonderabmachungen mit Gliedern der anderen Gruppe ergänzt oder durchbrochen, gefahrloser gemacht oder aufgehoben, so daß das mit Rückversicherungsverträgen gefüllte Portefeuille manchmal sogar wertvoller sein mag als das feierliche Dokument eines Bündnisvertrages; wenn das hübsche Wort des Fürsten Bülow auch den Ehemann mit Recht mahnte, nicht gleich einen roten Kopf zu bekommen, wenn die junge Frau einmal eine Extratour tanze, so hat doch ein Beispiel jüngster Tage gelehrt, daß selbst einem so erfahrenen Ehemanne wie dem Pariser die Verfänglichkeit einer neuartigen Situation das Blut ein wenig zu Kopfe treibt.

Zu keiner Zeit jedoch ist der Kern des deutsch-österreichischen Bündnisses durch andere Abmachungen berührt worden. Seine Dauer seit mehr als dreißig Jahren brachte das stärkste Moment der Beständigkeit in die europäische Politik. Gewisse Abwandlungen sind zuzeiten eingetreten, weil eben hinter dem engsten Bündnis lebendige politische Individualitäten mit gesundem staatlichen Egoismus stehen. Insbesondere läßt sich nicht verkennen, daß die Voraussetzungen des Bündnisses sich seit Bismarcks Abgang in zwei Hinsichten verschoben haben. Einmal ist auch das deutsche Interesse im Orient gewachsen, und wenn es auch durchaus wirtschaftlicher Natur bleibt, so setzt sich doch alles wirtschaftliche Interesse sofort in politisches Interesse um und wird im Daseinskampfe der Völker als solches bewertet. Sodann ist infolge der deutschen Weltpolitik und des aus ihr entspringenden Gegensatzes zu England die Konstellation der Mächte von Grund aus verschoben worden,

nicht zum Vorteil für die Aktionsfreiheit, über die eine rein kontinentale Auslandspolitik unseres Reiches ohne Mühe verfügte. Das wirkte natürlich auf den inneren Bestand des Dreibundes zurück, lockerte zeitweilig die Zugehörigkeit Italiens und machte, wie Algeciras offenbarte, Österreich-Ungarn unentbehrlicher für die Deutschen, damit aber mächtiger und aktionslustiger innerhalb des Bündnisses, so daß dessen Schwerpunkt sich in einzelnen Momenten nach Wien zu verschieben schien: in der Zuversicht, daß der Deutsche doch im Notfalle Hilfe leisten müsse, begann man hier auf eigene Faust im Orient vorzugehen.

So waren die Verhältnisse von Grund aus verschoben, als das Bündnis vor zwei Jahren auf die große Probe gestellt ward. Selten hat das Objekt einer kriegerischen Spannung, die bloße Verwandlung einer tatsächlichen und unangefochtenen Okkupation in einen völkerrechtlich anerkannten Besitz, so außer allem Verhältnis gestanden zu dem Umfang der dadurch hervorgerufenen Weltkrisis, wie in der bosnischen Frage. Es handelte sich ja nicht um den formalen Vorgang der Annexion selbst, sondern vielmehr um den Bestand des Dreibundes, um einen Versuch der Triple-Entente Rußland-Frankreich-England, Österreich-Ungarn entweder zu demütigen oder von Deutschland abzudrängen, an dieser Stelle also das letzte Glied im Ringe der Einkreisungspolitik zu schließen. Um dieses höheren Preises willen wirkten alle Gegner zusammen, in den europäischen Kabinetten, auf der Balkanhalbinsel und schließlich — damit wurde die wunde Stelle unseres Bündnisses aufgedeckt — unter den nichtdeutschen Nationalitäten Österreich-Ungarns. Ein Teil der österreichischen Slawen hatte nur das eine Gefühl, in der auswärtigen Politik gekettet zu sein an die Aktionskraft eines Körpers, der vor allem 60 Millionen Reichsdeutsche und 10 Millionen Deutsch-Österreicher umfaßte und in dieser Krisis seine Spitze gegen die slawische Großmacht Rußland richten mußte; über der wilden Begier, jetzt oder nie das deutsche Bündnis und den verhaßten Rückhalt der Deutsch-Österreicher zu sprengen, vergaßen diese Slawen die Zugehörigkeit zu der eigenen Monarchie. Die Hoffnung der Franzosen, „die Schüler des Comenius möchten noch einmal

wieder zu Soldaten Ziskas werden" und im letzten Entscheidungskampfe alle Gegner „der brutalen Gewalt" auf ihrer Seite finden[1]), schien sich zu verwirklichen. Die Fäden, die der Tschechenführer Kramarsch von Prag nach Petersburg und Belgrad spann, verflochten sich in das Gespinst, das Kossuths Hände von Pest nach Paris warfen; denn auch die Magyaren hatten unter extremen Führern ihre traditionelle Stellung aus dem Auge verloren, und von den Nationalitäten waren fast nur die Deutsch-Österreicher als Hort des Bündnisses zurückgeblieben. Umgekehrt als im Jahre 1879 standen sie diesmal fest zu der Lebensfrage der Großmacht, der sie angehörten, während man unter den Slawen in leidenschaftlicher Verblendung bis an die Grenzen des Landesverrats trieb. Alles stand dergestalt auf dem Spiele: der Zusammenhalt und der Charakter der habsburgischen Monarchie, ihre politische Verbindung mit dem Deutschen Reiche und indirekt die ganze deutsche Weltstellung.

Noch steht es in aller Gedächtnis, wer dieses Gespinst zerrissen und dieses Spiel gestört hat. Einmal die feste Hand der politischen und militärischen Staatslenker des Donaureiches. Wieder erhellte die Wahrheit des Wortes, daß in dieser Monarchie der Machtwille nach außen von jeher erkennbarer war als der Staatswille nach innen. Wiederum, wie im Jahre 1848 Grillparzer dem Feldmarschall Radetzky zurief, hieß es in dieser Stunde der Prüfung von der Armee: „In Deinem Lager ist Österreich, wir anderen sind einzelne Trümmer." Der altösterreichische Pessimismus aber und die Geringschätzung der anderen verflatterte vor der Stärke eines Staatsgefühls, in dem der Titel jener alten Flugschrift „Österreich über alles, wenn es nur will" wieder auflebte. Das andere und in letzter Linie den Ausschlag gebende Moment war das Festhalten

---

[1]) Erneste Denis, La Bohême depuis la Montagne Blanche (Bd. II, S. 670): »Les disciples de Comenius sauront, s'il le faut, redevenir les soldats de Zizka. Ils auront avec eux, dans ce combat suprême, tous ceux, qui refusent de s'incliner devant la force brutale et qui réclament pour les peuples le droit de disposer d'eux mêmes . . . Pour maintenir le glorieux héritage que leur ont légué leur héros et leurs martyrs, les Tschèques sont prêts, si l'heure fatale sonne, aux suprêmes sacrifices.«

Deutschlands am Bündnis bis zum äußersten. Das Werk Bismarcks von 1879 hielt der stärksten denkbaren Belastungsprobe stand. In dem Worte von der Nibelungentreue aber lag noch mehr als das gehobene Gefühl politischer und militärischer Vertragsleistung: von weitem, von der Vergangenheit her, klang aus diesem Worte die Erinnerung an das gemeinsame Kultureigentum an, das Deutschland und Deutsch-Österreich verbindet. Da mag der Blick zurückschweifend darauf ruhen, daß diese größte deutsche Dichtung, die ritterlich-epische Fortbildung gemeingermanischen Sagengutes, ihre uns überlieferte Form vor sechs Jahrhunderten auf österreichischem Boden gefunden hat, und zugleich gedenken wir, daß noch vor fünfzig Jahren ein trotziger Nordgermane, Friedrich Hebbel, im schönen Wien, wo er heimisch geworden, den unsterblichen Stoff dramatisch neu gestaltete. Das war es: hinter der politischen Interessengemeinschaft, hinter der sie so oft zurücktreten mußte, war wieder einmal die nationale Kulturgemeinschaft sichtbar geworden und hatte der Festigkeit des Bündnisses den besten Rückhalt gegeben. Darin lag wenigstens für das Gefühl des deutschen Volkes, das doch hinter den leitenden Politikern stand, die letzte Rechtfertigung ihres Handelns, auch für das Maß der geleisteten Dienste.

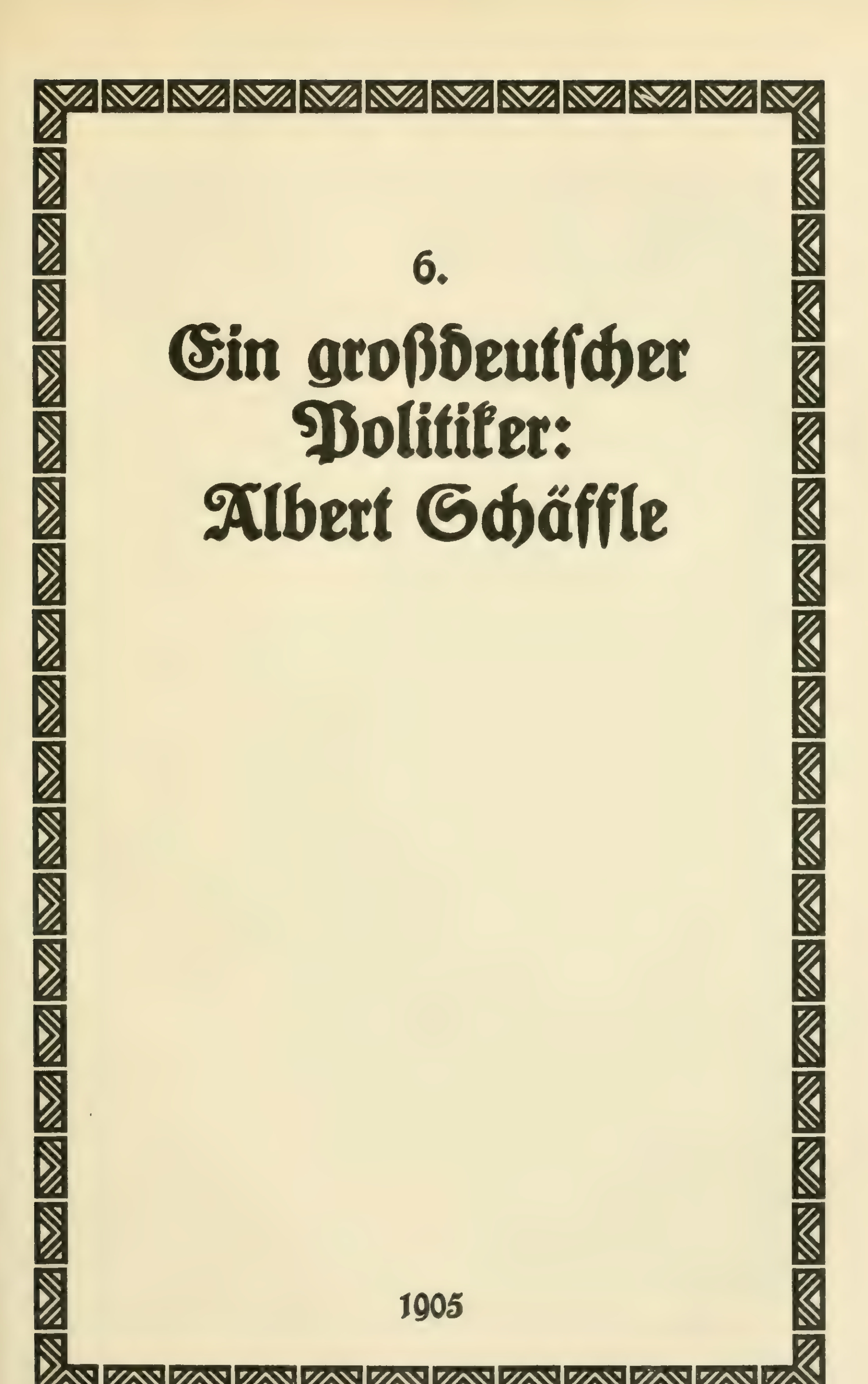
In der Not der Stunde und auch hernach hatte den einen oder anderen wohl die Sorge überkommen, ob Deutschland mit dem Einsetzen des Letzten für die österreichische Aktion nicht zu weit gegangen sei. Ein Weltkrieg um Bosnien — waren die Nibelungen nicht einst vom Rheine ins Hunnenland gezogen und keiner von ihnen heimgekehrt? Ohne Frage haben die Grenzlinien, die Bismarck der Leistung Deutschlands innerhalb des Bündnisses zog, damals überschritten werden müssen. Aber wenn man auch mit Recht zweifeln darf, ob Bismarck die Dinge so weit hätte kommen lassen und dem wagenden Grafen Ährenthal die Vorderhand im Spiel überlassen hätte, darüber besteht kein Zweifel, daß im Momente auch er nicht anders hätte handeln können. Nicht die buchstabentreue Bismarck-Orthodoxie der „Hamburger Nachrichten", sondern der Kaiser und seine Berater haben damals im Geiste Bismarcks gehandelt, und sie haben recht behalten.

Zu einer bleibenden Institution durfte allerdings das Schwergewichtsverhältnis zwischen Berlin und Wien, wie es in der bosnischen Krisis hervortrat, schlechterdings nicht werden. Eine kluge deutsche Politik mußte dafür sorgen, in Bismarcks Geiste während und nach der Spannung den Draht nach Petersburg wieder anzuknüpfen. Die deutsch-russischen Besprechungen in Potsdam — der wichtigste politische Vorgang seit Algeciras und Bosnien — scheinen nicht nur unsere wirtschaftlichen Orientinteressen, wie den Fortgang der Bagdadbahn, zu sichern; sie vermindern nicht nur die Gefahren der Triple-Entente und besiegeln den Bankerott der Einkreisungspolitik; sie stellen auch innerhalb des deutsch-österreichischen Bündnisses den Zustand wieder her, der Bismarck als der wünschenswerteste vorschwebte. Auch das intimste Bündnis kann nur an Festigkeit gewinnen, wenn es den gesunden Egoismus des einzelnen Staates weder durch Überlastung mit fremden Bedürfnissen noch durch Einschnürung seiner eigenen Lebensnotwendigkeiten beeinträchtigt. „Ich glaube, daß das wandelbare Element des politischen Interesses und seiner Gefahren“, so hat Bismarck gesagt, „ein unentbehrliches Unterfutter für geschriebene Verträge ist, wenn sie haltbar sein sollen.“ Gegen eine Überspannung des Sonderinteresses und gegen alle störenden Mißverständnisse bietet die Eigenart, die gerade dieses Bündnis vor allen ähnlichen Verbindungen auszeichnet, einen sicheren Schutz.

Hat doch die Krisis von 1908/09 aller Welt enthüllt — und über diesen Eindruck hat die unterlegene Partei sich nicht getäuscht —, daß es dauerhaftere Grundlagen der Allianzen gibt als die schlaue Berechnung von politischen Intriganten, die durch nichts als die gemeinsame Gegnerschaft unter sich zusammengehalten werden; auf dem Grunde der Verbindung der Staaten sah man die unzerstörbare Zusammengehörigkeit deutschen Volkstums und deutscher Volkssympathien auftauchen. Darum hat auch der Ausgang jener Weltkrisis uns von neuem eine Bestätigung von Bismarcks Lebenswerk gebracht — von neuem eine Versöhnung, die über das Trennende von 1866, über Kleindeutschtum und Großdeutschtum hinwegreichte, und von neuem eine Rechtfertigung, den tieferen Sinn seiner

Wahl von 1879. So fahren wir fort, das Bündnis, obgleich es nicht staatsrechtliche Fixierung gewonnen hat, trotzdem wie eine Institution zu empfinden, die bei uns über allen Parteienkampf hinausgehoben ist und bleibt, und wir hoffen, daß es in der befreundeten Monarchie mit dem endlichen Ausgleich der Nationalitätenkämpfe in wohlverstandenem Interesse aller ihrer Elemente, gleichfalls über allen inneren Hader hinauswachse.





6.

Ein großdeutscher Politiker: Albert Schäffle

1905





ie besondere Stellung der politischen und wissenschaftlichen Persönlichkeit Schäffles ist nicht leicht zu umschreiben: in der Nationalökonomie ist sie weder den reinen Gelehrten noch den spezifischen Publizisten und Agitatoren, noch den theoretisch wirksamen Beamten und Staatsmännern zuzuzählen, und doch verkörpert sie von jedem dieser Typen so viel in ihrer Gesamtbildung, daß sich schon aus dieser Verflechtung eine durchaus eigenartige Struktur des Geistes ergibt. In einer feinen Charakteristik suchte G. Schmoller diesen Besonderen zu bestimmen: „Schäffle ist weder ein Staatsmann mit ganz festen, aus dem praktischen Leben genommenen Idealen, noch ein philosophischer Denker, der unberührt von den Schwankungen der Tagespolitik seine Wege ginge. Er stellt die höchste Form staatswissenschaftlicher Publizistik und Journalistik dar, die unter dem Drucke der Tagesüberzeugungen und für sie arbeitet; mit einer universalen philosophischen Bildung, mit einer ungewöhnlichen spekulativen Kraft des Denkens, mit starkem ehrgeizigen Willen, wenigstens literarisch in die Speichen des dahinrollenden Rades der Geschichte zu greifen, steht er stets auf der Warte der öffentlichen Diskussion, und sucht unter dem Laufe der Tagesereignisse theoretische Abrechnung zu halten, zeichnet Programme für die Tagespolitik, die durchaus auf spekulativem, theoretischem Grunde doch immer wieder sich den Verhältnissen und augenblicklichen Strömungen anpassen."

Indem uns dieser Mann nun sein Leben erzählt, wie er es in den letzten Jahren vor seinem Tode niederschrieb[1]), begreifen wir, wie die Besonderheit seiner Veranlagung aus dem besonderen Gange seiner Entwicklung sich erklärt; vor allem ergibt es sich, daß sein politisches Handeln, das so widerspruchsvoll zu sein scheint und so oft widersprechend beurteilt worden ist, in diesem Zusammenhange wenigstens verständlich wird. Es ist eine gedankenvolle und streitbare Selbstbiographie, nicht ohne Selbstgefühl das Bekenntnis einer starken Lebensarbeit ablegend, aber mit ständiger, manchmal advokatorischer, Deckung

[1]) Dr. Albert Eberhard Friedrich Schäffle, Aus meinem Leben. 2 Bände. Berlin, Ernst Hofmann und Co. 1905.

gegen die Kritik versehen, immer zum Nachdenken anregend, denn die Selbständigkeit des Einspänners sagt einem häufig mehr als die vielen, die in dem gleichen bequemen Geschirr gehen. Man wird in manchem seine Ansichten nicht teilen, aber um so mehr ist es für die historische Erkenntnis lehrreich, sich mit ihnen auseinanderzusetzen.

Schäffle erinnert wohl daran, daß sein schwäbisches Geburtsstädtchen Nürtingen zwischen dem Hohenzollern und dem Hohenstaufen mitteninne lag, um darin einen symbolischen Ausdruck für seine politische Arbeit zu finden, die zugleich der württembergischen Heimat und dem ganzen deutschen Vaterlande der Großdeutschen, nach 1866 aber zunächst der österreichischen Monarchie und zuletzt dem neuen deutschen Kaiserreich gegolten hat. Eigentümliche Verknüpfungen haben seine Individualität durch diese Wandlungen hingeführt. Er war eine Natur, die aus eigener Kraft ihren Weg gegangen ist: aus kleinen Verhältnissen, in knapper, aber froher Jugend aufwachsend, früh verwaist, in der üblichen Vorbereitung der württembergischen Theologen im Kloster zu Schönthal gründlich gebildet, so bezog er im Oktober 1848 das Tübinger Stift. Als das Rumpfparlament in Stuttgart zum Kampfe für die deutsche Reichsverfassung aufforderte, schloß er mit manchen andern Stiftlern in unklarer Begeisterung sich einem Freischarenzuge nach Baden an, kehrte aber bald ernüchtert zurück; er trug es nicht schwer, daß das Stift ihm seine Pforten verschloß, denn er hatte bereits mit der Theologie gebrochen; aber da er mittellos war, mußte er geregelten Studien entsagen. Er sah nach dem ersten Studiensemester die Universität erst als Professor wieder. Geist und Charakter waren stark genug, abseits von den ausgefahrenen Geleisen den steilen Weg der Selbstbildung und Selbstbestimmung von jungen Jahren an emporzusteigen. Ein glücklicher Zufall verschlug ihn in die Publizistik; der Neunzehnjährige wurde in die Redaktion der „Times des schwäbischen Globus", des Schwäbischen Merkurs, mit 600 Gulden Gehalt berufen. Und in dem Berufe, in dem manche halbe Bildung Unterschlupf fand, mancher auch in mühselige Tageslohn-Schriftstellerei herabgezogen wurde, begann er autodidaktisch sich eine ganze

Bildung zu erarbeiten: unbedingt eines der originalsten Talente, das aus der deutschen Journalistik des 19. Jahrhunderts aufgestiegen ist. Schon die Berichte, die er über die Londoner Weltausstellung von 1851, natürlich von Stuttgart aus, zu schreiben hatte, nötigten ihn, in Technologie und Nationalökonomie einzudringen; in der Schule des Lebens erwarb er sich das Rüstzeug, dessen er in Politik, Staatsrecht, Kameralia bedurfte, so daß er nach fünf Jahren auch die höhere Dienstprüfung für das württembergische Ministerium des Innern mit gutem Erfolge ablegen konnte, unter Dispens von der Bedingung des absolvierten Universitätsstudiums.

Nachdem er so seine Lehrjahre beendet hatte, trat er in eine enge persönliche Beziehung zu J. G. v. Cotta: er wurde dessen Adlatus in der Oberleitung der Allgemeinen Zeitung und ein eifriger Mitarbeiter der Deutschen Vierteljahrsschrift; seine hier veröffentlichten wertvollen Abhandlungen lassen erkennen, wie rasch er in diesen seinen Wanderjahren (1855—1860) heranreifte. Nach ihrem Abschluß erhielt er einen Ruf an die staatswissenschaftliche Fakultät in Tübingen und gelangte damit auch nach außenhin in die Position des selbständigen Gelehrten und Politikers. Seine politische Individualität ist in diesem Jahrzehnt nach wesentlichen Seiten hinvollendet worden.

Schon in seinen Arbeiten der fünfziger Jahre suchte er durch Kritik des einseitigen Liberalismus und Individualismus die Elemente einer positiven Sozialanschauung zu gewinnen. Also vorbereitet, wurde er — wie es ihm häufig später unter dem Eindrucke einer neu auftauchenden Frage widerfuhr — durch die Debatte der Jahre 1863/64 über Sozialismus und Liberalismus rasch vorangetrieben; „ich war", so erzählt er selbst, „äußerst empfänglich, als Ferdinand Lassalles leuchtender Meteor am publizistischen Himmel aufstieg." Man darf die Bedeutung dieser Vorgänge noch verallgemeinern: wenngleich Programm und Theorien Lassalles selbst keineswegs wissenschaftlich gründlich fundiert waren, so trieb diese leidenschaftliche Agitation auch wieder die Wissenschaft zu vernachlässigten Problemen, und zumal die fähigeren, jüngeren Köpfe wurden unter dieser wissenschaftlichen Kon-

stellation auf neue Wege geführt; das gilt nicht nur von Schäffle, der sich in mehreren Abhandlungen mit Lassalle auseinandersetzte, sondern auch von Schmoller, Schönberg und anderen führenden Namen des Kathedersozialismus späterer Jahre. Der wertvollste Teil der Lebensarbeit Schäffles liegt jedenfalls auf diesem Gebiete.

Fürs erste bewegten ihn handelspolitische Probleme fast noch stärker. Durch Vermittlung Cottas war er in eine nähere Berührung mit hervorragenden österreichischen Verwaltungsbeamten gekommen und wurde unter ihrem Einfluß seit 1858 ein begeisterter Anhänger der Zolleinigung Deutschlands mit Österreich. Er betont noch in seinen Erinnerungen, daß er diesen Gedanken, die Herstellung eines großen zusammenhängenden, mitteleuropäischen Wirtschaftsgebiets von der Nord- und Ostsee bis zur Adria und dem Schwarzen Meer, seitdem unverrückt festgehalten habe. Die Verwirklichung dieses Gedankens sei möglich gewesen, „wie auch nachträglich die staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen Preußen und den Mittelstaaten und Österreich und wieder innerhalb Österreichs zwischen dessen einzelnen Kronländern sich gestalten möchten." Er sah darin „die erste zu lösende Aufgabe positiver großdeutscher Politik, ganz abgesehen von der Frage, wie verfassungspolitisch der Hegemoniekampf zwischen Österreich und Preußen enden würde." Man braucht diese Sätze nur zu lesen, um den fundamentalen Irrtum Schäffles zu erkennen. Er fließt aus der gesonderten Betrachtung des Wirtschaftlichen und Politischen, als wenn deren Trennung damals praktisch möglich gewesen wäre, aus einer Verkennung der Machtfragen, die im Leben der Staaten entscheidender sind als die theoretisch richtige Behandlung innerer Bedürfnisse. Wir werden sehen, daß wir damit überhaupt an die Achillesferse der politischen Befähigung Schäffles rühren. Für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten, die er ins Feld führt, läßt sich heute noch mehr als damals sagen, und gewiß gewinnen wir Epigonen der kleindeutschen Politiker und Historiker heute die Fähigkeit zurück, die sachlichen Gründe der Gegenseite anzuerkennen, womöglich gar hervorzuholen! In jenen Jahren aber hing die Entscheidung über engeren oder weiteren

Zollverein unlösbar zusammen mit der politischen Entscheidung zwischen Preußen und Österreich. Das von Schäffle vertretene handelspolitische Programm war ebensogut, unbeschadet seiner wirtschaftlich-technischen Fundierung, eine Waffe der österreichisch-großdeutschen Politik, wie innerhalb Deutschlands bis dahin der Zollverein zugunsten preußischer Machtstellung tatsächlich gewirkt hatte und auch fortan von seinen Leitern verwendet wurde. Das wurde vollends deutlich, als die Österreicher und Süddeutschen, Schäffle in der ersten Linie der Streiter, den erfolglosen Kampf gegen den preußisch-französischen Handelsvertrag von 1862 aufnahmen. Obgleich Schäffle die Dinge auseinanderhalten möchte, ergibt sich gerade aus seinen Erinnerungen, in welchem Maße es sich um eine Parallelaktion zu den politischen Bestrebungen der Großdeutschen handelte. Wenn er urteilt: „Die norddeutsche Freihandelspartei, welche über so bedeutende Köpfe wie Delbrück, Philipsborn, Michaelis verfügte, stand so gut wie ganz im Lager des im Nationalverein wiederauftauchenden ‚Gothaertums', das überdies den Glauben, Österreich werde sich demnächst in Atome auflösen, in voller Überzeugung hegte", so ist das richtig: ebenso konsequent aber stand er selbst unter den Führern des großdeutschen Reformvereins. Freilich gehörte er hier nicht zu den Reaktionären und reinen Partikularisten, er verwahrt sich vielmehr wiederholt gegen die Zugehörigkeit zu diesen, sondern war eher ein idealistischer Großdeutscher, der seine Liebe zu dem mit sehr optimistischen Augen angeschauten Österreich mit Ideen einer freiheitlichen Reform der Bundesverfassung und eines großen mitteleuropäischen Zollvereins zu verbinden suchte, also eine ganz unmögliche Lösung im Auge hatte. Nachdem der Machtkampf zwischen den beiden Großmächten entschieden ist, sehen wir allerdings heute ähnliche wirtschaftspolitische Bestrebungen wieder auftauchen; die neuerlichen Vorgänge in Ungarn zeigen aber, daß selbst innerhalb der habsburgischen Monarchie der Machtkampf der Nationalitäten dieser Zukunftsfrage keine großen Aussichten zu bereiten scheint.

Die Entscheidung von 1866 hat alle jene Pläne zerstört. Schäffle scheint sich innerlich doch rascher damit abgefunden

zu haben, als nach außenhin sichtbar wird; er bestreitet, der Preußenhasser gewesen zu sein, als der er, 1868 von den schwäbischen Partikularisten in das Zollparlament gewählt, allgemein galt; seine persönlichen Anknüpfungen zeigen, daß er auch hier in dem den Nationalen und Liberalen entgegengesetzten Lager stand. Eben deswegen geschah es, daß er in demselben Jahre einen Ruf an die Wiener Universität erhielt und annahm.

Jetzt erst begann der enthusiastische Großdeutsche nach seinem eigenen Geständnis Österreich in Österreich kennen zu lernen. Die politischen Überzeugungen, die er bisher vertreten und bekämpft hatte, wurden auch auf österreichischem Boden zu seiner Richtschnur. Von vornherein stand er den deutschen Liberalen feindlich gegenüber: sie zeigten in ihrer sozialen und politischen Individualität eine ähnliche Farbe wie die nationalen Liberalen Kleindeutschlands; in seinem Buch „Kapitalismus und Sozialismus" lieferte Schäffle den Beweis, daß er auf einem vollkommen anderen Boden stand. Um so mehr fand er mit seinen Ideen Anklang bei konservativen Aristokraten föderalistischer Richtung und überzeugten Katholiken, denen er politisch schon früher nahegestanden hatte. Solche Beziehungen trugen dazu bei, ihm schon nach kurzer Zeit eine selbständige politische Wirksamkeit zu ermöglichen: im Februar 1871 trat er als Handelsminister in das neugebildete Ministerium Hohenwart, in dessen Entstehungsgeschichte wir an der Hand seiner Erinnerungen tief hineinsehen, und von vornherein nahm er in diesem Ministerium eine über sein Ressort hinausreichende Position ein. Neben dem Premier selber war er der Hauptträger des Programms. Unleugbar ist der Teil seiner Erinnerungen, der seine kurze Ministertätigkeit (vom Februar bis Oktober 1871) behandelt, der historisch wertvollste Teil seines Buches. Für den Mann und seine Beurteilung sind diese Momente entscheidend, weil der eifrige politische Publizist und Gelehrte sich jetzt als Staatsmann in verantwortlicher Stellung erproben soll; man darf daher mit vollem Rechte von dieser Wirksamkeit aus — die keineswegs als bloße Episode in seinem Leben angesehen werden darf — den Versuch machen, Schäffle als politische

Persönlichkeit zu umschreiben. Das Problem aber, dessen Lösung er in die Hand zu nehmen versuchte, steht noch heute im Zentrum aller Schwierigkeiten der habsburgischen Monarchie.

Was ist bezeichnender für die 1866 aus Deutschland hinaus gedrängte österreichische Monarchie, als daß sie unter den Diplomaten und Publizisten ihres Parteilagers in Deutschland, den Mitbesiegten von 1866, die Retter von dem Niederbruch zu holen unternimmt, dem Sachsen Beust die Leitung der auswärtigen Politik und dem Schwaben Schäffle die Führung einer der entscheidenden Fragen der inneren Politik überträgt. Und nicht minder charakterisiert es diese beiden Männer, daß und wie sie diesen Auftrag übernehmen, der künstereiche diplomatische Intrigant mit demselben naiven Selbstvertrauen wie der doktrinäre Theoretiker. So begannen sie das alte habsburgische Staatsgebäude abzubauen; Beust führte durch den Ausgleich mit Ungarn im Jahre 1867 den Dualismus in die Monarchie ein und begründete eine Entwicklung, die heute in ein neues und für das Ganze verhängnisvolles Stadium zu treten scheint, und Schäffle suchte innerhalb der österreichischen Staatshälfte die Föderalisierung fortzusetzen und durch die Fundamentalartikel von 1871 dem Königreich Böhmen eine den Ungarn fast analoge Sonderstellung zu verschaffen. Beide haben weder innerlichen Zusammenhang mit dem altösterreichischen Zentralismus, noch fühlen sie mit dem das alte Reich sprengenden Nationalismus: mit demselben rücksichtslosen Radikalismus, wie etwa der fränkische Reichsritter Stein den preußischen Staat in der Reformperiode in neue Formen zu pressen suchte, gehen auch diese Fremden vor, nur daß sie das Heil nicht im Zusammenschluß der Kräfte, sondern in ihrer staatsrechtlichen Dezentralisation erblicken.

Gerade für den ehemaligen Großdeutschen Schäffle scheint es eine verblüffende Inversion, daß er, der den deutschen Charakter Österreichs stets hochgehalten hatte, jetzt die Hegemonie der Deutschen in der österreichischen Staatshälfte zu brechen und die tschechische Nationalität auf eigene Füße zu stellen unternahm. Wie ist diese Episode seines Lebens zu erklären, wie kommt dieser Schwabe, vom Fuße des Hohen-

staufen und des Hohenzollern, dazu, das Lebenswerk Palackys vollenden zu wollen? Mit welchem Rechte verdient er die Vorwürfe, die ihm darob von den liberalen Deutschen gemacht wurden? Man kann diese und andere aufsteigende Fragen nach der Lektüre seiner Erinnerungen doch sicherer beantworten als es früher möglich war. Zunächst hatte Schäffle in den paar Jahren nach 1868 gelernt, daß das wirkliche Österreich doch anders aussah als das Phantasiebild der Großdeutschen: es war im Grunde eine nachträgliche Rechtfertigung für seine kleindeutschen Gegner von ehedem, wenn er umlernte. Das aber kennzeichnet den Mann, daß er unter dem Eindruck der Nationalitätenstellung in Österreich völlig kaptiviert war: einer seiner Hauptzüge war stets eine außerordentliche Empfänglichkeit für neue Ideengänge. Seine politischen Neigungen bestärkten ihn auf diesem Wege, sein Widerwille gegen die Liberalen, in denen er nach ihrem Wiener Durchschnitt ausschließlich kapitalistische Klassenvertreter erblickte, deren Sünden Blüte er prophetisch voraussah, und auf der anderen Seite die Berührung mit den konservativen Elementen, die ihm Verständnis entgegenbrachten. Und nun verführt ihn ein fundamentaler Zug seines Wesens, das Experiment der Lösung zu wagen; wenn man die Schmollersche Charakteristik noch einmal durchliest, begreift man auch den Politiker Schäffle von 1871. Eine Reihe von Prämissen wird aufgestellt, das Ziel genau erfaßt, der Weg bis in die Details hinein durchdacht, und dann vermöge systematischer Ausarbeitung ein Programm hergestellt. Nur ein theoretisch-beschränkter Glaube an die Richtigkeit des eigenen Projektes konnte ihn ohne große Bedenken dahin bringen, das Königreich Böhmen viel weiter aus dem ganzen Staatsverbande herauslösen zu wollen, als es selbst heute, nach einem Menschenalter nationaler Kämpfe und tschechischen Vordrängens geschehen ist.

Manche seiner Prämissen sind richtig. Die Notwendigkeit, den Ungarn gegenüber durch Herstellung des Friedens zwischen den Völkern der diesseitigen Reichshälfte ein wirksames Gegengewicht zu gewinnen, bestand damals gewiß, wie sie auch heute besteht. Schäffle aber täuschte sich, diesen notwendigen

Frieden durch eine staatsrechtliche Sonderstellung der Tschechen und durch eine Verdrängung der deutschen Suprematie herstellen zu können. Man könnte auch seinen Satz unterschreiben: „Die Mission Österreichs muß getragen werden: von den Deutschen, den Magyaren und den Rußland gegenüber sich unter Österreichs Schutz selbständig individualisierenden West- und Südslawen, unter nationaler Gleichberechtigung" — wenn nicht die nähere Erwägung sofort ergäbe, daß diese „Individualisierung" nach Schäffles Rezept auf Kosten des verfassungsmäßigen und kulturellen Übergewichts der Deutschen erfolgen und in Konsequenz eine das Ganze sprengende Flut nationaler Ansprüche aufrufen sollte. Es ist ferner theoretisch richtig, daß „die Zukunft Österreichs und der Monarchie in Österreich in höchster Pflege der allgemeinen, menschlichen, allen Nationalitäten gemeinsamen, namentlich wirtschaftlichen Interessen ruht", aber die Geschichte hat gerade hier von Tag zu Tag neu gelehrt, daß die nationalen und die damit zusammenhängenden Fragen geistiger Kultur für die Menschen noch mehr bedeuten als alle wirtschaftlichen Bedürfnisse, und daß, was sein sollte, sich in der rauhen Wirklichkeit nicht einstellt. Schäffle hatte scharfblickend erkannt, daß die Obermacht der Deutschen durch das Wahlrecht der Schmerlingschen Verfassung gewissermaßen künstlich gehalten werde. Ähnlich wie Bismarck das allgemeine direkte Wahlrecht zur Überwindung des Partikularismus eingeführt hatte, verlangte er es für Österreich statt der partikularistisch wirkenden Klassenwahlen als Bindemittel der zentrifugalen Elemente: als wenn das demokratische Wahlrecht nicht sofort die nationalistische Entwicklung im zentrifugalen Sinne auf das schärfste angeblasen haben würde. Die Stellung der Deutschen aber verkannte er völlig, im Banne der Wiener Eindrücke und seiner volkswirtschaftlich orientierten Begriffe. So empfänglich er für die nationalen Bedürfnisse der Tschechen war, so erklärte er die deutsche Suprematie kurzweg für „die Macht einer national aufgeputzten, kapitalistisch-bureaukratischen Minorität, welche politisch auf die Dauer nicht bestehen konnte"; er sah hier nur eine von der Flagge des Deutschtums gedeckte Interessenpartei. Daß gerade für die Deutschen die Erhaltung

ihrer Position eine nationale Lebensfrage war, entging ihm. Vergeblich sucht man in den Fundamentalartikeln nach Bestimmungen, durch die die Rechte der deutschen Minorität in Böhmen gegen die tschechische Majorität geschützt gewesen wären: während die Sonderstellung des Königreiches Böhmen bis in die kleinsten staatsrechtlichen Formalien hinein ausgearbeitet erscheint, sind diese schwierigsten Probleme der Sprachenfrage kaum berührt. Und welche Selbsttäuschung, wenn er schreibt: „Je vollständiger der Versuch der Germanisierung mit untauglichen Mitteln — dem Verfassungsgesetz zuwider — aus der Welt geschafft wurde, desto sicherer konnte bei der Kulturübermacht Deutschlands in Mitteleuropa das freie Vordringen der deutschen Sprache erhofft werden." Es war kein Politiker, der hier zu Worte kam, das lehrt gerade die Entstehungsgeschichte der Fundamentalartikel, dieser tapfere Schwabe erscheint als der Doktrinär, dem die tschechischen aristokratischen Führer wie Graf Clam Martinic den logischen Aufbau seines Systems mit dem realen Inhalt ihrer nationalen Forderungen erfüllen. Der ehemalige Großdeutsche war längst geübt, die Quadratur des Zirkels zu finden, und auch hier vermaß er sich. Man findet immer in der Politik systematische Denker scharfen und raschen Verstandes, die aus der Wissenschaft, aus den Naturwissenschaften so gut wie aus der Jurisprudenz, früher mehr aus der Philosophie, heute mehr schon von der Volkswirtschaft aufsteigend, die reale Wirklichkeit: die historischen Zusammenhänge der Parteien und ihre besondere Verquickung mit religiösen, sozialen, nationalen Forderungen, die großen Imponderabilien alles geistigen Lebens im weitesten Sinne und schließlich die Beziehung der inneren Politik eines Staates zu seiner äußeren Politik inmitten der ihn umlagernden großen Mächte unterschätzen, — weil ihnen die logische Wirkungskraft ihrer Gedankenreihen über alles geht.

Von außen her aber kam, wie wir jetzt erfahren, die erste Gegenwirkung. Im Mai 1871 hatte Schäffle die Fundamentalartikel in Prag vereinbart, im September wurden sie dem böhmischen Landtag zur vorläufigen Genehmigung vorgelegt. Im September hatten Kaiser Franz Joseph und Beust mit dem

Kaiser Wilhelm und Bismarck eine Reihe von Begegnungen in Wels, Gastein, Ischl und Salzburg. Von vornherein hatte Schäffle in dieser Begegnung „vielleicht eine Mache Beusts gegen uns“ erblickt. Tatsächlich hat bei dieser Gelegenheit Kaiser Wilhelm — gewiß im Zusammenhange von Erklärungen, daß das neue Deutsche Reich keinerlei Expansionspolitik unter den Deutschen Österreichs zu betreiben gedenke — dem Kaiser Franz Joseph nur geraten, man möge verhindern, daß „Schmerzensschreie“ nach Deutschland drängen. Das war eine direkte Warnung vor der Verwirklichung der Hohenwart-Schäffleschen Pläne. Und ebenso gewiß ist, daß Bismarck mit allen Mitteln zunächst Beust gegen Hohenwart-Schäffle zu unterstützen suchte. Er strebte nach einer Annäherung zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn: sie wäre durch eine auf Kosten der Deutschösterreicher erfolgende föderalistische Umgestaltung der Monarchie gefährdet worden[1]); er stand im Innern vor einer Auseinandersetzung mit den Ultramontanen, und war daran interessiert, daß nicht unter Hohenwart in Österreich, ebensowenig wie in Frankreich, ein von den Konservativ-Klerikalen gestütztes Regiment sich befestigte. Also trieb ihn die gleichmäßige Rücksicht auf seine auswärtige und innere Politik zur Gegenwirkung gegen den neuen innerpolitischen Kurs in Österreich. Er zog Beust, der seinerseits sich gegen Hohenwart im Sattel zu behaupten suchte, leicht zu sich herüber; nicht bloß Gemeinschaft gegen die „schwarze Internationale“, sondern vor allem Zusammenwirken gegen die rote Internationale war das Lockmittel, das seine diplomatische Kunst verwandte, um den österreichischen Reichskanzler einzufangen und von Frankreich — bei den frischen Erinnerungen an die Kommune! — fernzuhalten; die Denkschrift Beusts, die Schäffle nicht ohne Schadenfreude der Nachwelt überliefert, ist ein breites Machwerk der Phrase, in dem die „Propositionen des Berliner Kabinetts bezüglich der Einsetzung einer Kommission zur Regelung der einschlägigen

[1]) Durchaus zutreffend bemerkt Schäffle, daß seit dem Bündnisvertrag von 1879, also nach Regelung der deutsch-österreichischen Beziehungen und gewissermaßen unter dem Schutze dieser Deckung Graf Taaffe eine Politik geführt hätte, die 1871 von Deutschland nicht ertragen werden konnte.

Fragen dankbar und freudig willkommen geheißen" wurden. Und nun wirkten gegen das Ministerium Hohenwart-Schäffle zusammen der diplomatische Einfluß der deutschen Regierung, der Selbsterhaltungstrieb des Grafen Beust, die Erregung des Deutschen Wiens und schließlich der Einspruch des ungarischen Ministers Graf Andrassy, der die Entscheidung brachte. Schäffle selbst erbat schon einige Tage vor dem Rücktritt des ganzen Kabinetts seine Entlassung.

Die kurze Ministerlaufbahn gab seinem Leben eine eigentümliche Wendung. Mit vierzig Jahren aus seinem akademischen Berufe geschieden, war er nun in der Vollkraft der Jahre ganz auf sich selber gestellt und beschloß als unabhängiger Mann ausschließlich seiner wissenschaftlichen und publizistischen Tätigkeit zu leben. Er kehrte alsbald in seine Heimat zurück, doch er erzählt selbst: „ich habe seit 1872 zwar wieder in Schwaben gewohnt, aber nur im Deutschen Reiche gelebt." Bis zum Ausgang der siebziger Jahre fand sein wissenschaftliches Schaffen seinen Ausdruck in großen Werken, Bau und Leben des sozialen Körpers, Enzyklopädie der Staatslehre, Grundsätze der Steuerpolitik Deutschlands und Österreichs usw. Dann stellte er seine Gedanken und seine Feder immer mehr in den publizistischen Dienst der Fragen des Tages. Eine außerordentliche Arbeitskraft stand ihm zu Gebote. Er schrieb seine gelesenste, in 23 000 Expl. erschienene Schrift: „Die Quintessenz des Sozialismus" für einen gelegentlichen Zweck in zwei Tagen, oder später seine Biographie J. Fr. Cottas in 14 Tagen. Die mannigfaltigen Erscheinungsformen und Probleme der sozialen Fragen standen im Mittelpunkte, und mehrfach wechselnd gestalteten sich ihm die theoretischen Möglichkeiten ihrer Lösung. Auch die Lösungsversuche, voll Geist, Schärfe, Anregung, bewegen sich in der Bahn seines ganzen Glaubens, daß eine streng wissenschaftliche Lösung möglich sei, sie verkennen, wie sehr die wirtschaftlichen Klassengruppen, deren soziale Bedürfnisse um Anerkennung ringen, zugleich mit politischen Machtfragen durchsetzt sind.

Einmal noch war es ihm beschieden, unmittelbarer in die Vorbereitung einer großen Gesetzgebung einzugreifen und der Möglichkeit einer sozialpolitischen Tätigkeit in leitender

Stellung näherzutreten: als er bei den Anfängen der sozialen Gesetzgebung von Bismarck zur Beratung herangezogen wurde. Diese Dinge bilden den zweiten politischen Höhepunkt seines Gelehrtenlebens und auch seiner Erinnerungen. Der Verlauf dieser Beziehungen und der Briefwechsel zwischen Bismarck und Schäffle bieten zwar nicht das, was man nach den ersten Ankündigungen erwartete, aber sie bringen ganz interessante Einzelheiten zur Vorgeschichte der sozialen Gesetzgebung.

Schäffle hatte am 11. Oktober 1881 eine eingehende Kritik des Unfallversicherungs-Entwurfes an Bismarck gesandt. Dieser antwortete ihm, er würde erfreut sein, wenn er „den Beistand einer auf diesem Gebiete so bewährten Kraft wie der Ihrigen haben könnte" und fragte an, ob er auf seine Bereitwilligkeit rechnen könne, „zuvörderst behufs mündlicher Besprechung, demnächst auch zu geschäftlicher Mitwirkung bei den nötigen Vorarbeiten und Entwürfen." Rückhaltlos stellte sich Schäffle dafür zur Verfügung; er werde inzwischen, schrieb er am 21. Oktober, seine Ansichten „nochmals im Zusammenhange mit E. D. Meinungsäußerungen prüfen, um die Sache und den modus procedendi mit E. D. durchsprechen zu können." Diese Nachprüfung geschah so gründlich und die Lust des Gesetzgebers erwachte so freudig in ihm, daß er nach kaum drei Wochen den „Entwurf eines Normativgesetzes für Errichtung und Verwaltung allgemeiner Hilfskassen des Deutschen Reiches", eine umfassende Organisation der Invaliditätsversicherung jeder Art einschließlich der Alters- und Krankenversicherung in etlichen 130 Artikeln vorlegen konnte; er erklärte sich bereit, ihn sofort persönlich samt den Motiven vorzutragen, und meinte, für die Ausreifung der Vorlage an den Reichstag würde er nur die „juristische Adjustierung und eine Anzahl amtlicher Probeerhebungen und hierfür kaum mehr als vier Monate Zeit nötig haben." Wenn Bismarck „seinen etwas neidischen Glückwunsch für die erstaunliche Arbeitskraft, welche in so kurzer Zeit die schwere Aufgabe bewältigen konnte", in seiner Antwort vom 22. November aussprach, so war er ohne Frage über das Tempo und den Umfang überrascht, indem der zukünftige Mitarbeiter die gesetzgeberische Initiative bis in das letzte Detail hinein in die Hand nahm. Er betonte daher bei

aller prinzipiellen Zustimmung die aus taktischen Gründen gebotene Notwendigkeit, „nicht das ganze ins Auge gefaßte Reformwerk vom Hause aus gleichzeitig in Angriff zu nehmen, sondern nach dem Grundsatz qui trop embrasse mal étreint vorerst die Legung der Fundamente zu dem zukünftigen Gebäude zu erstreben“ ... „Würde die Regierung gegenwärtig mit dem Gesamtplan der sozialen Neuorganisation gleichzeitig hervortreten, so würden zahlreiche Gesellschaftskreise durch die Größe der bevorstehenden Aufgaben abgeschreckt und zur Opposition getrieben werden. Das Gebiet der sozialen Reformen muß daher schrittweise nach und nach betreten werden, gemäß jener bewährten Maxime der Savoyer Dynastie, welche ein Gebiet, das sie sich zu unterwerfen trachtete, mit einer Artischocke verglich, die nicht mit einem Bissen, sondern nur blattweise inkorporiert werden könne.“ Der Unterschied zwischen dem politischen Theoretiker, der alles konsequent bis zu Ende dachte und in dieser logisch einheitlichen Gestalt zu verwirklichen sich vorsetzte, und dem praktischen Politiker, dem das ganze Projekt doch auch nur ein Stück seiner Gesamtpolitik war und sich in diese einzufügen hatte, tritt hier deutlich hervor. Die praktische Verwendung des Schäffleschen Entwurfes, so wie sein Urheber es sich gedacht hatte, kam schon nicht mehr in Frage. Dieser hatte zwar recht, zu betonen, daß man von Anfang an über den Weg, den man gehen wolle, klar sein müsse, und daß er gerade durch seinen Entwurf die Präzisionsprobe für die Möglichkeit und Fruchtbarkeit korporativer Arbeiterversicherung geliefert habe. Aber Bismarck antwortete in einem diplomatischen Schreiben vom 11. Dezember: „Nachdem diese Probe nunmehr vollständig gelungen ist, scheint es mir angezeigt, dieselbe öffentlich der Opposition entgegenzuhalten“, und stellte anheim, zunächst „eine kurze gemeinfaßliche Wiedergabe des Ihrem Entwurfe zugrunde liegenden Gedankenganges“ zu veranlassen. Er suchte also die Mitarbeit Schäffles zunächst nach der publizistischen Seite hin nutzbar zu machen: darauf kam es ihm an. Dieser ging auch auf den Vorschlag ein: „ich werde mir meine Gedanken für diesen (anonymen) Publikationsmodus in tunlichster Raschheit zurecht zu legen suchen“, und schon am

21. Dezember — wiederum nach einer Woche Arbeit — übersandte er das druckfertige Manuskript im Umfange von 4 bis 5 Druckbogen.

Um so lebhafter aber hatte der einstige Minister Bismarcks Anregung eines Besuches ergriffen: „recht lebhaft fühle ich schon bei diesem ersten Schritt des taktischen Aufmarsches den Mangel jener festen Fühlung, welche nur die vorherige volle persönliche Auseinandersetzung geben kann." Ihm schwebte noch immer das Bild seiner aktiven staatsmännischen Mitwirkung bei der kommenden Unternehmung vor. Bismarck sprach auch jetzt tatsächlich den Wunsch aus, „Schäffle möge auch bei den noch bevorstehenden Arbeiten zur weiteren Durchführung der für das Reich in Aussicht genommenen wirtschaftlichen Reformen" mitwirken, und erklärte, bei ihrer Zusammenkunft die Modalitäten zu besprechen, unter denen jener sich geneigt zeigen würde, „seine Zeit und Kräfte der Lösung der fraglichen Aufgabe in der bisherigen Weise auch ferner zu widmen." Wenn die Worte „in der bisherigen Weise" unterstrichen sein sollten, setzten sie der Mitwirkung Schäffles allerdings eine bestimmte Grenze. Bei dem Empfang am 3. Januar 1882 wurde in einstündiger Unterhaltung von Schäffle vor allem die Priorität der Krankenversicherungs-Organisation als das logisch und praktisch Erstnotwendige gegen Bismarcks Einwendungen vertreten; die Besprechung schloß mit der Aufforderung zur Teilnahme an einer demnächst unter Vorsitz des Reichskanzlers stattfindenden Konferenz. Am 6. Januar sah Schäffle den Reichskanzler noch auf einem Diner, zu dem auch A. Wagner, Böttlicher und Lohmann zugezogen waren; das Gespräch drehte sich vor allem um die am 9. Januar bevorstehende Beantwortung der sozialpolitischen Interpellation Hertlings. Während dieser Tage machte Bismarck mehrere Versuche, die Kosten- und Arbeitsvergütung Schäffles in irgendeiner Form zu regeln, was dieser begreiflicherweise ganz von der Hand wies; da er zugleich auf sein österreichisches Dienstverhältnis sich berief, war es echt bismarckisch, sich in Wien die eventuelle Mitwirkung Schäffles zu erbitten; er meinte: „es wird die Österreicher freuen", und wirklich hörte Schäffle später, daß der Kaiser Franz Joseph befriedigt ge-

sagt hatte: „Nun wird doch auch einmal ein Österreicher zur Beratung nach Berlin berufen.“ Indessen verschlimmerte sich Bismarcks Befinden, Schäffle reiste zurück; Bismarck gab die eingehende Behandlung der Frage auf, kam auf eine Mitwirkung Schäffles nicht wieder zurück und ließ dem Volkswirtschaftsrat eine Arbeit Lohmanns als Grundzüge für seine begutachtende Tätigkeit vorlegen. Es war ein magerer Trost, wenn im März Schäffle von einem Geheimrat den Rat erhielt, er möge die Broschüre nur „ruhig veröffentlichen.“

Ich habe den ganzen Verlauf dieser Berührung entwickelt, weil in den Erinnerungen Schäffles der Sinn der Vorgänge zurückzutreten scheint. Ob Bismarck von vornherein nur die Captatio Schäffles um seiner wertvollen publizistischen Hilfe willen suchte? Ob tatsächlich nur die Krankheit Bismarcks nach dem 6. Januar hindernd zwischen die Zusammenarbeit trat und schuld war, daß andere Hände das Werk angriffen? Es dünkt mich wahrscheinlicher, daß die persönliche Berührung in Bismarck den Entschluß, Schäffle nicht weiter zu direkter Mitarbeit heranzuziehen, gezeitigt oder befestigt hat. Das läßt sich auch begreifen. Den Stil eines Bismarckschen Mitarbeiters — das mochte der Gewaltige sofort herausfühlen — hatte er nun einmal nicht. Dazu war seine Persönlichkeit zu selbständig und ursprünglich, und seine geistige Fähigkeit zu sehr auf große idealistische Konzeption statt auf politische und geschäftsmäßige Routine angelegt. So blieb er, der er war.

Diese Bemerkungen, insofern sie bei Schäffle an der Hand seiner Erinnerungen gerade die Hauptmomente seines praktisch-politischen Handelns herausgreifen, können gerade deswegen den starken Seiten seiner Natur, vor allem auch seiner wissenschaftlichen Bedeutung weniger gerecht werden. Eigentlich sahen wir ihn dreimal, den Großdeutschen der sechziger Jahre, den österreichischen Minister von 1871, den Sozialpolitiker von 1881/82 auf die so gänzlich verschiedene Veranlagung Bismarcks stoßen. Und es wäre ungerecht, bei dem Maßstab dieses Gegenspielers zu seiner Beurteilung stehen zu bleiben: die Bedeutung dieses ideenreichen und

geistvollen Denkers erhebt sich hoch, trotz seines Doktrinarismus, wenn sie an den Doktrinen des Liberalismus gemessen wird. Gerade an seinem Urteil über Bismarck erkennen wir auch die Schlagkraft seiner geistigen Kapazität, die die Lektüre dieses Buches so erfrischend bei allem Widerspruch macht:

„Das Interessanteste an dieser Begegnung, welche über eine Stunde gewährt haben mag, war mir die Wahrnehmung, wie Fürst v. Bismarck alle den sofortigen Machterfolg beeinflussenden, auch fernstliegenden Umstände mit genialer Intuition augenblicklich überschaute, aber auch nicht minder Wichtiges, was nur vorläufig daneben liegt, früher oder später jedoch mit von Einfluß werden muß, beiseite liegen ließ. Da verstand ich das Geheimnis seiner Machterfolge, aber auch den Grund der mancherlei späteren Frontveränderungen und zeitweisen Retiraden seiner Politik."





7.

Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung?

Ein historisch-politischer Vortrag,
gehalten am 25. Januar 1912 in der Heidelberger Ortsgruppe
des Deutschen Flottenvereins





ie Wahl des Gegenstandes, für den ich mir Ihre Aufmerksamkeit erbitte, bedarf in dieser Zeit und in diesem Kreise nicht einer besonderen Motivierung. Die Frage „Deutschland und England" umschließt nicht nur ein Problem, sondern das Problem unserer auswärtigen Politik; sie steht so sehr im Mittelpunkt aller auswärtigen Beziehungen, daß sie schlechterdings zur Lebensfrage unserer Nation geworden ist. Um so mehr ist es erforderlich, eine Frage solchen Gewichtes frei von allen unklaren und leidenschaftlichen Stimmungen zu beurteilen. Mit vollem Vorbedacht wende ich mich daher mit dem, was ich zu sagen habe, nicht an Ihre Gesinnung, in der ich mich mit Ihnen eins fühle, nicht an Ihre Gefühle, die vielleicht noch von der Erinnerung und von dem stürmischen Aufwallen des Momentes beherrscht sind, sondern allein an Ihren Verstand, an die historisch-politische Einsicht in die Wirklichkeiten.

I.

So gehe ich denn nicht von der englischen Politik des Momentes aus, sondern von ihrem Wesen, wie es sich im Laufe der Jahrhunderte traditionell herausgebildet hat und zum politischen Erziehungsbesitz einer reifen Nation geworden ist, so sicher und bewußt in allen Phasen und Abwandlungen sich äußernd, daß ein natürlicher und rationaler Rhythmus die englische Geschichte zu durchlaufen scheint.

Diese Einheitlichkeit der englischen auswärtigen Politik erklärt sich daher, daß sie von jeher *eine* natürliche und unveränderliche Grundlage besitzt: die insulare Lage des Reiches; das ist, wenigstens von dem Augenblicke an, wo die drei Königreiche England, Schottland und Irland vereinigt sind, die alles tragende Voraussetzung. Die Folge dieser insularen Lage ist, daß dieses Reich seine auswärtigen Beziehungen und seine Gesamtpolitik unter gewissen Vorzugsbedingungen des internationalen Wettbewerbs regeln kann. Keine Nation wird das mehr zu würdigen wissen als die deutsche, die geradezu unter umgekehrten, erschwerenden Ausnahmebedingungen ihren weltgeschichtlichen Weg gegangen ist. Somit ergibt sich als Grundsatz aller englischen Politik: den Vorsprung, den die

Lage des Reiches gewährt, zu sichern gegen jedes Moment, das ihn aufheben würde — nicht bloß selbst eine starke Seerüstung anzulegen, sondern vor allen Dingen zu verhindern, daß sich auf dem Kontinent eine Macht von so überragender, hegemonischer Natur zusammenballen könnte, daß sie allein jenen Vorsprung einholte. Denn käme es zur Bildung einer solchen Macht, so würde sie nicht nur handelspolitisch Europa zuschließen können, etwa gegen die englische Ausfuhr oder auch in Unterbindung der Einfuhr nach England; sie würde nicht nur zur See und in der Welt einen überlegenen Wettbewerb eröffnen, sie könnte sogar mit ihrer gesammelten Kraft auch angriffsweise vorgehen und durch eine Invasion des Inselreiches alle Vorteile seiner insularen Lage mit einem Schlage kompensieren, ja, dem großartigen Geschenke der Natur zum Trotz, es in dauernder Abhängigkeit halten. Das Unternehmen der Armada von 1588 und die Landungspläne Napoleons von 1808 sind für die Söhne eines Staatswesens, das selber auf der Eroberung vom Kontinent her, in den Normannentagen, aufgebaut ist, die eindrucksvollsten Ereignisse ihrer auswärtigen Geschichte, die der Instinkt eines jeden Engländers nachleben kann.

Heißt nun das Grundgesetz: hegemonische Bildungen auf dem Kontinent verhindern, so ergibt sich aus ihm auch seine nächste Anwendung: gegen alle hegemonischen Bildungen, ja gegen ihre bloßen Möglichkeiten Gegengewichte auf dem Kontinent selber aufzuhängen, Gegenkoalitionen zu versammeln, etwa die Kontinentalmächte zweiten Ranges gegen den gefährlichen Stärksten zu bewaffnen und dadurch die Bedingung eigener Ruhe, das „Gleichgewicht in Europa" aufrechtzuerhalten. Diesen Gedanken hatte schon Kardinal Wolsey, als er nach der Schlacht von Pavia von Kaiser Karl V. zu Frankreich hinüberrückte, berechnend erfaßt. Seitdem wird er immer bewußter und lebendiger zur Grundtriebkraft aller englischen Politik. Und die Dinge wollten, daß die Spitze solcher Abwehr vor allem gegen Frankreich gerichtet sein mußte. So in der Epoche von 1688—1815; ob der Gegner Ludwig XIV. oder Ludwig XV., der revolutionäre Konvent oder Napoleon I. hieß: die drohende Gefahr war die gleiche, und immer reiner

und konsequenter arbeitete sich die Politik der Verteidigung und der Gegenkoalitionen heraus, von den Tagen Wilhelms III. und Marlboroughs bis zu der Staatslenkung des jüngeren Pitt hin, in der die Maßstäbe am heroischsten sich gedehnt haben. Eine großartige und einheitliche Tendenz vom englischen Gesichtspunkte läuft durch die scheinbaren Kabinettskriege, von den französischen Raubkriegen Ludwigs XIV. und vom Spanischen Erbfolgekriege an; sie kehrt im Siebenjährigen Kriege wieder und gipfelt im Zeitalter der Napoleonischen Kriege. Ein wahrhaftes und klar begriffenes Lebensinteresse einer Nation erzeugt eben immer eine konsequente und einheitliche Politik.

Und aus dieser Politik ergibt sich nun, vom 17. Jahrhundert an bis in das 19. Jahrhundert hinein, das eigentümliche Verhältnis Englands zum Deutschen Reiche. Wir wissen ja alle, daß in eben dieser Zeit die nationalstaatliche Entwicklung der Deutschen gehemmt und gebrochen, schließlich fast rettungslos vernichtet schien durch das Übergewicht des französischen Nachbars; für immer ist die geschichtliche Auffassung von unseren nationalen Geschicken — Sinken und Aufstieg, Schmach und Erhebung — an diesem einzigen Gegensatz gegen Frankreich mit instinktivem Empfinden orientiert. Auch die deutsche Geschichte richtet in diesen Jahrhunderten ihre Spitze gegen die Macht, deren hegemonische Gefahren England bekämpfte. So kam es denn, daß im Mittelpunkt der englischen Gegenkoalitionen dieser ganzen Epoche traditionell das Deutsche Reich oder besser das Haus Habsburg, auch der Preuße (wenn Österreich einmal zur Gegenseite übersprang) und schließlich — in den Kriegen gegen die französische Revolution und Napoleon — Österreich und Preußen nebeneinander gestanden haben — eine traditionelle Bündnisstellung! Und ist es nicht, als wenn diese immer wiederkehrende Verbindung selbst in schlimmen Zeiten in den Augen des deutschen Geschichtskenners etwas von nationaler Verklärung erhielte? Sie hat tatsächlich den historischen Boden geliefert, auf dem, lange nachwirkend, eine gewisse die Völker verbindende Sympathie aufwachsen konnte; mag sein, daß sie sich in Norddeutschland lebhafter äußerte als in Süddeutsch-

land, daß sie in protestantischen Kreisen noch tiefer befriedigte als in katholischen: vorhanden war sie und zog bis tief in das 19. Jahrhundert eine deutsche Generation nach der andern in ihren Bann. Auch blieb man nicht dabei stehen, sich an den kriegerischen Bildern von Malplaquet bis Belle-Alliance zu erbauen; man grub tiefer und (nicht ohne Grund) auch innerlicher, man suchte bewußter nach dem Gemeinsamen und Verbindenden, erinnerte sich des uranfänglich verwandten Blutes, stellte schon im 18. Jahrhundert englische Literatur und englisches Denken dem französischen als die dem Geiste unserer Nation gemäßeren Vorbilder gegenüber, und begann schließlich in den Institutionen des englischen öffentlichen Lebens das Heilmittel auch für unsere politische Erziehung zu erblicken. Das alles war nicht unrichtig gesehen, aber es spielte ein Gefühl von Liebe von unserer Seite mit hinein, das nicht darunter litt (wie Liebende einmal sind), daß man sich einer wesentlich einseitigen Gefühlsäußerung hingab. Noch Bismarck meinte einmal zu seinem Freunde Gerlach, wenn er schon Sympathien für andere Völker haben solle, so hege er sie am ehesten für England und englische Institutionen — um dann allerdings mit ärgerlichem und deutschem Selbstgefühl zu reagieren: die Leute wollen sich ja nicht lieben lassen.

Immerhin, in solchen Stimmungen vergaßen die Deutschen allzuleicht, daß vom historisch-politischen Standpunkt aus die Dinge auch eine Kehrseite hatten, und daß eine praktisch-politische Nutzanwendung für sie außer allem Bereiche lag. Man übersah, daß in allen jenen traditionellen Allianzen in der Regel Kaiser und Reich, Habsburg und Preußen, und vollends die deutsche Nation (wenn man damals von ihr reden darf) nur das dienende Glied darstellten und gemäß dieser Funktion bei den letzten Entscheidungen abschnitten. In allen jenen Kriegen saß die insulare Politik Englands am längeren Hebelarme; sie rief die Geister, wann sie wollte, und sie stellte den Strom ab, wenn sie keine fremde Kraft mehr brauchte. Es liegt mir fern, darum, weil dies so war, eine völlig umgekehrte Geschichtsauffassung anzuregen, denn von Frankreich ging nun einmal der unerträglichste Druck auf

die Nation aus; es liegt mir ebenſo fern, nachträgliche Gefühle der Bitterkeit über verjährte „Treuloſigkeiten“, wie etwa das Abſpringen Englands im Jahre 1710/11 oder im Jahre 1762, anzuregen: aber man ſoll Realitäten real ſehen und alle das Urteil ſtörenden Gefühlsmomente ausſchalten. Auch wir Deutſche ſollten uns klar machen, daß England nicht etwa für die Theorie eines europäiſchen Gleichgewichts kämpfte — kein Volk ſetzt Gut und Blut für ein leeres Schlagwort ein! —, ſondern allein für ſein Intereſſe. Und wenn es im Spaniſchen Erbfolgekriege mit dem hinreißend dreieinigen Schlachtruf „liberty, religion, trade“ ins Feld zog, ſo meinte man damit die eigene freie Hand in der Welt, die eigene Staatskirche und das eigene Handelsmonopol — und führte das Programm mit deutſchem Blut zum Siege. Schon damals geſtanden die Engländer mit Klarheit und Schärfe ihre leitenden Geſichtspunkte ein. Eine bei dem Herannahen des Spaniſchen Erbfolgekriegs geſchriebene Flugſchrift von 1694 ſagt:

> „Es iſt das allgemeine Intereſſe der geſamten Chriſtenheit, das *Haus Öſterreich* wieder in eine gewiſſe Gleichheit mit *Frankreich* zu bringen. Dies „Equilibrium“ iſt notwendig für die Sicherheit der Völker und ebenſo für die der Fürſten. Das beſondere Intereſſe Englands aber iſt es, die Gleichheit wieder herzuſtellen, ſo daß es die Wage in der Hand haben und auf die von *ihm* gewünſchte Seite wenden kann. Das iſt das einzig mögliche Mittel für uns, nicht nur das „Empire of the Seas“ aufrechtzuerhalten . . ., ſondern uns auch zu befähigen, über den Erfolg des Krieges und über die Friedensbedingungen zu entſcheiden.“

Man ſetze in dieſen Sätzen für das Haus Öſterreich das Wort „Frankreich“ und für Frankreich das Wort „Deutſches Reich“ ein, und man kann ſie noch heute in die politiſche Seele eines jeden Engländers ſchreiben, auch wenn die politiſche Terminologie etwas beſcheidener geworden iſt und ſtatt der „allgemeinen Chriſtenheit“ ſich mit dem „Weltfrieden“ begnügt. Mit einem noch nackteren Realismus drückte ſich fünfzig Jahre ſpäter, im Jahre 1741, der Führer der parlamentariſchen Oppoſition in England aus: „Wenn das Haus

Österreich sinkt, werden wir genötigt sein, in Friedenszeiten so viel Truppen zu halten, daß wir daran zugrunde gehen." Die entsprechende Anwendung dieses Wortes auf die Gegenwart ist zu einfach, als daß ich sie besonders andeuten müßte. Kein anderer als Friedrich der Große hat mit tiefstem Unmut — denn er hatte es am eigenen Leibe erfahren — in seinen letzten Lebensjahren es immer wieder abgelehnt, die kontinentale Schildwache der englischen Politik vorzustellen, oder wie er sagte, den Don Quixote des englischen Handels zu machen.

II.

Seitdem im Jahre 1815 die französische Hegemonie ein- für allemal erledigt war, seitdem England in diesem Ringen der endliche Sieger geblieben war, hätten eigentlich die Voraussetzungen der traditionellen englischen Politik hinfällig werden müssen. Wenn wir trotzdem auch weiterhin das Mißtrauen der englischen Kabinette gegen etwaige hegemonische Rückbildungen oder Neubildungen — ob sie nun den Namen des Zaren Nikolaus I. oder Napoleons III. tragen — eingestellt sehen, so genügt zur Erklärung nicht das Nachwirken des traditionellen Momentes allein, sondern es kommen in steigendem Maße zwei weitere Momente hinzu, die allerdings auch wieder aus den Grundvoraussetzungen der englischen Politik abgeleitet werden können.

Die insulare Lage erzeugt zunächst zwar ein Gefühl der unbekümmerten Sicherheit, aber sie hat ebendarum auch einen Stand der Wehrverfassung zur Folge, der weit hinter demjenigen der Kontinentalmächte zurückbleibt, also eine absolut viel größere militärische Wehrlosigkeit. Diese aber erzeugt, mit der Kraft des bösen nationalen Gewissens, immer wieder Rückschläge gegen das eingeborene Sicherheitsgefühl: plötzliche Invasionsängste, chronisch wiederkehrende Anfälle von einer Art, wie sie den seit langem über ihre Leistungsfähigkeit beruhigten Deutschen und Franzosen gar nicht zustoßen können, für den modernen Engländer aber immer typischer werden. Und dann kommt noch ein zweites hinzu. Es handelt sich ja längst nicht mehr um das Inselreich allein, sondern ebensosehr

um das von ihm erworbene Kolonialreich in der Welt, um die Sicherung des Seeweges nach Indien, um die Sicherung aller Verbindungslinien in einem immer gewaltiger, aber auch künstlicher sich erhebenden Mechanismus, der immer ausschließlicher auf die eine Voraussetzung der Herrschaft über das Meer gegründet ist; es handelt sich um ein System, das auch in der Verpflegung und Ernährung des Mutterlandes von Woche zu Woche auf diese Herrschaft auch im Kriegsfalle angewiesen ist, um ein System, das zur Aufrechterhaltung seines Prestiges unter Hunderten von Millionen fremdrassiger Untertanen auch nicht die leiseste Erschütterung, nicht einmal die Anzweiflung seines unangreifbaren Bestandes ertragen kann; es handelt sich, kalt ausgesprochen, um die Aufrechterhaltung des bewunderungswürdigsten und gewagtesten Experimentes der Weltgeschichte.

Denkt man das durch, von einem Ende der Kette bis zum andern, so begreift man, daß das Wort: „die Sorge nistet gleich im tiefen Herzen" immer mehr zur seelischen Prädisposition der englischen Politik wird. Nur zwei Beispiele statt vieler aus der Mitte des 19. Jahrhunderts — beide aus einer Zeit, wo man zwar von einer englisch-französischen Entente sprach, aber trotzdem den französischen Marineetat Jahr für Jahr ängstlich überwachte und in reizbarster Angst vor einer französischen Invasion lebte. Im Januar 1848 sprach der greise Herzog von Wellington öffentlich von der völligen Verteidigungslosigkeit Englands und dem notwendig zu erwartenden Trauerspiele — welche Erleichterung mußte einige Wochen darauf der Sturz Ludwig Philipps hervorbringen! Und im Jahre 1860 meinte man in England, daß allein der Abschluß des englisch-französischen Handelsvertrages eine drohende kriegerische Explosion verhindert habe: es war gewissermaßen der Freihandel, der sich der Rettung der Insel vor der Invasion rühmte.

Man begreift, daß eine solche Politik mit ziemlicher Gleichgültigkeit auf das blickte, was sich in jenen Jahrzehnten bei uns vorbereitete: auf die deutsche nationalstaatliche Entwicklung und ihren Abschluß in den Jahren 1864, 1866, 1870/71. Der relativ kritische Punkt lag naturgemäß für das englische

Interesse schon im Jahre 1864. Wohl erwiesen sich die Königin Viktoria und die Mehrzahl der Minister damals als deutschfreundlich. Eine Minderheit dagegen unter der Führung des weitblickenden alten Lord Palmerston — und zu dieser Minderheit stand damals der jugendliche Prinz von Wales, der soeben eine dänische Prinzessin heimgeführt hatte! — wollte Dänemark beispringen und damit vom englischen Standpunkt und von einer langen Zukunftsrechnung aus das vielleicht Richtigere wählen. Man stelle sich einmal vor, daß Schleswig-Holstein dänisch geblieben wäre, das rechte Elbufer bis in die Tore Hamburgs hinein ein außerdeutscher Besitz, der Bau eines Nordostseekanals eine Unmöglichkeit — alle Voraussetzungen der maritimen Stellung Deutschlands würden damit zu Boden fallen. Man hat wohl gesagt, daß es in den drei Schicksalskriegen des neuen Reiches jedesmal neben dem wirklich geschlagenen Feinde einen unsichtbaren Besiegten gegeben habe. Das war die Rolle Napoleons im Jahre 1866, vielleicht die der russischen Präponderanz im Jahre 1870/71: im Jahre 1864 war England der unsichtbare Besiegte. Es mußte die Dinge gehen lassen, weil im Vergleich zur französischen Rivalität in dem Keim einer deutschen Seemacht zunächst nichts weiter als harmlose Zukunftssorgen lagen.

Zunächst freilich war das Ergebnis der deutschen Reichsgründung für England nicht ungünstig. Im Gegenteil: die französische Gefahr war beseitigt, Deutschland wegen Mangels jeder Seemacht ungefährlich: vor allem aber war die für Menschenalter begründete deutsch-französische Verfeindung vom Standpunkt der insularen Politik eine fast automatisch wirkende Ablenkung aller Sorgen, eine so gut wie kostenlose Lebensversicherung, die der englischen Politik zeitweilig sogar den Luxus der völligen Isolierung ohne Gefahr erlaubte. Mit der Zeit aber wurde die Ausdehnung der Allianzenpolitik Bismarcks auch den Engländern unangenehmer. Diese Deutschen begannen sich nach Kolonien umzuschauen, zwar nicht auf Kosten englischen Besitzes, aber doch in Bereichen, die die Engländer naiv als koloniale Zukunftssphären für sich ins Auge gefaßt hatten. Sie hätten es gern verhindert, und mußten es doch zulassen, trotzdem Deutschland überhaupt keine ernste Flottenmacht vor-

stellte. Denn die Entscheidung fiel in dem seltenen Momente, wo die englisch-französische Spannung wegen Ägypten und die englisch-russische Spannung wegen Afghanistan und Indien auf das Höchste gestiegen war. Das Ganze seiner Weltstellung mußte für England auf dem Spiele stehen, um es zu den Konzessionen an uns zu nötigen. Nur eine unvergleichliche Konstellation der Weltpolitik, meisterhaft von Bismarck ausgebeutet, hat uns damals Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwest, Kamerun und Neuguinea in den Schoß geworfen.

Ein solcher Moment kehrt nicht sobald wieder, er mündet nicht in ein dauerndes Mächteverhältnis aus, und so waren die Erben Bismarcks seit 1890 in einer viel schwierigeren Lage. Sie mußten sich auf ein neues und womöglich dauerndes System einrichten, um das, was die Gunst der Stunde geschenkt hatte, zu erhalten, zu sichern, womöglich auch auszudehnen; sie gingen schwankend auf diesen Weg, weil sie kaum über die notwendigsten Machtmittel draußen in der Welt verfügten; sie gingen bald mit England, bald auch, um der Gefahr der Ausnutzung zu entgehen, mit seinen Gegnern, bald unabhängig mitten durch, um jede Konjunktur zu nutzen; sie setzten sich auch wohl in den Verdacht der Unzuverlässigkeit, denn die Schwächern sind immer kraft der Natur der Dinge die Treuloseren, und wir Deutsche lernen nur langsam, daß wir wohl die stärkste europäische Kontinentalmacht, aber nur eine bescheidene Weltmacht waren. Wir hätten, wenn wir gewollt hätten, uns aus diesen neuen Bahnen heraushalten und sorgenlos das System Bismarckscher Politik fortsetzen können, aber in Wahrheit hatten wir nicht mehr die Wahl. Immer weniger konnten wir uns der Einsicht verschließen, daß uns, anders als etwa die Franzosen, ein schlechthin nationaler Zwang auf die Wege der Kolonialpolitik trieb. Unsere Einwohnerzahl wuchs jährlich um mehr als $^{3}/_{4}$ Millionen, und die Staatskunst mußte Raum für ihr Dasein schaffen. Wir konnten darum nicht zusehen, daß die Welt, soweit sie noch offen war, von den andern politisch oder wirtschaftspolitisch aufgeteilt wurde; wir mußten vielmehr darauf halten, daß unserem Überschuß an Menschen vielleicht ein Abfluß, unbedingt aber unserm Überschuß an Fabrikaten ein offener Absatzmarkt erhalten blieb, daß die Rohstoffzufuhr

aus fernen Ländern uns nicht erschwert oder abgeschnitten wurde: kurz, wir mußten in dem komplizierten Mechanismus der heutigen Weltwirtschaft darauf achten, daß uns die Wurzeln einer selbständigen Nationalwirtschaft, die Zukunft unserer Nation, nicht rettungslos abgeschnürt würden. Die deutsche Kolonialpolitik ist nicht ein Ausfluß eines chauvinistischen und erobernden Imperialismus, sie ruht auch nicht auf der Profitgier eines kapitalistischen Imperialismus, sie ist schlechterdings nichts als der Ausdruck einer volkswirtschaftlichen nationalen Notwendigkeit.

Im Dienste dieser Notwendigkeit haben wir die Flotte geschaffen, deren Mangel man so lange schmerzlich empfand, sind wir rascher und energischer als irgendeine dritte Macht in die Reihe der großen Seemächte eingetreten. Und damit haben wir die Spitze der englischen Beunruhigungen gegen uns selbst gelenkt. Nicht äußerliche Vorgänge tragen die Schuld daran, weder Krügertelegramm noch Kaisertoaste; selbst die wirtschaftliche Konkurrenz, die in schlechten Geschäftsjahren drüben drückend empfunden wurde, wirkte nicht eigentlich entscheidend. Die Hauptsache war für die Engländer: die mächtigste Kontinentalmacht schafft sich eine große Flotte; und indem sie sich der systematischen Vorbereitung der Kriege von 1866 und 1870/71 erinnerten, fragten sie bestürzt: Gegen wen schaffen sich die Deutschen diese Flotte? Es regte sich nicht allein die Deutschenangst, sondern ein allgemeineres Gefühl. Man sah auch die Flotten der andern, vor allem die amerikanische, wachsen; man sah die lange genossene wirtschaftliche Präponderanz überhaupt, von allen Seiten her, erschüttert — und was alles man an heimlichen Rivalitätssorgen auf maritimem und wirtschaftlichem Gebiete hegte, das ließ sich am besten in eine politische Formel bringen und steigern, wenn ihm die konkrete Spitze allein gegen Deutschland gegeben wurde. Hier setzte König Eduard VII., kaum zum Throne gelangt, ein, aus eigenem Ehrgeiz und in kluger Fühlung mit den Instinkten seiner Nation. Das allgemeine Weltunbehagen, das die Engländer empfanden, erhielt den praktischen Namen der deutschen Invasionsgefahr. Die deutsche Gefahr löste die früheren Schreckgespenste ab. Wiederum glaubte man auf dem Kontinent eine hegemonische

Macht aufgestiegen, gegen die man rechtzeitig mit den traditionellen Gegenmaßregeln auf der Hut sein müßte. Gewiß war das Ganze ein Irrtum, denn es handelte sich dieses Mal keineswegs um eine der Macht Ludwigs XIV. oder gar Napoleons I. analoge Hegemoniebildung, — aber es war ein Glaube, dem die Engländer sich in jener politischen Prädisposition, die wir kennen, nicht entziehen konnten, und mit diesem Glauben müssen wir rechnen als mit einer Tatsache.

So erfolgte im Jahre 1904 die große Wendung. In dem Vertrage mit Frankreich begann man mit der großen Aufrechnung aller Weltgegensätze, von Siam und Neufundland bis nach Ägypten und Marokko, um nach dieser Seite hin den Arm frei zu bekommen und zugleich: um in dem französischen Revanchegelüst gegen Deutschland wieder wie in vergangenen Zeiten einen Degen auf dem Kontinent sich zu sichern. Dem ersten Schritte folgte in den Beziehungen zu Rußland bald ein zweiter: ich brauche die Ihnen vertraute Geschichte dieser Dinge nicht zu wiederholen. Immer ausschließlicher begann sich die gesamte englische Politik an dem einzigen Gegensatz gegen Deutschland zu orientieren und ihm jedes andere Weltinteresse unterzuordnen. In diesem Bestreben verwischte sich bald der Gegensatz der Parteien; Sir Edward Grey ging eher noch weiter als Lord Lansdowne; im gegenwärtigen Kabinett konnte mit Recht Lord Haldane als Freund der deutschen Kultur und des deutschen Volkes gelten und wir erfahren doch, daß er in der letzten Krisis zu den kriegsbereiten Gegnern gehörte. Es scheint fast, als ob es kaum noch Unterschiede gäbe: die Schule König Eduards VII. hat alle leitenden Stellen im foreign office und in der Diplomatie erobert.

Systematisch begann man alsbald alle Reibungsflächen zu entfernen, die man dritten Mächten gegenüber besaß oder möglicherweise zu befürchten hatte; man ging an die Arbeit, die Allianzen und Beziehungen der deutschen Gegenseite zu lockern oder zu sprengen, wenn nicht, wie im Falle Italien, die Natur der Dinge die Lockerung schon von selbst mit sich brachte; man verzichtete schließlich nicht darauf, an gewissen Stellen auch das Mittel der Lähmung von innen heraus in Anwendung zu bringen, und war in Konstantinopel so ge-

schäftig wie in Prag und Pest. Genug, im ganzen Bereiche der Politik bekamen wir die Folgen der veränderten Konstellation zu spüren. Es ist nicht notwendig, daß hinter der Gesamtheit dieser Einkreisungsmanöver eine positive Kriegsabsicht steckte. England konnte seine Zwecke ja ebenso gut und mit geringeren Kosten ohne Krieg erreichen, allein kraft der dynamischen Wirkung der neuen Konstellation.

So vermochte England die immer weitergreifende politische und wirtschaftspolitische Aufteilung der Welt vor sich gehen lassen unter möglichster Ausschaltung und Unschädlichmachung der stärksten Kontinentalmacht. Und wie in alten Zeiten hielt es unter dem Vorwande des Equilibriums die Wage in der Hand.

Nach dem gescheiterten Anlauf in der bosnischen Krise ist es die Marokkokrise gewesen, die uns die Wirksamkeit dieses neuen und erfolgreichen Systems zu Gemüte geführt hat.

III.

Ich muß allerdings gestehen, daß mein Urteil über die deutsche Politik in der Marokkokrise von dem üblichen Urteil der nationalen Presse abweicht. Gewiß ist zuzugeben, daß von unserer Seite Fehler gemacht worden und unerfreuliche Nebenerscheinungen zutage getreten sind, und niemand wird leugnen, daß der erwartete Ertrag unserer Aktion durch Englands Mitspielen stark vermindert worden ist. Trotzdem aber komme ich nach dem Studium der deutschen, französischen und englischen Akten, soviel ihrer bekannt geworden sind, zu einem anderen Ergebnis als die öffentliche Meinung. Ich halte den Plan, die seit 1909 verfahrene Marokkosituation auf dem Wege der Kompensation abzuschließen, für richtig angelegt, und seine Durchführung sogar in den Hauptzügen für gelungen.

Gewagt bis zum Äußersten, auf des Messers Schneide laufend, war freilich das ganze Spiel von Anfang an. Schon mit dem Erscheinen des „Panther" vor Agadir wurde ein Mittel gewählt, dessen Intensitätsgrad auf das Schärfste überlegt war; ein Rippenstoß von höchstmöglicher Energie und Deutlichkeit, um die Franzosen überhaupt zur Verhandlung zu nötigen,

und doch gerade noch nicht so feindselig, um England und Frankreich verbunden in den Krieg zu treiben. Und zur Gewagtheit dieses Spiels gehörte es weiter, daß Herr v. Kiderlen-Wächter seine letzte Karte gar nicht aufdecken konnte: er mußte möglichst lange die Franzosen in dem Glauben erhalten, daß es ohne anderweitige Kompensation auf eine Festsetzung in Marokko selbst abgesehen sei, und eine Zeitlang sogar die Engländer (das war die Karte, deren Aufdeckung sie alsbald ihm zu entreißen versuchten) in eine gewisse Unklarheit darüber versetzen, was eigentlich mit der symbolischen Form militärischer Pression bezweckt werde. Er mußte ebensosehr die Alldeutschen in dem Glauben lassen oder gar befestigen, daß Marokko das eigentliche Ziel sei, denn er brauchte nach außen hin auch diese lärmende Resonanz: er ließ eben nach Bismarckschem Rezept alle Hunde bellen, um seinen Zweck, die Nötigung zur Kompensation, der englischen Weltkonstellation zum Trotz mit höchster Kaltblütigkeit zu erreichen.

Die Alldeutschen haben dem Staatssekretär die Rolle, die er sie spielen ließ, sehr übel genommen. Begreiflicherweise, denn sie waren mit dem Herzen bei der Sache gewesen: sie waren schwer enttäuscht, als es anders kam, und überzeugt, daß man feige zurückgewichen sei. Aber sie sollten Gras über ihren Groll wachsen lassen, statt immerdar enthüllen und den Staatssekretär als Zeugen vor Gericht zerren zu wollen. Es muß doch einmal gesagt werden: es ist mehr als naiv, zu erwarten, daß diese letzten Absichten der deutschen Politik, Dinge, in denen es um das Letzte und Höchste ging, in einem Beleidigungsprozeß zwischen zwei Zeitungsredaktionen erwiesen oder nicht erwiesen werden könnten. Allerdings, in dem einen könnten die Alldeutschen möglicherweise recht haben: es gab vielleicht auch für unser Auswärtiges Amt ein Oberziel, einen Siegespreis, nach dem man im günstigsten Falle greifen wollte. Und dieses Oberziel ist offensichtlich nicht erreicht worden. Aber ist es das erstemal, daß die deutsche Politik das nicht vermochte?

Nehmen wir einmal eine Parallele aus Bismarcks Politik, und zwar aus den Glanztagen ihrer nationalen Stoßkraft: ich meine den Luxemburger Streitfall. Es handelte sich 1867 um die erste Probe der auswärtigen Politik des Norddeutschen

Bundes, um die erste Probe, die unsere Nationalpolitiker von dem Manne von 1866, von dem Entfesseler des Bürgerkrieges verlangten. Und wie ein Mann forderten unsere Nationalen, daß die deutsche Bundesfestung Luxemburg nicht aufgegeben werden dürfe. Der Minister aber, auf den sich aller Blicke richteten, hatte gewiß auch ein Oberziel im Auge: an der Luxemburger Frage äußerstenfalls den Nationalkrieg gegen den ihm in den Arm fallenden Franzosenkaiser zu entzünden, nicht nur die Bundesfestung selbst festzuhalten, sondern die notgedrungen halbe Lösung des Jahres 1866 zur ganzen Lösung zu machen und das Jahr 1870 und die Einigung des Reiches mit friderizianischer Verwegenheit vorwegzunehmen. Gegenüber solcher ganzen Arbeit war sein Ergebnis doch nur sehr mager: wohl konnte er mit der Neutralisierung Luxemburgs Napoleon die Beute abjagen, aber die Bundesfestung war und blieb für das neue Deutschland verloren. Aus der Mitte der unzufriedenen Nationalen erscholl der Vorwurf (man braucht nur die Briefe Bennigsens nachzulesen), daß man zurückgewichen sei — aber sie nahmen es nicht übel, daß sie selbst für einen höheren Zweck benutzt worden waren. Die Reichstagsdebatten vom April 1867 stehen an politischem Takte höher als die vom November 1911.

Nun denken wir heute längst ruhiger und sachlicher als in den Novembertagen. Wir brauchen ja nur einmal die Karte des übriggebliebenen Französisch-Kongo uns anzusehen oder unter den aufgeregten Politikern des französischen Senats die Jagd nach dem Schuldigen zu verfolgen. Manchen Kritikern hat erst die Nachricht von der englischen Kriegsgefahr die Augen darüber geöffnet, wie hoch man gespielt hatte. Und es verbreitet sich die Einsicht, daß der erreichte Vertrag nur eine Etappe auf einem längeren Wege sein kann. Wenn wir uns schließlich klar machen wollen, daß im Momente selten eine Nation befriedigt aus derartigen Verhandlungen hervorgeht, dann darf ich noch einmal zu einer historischen Parallele greifen: zu der Aufnahme des deutsch-englischen Vertrages von 1890, der über Helgoland, über Uganda und Zanzibar entschied. Man erinnert sich des sarkastischen Triumphes von Stanley: man habe einen ganzen Anzug erhalten für einen Hosenknopf,

und unvergessen ist die bittere Enttäuschung unserer besten Kolonialpolitiker. Aber wie steht es heute? Ist heute jemand da, der ein deutsches Zanzibar gegen ein englisches Helgoland rücktauschen möchte? Auch der Laie in Marinefragen begreift, daß wir mit dem verachteten Hosenknopf ein unentbehrliches Toilettenstück in unserer maritimen Rüstung gewonnen haben.

Aber wenn wir heute auch gerechter urteilen, das Eine läßt sich allerdings nicht wegdisputieren: die Intervention Englands hat in der letzten Krisis unsere Gewinnchancen, sagen wir einmal um die Hälfte, herabgedrückt, nicht aus besonderer Bosheit, sondern getreu dem Grundgedanken seiner seit acht Jahren betriebenen Politik. Wir haben den Trost oder den Stolz, ohne England verhandelt zu haben, und haben doch den Gegendruck einer Intervention erfahren, die die Wirkung unseres Druckes auf Frankreich nicht unwesentlich abschwächte. Und es handelt sich nicht um einen Einzelfall, sondern wir haben die Überzeugung, daß er sich wiederholen wird. In einem Zeitalter, das Tag für Tag die größten weltpolitischen Umwälzungen bringt, in dem der Anteil der großen Mächte für lange hinaus sich abgrenzt, arbeitet die englische Politik, das wissen wir jetzt, an einer möglichst radikalen Herabdrückung oder gar Ausschaltung des deutschen Anteils.

In dieser Erkenntnis liegt das Gefährliche der Situation beschlossen. In allen Parteien und Gruppen des deutschen Volkes verschärft sich das Gefühl, daß das nicht wieder vorkommen darf. Als ein Symptom dafür, wie weit dieser Stimmungsumschlag bei uns reicht, selbst bei den Sozialdemokraten, ist die im Herbst 1911 erschienene Broschüre von Gerhard Hildebrand über „Sozialistische Auslandspolitik" (Jena, Diederichs) anzusehen. Offen bekennt sich der Radikale zu dem Ergebnis: „Kein Volk, das in seiner eigenen Entwicklung bedroht oder ungebührlich eingeschränkt wird, braucht sich um des lieben Friedens willen die allmähliche, im einzelnen oft fast unmerkliche, aber im Gesamteffekt schließlich mörderische Einschnürung seiner wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit widerstandslos gefallen zu lassen . . . Darum wäre es kein unsozialistischer Schritt, kein Rückfall in nationalistische Tendenzen, keine Unterstützung kapitalistischer Sonderinteressen, wenn die

Arbeiter der kolonial benachteiligten Länder Deutschland (und Italien) in der gegenwärtigen Situation erklären würden: Wir sind für den Frieden, aber nur für einen Frieden auf der Grundlage der Gleichberechtigung. Wir sind es der Zukunft unseres Volkes, der Zukunft unserer Kinder schuldig, daß wir die koloniale Sicherung der benachteiligten Volkswirtschaften erstreben und durchsetzen, mögen die Hindernisse so groß sein wie sie wollen, mögen sie kommen, von wem sie wollen." Gewiß, ich weiß, daß der Jenaer Parteitag der Sozialdemokratie sich anders ausgesprochen hat, und daß, selbst wenn Hildebrand noch nicht vom Ketzergericht ereilt sein sollte, eine Schwalbe keinen Sommer macht. Aber es werden mehr Schwalben kommen und schließlich auch hier der Frühling. Denn wenn wir einmal in der Sozialdemokratie die Klassenvertretung des weitaus größten Teiles unserer industriellen Arbeiterschaft sehen, so müssen wir anerkennen, daß sie in erster Linie — unmittelbarer als unsere Bauern und Gutsbesitzer — daran interessiert ist, daß es niemals zu einer solchen internationalen Abschnürung der deutschen Volkswirtschaft kommt.

IV.

Die Situation von 1911 hat also den Vorteil gehabt, die Gefahren des Augenblicks und die Gefahren der Zukunft dem Volke zu enthüllen. Sie schließt die Verpflichtung in sich, nach Mitteln uns umzusehen, welche die Wiederkehr solcher Situationen nach Möglichkeit verhindern. Eine Illusion freilich haben wir verloren: den Glauben an die Überzeugungskraft friedlicher Umwerbung. Wir wissen jetzt, daß wir ganze Schiffsladungen von Geistlichen aller Konfessionen und Friedensfreundinnen jeglichen Temperamentes, von Abgeordneten und Journalisten hinüber und herüber schicken könnten, ohne einen andern Erfolg als leere Bankettreden heimzutragen; ich bezweifle übrigens, ob jetzt noch irgendwelche Gruppen oder Parteien bei uns vorhanden sind, um in den Dienst der pax Anglica zu treten. Es gilt ja nicht, unklare Gefühle oder Stimmungen drüben zu dämpfen, sondern es kommt darauf an, sich mit dem politischen Verstande eines reifen Volkes auseinanderzusetzen. Wir haben uns daher auf ein Überzeugungs-

mittel zu besinnen, das realere Wirkungen auszuüben vermag: das ist die Verstärkung unserer Rüstung.

An welcher Stelle aber wollen wir mit dieser Verstärkung unserer Kräfte einsetzen, um unsern Zweck zu erreichen? Wo soll der Schwerpunkt der neuen Rüstungsvorlagen liegen, im Heere oder in der Flotte? Das ist die Frage, von der alles abhängt.

Das scheinbar Nächstliegende, nach dem man zuerst greift, würde eine Verstärkung der Flotte sein. Es ist auch einzuräumen, daß in der Flotte gewisse Lücken unserer Rüstung geschlossen werden müssen. Die Fachmänner erheben die Forderung, daß eine erhebliche Vermehrung der Unterseeboote und eine wesentliche Verstärkung des Mannschaftsstandes, um die Indienststellung auch eines dritten Geschwaders zu ermöglichen, unter allen Umständen erfolgen muß. Diese Forderung wird auf allgemeine Zustimmung stoßen. Ganz anders steht's mit den Forderungen, die über das feststehende Bauprogramm der Flotte hinaus auf einen weiteren Bau von großen Schiffen, namentlich großen Kreuzern, dringen, die somit ein neues Flottenbauprogramm einführen wollen. Auch wenn man gegen den Bau des einen oder andern Schiffes über das Programm hinweg nichts einzuwenden hat, so muß man doch nachdrücklich erklären, daß gegen eine Flottenverstärkung größeren Stiles ernsthafte Bedenken zu erheben sind.

Machen wir uns zunächst die allgemeinsten Einwände klar. Ein umfangreiches Verstärkungsprogramm der Flotte würde erst nach einigen Jahren wirksam zu werden beginnen. Es würde aber sofort die Engländer veranlassen, auf jeden neuen deutschen Kreuzer jedesmal zwei neue englische Kreuzer zu setzen. Die ungeheuren Kosten (die Kosten eines Kreuzers werden auf 50 Millionen Mk. berechnet) würden ein neues Loch in unsere finanzielle Rüstung reißen, auf die es im Ernstfalle viel mehr ankommen wird, als man denkt. Man kann sich dem Eindruck nicht entziehen, daß dieser Weg zu einer Schraube ohne Ende führt, und im Moment weder zu Krieg noch zu Frieden etwas nützt. Und es gibt auf diesem Wege auch bestimmte Grenzen. Es gibt ein Höchstmaß von Flottenverstärkung — darüber wollen wir uns keinen Illusionen hin-

geben —, das die Engländer sofort zur Kriegserklärung hinreißen könnte. Und wenn wir auch den Krieg nicht scheuen, so wissen wir doch, daß wir ihn jetzt unter nicht so günstigen Bedingungen führen würden wie in einigen Jahren — nachdem der Umbau des Nordostseekanals und die Befestigung Helgolands vollendet und der bestehende Flottenplan völlig realisiert worden ist.

Vor allem aber — und das ist für meinen Gedankengang entscheidend — würde mit einer großen Flottenvorlage jetzt ein psychologisch falscher Moment gewählt werden, um bei dem politischen Volke der Engländer einen politischen Nutzeffekt zu erzielen. Eine große deutsche Flottenvorlage würde den schwer erschütterten Glauben der Engländer an die Richtigkeit der von Sir Edward Grey verfolgten Politik von neuem befestigen: sie würde eine beginnende Selbstbesinnung unterbrechen und in die feindseligste Panik wieder umschlagen lassen: sie würde — im Augenblicke wenigstens — eine Kraftanstrengung gegen einen falschen Punkt sein.

Wir dürfen nämlich nicht verkennen, daß die englische Stimmung, besonders in dem einflußreichen linken Flügel des Regierungslagers, sich in der letzten Zeit immer mehr von der Politik des foreign office abwendet, und daß eigentlich nur noch die Opposition bedingungslos hinter ihm steht. Die radikale Kritik gebärdet sich manchmal etwas humanitär-sentimentalisch, wenn man etwa Grey schuld gibt, daß die „Moral des Urwalds", das rücksichtslose Niederknütteln und Ausrauben des Schwächeren durch den Stärkeren, durch ihn in der Welt zur Herrschaft gelangt sei. Wichtiger ist, daß ein immer breiteres Heer von Kritikern in der öffentlichen Meinung die an dem ausschließlichen Gegensatz gegen Deutschland orientierte Politik überhaupt einer Revision unterzieht, daß man nüchtern und realistisch die Frage aufwirft, ob England diese Politik nicht zu teuer bezahle. Man rechnet nach, daß dank dieser Politik dem noch längst nicht wieder zu Kräften gekommenen Rußland der größte Teil Persiens und die Mongolei in den Schoß gefallen sei: „seit der Niederlage von Tsushima hat Rußland nicht mit solchem Appetit gegessen." Eines der einflußreichsten Organe erhebt gegen Grey den Vorwurf: „Er hat alles

geopfert mit Ausnahme seines Vorurteils. Er duldete alles und ließ alles zu, mit Ausnahme einer freundlichen Annäherung an Deutschland. Er tat alles, um den Appetit aller Mächte zu stillen, nur eines vermied er: die Begleichung der Rechnung mit Deutschland." Diese Kritik wendet sich somit gegen den Zentralgedanken der politischen Schule König Eduards und verwirft ihn, weil sie seine Fehlerhaftigkeit selbst im englischen Interesse erkannt hat. Man fragt: was hat diese Politik eingebracht? Man konstatiert: eine tiefgehende Erbitterung Deutschlands, eine chronische deutsche Kriegsgefahr, eine ungeheure Steigerung der Flottenlasten und eine nicht endende Kostenrechnung in Asien. Man findet mit Recht, daß das eine magere Bilanz ist. Immer lauter ertönt der Ruf: G. M. G. (Grey must go). Warten wir ab, was aus dieser Selbstbesinnung wird, aber seien wir überzeugt, daß nichts einen so gründlichen Rückschlag der Stimmung hervorrufen, nichts so sehr die wahrhafte Rechtfertigung der Politik Sir Edwards vor der Nation bringen würde — als eine deutsche Flottenvorlage großen Stils in diesem Moment.

Wir müssen daher unsere Kraftäußerung gegen einen anderen Punkt richten. Alle Momente, die jetzt gegen eine große Flottenvermehrung sprechen, vereinigen sich dazu, um eine namhafte Heeresverstärkung zu empfehlen. Eine Heeresverstärkung würde schon unter dem Gesichtspunkt ihrer inneren Wirkungen vorzuziehen sein: sie würde in ihren finanziellen Konsequenzen erheblich leichter zu tragen sein und obendrein einen Prozentsatz von Tauglichen, die jetzt nicht eingezogen werden können, heranholen, also einen gerechten Ausgleich in der Verteilung der Lasten schaffen. Sie hat den Vorzug, sofort und ohne Schwierigkeiten realisiert werden zu können, und ihre Ergebnisse würden selbst bei etwaigen nahen Entscheidungen schon mitspielen können. Sie ermöglicht uns etwas, was die andern uns nicht nachmachen, geschweige denn überbieten können, und setzt den weiten Vorsprung unserer Bevölkerungszahl (den Frankreich in absehbarer Zeit auch mit Marokkanern und Senegalesen nicht einholen kann) in militärische Stoßkraft um. Und dann vor allem: auch die Heeresverstärkung enthält eine tatsächliche und zwar die kräftigste

Sicherung gegen England selbst, ohne es durch unmittelbare Bedrohung zu exaltierten Schritten zu reizen. Einmal indirekt, indem sie den englischen Degen auf dem Kontinent bindet, indem sie Frankreich im Zaume hält. Wir müssen nun einmal die französische Revanchelust, den wichtigsten Faktor in der traditionellen englischen Rechnung, dauernd in möglichst kühler Temperatur halten, denn mit ihr korrespondiert auch das Barometer der englischen Offensive. Aber auch direkt können wir die Heeresverstärkung brauchen. Wir wissen, daß die Engländer im Kriegsfall auch an eine Verwendung ihrer militärischen Machtmittel auf dem Kontinent, über die beherrschte See hinweg, ernsthaft denken; wir hören von einem Plan, in Belgien zu landen und womöglich zusammen mit den Franzosen ein umgekehrtes Waterloo gegen uns zu fechten; und wir haben uns darauf einzurichten, auch dann die Stärkeren zu sein, um den Sieg an unsere Fahnen zu fesseln.

Die Wahrung der deutschen politischen Daseinsnotwendigkeiten hat, so sahen wir, dazu geführt, die englische Panik und das englische Übelwollen immer weiter zu vermehren. Wählen wir daher ein Mittel, das die Panik nicht steigert, aber das Übelwollen reduziert.

Denn auf dieses Endziel muß es für eine realistische deutsche Politik ankommen. Wir müssen auch die Heeresverstärkung nicht im Lichte einer ausschließlichen kriegerischen, den Krieg vorbereitenden und bezweckenden Maßregel ansehen, sondern sie als das wirksamste Friedensinstrument, das es für uns noch gibt, in Gebrauch nehmen. Die Völker rüsten ja nicht allein, um Krieg zu führen oder sich gegen Angriffe zu schützen: sie rüsten ebensosehr, um auch in Friedenszeiten dem andern als eine ernst zu nehmende und einzuschätzende Größe gegenüberzutreten; sie wollen und müssen jedem andern dasjenige Maß von Respekt einflößen, das ihn zur Rücksichtnahme willig, verhandlungsgeneigt und verhandlungsfähig macht. Dieser wünschenswerte Zustand aber wird, so scheint mir, bei so kühlrechnenden Geschäftsleuten, wie die Engländer sind, jetzt weit eher durch eine militärische als durch eine maritime Kraftanspannung der Deutschen hervorgerufen. Die Verhandlungsgeneigtheit ist in der englischen öffentlichen Meinung im

Wachsen begriffen: sorgen wir dafür, sie mit Vorsicht und mit Nachdruck zu verstärken. Ich wiederhole, daß der Marokko-Kongovertrag nicht nur ein Abschluß, sondern in gewissem Sinne auch eine Einleitung darstellt, daß er nur als eine Etappe auf einem weiteren Wege zu betrachten ist. Ist er aber ergänzungsbedürftig und ergänzungsfähig, so wird es darauf ankommen, ob wir bei diesen Schritten, die nicht von einem Tage zum andern zu erwarten sind, die Fortsetzung des englischen Übelwollens oder einem einsichtigen Desinteressement begegnen werden.

So ist es nicht ein militaristischer Übereifer, der zur Heeresverstärkung drängt. Es ist einzig und allein die realpolitische Schätzung des Gegners, mit dem wir zu rechnen haben, und der Zwecke, die wir erzielen wollen. Dieses Mittel ist geeignet, unsern weltpolitischen Gegner an der für uns gefährlichsten Stelle, in dem System seiner kontinentalen Gegengewichte, zu schwächen. Es ist das Mittel, das dem letzten Ziele aller Politik, dem Frieden, dient.

V.

Nur ein Schlußwort noch über eine Konsequenz, die uns alle angeht, ohne deren Regelung weder Heeresvorlagen noch Flottenvorlagen heute debattiert werden sollten.

Die Heeresverstärkung und nicht minder die Ergänzung unserer maritimen Rüstung erfordern die Aufwendung großer Kosten. Sie bringen eine Belastung unserer Reichsfinanzen mit sich, die deren eingeleitete Sanierung wieder in Frage stellen könnte. Bei der Volksstimmung der letzten Jahre könnte man fragen: Wird es überhaupt möglich sein, die Mittel für die Deckung dieser Kosten zu beschaffen?

Möglich schon, wenn es richtig angefaßt wird. Es ist eine tiefgehende Überzeugung in weiten Kreisen des Volkes, die durch den Ausfall der Wahlen nur bestätigt wird: diese neuen Lasten müssen, vor allem auch mit Rücksicht auf die Wirkungen der Reichsfinanzreform von 1909, ausschließlich auf den Besitz und die oberen Einkommensteuerstufen (und ich dehne sie unbedenklich über die obere Hälfte der mittleren Einkommensteuerstufen aus) gelegt werden. Blicken wir nur nach England

hinüber! Auch dort ist die gewaltige Steigerung des Marineetats durch die Budgets des Finanzministers Lloyd George ausschließlich dem Besitz, trotz alles Lärms der Interessierten, auferlegt worden. Zu demselben Prinzip — ob seine Anwendung nun Erbschaftssteuer, Erbzuwachssteuer, Vermögenssteuer lautet — müssen sich auch bei uns die Regierungen bequemen, und nicht minder die von den neuen Lasten vornehmlich betroffenen Oberschichten. Diese Oberschichten sind bei uns in raschem Anwachsen und in einer die andern Völker immer wieder verblüffenden Ausdehnung des Luxus und jeglicher Genußsteigerung begriffen: sie sind fähig, auch wenn noch so große Worte über Vermögenskonfiskation fallen, das nobile officium dieser Lasten zu tragen. Und wenn der heroische Kampf ums Dasein in der Welt, den die Völker unter dem Namen des Imperialismus führen, in seinen finanzpolitischen Konsequenzen wirklich zu gewissen Ausgleichen zwischen der Spitze und der Basis der sozialen Pyramide innerhalb des einzelnen Volkes führen sollte, so wollen wir diese Wirkung nicht zuletzt dankbar begrüßen.

Das Ideal würde sein: in diesem Sinne die Vorlage der militärisch-maritimen Neuforderungen organisch zu verbinden mit der Vorlage über ihre finanzielle Deckung. Das Ideal würde sein: ein Heeresgesetz, das — um die Extreme zu nennen — die Konservativen annehmen müßten wegen seines nationalen Zweckes und die Sozialdemokratie nicht ablehnen könnte wegen der demokratischen und populären Art der Kostendeckung. Ein Ideal, das vermutlich so nicht zu erreichen ist; aber es deutet die Richtung an, in der die Regierung vorzugehen hätte, um über die künstlichen Parteimajoritäten hinweg die Nation selbst für die nationalen Lebensnotwendigkeiten zu gewinnen.

Gegenüber den nationalen Lebensnotwendigkeiten, die in den äußern Fragen beschlossen sind, treten die innern Parteigegensätze in die zweite Reihe. Was in der innern Politik versehen wird, kann jede neue Regierung wieder einbringen und bessern. Was nach außen hin einmal verfehlt ist, bleibt für immer verspielt. Hier kehren die verpaßten Gelegenheiten nicht wieder, und es ist die Frage, ob wir uns in unsern Beziehungen zu England noch ihrer viele werden leisten können.

Darum gilt es, die Stunde zu nutzen; es gilt, um ein Wort von Lloyd George (bei der Einbringung seines großen Budgets) aufzugreifen, „mit ebensoviel Gelassenheit als Mut die mittlere Linie zwischen Panik und Knauserei einzuhalten", für diese mittlere Linie aber alle um uns zu versammeln, nicht eine mit Drohworten lärmende und dann wieder pessimistisch nörgelnde Nation, sondern eine einmütige, eine klar entschlossene und eine opferwillige Nation!

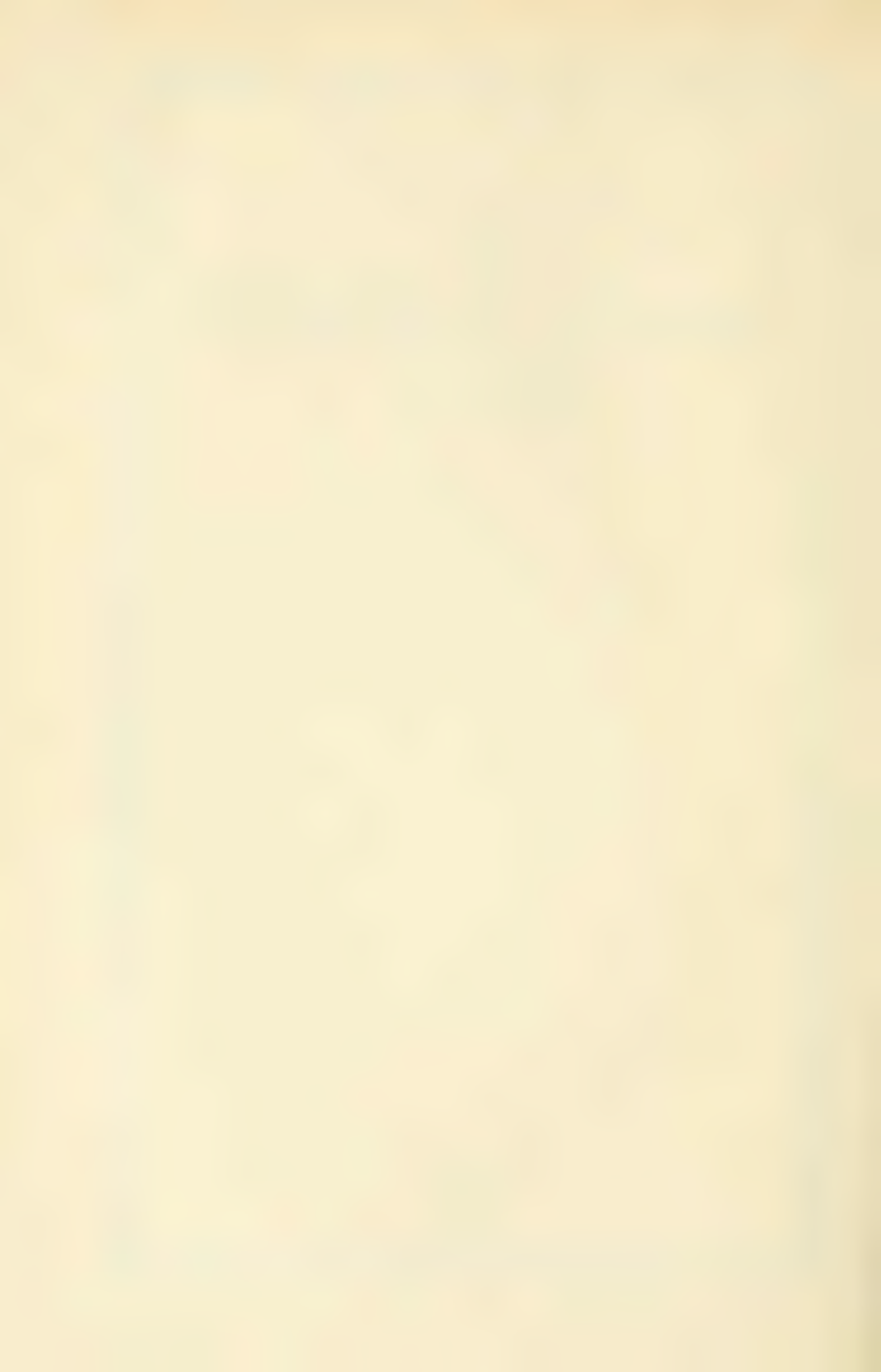




8.

Über die Nationalität hinaus

1913



uf der diesjährigen Jahresversammlung der Juristen der Vereinigten Staaten und Kanadas zu Montreal, vor einem Kreise von führenden Männern des amerikanischen öffentlichen Lebens — ich entnehme dem „Outlook“, daß der Chief Justice White und der frühere Präsident Taft, der kanadische Premierminister Robert L. Borden und Maître Labori von Paris ihm angehörten — hat Lord Haldane vor einigen Monaten eine Rede gehalten, die von der Tagespresse nicht unbeachtet geblieben ist, aber in mehrfacher Beziehung auf eine dauernde Bedeutung Anspruch erheben darf[1].) Schon das Außergewöhnliche des äußeren Vorgangs weist ihr eine besondere Stellung zu. Als Lordkanzler von Großbritannien, der als custos sigilli England nicht verlassen darf, bedurfte der englische Staatsmann einer besonderen Erlaubnis des Königs, die ihm für diesen Zweck allein huldvoll gewährt wurde; es mag sein, daß die bevorstehende Jahrhundertfeier des Friedens von Gent (1814) zwischen England und Amerika, ebenso wie die gegenwärtige leichte Spannung diesen Entschluß von politischer Nebenbedeutung gezeitigt hat; und an der klugen und großzügigen Art, in der Lord Haldane die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien als Glieder einer einzigartigen Gruppe von Staaten nebeneinander nennt, erkennt man, daß Kanada in diesen Beziehungen nicht mehr die Trennung, sondern die Brücke bedeutet.

Vor allem aber der innere Gehalt der Rede verdient die höchste Aufmerksamkeit. Er erhärtet von neuem, daß der Redner nicht zu den Politikern gehört, die allein auf den vergänglichen Moment eingestellt sind, sondern daß er in der langen Reihe seiner Vorgänger sich gerade den Männern würdig anreiht, die nach höheren und allgemeineren Idealen in der Zukunft gestrebt haben. Er unterliegt nicht — um seine eigenen Worte zu gebrauchen — „the deadening effect of that conventional atmosphere out of which few men in public life

[1]) Higher Nationality. A Study in Law and Ethics. An address delivered before the American Bar Association at Montreal on 1st September 1913 by Viscount Haldane of Cloan, Lord Chancellor of Great Britain. London, John Murray. 1913. 45 Seiten.

succeed in completely escaping", sondern bewegt sich auf einer Höhe, auf der auch der Staatsmann erfolgreich mit dem Denker zusammengehen kann. Seine politischen Ideen hängen in ihrem Ursprung mit der deutschen idealistischen Philosophie zusammen, als deren vertrauter Kenner und Freund der Lordkanzler einen Namen hat; sie betreffen die deutsche Politik nicht unmittelbar, aber geben jedem, der über die Stunde hinwegsieht, auch bei uns zu denken. So wird es, meine ich, auch für das deutsche Publikum sich lohnen, von dem kunstvoll verschlungenen und doch von innerer Klarheit getragenen Gedankengange der Rede Kenntnis zu nehmen.

Das gemeinsame Erbteil an Traditionen und Idealen, vermöge dessen die Vereinigten Staaten, Kanada und Großbritannien eine ganz einzigartige Gruppe unter den Völkern bilden, kommt gerade auf dem Gebiete des Rechts — davon geht Lord Haldane aus — zum sichtbarsten Ausdruck. Es ist eine Identität des Geistes, aus der Vergangenheit stammend und von dem verschiedenen Buchstaben des Rechts unberührt, die den Juristen dieser drei Länder eine Sonderstellung zuweist, wie man sie in ähnlicher Bedeutung in anderen Nationen kaum wiederfindet: der besondere Einfluß aber, den sie auf die Bildung und den öffentlichen Geist ausüben, verpflichtet sie auch zu einer besonderen Verantwortlichkeit für die Zukunft ihrer Nationen. Wenn aber solche Sondergruppen der Nationen sich bilden können, sollten sie nicht die Grundlage für einen neuen Typus internationaler Staatenverhältnisse abgeben können? Für einen wahren und inneren Einklang zwischen souveränen und in ihrer individuellen Bewegung unbehinderten Staaten, wie er durch Verträge allein nicht erzeugt werden kann, sondern auf einem tieferen Grunde ruhen müßte? Und sollte, wenn das möglich ist, nicht darin wenigstens eine erreichbare Vorstufe zu dem fernen Ziel einer allgemeinen Annäherung der Völker enthalten sein?

Das ist das Thema, das Lord Haldane sich in seiner Rede gesetzt hat, und als Jurist vor Juristen entwickelt er nun zunächst die Vorfrage, wodurch die Gemeinsamkeit der Denkgewohnheiten im Gebiet des englischen Rechts entstanden ist,

dieses Rechts, das den Völkern aller anderen Rechtsgebiete so fremd, so unverständlich, ja barbarisch erscheint, das von Richtern geschaffen (judge-made), auf Präzedenzfällen und Erfahrung, nicht aber auf einer wissenschaftlich begründeten Kodifikation beruht. Er durchfliegt die Geschichte des englischen Common Law, um sich seine Entstehung klar zu machen, und zeigt in einer Weise, die durchaus an die Hegel-Savignysche Theorie erinnert, daß sie mit der Entwicklung des Volksgeistes in allen seinen Äußerungen zusammenhängt und ohne die Geschichte nicht verstanden werden kann. Und zwar gilt das sowohl für die Entwicklung des Common Law, als auch für die Entwicklung der Billigkeitsgerichtsbarkeit (Equity). In reizvoller Weise erläutert er gerade an der Entwicklung des Amtes, dessen Träger er selbst ist, wie sich aus der Praxis des Lordkanzlers im Court of Conscience allmählich ein völliges System des Billigkeitsrechtes herausbildet, und wie schließlich die beiden Sphären in den Händen von Kanzlern aus dem Laienstande zu einer einzigen zusammenfließen. So erscheint die englische Rechtsgeschichte als eine Geschichte der großen Richter, der führenden Praktiker: der Geist dieser Männer hat ein — trotz aller Unterschiede im einzelnen — doch einheitliches Recht geschaffen. Es ist nur natürlich, daß diese Macht, Recht zu schaffen, zu entwickeln, zu ändern, ihren Einfluß auf das weitere Feld des politischen Lebens ausdehnt; anders als auf dem europäischen Kontinent, wo sich die abgesonderte Profession der fachlichen Interpreten des Rechts herausbildet, stehen sie — in Amerika und Kanada noch mehr als in England — in dem eigentlichen Kern des öffentlichen Lebens: Juristen als Staatsmänner, nach dem Worte des Präsidenten Wilson: „Lawyers who can think in the terms of society." Sie tragen somit eine große Verantwortung und sind die wahrhaft Berufenen, jene Einheitlichkeit in der Gewohnheit des Denkens und Fühlens herbeizuführen, die die erste Voraussetzung alles gemeinsamen Handelns ist. An sie wendet sich darum der Redner mit seinen eigentlichen Ideen, die den Hauptteil seiner Rede ausmachen.

Er zeigt, daß es außer dem Recht im engeren Sinne, das in einem Staate die Handlungen der Bürger mit Zwangs-

gewalt regelt, noch ein höheres Recht gibt; dieses steht mit dem Gewissen des einzelnen, vor allem aber mit dem Gesamtwillen der Gesellschaft im Zusammenhange. Ausdrücklich lehnt Lord Haldane den Individualismus Benthams ab; er fordert noch mehr als den kategorischen Imperativ, auf den ein Denker, wie Immanuel Kant, sein ethisches System zu gründen suchte; über die festen Normen des Gesetzes und die innere Stimme der Individualmoral hinweg, postuliert er als etwas Höheres das soziale Sittengesetz der Gemeinschaft. Und da er für diesen Begriff keine englische Bezeichnung findet, so ersetzt er sie im Anschluß an den „Zweck im Recht" Iherings (zu dessen Füßen der Redner vor vierzig Jahren in Göttingen saß) durch den deutschen Namen: Sittlichkeit. Er definiert dieses ungeschriebene Gesetz als „the system of habitual or customary conducts, ethical rather than legal, which embraces all those obligations of the citizens, which it is ‚bad form' or ‚not the thing' to disregard": es ist die von der Gemeinschaft anerkannte und instinktiv befolgte Summe der sozialen Verpflichtungen, die die Grundlage aller Gesellschaft ist. Die bürgerliche Gemeinschaft ist mehr als eine politische Fabrik. Sie schließt alle sozialen Institutionen ein, von denen das Leben des Einzelnen beeinflußt wird, Familie, Schule, Kirche, Gesetzgebung, Verwaltung: keine davon kann in Isolierung leben, das Ganze vielmehr füllt den Organismus aus, den wir als Nation bezeichnen. Der Geist aber, der in diesem Organismus lebt, ist die „Sittlichkeit". Ihren Begriff definiert Lord Haldane mit einer Reihe von Sätzen aus Fichtes „Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters. (1814)"

Es ist die vertraute Luft der deutschen Philosophie, in der Lord Haldane sich hier bewegt. Seine wiederholten Absagen an Bentham und sein Bekenntnis zu der deutschen Idealphilosophie führen uns zum Bewußtsein, welche Umbildungen der moderne englische Liberalismus durchlaufen hat. Es ist nicht Lloyd George allein, dessen Sozialpolitik den alten liberalen Individualismus völlig beiseite geworfen hat. In einem denkenden Staatsmann, wie es Lord Haldane ist, ist das Bedürfnis, die neue Staats- und Weltanschauung auch philosophisch zu unterbauen, so lebendig, daß es ihn, den Hegelianer,

zu Fichte zurücktreibt. Gedankenreihen, deren Keime schon bei Burke vorliegen, hier aber von dem englischen Liberalen von heute kaum aufgesucht werden dürften, werden in ihrer deutschen Vertiefung und Fortführung in das moderne englische Denken über Staat und Gesellschaft eingeführt.

Dieses System ethischer Gewohnheiten in einer Gemeinschaft, so fährt der Redner fort, ist von der höchsten Bedeutung, weil der individuelle Wille in ihm verankert ist und von ihm beeinflußt wird. Mag der Sittlichkeitsbegriff der verschiedenen Nationen auch verschieden sein, höher oder tiefer stehen, wir alle empfinden seine Macht in den überindividuellen Gemeinschaften, in denen wir leben, und werden durch dieses Band zu höherer Leistung, über unsere Kraft hinaus, beflügelt. Das eine Beispiel des Redners ist das unvergeßliche aus der Weltgeschichte des Geistes, aus Platos „Kriton": Sokrates, der die Flucht aus dem Kerker kraft dieses Sittengesetzes der Gemeinschaft verschmäht. Ein anderes Beispiel entnimmt er aus einem Gedicht, aus den „Indischen Versen" von Sir Alfred Lyall (Theology in Extremis). Ein im indischen Aufstand gefangener Engländer kann sein Leben retten, wenn er einige Worte aus dem Koran nachspricht; er könnte es tun, denn kein Europäer würde es hören; er würde nicht einmal etwas verleugnen, da er selbst kein gläubiger Christ ist. Aber er weigert sich, er geht in den Tod, ohne eine Hoffnung auf ein Jenseits, ungehört von denen, um deren willen er auf das süße Leben verzichtet: er will sich nicht — man möge einmal selber die ergreifenden Verse nachlesen — aus der nationalen Gemeinschaft des Sittengesetzes herauslösen. Er stirbt als ein Märtyrer der Idee.

Menschen solcher Art handeln so in großen Krisen, weil sie sich als mehr denn bloße Individuen fühlen und den Willen einer überindividuellen Gemeinschaft unterwerfen: sie haben sich im Laufe ihrer Entwicklung dazu gesteigert, das Leben des sozialen Ganzen, in dem sie wurzeln, zu ihrem eigenen Leben zu machen, sie fühlen in sich den Pulsschlag des ganzen Systems: es ist in ihnen und sie in ihm. Das Individuum ist eben nicht die höchste Form des Wirklichen, wie Hobbes und Bentham wollten, es untersteht dem Gemeinschaftswillen, den schon Rousseau von der „volonté de tous", von den Zufallstrieben

einer bloßen Ansammlung von Stimmen, von dem Willen eines Mob unterschied. So erst können wir Höhen erreichen, welche die meisten von uns in der Isolierung nicht würden erreichen können; so wird jene wundervolle Einheit und Konzentration des Wollens erzeugt, die eine Nation in Zeiten der Krisis zu entfalten vermag. Zu den Beispielen, die Lord Haldane aus den jüngsten Kriegen im nahen und fernen Osten wählt, wird der Deutsche auch die unvergeßlichen Erinnerungen seiner Geschichte, die dieses Jahr von neuem heraufgeführt hat, mit höchstem Rechte hinzufügen dürfen.

Die Geschichte lehrt nun weiter, daß heroische Führergestalten — das Beispiel des Themistokles bei Plutarch wird angezogen — fähig sind, große Entschlüsse, höhere Ideale in die Seele der Gemeinschaft zu pflanzen, sie mit einem die Sphäre der Individualmoral überhöhenden Idealismus zu erfüllen und einer sittlichen Verpflichtung zu unterwerfen, die weniger als gesetzlich, aber mehr als nur moralisch bindend ist.

Und damit hat Lord Haldane den Punkt erreicht, von dem aus er, dem letzten Teil seiner Rede sich zuwendend und seinen Ausgangspunkt wieder aufnehmend, von der philosophischen Höhe in das Gebiet einer im höchsten Sinne politischen Nutzanwendung hinübertritt. Er wirft die Frage auf: Können Nationen Gruppen oder Gemeinschaften bilden, in denen eine Zielsetzung zu gleichen Idealen so stark werden kann, daß sie einen verbindlichen Gemeinwillen hervorbringen? Der Weg zu einer kosmopolitischen Gemeinschaft der führenden Geister, von der Männer wie Goethe, Matthew Arnold, Renan geträumt haben, ist weiter als man dachte. Zwischen den Nationen entwickelt sich ein gleicher Geist nicht so leicht wie innerhalb einer Nation. Trotzdem sind auch dazu die Ansätze sichtbar, ein höheres Ideal in den internationalen Beziehungen zu erstreben. In der wachsenden Erkenntnis, daß eine Nation dem Nachbar gegenüber ebensogut Pflichten wie Rechte hat, ist ein Geist bemerkbar, der mit der Zeit zu einer wahren internationalen „Sittlichkeit" sich entfalten kann. Eine günstige Aussicht ist für die Kreise von Nationen gegeben, die bereits eine besondere Beziehung untereinander haben: in ihnen läßt gleiches Interesse auch gleiche soziale

Denkgewohnheiten entstehen, es findet einen Niederschlag in Verträgen, die wiederum ihrerseits auf die Förderung des Prozesses zurückwirken. Die folgenden Worte, die in nicht genauer Form auch in die Tagespresse übergegangen waren, will ich versuchen, wörtlich zu übersetzen: „Wir sehen dies an dem Beispiel von Deutschland und Österreich und an dem von Frankreich und Rußland. Zuweilen entwickelt sich auch eine freundliche Beziehung, ohne einen Niederschlag in einem allgemeinen Vertragsverhältnis zu finden: so ist es zwischen meinem eigenen Vaterlande und Frankreich der Fall gewesen. Wir haben keine vertragsmäßige Abmachung, außer der einen, die sich auf die Regelung alter Streitfragen über besondere Gegenstände beschränkte, eine Abmachung, die nichts mit Krieg zu tun hat. Nichtsdestoweniger hat sich, seit in dieser Abmachung die Bereitwilligkeit verkörpert war, sowohl zu geben als zu nehmen und wechselseitig verständnisvoll und hilfsbereit zu sein, zwischen England und Frankreich eine neue Art von Fühlung herausgebildet, die ein wirkliches Band bildet. Sie ist noch jung, sie mag stillstehen oder sich vermindern. Aber ebensowohl mag sie — und das ist ernstlich zu hoffen — Fortschritte machen und weiterwachsen."

Nachdem der Redner noch einen Blick auf das Zusammenwirken aller Mächte während der letzten Balkankrise geworfen hat, in der die ethischen Möglichkeiten eines solchen Gruppensystems und eines höheren Maßes von gegenseitigen internationalen Verpflichtungen bereits hervorgetreten seien, wendet er sich noch einmal dem besonderen Kreise zu, in dem er die Völker der angelsächsischen Gruppe aus jenen tieferen Ursachen vereinigt sieht. Und indem er an den Frieden von Gent anknüpft, preist er das wachsende Gemeinschaftsgefühl, das sich in diesen hundert Jahren zwischen den Völkern der angelsächsischen Gruppe trotz aller Meinungsverschiedenheiten herausgebildet und die früheren Reibungsflächen und Empfindlichkeiten beseitigt hat. In diesem Kreise aber hat nach ihm gerade die Gesamtheit der Juristen englischen Rechts den hohen Beruf, die Gesellschaft zur Anerkennung der neuen Ideale zu erziehen. —

Selbst eine magere Analyse, wie ich sie hier versucht habe, vermag vielleicht eine Vorstellung davon zu geben, daß es sich

in der Rede Lord Haldanes um ein kleines Kunstwerk philosophischen und politischen Denkens handelt, zugleich aber um die Entfaltung von neuen Perspektiven zukünftigen Völkerlebens, die ernste Beachtung verdient. Gewiß, es stehen Ideale und Realitäten nebeneinander; die Realitäten werden idealisiert, aber es können auch die Ideale realisiert werden. Auch verhehle ich mir nicht, daß diesen Gedanken eine Kombination von allgemeinen Weltanschauungsidealen und spezifisch englischen Nutzanwendungen zugrunde liegt; und schließlich wird jeder politisch geschulte Mann eben darum sich sagen, daß die einfache Übertragung auf die besonderen Lebensbedingungen Deutschlands nicht möglich ist. Aber wir können von dem Ganzen lernen. Wir fahren als Volk, nach dem gelobten Lande unserer nationalen Zukunft in der Welt, noch immer auf dem Schiffe des Odysseus. Zwischen der Scylla eines ideenarmen, einfach draufgängerischen und phrasenhaften Nationalismus und der Charybdis eines wirklichkeitsfremden, schlaffmachenden und ebenso phrasenhaften Pazifizismus. Es ist gut, zu zeigen, daß man auch auf feineren Instrumenten spielen kann. Und wer nur gefährliche Sirenenklänge heraushören will, wird sich doch dagegen nicht verschließen dürfen, daß die deutsche Geistesarbeit mit die Bausteine zu einem Unternehmen geliefert hat, das Wesen des Nationalitätsbegriffes nach innen zu vertiefen und nach außen zu erweitern.

An solcher Vertiefung und Erweiterung haben auch wir zu arbeiten. Wie sich im besonderen die Möglichkeiten und Aufgaben eines nationalen Gruppensystems für uns Deutsche darstellen würden, das soll hier nicht erörtert werden: genug, daß wir nicht aufhören dürfen, das Zwingende dieser Problemstellung zu erkennen. Aber auch über die Beziehung zu unserem nächsten Gruppengenossen reichen diese Aufgaben hinaus. Wahre Nationalpolitik läßt sich nur im Rahmen und im Geiste einer Weltanschauung betreiben: nicht allein mit Kanonen, Diplomaten und Leitartikeln. Sorgen wir, daß das edlere Teil unseres Erbes nicht zu klein werde!

Aus der Rede Lord Haldanes klingt nicht der vage Kosmopolitismus früherer Zeiten und noch weniger der herausfordernde Nationalismus Lord Palmerstons. Die Aufgaben

nationaler Machtpolitik und nationaler Wohlfahrtspolitik sind in einer höheren und realistischen Synthese zusammengebunden, die gewiß spezifisch englisch, aber eine Weltanschauung und eine Macht ist. Und eben darum haben wir sie anzuerkennen und zu achten. Mit diesem Geiste ist für uns Deutsche eine Verständigung möglich. Daß diese auch praktisch erreichbar ist, lehrt der Ernst der englisch-deutschen Verhandlungen, die sich allmählich ihrem Ende nähern. Wenn auch diese bevorstehende Abmachung, um die Worte Lord Haldanes zu wiederholen, „the testimony of willingness to give as well as to take and to be mutually understanding and helpful“ zum Ausdruck bringt, so wird sie den nationalen Interessen Deutschlands und dem Weltfrieden in gleicher Weise dienen, und auch uns bereit finden, an den höheren Idealen internationaler Sittlichkeit mitzuarbeiten.





9.

Politik, Geschichtschreibung und öffentliche Meinung

1904



ir erleben es alle Tage, daß ein und derselbe Vorgang des öffentlichen Lebens sich dem handelnden Politiker anders darstellt und eine andere Auffassung erzeugt, als das Erkenntnisvermögen des Historikers mit seinen grundverschiedenen Mitteln und Zielen sie sich zu schaffen vermag: es sind typisch wiederkehrende Unterschiede von grundsätzlicher Natur, Unterschiede in der Urteilsbildung, die aus der Wesensverschiedenheit ihrer Komponenten entspringen. Und der hundertäugige Riese öffentliche Meinung geht wiederum, geräuschvoll und selbstbewußt, seinen eigenen Weg, und will es nicht fassen, daß seine Sehwerkzeuge nicht die allgemeingültigen auf der Welt sind, sondern vielmehr von dem Politiker auf der einen, von dem Historiker auf der andern Seite als Organe einer niedrigeren Entwicklungsstufe eingeschätzt werden. Politik, Geschichtschreibung, öffentliche Meinung haben unendlich viele Berührungspunkte und bleiben in der Richtung auf denselben Gegenstand immer verbunden; aber sie gehen doch regelmäßig auseinander, nicht zufällig, sondern mit Notwendigkeit, kraft einer ihnen eigentümlichen Tendenz. Denn ihr Ausgangspunkt und ihr Zweck, ihr Erkenntnisvermögen und ihre Ausdrucksmittel, alle ihre Neigungen sind von Haus aus verschieden.

Ein Beispiel aus jüngster Gegenwart macht das deutlicher als alle Analogien. Selten hat sich die öffentliche Meinung Deutschlands so einmütig gegenüber einem Ereignis der auswärtigen Politik verhalten, wie während des südafrikanischen Krieges, von seinem Beginn bis zu seinem Ausgang. Alle Parteien und Klassen der Bevölkerung, von der äußersten Rechten bis zur revolutionären Linken, gingen mit dem gleichen Strome der Burenbegeisterung und des Englandhasses, kaum daß ein Einspänner dagegen aufkommen konnte: es ist keine Frage, daß wir in unserem politisch, sozial und konfessionell so zerklüfteten Vaterlande seit langer Zeit keine Bewegung in den Gemütern und den Gesinnungen gehabt haben, die so einheitlich alle erfaßte und zeitweilig die eigenen Gegensätze fast zurücktreten ließ. Die Verteilung von Recht und Unrecht schien ja so ungeheuer einfach, allen erkennbar zu liegen, daß die Sympathien gar nicht die Wahl hatten: man sah ein kleines

Volk mit einem übermächtig starken kämpfen, für seine Freiheit gegen schnöde Unterdrückung, ein Volk ritterlicher Helden gegen ein von Börsenspekulanten und Goldjägern auf die Schlachtbank geschlepptes Söldnerheer; man erinnerte sich plötzlich, daß dieses Volk ursprünglich e i n e s Blutes mit seinen großen germanischen Vettern war, und daß noch Fürst Bismarck sich mit dem Präsidenten Krüger plattdeutsch hatte verständigen können. Es war die Stimme des Herzens, die aus alledem klang, von der edelsten Leidenschaft wachgerufen, aber häufig nur die Sprache einer maßlosen Einseitigkeit und Ungerechtigkeit redend. Es war natürlich, daß sie sich an die Leiter der deutschen Politik wandte, als die Buren in Bedrängnis gerieten, und schließlich von ihnen verlangte, irgend etwas für sie zu tun; was, wußte man selber nicht, aber helfen sollte das Mittel unbedingt. Solchen Wünschen erwiesen sich die deutschen Staatsmänner ganz unzugänglich. Aus ihrer verantwortlichen Stellung sahen sie die Dinge ganz anders an: sie erkannten in erster Linie eine Veränderung der Weltkonstellation zwischen den großen Mächten, die sie wesentlich nach ihrem Nutzen oder Schaden für die deutschen Interessen beurteilten; empfand man es doch in gewissen Momenten der chinesischen Frage unangenehm, daß England mit seinen meisten Mitteln in Südafrika festgelegt und dafür an andern Stellen der Welt als ernsthafter Machtfaktor zeitweilig ausgeschaltet war. So wollte man von den Argumenten der Gemütspolitik nichts wissen, sondern erwog allein, inwiefern nicht das Gemeingefühl der Menschheit, sondern das Interesse des Reiches durch diesen Krieg berührt werde. Man entschied daher für strengste Neutralität, wie ungestüm auch die öffentliche Meinung drängte. Man wäre zu einer Vermittlung nur auf Nachsuchen beider kriegführenden Teile bereit gewesen, weil jeder Anlauf zu kriegerischer Vermittlung uns selbst in größere Gefahr stürzen und eine Welt von Gegensätzen gegen uns aufrufen konnte. Sobald man argwöhnte, daß Präsident Krüger vermittelst der öffentlichen Meinung einen Druck auf die deutschen Entschließungen auszuüben hoffte, schreckte man nicht vor der Ablehnung seines Empfanges zurück, vor dem denkbar schärfsten Bruch mit dem, was die öffentliche Meinung verlangte. Die Folge war, daß weite

Kreise im Volke dem Kaiser und seinem Reichskanzler zuriefen: wir verstehen uns nicht mehr. Wiederum andere Wege ging das Urteil des Historikers. Er suchte sowohl von den nationalen Zwecken des Politikers als von den menschlichen Motiven der Menge abzusehen, vielmehr sich mitten zwischen ihnen die Unbefangenheit zu bewahren, zunächst zu begreifen, nicht zu richten. Er sah auf der einen Seite auch die englische Nation von der allgemeinen weltgeschichtlichen Bewegung ergriffen, welche die großen Kolonialmächte zu geschlossenen Wirtschaftsgebieten, zu einem größeren Vaterlande auszugestalten suchte, um die daheim überschüssigen Kräfte draußen in der Weltwirtschaft im nationalen Dienste zu nutzen. Er entschloß sich daher nicht so leicht, Mr. Chamberlain für den Bösewicht oder den Narren zu halten, als den ihn (sonderbarerweise, und doch nicht ohne tieferen Grund) gerade die ihm wesensverwandten nationalistischen Parteigruppen in Deutschland, Deutsch-Österreich, Frankreich verfolgten, sondern vor allem den rücksichtslosen und persönlich unerfreulichen Vertreter einer imperialistischen Staatsführung, die in der amerikanischen Expansion unter Mac Kinley und Roosevelt, in den gleichartigen Bestrebungen Rußlands, Frankreichs und nicht zuletzt in dem Deutschland Kaiser Wilhelms II. ihr politisches Gegenstück findet. Und auf der andern Seite glaubte der Historiker zu erkennen, daß es sich in Südafrika doch nicht allein um den rohen Überfall eines Volks von Hirten durch eine Krämerweltmacht, sondern um die Ausfechtung eines Rassengegensatzes handelte, in dem die Engländer doch nicht ausschließlich die Angreifer, sondern zugleich die Bedrohten waren: bedroht von den wirtschaftlich und politisch erstarkenden Republiken, von einer Nationalität, die im Begriff war, sich in einen Staat von einer für Englisch-Südafrika gefährlichen Anziehungskraft umzuwandeln.

In diesen Richtungen etwa gingen diese drei Urteilsgruppen auseinander, eine jede ohne viel Verständnis und Verstehenwollen für die anderen und was in ihnen an berechtigten Momenten enthalten war. Ein Dilemma, das sich eigentlich alle Tage in der Beurteilung öffentlicher Dinge wiederholt. Zwar hält sich jede Urteilsart selten ganz rein von einer Beimischung aus Elementen der anderen, aber in der Hauptsache

gehen sie doch alle ihren besonderen Weg; sie berühren sich fortwährend, in der Publizistik, in den Parlamenten, in der Tagespresse, suchen aufeinander einzuwirken, aber häufig genug endigt eine solche Auseinandersetzung mit der negativen Erkenntnis: wir sehen mit andern Augen, wir reden eine andere Sprache, wir verstehen uns nicht.

Es ist nicht zu verwundern, daß sich nicht jeder bei dieser Trennung beruhigt. Auch wenn der Mensch sich in die Bedingtheit aller Erkenntnis sittlichen und geistigen Lebens gefunden hat, hört er nicht auf, nach festen Werten zu suchen, mit denen er rechnen kann. Wer mit Einsicht und Herz die großen Geschicke des Völkerlebens mitleben möchte, der will nichts von einer doppelten oder gar dreifachen Buchführung wissen, der fordert ein letztes Wort, festen Grund unter den Füßen. Er sucht zum mindesten für sich allein sich klar zu werden über eine Synthese dieser drei Urteilsarten, er fragt sich, bescheidener geworden, bis zu welchem Grade sie möglich und berechtigt sei.

I.

Untersuchen wir zunächst das Verhältnis zwischen Politik und Geschichte, ein Problem, an dem kaum ein namhafter Politiker und Historiker gleichgültig vorübergegangen ist.

Mit einer Antrittsrede „Über den Unterschied und die Verwandtschaft von Historie und Politik" hat Ranke 1834, in der Zeit als er zugleich politische Publizistik zu treiben versuchte, sein Lehramt als Ordinarius an der Berliner Universität eröffnet. Ranke bestimmt zunächst die Begriffe: der Historie, die nicht bloß sammeln, vergegenwärtigen, verstehen, Kritik üben soll, sondern die höhere Aufgabe hat, die Ursachen und Voraussetzungen der Dinge, ihre Folgen und Wirkungen, den Kausalnexus alles Geschehenen zu erkennen, um auf diesem Wege hindurchzudringen „bis zu den tiefsten und geheimsten Regungen des Lebens, welches das Menschengeschlecht führt". Und dann den Begriff der Politik, deren Gegenstand immer die Staatsverwaltung ist, also die Leitung von Gebilden, die kraft einer langen kontinuierlichen Entwicklung alle ihr eigentümliches Leben, ihre eigentümlichen Bedingungen besitzen: eine individuelle Natur, die jeder Staatsleiter vollkommen erkannt

und ergriffen haben muß. Von dieser Begriffsbestimmung aus ergibt sich zunächst eine augenfällige Verwandtschaft. Jede Politik stützt sich auf die vollkommene Kenntnis des zu verwaltenden Staates; diese Kenntnis aber ist nicht ohne ein Wissen des in früheren Zeiten Geschehenen denkbar. Und dieses Wissen ist es, das die Geschichte enthält oder wenigstens erstrebt. Ist daher die Aufgabe der Geschichte, das Wesen des Staates aus der Reihenfolge der früheren Begebenheiten darzutun, so wird die Politik es nach erfolgtem Verständnis weiter zu entwickeln und zu vollenden haben. Wie die Kenntnis der Vergangenheit unvollkommen ist ohne Bekanntschaft mit der Gegenwart, so gibt es kein Verständnis der Gegenwart ohne eine Kenntnis früherer Zeiten. Insofern Geschichte und Politik Wissenschaft sind, sehen wir sie daher eng miteinander verbunden, nur daß die eine sich mehr auf die Vergangenheit, die andere mehr auf die Gegenwart und Zukunft erstreckt. Aber beide sind mehr als Wissenschaft, sie sind zugleich auch Kunst, wie das hinsichtlich der Politik Bismarck stets mit Nachdruck betont hat. Und der Inhalt dieser beiden Künste ist ganz verschiedenartig. Denn der Historiker, als Schriftsteller, will in erster Linie das einmal Geschehene von neuem künstlerisch vergegenwärtigen, der Politiker aber will handeln, er will die in einem Staate vereinigten Kräfte durch die Kunst seiner Leitung zu bestimmten Zielen hinführen. So werden hüben und drüben die verschiedenartigsten Fähigkeiten aufgerufen, und verschiedenartig sind auch die Wirkungskreise, an die sie gebunden sind. Die Geschichtswissenschaft kann natürlich mit Vorliebe die Geschichte eines einzelnen Staates, des eigenen Vaterlandes etwa, betreiben, aber der ihr eigene Drang wird immer auf die Umfassung des ganzen Kreises alles menschlichen Geschehens fortgerissen, sie darf nicht mit dem besonderen Maßstab einer einzigen Nation, auch nicht der eigenen Nation, ausgerüstet sein, nichts Menschliches soll ihr fremd sein: sie ist mit Notwendigkeit universal. Die Politik aber ist stets national und kann nur national sein, denn sie wird stets zum Nutzen und im Dienste eines bestimmten Staates geübt und muß notwendig von dessen Natur, von dessen Interessen allein abhängig sein.

Die beiden Gegensätze, die Ranke mit sicherem Blick für das Entscheidende aufgezeigt hat, gehen im Grunde auf dieselbe Wurzel zurück. Und alles Wesentliche, was die Tätigkeit des Politikers und Historikers unterscheidet, läßt sich von hier aus begreifen.

Der Politiker muß handeln, in jedem Augenblick den veränderten Verhältnissen entsprechend handeln, er darf zwar nicht sein letztes Ziel außer Augen lassen, aber noch viel weniger die Wege, die in der gegebenen Konstellation des Augenblicks ihm offen stehen. Und diese Wege führen nicht gerade auf das Ziel zu: ein Politiker, der nur mit stürmischem Vorwärts es zu erreichen versuchte, würde bald an den Hindernissen zu Fall kommen. Bismarck verglich daher die auswärtige Politik mit der Schnepfenjagd: er setze nicht eher den Fuß vorwärts, als bis er den Bülten, auf den er treten wollte, erprobt habe; oder zu seinem Freunde Keyserling meinte er, in der Politik sei es wie im Gebirge, man müsse wegen der Abgründe Wendungen machen, die man in Ebenen nicht nötig habe. So darf der Politiker manchen Schritt seitab oder gar zurück machen, lavieren und hinhalten, er muß jede neue Entschlußmöglichkeit ausnützen, und wenn wir noch ein drittes Bild anwenden dürfen, bei jedem neuen Windstoß aus anderer Richtung die Segel anders stellen oder sie sogar einziehen. In dieser Kleinarbeit beruht ein großer Teil der „Kunst" der Politik. Sie bedarf ihrer ebenso gut wie der großen Konzeptionen des Entschlusses, der leitenden Gedanken. Goethe läßt einmal Margarete von Parma zu ihrem Geheimschreiber Machiavell sagen: „Du siehst zu weit, Machiavell. Du solltest Geschichtschreiber sein: wer handelt, muß für das Nächste sorgen." In dieser beiläufigen Bemerkung dringt der Dichter in die Tiefe des Problems. Weil der Historiker nicht zu handeln braucht, sondern nur erkennen will, hat er die Freiheit, auch in jeder Augenblickssituation den Blick auf die großen Kräfte des politischen Lebens, die er miteinander ringen sieht, ihre tiefsten Gründe und ihre letzten Folgen gerichtet zu halten. Er mag sich dieses eindringenden Verständnisses rühmen, wie auch Goethe den Geheimschreiber sich gegen die scherzenden Worte der Regentin verteidigen läßt: „Und doch, habe ich diese Geschichte nicht voraus erzählt?

Hab' ich nicht alles vorausgesehen?" Aber immer wieder wird der Politiker dieselbe Antwort wie die Regentin bereit halten: „Ich sehe auch viel voraus, ohne es ändern zu können." Das heißt: ich rechne in jeder Stunde mit den Realitäten der lebendigen Welt, mit denen ich mich auseinandersetzen muß. Freilich gibt es eine kurzsichtige und eine weitsichtige Politik, eine, die von der Hand in den Mund lebt, und eine, die Früchte für kommende Jahre sammelt, aber auch alle weitsichtige Politik bleibt an die Notwendigkeiten des Tages gebunden.

Es begreift sich, daß der Gegensatz des Handelnden und des Erkennenden niemals ganz überbrückbar ist. Der Historiker, gemächlich am Schreibtisch sitzend, kann die Handlungen beurteilen, weil er ihre inzwischen eingetretenen Folgen bereits übersieht, er hält alle Fäden von hüben und drüben in der Hand, er zerlegt die Motive der Handelnden in ihre einzelnen Bestandteile, er wägt das Für und Wider, das Recht und Unrecht zweier Parteien bedächtig ab, er darf sich wohl damit begnügen, in einer Untersuchung, in der ihm das Material nicht ausreichend erscheint, ein non liquet auszusprechen; auf das Verstehenwollen, das Eindringen in die Zusammenhänge kommt es ihm an. Wie anders sind die Anforderungen, die an den Politiker gestellt werden. Für ihn ist nicht das gerechte Abwägen ohne eigene Verantwortung. Für ihn ist die Verantwortung, der Entschluß, ja häufig die Notwendigkeit, lieber überhaupt einen Entschluß, wenn auch einen verkehrten, als gar keinen zu fassen. Die äußerste Form in der Anwendung politischer Machtmittel ist der Krieg, und auch für den Politiker in Friedenszeiten gilt, was die preußische Felddienstordnung von dem Soldaten verlangt: „Vor allem aber ist entschlossenes Handeln für die vorliegenden Zwecke zu fordern. Ein jeder — der höchste Führer, wie der jüngste Soldat — muß sich stets bewußt sein, daß Unterlassen und Versäumnis ihn schwerer belasten als ein Fehlgreifen in der Wahl der Mittel."

Die ununterbrochene Ausübung dieser Willensfunktionen bei dem Politiker und jener Erkenntnisfunktionen bei dem Historiker wird schließlich unmerklich dahin führen, daß die ganze Struktur ihrer Urteilsart verschiedenartig sich auswächst: dem Wesen des Staates, mit dem sie sich beide beschäftigen, werden

sie bald mit sehr verschiedenen Augen gegenüberstehen. Der Politiker sucht sich möglichst zu identifizieren mit den Dingen, die er betreibt; er glaubt an sie, er bedarf der festen Werte und Wahrheiten für sich selber, um sein ganzes Können für sie einzusetzen, und für die andern, die Massen, die er für die Durchführung eines absolut richtigen politischen Gedankens gewinnen will; wie kann er sich da lange mit den Gegengründen, mit der Kehrseite, die jede Sache besitzt, aufhalten, ohne die Kraft seiner eigenen Tat zu schwächen? Wiederum ist Bismarck ein klassischer Zeuge. Er sagte 1864 zu der Prinzessin Amalie von Schleswig-Holstein, wenn er eine Sache als richtig erkannt habe, so verschließe er sich absichtlich gegen die guten Gründe seiner Gegner, um sich nicht dadurch aus seiner Bahn drängen zu lassen, und rücksichtslos gehe er alsdann seinen Weg nach dem Worte: Mit Gott für König und Vaterland. „Und mit dem Wahlspruch: Suum cuique“, warf ihm die Prinzessin mit schlagfertiger Ironie ein. Aber das „Suum cuique“ ist gar nicht die Sache des Politikers, es enthält eher das Gesetz des Historikers. Dieser wird jedem das Seine geben wollen, und statt sich mit den Dingen zu identifizieren, umgekehrt seinen Glauben, seine Person, soweit es ihm möglich ist, zurücktreten lassen, um seiner Aufgabe gerecht zu werden; „ich möchte mein Selbst gleichsam auslöschen und nur die Dinge reden, die mächtigen Kräfte erscheinen lassen“, sagt Ranke in der Vorrede zu seiner Französischen Geschichte. Vortrefflich hat diese fundamentale Abweichung historischer Sinnesart von der politischen Lord Acton, der jüngst verstorbene hervorragende Historiker, formuliert: „Ideen, die in der Religion und Politik Wahrheiten sind, sind in der Geschichte Kräfte; sie wollen geachtet, sie wollen nicht bestätigt sein.“ So sieht der Historiker Kräfte verkörpert in den einzelnen Nationen, überall von besonderer Lebensform, nicht gleichwertig an sich, aber von dem gleichen Daseinsrecht nach dem Maße des ihnen innewohnenden Lebenstriebes; er sieht innerhalb der Nationen Kräfte vertreten in den einzelnen Klassen, den historischen und wirtschaftlichen Gruppen der Bevölkerung, Kräfte auch in den miteinander ringenden Parteien, den Staats- und Wirtschaftstheorien; und ideelle Kräfte nur, nicht etwa Träger der absoluten Wahrheit, sind ihm

auch die verschiedenen Religionen und zumal die verschiedenen Gestaltungen der christlichen Religion. Das alles ist für ihn ein Meer des ringenden Lebens; er soll auf die Höhe dieses Meeres hinausfahren und nicht an einer bestimmten Stelle einen festen Ankergrund suchen, etwa vom Standpunkt des höheren Rechtes seines Volkes oder der absoluten Wahrheit seiner Religion aus: zunächst sind das alles für ihn nur Relativitäten, und nicht das Amt des Richtens, sondern das des Begreifens ist ihm gegeben.

Und so kommen wir wieder zu dem zurück, worin dieser Gegensatz gipfelt: der Politiker ist national, der Historiker ist universal. Der Politiker kann nur wirken, wenn er fest in seiner Nation steht und ganz in ihr aufgeht; jede andere Politik, die etwa Klassengegensätze oder religiöse Gegensätze zu Leitsternen ihres Handelns wählt, entfernt sich damit von dem realen Boden, ohne den sie gar nicht existieren kann. Für den Historiker aber, so feurig auch sein patriotisches Herz schlagen mag, ist von Haus aus Universalität eine selbstverständliche wissenschaftliche Pflicht. Seine Arbeit ist daher an sich, so hart das für manches Ohr klingen mag, ebensowenig national, wie die des Mathematikers, und er würde sich gegen sein eigentliches Ideal versündigen, wenn er sein Erkenntnisstreben in den Dienst politischer Tendenzen und sei es auch des Patriotismus stellte. Nur mittelbar wird historische Arbeit, ihren universalen Zielen getreu, auch wieder zur Belebung nationalen Empfindens beitragen dürfen.

Es ist natürlich, daß die durchaus verschiedenen Funktionen des Politikers und des Historikers auch ihre bestimmten Vorzüge und ihre bestimmten Schwächen herausbilden; ja die Vorzüge des einen werden die Schwächen des andern sein. Stellen wir die Extreme einander gegenüber, so erscheint der Politiker blutvoll, farbig, sein Ganzes einsetzend, willensstark, in der absoluten Einseitigkeit, die das Handeln erfordert, aber eben auch einseitig, beschränkt in seinen nationalen, religiösen, sozialen Kreisen, häufig bis zur Borniertheit, bis zur Unfähigkeit, das, was jenseits liegt, zu begreifen, ungerecht und hart bis zum brutalen Egoismus seiner Interessen. Der Historiker auf der anderen Seite farblos, kritisch, selber zurücktretend,

weitblickend und gerecht, auf das allseitige Verständnis bedacht, aber in dem aristokratischen Luxus des tout comprendre verweichlicht, vor lauter Relativitäten sich selber verlierend, jeder Möglichkeit praktischer Wirkung beraubt. Ein solcher historischer Kopf wäre ebenso ein schlechter Politiker, wie jener Politiker als Geschichtschreiber eine üble Figur machen würde. Aber sie sind damit nur als Extreme vorgestellt, wie sie zwar vorkommen, aber nicht die Regel bilden. Das wirkliche Leben ist erfüllt von den mannigfachen Abstufungen, in denen sich Politik und Geschichte begegnen, und sie müssen wir kennen lernen, um unser Problem zu erschöpfen.

II.

Dahlmann hat einmal die Ansicht ausgesprochen und sie im eigenen Leben bestätigt, daß der Geschichtschreiber sich bis zum Staatsmann zu steigern habe. Wir dagegen haben gesehen, wie die Fähigkeiten, deren besondere Ausbildung von dem einen und dem andern verlangt wird, einander fast widersprechen, und müssen dieses Wort ebenso ablehnen wie auch das andere, umgekehrte, nur der könne Geschichte schreiben, der selber in Staatsgeschäften tätig gewesen sei. Eine Verbindung besteht zwar, aber sie ist viel loser und stets wechselnden Inhalts.

Die Forderung, daß ein Politiker die Geschichte des Staates kennen muß, dessen Leitung ihm übertragen ist, wird durch unzählige Beispiele auch erfahrungsgemäß bestätigt. Am greifbarsten tritt uns dieser Zusammenhang in Staaten von geschlossener Kontinuität entgegen; wo eine lange und ehrwürdige Tradition den ewigen Jungbrunnen für die lebendige Politik der Gegenwart bildet, da reichen sich Staatsmann und Geschichtschreiber immer wieder die Hände, so in den Stadtstaaten des Mittelalters, in Venedig und Florenz und nicht minder in den deutschen Städten, ferner in Aristokratien wie in dem parlamentarischen Regime Englands nach 1688, oder in einem der großartigsten historischen Zusammenhänge der Welt, der Geschichte des Papsttums. Es gibt kaum eine Instruktion für Prinzenerziehung, in der die Unterweisung in der Geschichte der Dynastie und des eigenen Staates nicht eine hervorragende

Rolle spielte. So schließt auch Friedrich Wilhelm I. von Preußen die Aufzählung der einzelnen Fächer, in denen sein Sohn unterrichtet werden soll, mit dem Satze: „absonderlich aber muß Meinem Sohne die Historie seines Hauses sorgfältig beigebracht werden.“ Und dieser ist, darin eine ganz einzigstehende Erscheinung, nicht bloß der Geschichtschreiber seiner eigenen Taten, sondern in den „Denkwürdigkeiten zur Geschichte des Hauses Brandenburg“ der Geschichtschreiber seiner Dynastie und seines Staates geworden. Als Schüler Voltaires, aber mit originaler Kraft hat er vor allem seine drei Vorgänger, den Großen Kurfürsten, den ersten König und schließlich seinen Vater charakterisiert, mit starkem Sinn für die Wahrhaftigkeit des Urteils: „Wahr zu sein, ist die erste Pflicht eines Geschichtschreibers“. Ein anderer Geschichtsleser war der Mann, der die friderizianische Politik wieder aufgenommen hat. Es ist zwar nicht näher bekannt, aus welchen Quellen Bismarck seine weitreichende Geschichtskenntnis vornehmlich geschöpft hat; die zu seiner Zeit dominierende liberale Geschichtschreibung lebte in ganz anderen Anschauungen und begegnete ihm feindlich auch auf politischem Gebiete; und nur sehr dünne Fäden führen von ihm zu den Werken Rankes hinüber, mit dessen historischer Grundanschauung seine Praxis so unendlich viel verbindet. Aber als Geschichtskenner war er von dem historischen Berufe Preußens erfüllt, aus eigener Kraft seine Macht unter den europäischen Mächten so weit zu steigern, bis sie den Staat an die Spitze Deutschlands bringe; darin viel sicherer urteilend als seine liberalen Gegner, die Gothaer, die Unitarier, die auch in der Vergangenheit einen vermeintlichen deutschen Beruf Preußens erkennen wollten und dadurch ganz fremde Züge in die preußische Geschichte hineintrugen, wie sie den führenden Staat in der deutschen Einheit aufgehen zu lassen kein Bedenken trugen. Hier wie dort gingen Geschichtsansicht und politisches Ziel eng ineinander. Aber die von den Gegnern als undeutsch und unpreußisch zugleich verschrieene Politik Bismarcks vollendete in Wirklichkeit das Werk Friedrichs des Großen in seinem eigensten Geiste.

Es bedarf keiner Erörterung, daß der Politiker ein Geschichtskenner sein soll; nur darf man nicht die subalterne

Folgerung ziehen, daß dies notwendig sei, weil die Kenntnis früherer Situationen in einer gleichen und ähnlichen nutzbringend für den Handelnden verwertet werden könne. In dem Sinne läßt sich aus der Geschichte nichts lernen, daß in ihr für bestimmte Fälle wirksame Rezepte anzutreffen wären. Gleiche Situationen kehren in der Weltgeschichte nicht wieder. Und der Reichtum dessen, was sich aus der Geschichte lernen läßt, muß von dem handelnden Manne zu seinem eigenen Besitz gemacht werden; was nützte es einem Feldherrn, der alle Situationen der Kriegsgeschichte aller Zeiten und Völker im Kopfe hätte und doch nicht die Besonderheit seiner Lage klar erwöge, aus der er allein das Schwierigste, Entschluß und Tat, zu schöpfen imstande wäre? Einen merkwürdigen Eindruck machen daher die europäischen und deutschen Fürsten, die während der Revolution von 1848 in jeder Phase nach ähnlichen Vorgängen der englischen und französischen Revolution sich umsahen und die Schatten Karls I. und Ludwigs XVI. heraufbeschworen, um sich vor tollkühnen oder vor schlaffherzigen Schritten zu bewahren. In der Welt des politischen Handelns wie in der des kriegerischen Handelns gilt das Dichterwort: „Da tritt kein andrer für ihn ein", auch kein historisches Beispiel: „auf sich selber steht er da ganz allein".

Wenden wir uns zu dem Staatsmann, der einen Schritt über den Geschichtsleser hinausgeht und selber Geschichte zu schreiben unternimmt. Man erkennt sofort, daß er sich auch in dieser Tätigkeit noch wesentlich von dem unterscheiden wird, was die Aufgabe des Historikers ist. Die Kenntnis der Vergangenheit ist für den Politiker naturgemäß nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck. Das historische Problem an sich hat für ihn kein Interesse. Er sucht in der Geschichte nur das, was für die Gegenwart einen praktisch erzieherischen Wert hat, und läßt anderes beiseite, weil er sich keinen Nutzen davon verspricht. Schon ganz von selbst ergibt sich daraus eine bewußte Auswahl aus dem historischen Stoffe. In seiner Vorrede zur Geschichte des Siebenjährigen Krieges verzichtet Friedrich der Große auf die Darstellung der Ereignisse seit 1746, „weil politische Intrigen, wenn sie zu nichts führen, nicht mehr Beachtung verdienen als die Neckereien in der Gesellschaft, und die Einzel-

heiten in der inneren Verwaltung des Staates bieten nicht genügenden Stoff zur historischen Darstellung." Es liegt auf der Hand, daß der Historiker sich schon damit nicht zufrieden geben kann. Viel bedenklicher ist es aber, wenn die Auswahl des Stoffes allein von der politischen Tendenz bestimmt, wenn etwa eine Nation oder ein Monarch nur die glänzenden Höhepunkte der vorangegangenen Entwicklung bevorzugen und sie womöglich noch zu steigern versuchen, um ihre Lieblingsvorstellungen daran zu knüpfen. Da hört die Geschichte auf, eine Lehrmeisterin der Gegenwart zu sein, sie wird zur Magd erniedrigt.

Sie bilden eine lange stolze Reihe, die Großen der Welt, die hinterdrein selber ihre Taten geschrieben hat, von Xenophons Rückzug und Cäsars Kommentaren zu den autobiographischen Notizen Kaiser Karls V. und den Memoiren Richelieus, schließlich die Folge der historischen Werke Friedrichs des Großen und die Gedanken und Erinnerungen Bismarcks. Aber so unvergänglich ihre geistige Bedeutung immer sein wird, sie sind eher eine Quelle für den Historiker, eine Quelle ersten Ranges natürlich, als Geschichtschreibung im Sinne der Wissenschaft.

Gerade das Buch, das alle, Gelehrte und Ungelehrte, innerlichst beschäftigt hat, das Werk Bismarcks, liefert den schlagendsten Beleg, wie weit die Wege des Politikers und Historikers auseinander gehen. Er gibt hier keine Historie, sondern spricht als der politische Erzieher seines Volkes. Nichts ist interessanter als die Art, wie er eine Auswahl aus den Ereignissen trifft; man sieht, worauf er am stolzesten war, was ihm am schwersten gelang, welche Gegner ihm am hinderlichsten entgegenarbeiteten; man sieht, was mitzuteilen und was zu verschweigen ihm Bedürfnis war. Denn auch hier, wo er Geschichte schreiben will, bleibt ihm ein Bedürfnis nach objektiver historischer Treue fremd: vor dem, was er im nationalen Interesse zu sagen für zulässig hält, tritt alles andere weit zurück. Ja, in der Frage der spanischen Thronkandidatur von 1870 scheut er sich nicht, trotz der von anderer eingeweihter Seite, wie von dem König Karl von Rumänien, gegebenen Enthüllungen, hartnäckig an seiner Legende festzuhalten; demselben Lothar Bucher, der in seinem Auftrage tief in diese spanischen Dinge

hineingesehen hatte, diktiert er eine entgegengesetzte Version in die Feder. Gerade der größte Politiker des 19. Jahrhunderts vermag kein Historiker zu sein, weil ihm politisches Denken ganz in Fleisch und Blut übergegangen ist. So vermag er nur diejenige Ansicht des historischen Verlaufs zu geben, die mit seinem rückwärts gewandten politischen Willen sich deckt. Gewiß das wertvollste und gewaltigste Zeugnis, das sich denken läßt, aber nur ein Zeugnis, nicht die Erkenntnis selber, auf die der Sinn des Historikers gerichtet sein muß. Wieviel Mißverständnisse sind dadurch entstanden, daß der bewundernde Leser mit einem falschen Maßstab, als wenn es sich um ein rein historisches Werk handelte, an die Gedanken und Erinnerungen herantrat.

Gehen wir nun zu der Gegenseite über, zu den Historikern, die der praktischen Politik nahe gestanden haben. Es bedarf keiner besonderen Beweisführung, daß der Historiker von der Politik der Gegenwart außerordentlich viel lernen kann. Der Historiker, der darauf verzichtet, sie mit lebendigstem Interesse zu begleiten, verstopft sich eine der reichsten Quellen der Bildung für seinen Beruf. Er wird vielmehr, auch wenn ihn seine Studien in weit zurückliegende Zeiten führen, aus der gegenwärtigen Bewegung der Mächte und ihrer inneren Kräfte immer von neuem fruchtbringende Anregungen entnehmen, um tiefer in das Verständnis des Vergangenen zu dringen. In diesem Sinne darf man sagen, daß jede Gegenwart mit ihren neuen politischen Ideen auch wieder neues Licht auf bisher dunkle oder übersehene Seiten der Vergangenheit zurückwirft. Und das Leben in der Geschichte vermag nur derjenige zu fassen, der selber mit den öffentlichen Angelegenheiten seines Volkes und seiner Zeit lebt. Die deutsche historische Literatur weist, wegen der Organisation der gelehrten Arbeit bei uns, nicht wenig Arbeiten auf, denen bei aller Exaktheit und kritischen Durchforschung von Urkunden und Akten doch etwas Totes anhaftet, weil ihnen der politische Nerv fehlt; die historisch-philologische Kleinarbeit, unerläßlich an sich, scheint oftmals der Entwicklung dieser seltenen Gabe nicht günstig zu sein. Es finden sich Beispiele genug, daß historische Arbeit den Blick für die großen Fragen der Gegenwart keineswegs immer geöffnet hat; in der ausgedehnten deutschen Flugschriftenliteratur

des Jahres 1859 über den österreichisch-französischen Krieg in Italien sind es gerade die beiden Historiker Raumer und Loebell, die mit gelehrter Kurzsichtigkeit die Einigung Italiens für eine historische Unmöglichkeit erklären. Dagegen hat Ranke keineswegs als Stubengelehrter zu der Geschichte seiner eigenen Zeit gestanden, sondern, auch nachdem die Epoche seiner eigenen publizistischen Tätigkeit längst vorbei war, jede neue Phase mit offenen Augen verfolgt, bis in sein höchstes Alter hinein, als die Welt um ihn herum sich schon von Grund aus gewandelt hatte.

Erst wenn der Historiker sich dauernd als aktiver Politiker betätigt, wird man die Frage aufwerfen, ob nicht das praktische Handeln, das Parteiergreifen auf seine wissenschaftliche Leistung in unerwünschter Weise abfärbt. Es wäre natürlich Philisterei, ihm das überhaupt zu verwehren. Hier gilt unbedingt das Wort, das Ranke 1871 bei dem Hingang des so ganz anders gearteten G. G. Gervinus aussprach: „Für die historische Wissenschaft ist es gewiß erwünscht, wenn nicht alle auf e i n e m Wege zu ihr gelangen; denn höchst mannigfaltig ist der Inhalt der Geschichte und es wird ihm nur sein Recht, wenn sich verschiedenartige Talente, auf verschiedene Weise ausgebildet, ihm widmen."

Man darf es aussprechen, daß ein großer Teil der historischen Literatur des 19. Jahrhunderts und darunter die einflußreichsten Werke ihren Ursprung den politischen Tendenzen ihrer Urheber verdanken. Schon in der Wahl ihres Themas sehen wir die Autoren von ihren politischen Sympathien gelenkt: so Thiers in seiner Geschichte des Konsulats und Kaiserreichs, so Macaulay in seiner englischen Geschichte im Zeitalter der Revolution von 1688. Schon diese beiden Namen zeigen, welchen Gewinn die Geschichtschreibung durch die Zuführung von hervorragenden politischen Köpfen davongetragen hat; beide Männer verkörpern in ihrer politischen Richtung wenigstens einen Teil der Kräfte, die in den von ihnen geschilderten Bewegungen lebendig waren. Aber hier wie dort, bei dem französischen Minister und dem überzeugten Whig, hat die Partei der Gesamtanschauung ihren Stempel aufgeprägt; ihre Einseitigkeit fordert Ergänzung, Darstellung der Gegenseite,

Emporheben in eine höhere Sphäre. Es bleibt bei dem Urteil Rankes: „daß die Ereignisse nicht in ihrem vollen Umfang erschöpft werden, daß sie noch eine andere objektive Darstellung möglich lassen, ist unleugbar.“ Und in dem Falle Macaulays ist es Ranke selber gewesen, der in seiner „Englischen Geschichte“ als Historiker sich dem Politiker entgegengestellt hat. Weiter, wieviel verdankt nicht die deutsche Geschichtschreibung den Männern, die sich besonders nach 1848 unter dem starken Antrieb ihrer politischen Überzeugungen und Hoffnungen ihr zuwandten, der Generation der Droysen, Duncker, Sybel, Häusser, Treitschke — im weiteren Sinne mag man auch Dahlmann, Waitz, Mommsen, ihr zurechnen —, der Gruppe der kleindeutschen Historiker, der politischen Historiker! Sie alle sind darin einig, mit der Geschichte politisch zu wirken. So wollte Droysen in seiner Geschichte der preußischen Politik den „deutschen Beruf“ Preußens in der Vergangenheit nachweisen; so sprach Sybel von einer „historischen Begründung unserer Frankfurter und Gothaer Gedankengänge“; und mit Recht hat Treitschke von Häussers „Deutscher Geschichte vom Tode Friedrichs des Großen bis zur Gründung des Deutschen Bundes“ gesagt, sie sei ebenso eine politische Tat als eine wissenschaftliche Leistung gewesen. Das war es, was im Grunde alle diese Männer wollten: politische Tat und wissenschaftliche Leistung miteinander in historischen Werken verbinden. Und sie waren es nicht allein, die so dachten. Überall war es, als ob aus den Gegensätzen vergangener Zeiten, weil jeder sich in ihnen wiederfand, der große Kampf der Gegenwart herausklang. Überall stießen Kleindeutsche und Großdeutsche, Liberale und Klerikale, feudale Romantiker und Demokraten aufeinander: in der Geschichte der französischen Revolution, in der Rivalität Österreichs und Preußens im 18. Jahrhundert, in der Reformationsgeschichte, in dem Verhältnis zwischen Kaisertum und deutscher Nation, in dem Kampf zwischen Kaisertum und Papsttum.

Und was man in den fünfziger und sechziger Jahren in der deutschen Wissenschaft besonders lebhaft beobachtet, das gilt überhaupt. Das Bedürfnis politischer Parteien, ihren Zielen eine historische Begründung zu geben, führt sie alle dazu, ihre Geschichtsansicht mit ihren eigenen politischen Ansichten

zu durchtränken. Wo eine Partei an hergebrachten Traditionen im wesentlichen festhält, vollzieht sich das ganz natürlich. Aber auch die Parteien, die den Gedanken der Zukunft vertreten, versuchen ihre Tendenz schon in der Vergangenheit als wirksam erscheinen zu lassen. Selbst revolutionäre Parteien, wie das Beispiel von Marx und Lassalle zeigt, glaubten in ihrer Geschichtsansicht eine Grundlage, eine gewaltige Seite ihrer Berechtigung zu besitzen.

Umsomehr fragen wir: fällt diese enge Verbindung mit der Politik zum Nutzen oder zum Schaden der objektiven Erkenntniszwecke der Geschichte aus? Ein Gewinn ist ja unleugbar: immer wieder wird eine neue Belebung des Vergangenen durch die Aufstellung neuer Gesichtspunkte, mögen sie auch noch so einseitig durchgeführt werden, erzielt. In der Beeinträchtigung aber gibt es viele Abstufungen. In Zeiten erregten Kampfes macht sich der Einfluß der politischen Strömung stärker bemerkbar, in Zeiten der Beruhigung schwächt er sich ab. Bei einem gewissenhaften und geschulten Gelehrten wird auch die politische Tendenz weniger schädlich wirken als bei einem Dilettanten; in den Händen der radikalen Parteien wird sie gewaltsamer mit den historischen Tatsachen umspringen, als in den Händen von Mittelparteien, die durch ihre eigene Richtung schon zu einer relativ maßvolleren Haltung gegenüber anderen Parteien genötigt sind; wie weit hat sich z. B. eine an sich kenntnisreiche und temperamentvolle Darstellung wie Franz Mehrings „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" von jeder Billigkeit im Verstehen der anderen entfernt! So stehen sich auch unter den Produktionen der „politischen Historiker" Werke gegenüber, die trotz der Parteistellung ihrer Urheber sich das Streben nach unbefangener Erkenntnis bewahrt haben, und solche, in denen der Politiker den Historiker totgeschlagen hat; unter den Liberalen trifft das auf Gervinus zu, tieferstehender Werke aus allen Lagern ganz zu geschweigen. Für alle diejenigen Historiker, für die der Glaube an die gottgesetzte Papstkirche als Hüterin des reinen und ewig unveränderlichen Dogmas verbindlich ist — es handelt sich darin um die äußerste Form nicht bloß religiöser, sondern auch politischer Bindung —, ist eine freie Bewegung des historischen Denkens

von vornherein unmöglich. Die eine Forderung darf man an alle Parteirichtungen stellen, daß ihnen die politische Tendenz nicht auch verdunkelnd und irreführend in die historische Kleinarbeit, in Quellenkritik und Quellenverwertung einbricht; aber auch an solchen Beispielen undisziplinierter Interpretation der Quellen ist die Wissenschaft nicht arm.

Wie nun aber auch jene politisch stärker beeinflußten Historiker ihr Amt ausüben, ihnen allen gegenüber heißt es, daß sie „noch eine andere objektive Darstellung möglich lassen", und es bleibt die Pflicht der Wissenschaft, unermüdlich nach einer solchen objektiven Darstellung zu streben. So wird auf die Epoche jener kleindeutschen Historiker, mögen sie auch glänzend repräsentiert sein in einem so klugen und klaren Geist wie H. v. Sybel und in einem so mächtigen Publizisten und Künstler wie H. v. Treitschke, doch wieder eine Generation folgen, die diese Ergänzung zu liefern sich vorsetzt. Je weiter wir uns von den Gegenständen entfernen, desto möglicher wird es; erst nach 1866 sind wir instand gesetzt, über den Dualismus zwischen Preußen und Österreich ruhiger zu urteilen; und während Bismarck noch 1888, rein politisch empfindend, in der Geffckenschen Veröffentlichung des kronprinzlichen Tagebuches von 1870 eine schwere Schädigung des Reichsgedankens erblickte, sehen wir heute schon tief und ohne Erregung, als Historiker, in die inneren Kämpfe hinein, in denen das neue Reich sich im Kriegsjahre gestaltet hat.

So nimmt die Arbeit des Historikers niemals ein Ende, sie würde auch dann niemals mit dem Stoffe der Vergangenheit fertig werden, wenn keine neuen Quellen mehr gefunden würden und der Fortschritt der Zeit nicht den Stoff vermehrte. Die Geschichtschreibung ist wie das unendliche Meer, Flut und Ebbe wechseln, niemals hört die Bewegung auf, immer neu ist das Bild des ganzen in ewigem Wechsel. Immer wieder werden neue politische Gedanken die Ansicht der Vergangenheit vertiefen, bisher unsichtbare Zusammenhänge erschließen, mit aller Einseitigkeit und Schärfe das Licht von anderer Seite einfallen lassen, manches darob verdunkeln, was schon vorher gewonnen war; und immer wieder erhebt sich unwiderstehlich das Bedürfnis, den einseitigen Fortschritt in einer höheren

objektiven Einheit aufzulösen. Immer frische Kräfte wird die Historie aus der Berührung mit dem universalen Erkenntnisprinzip, ihrem unerschöpflichen Mutterboden, ziehen, und immer wieder, ungebrochen durch die niemals aufhörende Abirrung, sich riesenhaft erheben.

Ist aber dieser universalen Tendenz der Geschichtschreibung nicht doch eine Grenze gesteckt durch die dem eignen Vaterlande geschuldete Rücksicht? Soll die Geschichte des eigenen Volkes nicht doch anders gesehen werden als die eines fremden? Heinrich von Treitschke hat in der Vorrede des vierten Bandes seiner Deutschen Geschichte mutig erklärt: „Ich schreibe für Deutsche. Es mag noch viel Wasser unsern Rhein hinabfließen, bis die Fremden uns erlauben, von unserm Vaterlande mit demselben Stolze zu reden, der die nationalen Geschichtswerke der Engländer und Franzosen von jeher ausgezeichnet hat." Und sein eigenes Werk nimmt allerdings neben Thiers und Macaulay, ja sie überragend, eine vornehme und weithin wirkende Stellung in unserer Literatur ein. Niemand möchte es missen. Zu jeder Zeit und in allen Völkern werden Werke dieses Charakters die höchste Bewunderung entzünden. Sie werden Führer ihrer Völker. Trotz alledem ist es für die Geschichte als Wissenschaft nicht die höchste Aufgabe, in den einzelnen Völkern Denkmäler nationalen Stolzes zu errichten. Ihre universalen Ziele verbieten das. Wo bliebe die Wahrheit der Erkenntnis, wenn in jedem Volke sich der Historiker mit der harten Gesinnung des Politikers: „right or wrong, my country" erfüllte! Läßt sich aber überhaupt die richtige Mitte finden, auf der beide Forderungen versöhnt werden? Eine bestimmte Grenze gibt es nicht, man wird sie in verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Situationen bald enger, bald weiter ziehen: Takt und Gewissen der einzelnen Persönlichkeit müssen entscheiden. Es gibt Zeiten, in denen man alles heraussagen darf, und Zeiten, in denen es ein Verbrechen wider die Nation wäre, wenn man es täte. Wir haben heute gelernt, Persönlichkeit und Politik des ersten Napoleon im welthistorischen Zusammenhange, frei von nationaler Befangenheit, zu begreifen, aber wie hätte ein Historiker in den Jahren zu Worte kommen dürfen, als Heinrich von Kleist die Seelen aller Deutschen mit fanati-

schem Haß gegen den Einen erfüllen wollte! Soll man einen Wegweiser für einen Historiker in nationalen Fragen aufrichten, so müßte man draufschreiben: in der quellenmäßigen Einzelarbeit absolut sachliche Objektivität zu üben, und im Urteil stets den höchsten Standpunkt, die universale Betrachtungsweise, aufzusuchen, während der nationale Gedanke nur in der Farbe und dem Blute der Darstellung durchleuchten mag.

Wir wissen wohl: mancher stellt an die Geschichte andere Anforderungen und vollends an den Geschichtsunterricht auf den Schulen. Man fordert, daß der Historiker Erzieher zur Vaterlandsliebe sei. Aber jede Wissenschaft dient der Nation nur dadurch, daß sie ihrer eigensten Aufgabe getreu bleibt. Der Historiker wird mittelbar durch den Inhalt seiner Arbeit die vaterländischen Gefühle beleben und anfeuern, aber sein unmittelbarer Zweck darf dies nie sein. Soll er Erzieher sein, so vermag er es nur kraft der Wahrhaftigkeit des Erkennens, in der er, selbst hinauswachsend über die nationalen Schranken, sein Volk auf den Weg der Selbsterkenntnis führt, daß es frei und gerecht im Urteil, stark im Handeln werde. Und darum erinnern wir uns noch einmal der Worte eines preußischen Königs: „Wahr zu sein, ist die erste Pflicht eines Geschichtschreibers."

III.

Treten wir aus dem Kreis unserer bisherigen vergleichenden Betrachtung heraus und in die Sphäre der dritten Urteilsart über öffentliche Dinge, der sogenannten öffentlichen Meinung, hinüber, um ihr Verhältnis zu der normalen Auffassung des Politikers hier und des Historikers dort zu untersuchen, so stehen wir vor allem andern einer Reihe von Fragen gegenüber, die weder ohne weiteres noch leicht zu beantworten sind: worin besteht denn eine öffentliche Meinung, wie hat sie sich gebildet, vermöge welcher Organe äußert sie sich, und welche Bedeutung hat sie in den einzelnen Ländern?

Denn dieser Begriff ist nicht so feststehend, wie derjenige der Politik und der Geschichte. Wer ihn fassen und bestimmen will, erkennt sofort, daß er es mit einem zugleich tausendfältig sichtbaren und schemenhaften, zugleich ohnmächtigen und überraschend wirksamen Wesen, einem Proteus zu tun hat, der sich

in unzähligen Verwandlungen darstellt und uns immer wieder entschlüpft, wenn wir ihn zu halten glauben.

Der kluge Lothar Bucher, der in seltener Verbindung ganz radikal und ganz realpolitisch dachte und niemals, zumal in politischen Fragen, den blendenden Worten traute, sondern immer nach den dahintersteckenden Dingen suchte, hat einmal den Gedanken einer politischen Terminologie gehabt. Er wollte darin manchen Worten, die in der Welt ein großes Geräusch machen und die Menschen hinter sich herziehen, auf den Leib rücken, sie sezieren, sie auf ihre Herkunft befragen und schließlich in ihrer Nacktheit dem Publikum vorstellen. Er hat die Stellen zusammengetragen (da die üblichen Zitatenschätze versagten), an denen zuerst dieses Wort „öffentliche Meinung“ in der deutschen Literatur erscheint. In der Dichtung ist Schiller der erste, der in seiner Maria Stuart den Grafen Leicester zu Elisabeth sagen läßt (II. Akt, 9. Auftritt):

> „— — auch Staatskunst will es,
> Daß du sie siehst, die öffentliche Meinung
> Durch eine Tat der Großmut dir gewinnest.“

Schon vor ihm hatte in der Prosa Wieland in seinen „Gesprächen unter vier Augen“ auch über die öffentliche Meinung gehandelt. Beide aber haben den Begriff nicht original gebildet, sondern nur, was in der französischen Literatur und Sprache bereits eine stehende Wendung geworden war, unserem Sprachgute vermittelst einfacher Übersetzung einverleibt. Bei den Franzosen wendet sie zuerst J. J. Rousseau an, nicht, wie man erwarten sollte, im „Contrat social“, sondern in der „Nouvelle Héloïse“, und auch nicht im verherrlichenden Sinne, wie es im Geiste seiner auf die Volkssouveränität gestellten Staatsauffassung gelegen hätte, sondern mit dem üblichen mißachtenden Akzent, der auf dem lateinischen Worte opinio und dem französischen opinion liegt und auch in unserer „Meinung“, dem unbegründeten, unmethodischen, schwankenden Wähnen, im Gegensatz zum begründeten und methodischen Urteil, wiederklingt. Denn Rousseau sagt: „Je distingue dans ce qu'on appelle l'honneur celui qui se tire de l'opinion publique et celui qui dérive de l'estime de soi-même; le premier consiste en

vains préjugés plus mobiles qu'une onde agitée, le second se base dans les vérités éternelles de la morale." Aber seine Generation hat den Ausdruck auch in die politische Literatur eingeführt. Necker hat zuerst in einem öffentlichen Schriftstück von 1784 die Macht der öffentlichen Meinung angerufen, die nach seinem Bankiersstandpunkt für den Staatskredit schwer ins Gewicht fiel; er erklärte sie für eine „puissance invisible, qui sans trésors, sans gardes et sans armée, donnait des lois à la ville, et jusque dans le palais des rois." Dann hat Mirabeau den Ausdruck häufig gebraucht, und fast gleichzeitig taucht auch in einem englischen diplomatischen Bericht von 1781 the public opinion auf. Und seitdem sind die beiden Wendungen, in England fortan „public opinion", in Frankreich „l'opinion" kurzweg, ein Gemeingut des politischen Sprachschatzes dieser Völker geworden, und ihnen nachfolgend die von ihnen entlehnte deutsche „öffentliche Meinung".

Soviel sehen wir: das Wort ist ein Erzeugnis der Aufklärung, der Zeit, wo die Fundamente der alten Staaten tiefer in die Gesellschaft hineingelegt werden und der demokratische Gedanke die Welt erobert, daß jeder Einzelne nicht bloß Untertan, sondern auch ein Teil des Souveräns ist und seinen berechtigten Anteil an der Gesetzgebung des Staates hat. Es kann nicht anders sein, als daß, wo das Wort auftaucht, auch der Begriff, der durch das Wort ausgedrückt wird, geboren sein muß.

Er hängt zusammen mit einer Staatslehre, die wie diejenige Rousseaus in der Nationalsouveränität und dem Gesellschaftsvertrage gipfelt, mit den demokratischen Staatsideen, die zuerst in den nordamerikanischen Kolonien, dann in dem Frankreich seit 1789 jene Lehre zur Wirklichkeit machten und von hier aus mit ungeheurer Kraft der Propaganda in immer neuen Anstößen die alte europäische Staatenwelt umgestalteten. Erst innerhalb konstitutioneller oder demokratischer Staatsfromen kann die öffentliche Meinung als ernsthafter politischer Faktor, mit dem Rechte sich zu äußern und mit dem Anspruch, gehört zu werden und womöglich gar maßgebend in die Politik des Staates einzugreifen, in Betracht kommen. Und so hat denn im 19. Jahrhundert die unsichtbare Macht der öffentlichen Meinung ihren Siegeszug in Europa gehalten. Es verstand

sich für jeden halbwegs Liberalen von selbst, ihre Bedeutung zu preisen, und es fanden sich auch bald Staatsmänner, die ihr, nur in Worten oder in der Tat, die größten Komplimente machten. Typisch geschah das in dem Lande, das zuerst den politischen Begriff der öffentlichen Meinung entwickelte, in England. Im Jahre 1829 erklärte Lord Palmerston, damals noch im Beginn seiner politischen Laufbahn, im Unterhause: „Es gibt in der Natur eine bewegende Kraft, den Geist. Alles andere ist passiv und träge. In den menschlichen Dingen ist diese Kraft die Meinung; in politischen Angelegenheiten ist es die öffentliche Meinung; und wer sich dieser Kraft bemächtigen kann, wird mit ihr den Arm von Fleisch und Bein sich unterwerfen und seinen Zwecken dienstbar machen. Diejenigen Staatsmänner, die es verstehen, sich die Leidenschaften, die Interessen und die Meinungen der Menschen zu Nutze zu machen, sind imstande, ein Übergewicht zu erreichen und einen entscheidenden Einfluß auf die menschlichen Geschicke auszuüben, außer allem Verhältnis zu der Kraft und den Hilfsquellen des Staates, den sie regieren.“ Eben durch diese Rede stieg Lord Palmerston rasch zu leitenden Stellungen im Ministerium empor und er verstand jahrzehntelang das Instrument, dessen Vortrefflichkeit er so gerühmt hatte, als ein meisterhafter Virtuose zu spielen, den Riesen der öffentlichen Meinung drohend ins Gefecht zu schicken und ihn doch wie ein Kind am Gängelbande zu führen, ihm zu schmeicheln und ihn zu düpieren. Und seine Praxis gewann sich anerkannte Geltung. Unzählige Male wurde in England der Satz wiederholt: „ours is a government by public opinion“: bei uns wird vermittelst der öffentlichen Meinung regiert. Und aus dieser angeblichen, weil eben anfechtbaren Tatsache leitete man den Schluß ab, daß nur der Staat wirkliche Festigkeit besitze und nur die Regierung sich einer wahrhaften Berechtigung erfreue, die im Einklang mit dieser öffentlichen Meinung die Geschicke des Volkes leite. Was auf englische Verhältnisse angewandt einen Sinn hatte, sollte auch für alle anderen Staaten von Geltung sein. Charakteristisch für diese landläufige Theorie sind, um nur ein Beispiel zu nennen, die Briefe, in denen der Prinzgemahl Albert, rasch in diese liberalen englischen Anschauungen eingelebt, dem Prinzregen-

ten von Preußen, dem späteren Kaiser Wilhelm I., diese mystische Macht als beste Stütze seiner Regierung zu empfehlen suchte. In einem Schreiben vom 7. Februar 1859 riet er ihm, für seine Regierungsgrundsätze Anschluß an diejenigen Faktoren zu suchen, in denen „heutzutage die wirkliche Kraft und Sicherheit der Regierungen liegt, nämlich in der durch freie Diskussion gebildeten und geläuterten öffentlichen Meinung. In ihr wird der Leitstern, aber auch die Berechtigung für die Schritte der Regierungen zu suchen sein. Daß ihre Sprache laut und wirkend werde, ist für Preußens Sicherheit und Kraft die Hauptbedingung. Mein Rat wäre also dieser: Schaffe Dir diese Gewalt, sie ist es, welche Frankreich und Rußland imponieren, die England und Deutschland vereinigen wird. Die öffentliche Meinung Englands ist es, vor der sich Napoleon fürchtet.“ Heute mag man über diese Worte lächeln, aber es ist ohne Zweifel, daß Albert ehrlich an diese inhaltlosen Sätze wie an Wahrheiten glaubte, während sie für seinen Minister nur eine der geschickt verwandten Phrasen bedeuteten, an denen die politische Terminologie keinen Mangel leidet. Und wenn auch der Prinzregent nicht ebenso gründlich in diesen Gedankengängen bewandert war, so hat er sich doch in den Regierungshandlungen seiner ersten Jahre allerdings in ähnlicher Richtung bewegt. In seinem Programm vom Oktober 1858 spricht er offen aus, daß Preußen fortan durch die Gerechtigkeit und Weisheit seiner Einrichtungen in Deutschland moralische Eroberungen zu machen sich vorsetzen werde: das sollte heißen, durch ein ehrlich verfassungsmäßiges Regiment die öffentliche Meinung Deutschlands für sich zu gewinnen. Diese Rücksichten blieben für ihn maßgebend während der Jahre, in denen er im wesentlichen selbständig, nach seinen Ideen, die Regierung geführt hat, bis zum September 1862, wo Bismarck in das Ministerium eintrat. Der aber hatte schon 1849 gespottet über „das Phantom, das unter dem fingierten Namen von Zeitgeist und öffentlicher Meinung die Vernunft der Fürsten und Völker mit seinem Geschrei betäubt, bis jeder sich vor dem Schatten des andern fürchtet und alle vergessen, daß unter der Löwenhaut des Gespenstes ein Wesen steckt von zwar lärmender, aber wenig furchtbarer Natur“. Und in dieser Nichtachtung fuhr er als

Minister fort. Gleich nach der Übernahme seines Amtes rief er den Abgeordneten zu, daß nicht durch Reden und Majoritätsbeschlüsse die großen Fragen der Zeit entschieden würden, sondern durch Blut und Eisen, oder ein andermal: man schieße nicht mit öffentlicher Meinung, sondern mit Pulver und Blei. Für den Realpolitiker bestand die Macht der öffentlichen Meinung nur in der Einbildung; in der Theorie und in der Praxis wollte er nichts von ihr wissen. Damit stand Bismarck freilich in seinem Lande fast allein, und es wird noch zu erörtern sein, mit welchem Rechte er es tat und ob er es auf die Dauer hätte tun dürfen.

Jedenfalls sehen wir einen politischen Faktor in der Geschichte des 19. Jahrhunderts auftauchen, der von der einen Seite auf das höchste, von der andern Seite auf das niedrigste bewertet wird. Treten wir darum der Frage näher: worin besteht die öffentliche Meinung? Fragen wir die Philosophen und die Staatsrechtslehrer danach, so erhalten wir fast allein von Hegel eine Antwort, die an Bismarcks Nichtachtung erinnert. Nach seiner Ansicht verdient die öffentliche Meinung ebenso sehr geachtet, wie verachtet zu werden, geachtet nach ihrer wesentlichen Grundlage, verachtet nach ihrem konkreten Bewußtsein; da ihr der Maßstab der Unterscheidung fehle, so sei die Unabhängigkeit von ihr die erste formelle Bedingung zu etwas Großem und Vernünftigem, in der Wirklichkeit wie in der Wissenschaft. Die liberalen Staatsrechtslehrer und Politiker dagegen schwammen mit der landläufigen Ansicht und nahmen sogar die schwierige Aufgabe auf sich, die öffentliche Meinung in eine bestimmte Beziehung zu den konstituierten Gewalten im Staate zu setzen. Im Jahre 1862 schrieb Bluntschli in seinem Staatswörterbuch die für den Durchschnittsliberalismus jener Jahre sehr bezeichnenden Sätze: „Die Macht der öffentlichen Meinung ist seit etwa einem Jahrhundert in der zivilisierten Welt ganz ungeheuer gestiegen. Jeder Staatsmann ist gezwungen, diese ‚neue Großmacht‘ zu berücksichtigen. Sie ist die Autorität der unwissenden Menge und das Studium der Weisen geworden. Die öffentliche Meinung setzt immer ein freies Urteil voraus, wie es in politischen Dingen möglich, aber dem religiösen Ergriffensein fremd ist. Ohne Ausbildung

der Denkkraft und der Urteilsfähigkeit gibt es daher keine öffentliche Meinung, und nur in einem freien Volksleben kann sie gedeihen. Sie ist die Meinung vornehmlich der großen Mittelklasse. Daraus erklärt sich ihre große Bedeutung für die Gegenwart, denn niemals war der Einfluß der Mittelklasse größer als jetzt." Mit einer fast naiven Selbstverständlichkeit wird hier im Namen der großen Mittelklasse, der besitzenden und gebildeten Schichten des Bürgerstandes, Beschlag auf die privilegierte Vertretung der öffentlichen Meinung gelegt; ein Theoretiker, der freilich immer mehr Politiker war, trägt kein Bedenken, den politischen Begriff, den er erklären will, ganz nach den Bedürfnissen einer einzigen sozialen Klasse, und zwar einer bestimmten Parteirichtung innerhalb dieser Klasse zuzuschneiden. Es war nicht allein das Jahr, in dem Bismarck das Ruder des preußischen Staates in die Hand nahm, von vornherein entschlossen, in dem Kampfe mit Österreich auch die Waffe des allgemeinen und gleichen Stimmrechts zu gebrauchen, es war auch das Jahr, in dem Lassalle seine Arbeiterpropaganda begann und nunmehr hinter der „großen Mittelklasse" ein neuer Stand auftrat, der kraft seiner Zahl und wirtschaftlichen Leistung den Anspruch erhob, das Volk zu sein und die breiteste und gesundeste Schicht der öffentlichen Meinung zu repräsentieren. So kam Bluntschli später in seiner „Politik" (1876) von jener maßlosen Einseitigkeit wieder zurück.

Soviel erkennt man schon an dieser Stelle: in den seltensten Fällen gibt es im Volke eine einheitliche öffentliche Meinung, in den meisten Fällen mehrere öffentliche Meinungen, die in bestimmten großen politischen, religiösen oder sozialen Gruppen ihren Sitz haben und miteinander ringen. Man könnte heute bei uns zum mindesten sagen, es gäbe eine konservative, eine liberale, eine katholische (ultramontane), eine sozialdemokratische öffentliche Meinung, und würde dann noch verschiedene Nuancen unter einem einzigen Hute zu vereinigen haben. Jede von ihnen hat aber die starke Neigung, sich als die eigentliche und wahre, den Kern des Volkes hinter sich vereinigende öffentliche Meinung aufzuspielen und die andern nach Möglichkeit zu ignorieren. Man hat wohl gespottet über die drei Schneider von Tooley Street in London, die zur Zeit Lord Castlereaghs

dabei ertappt und darüber angeklagt wurden, daß sie eine Proklamation verfaßt hätten, die mit den Worten begann: „Wir, das englische Volk". Aber in anderm Maßstabe suchen alle großen Interessengruppen in einem Volke denselben Kunstgriff anzuwenden. Es soll nicht bestritten werden, daß zuweilen über alle Parteiunterscheidungen hinweg eine Gemeinsamkeit der öffentlichen Meinung sich bemerkbar macht, wie es zuletzt an dem Beispiel, von dem wir ausgingen, geschehen ist: in der Stimmung des deutschen Volkes während des Burenkrieges. Die Regel ist es aber keineswegs, sondern eher das Gegenteil, und damit scheint das Urteil über alle Versuche gesprochen, welche „die" öffentliche Meinung als einen greifbaren und zu fixierenden Faktor des politischen Lebens in allen Ländern zu bestimmen suchen.

Nach Bluntschli hat Franz von Holtzendorff in einer Schrift über „Wesen und Wert der öffentlichen Meinung" (1879) den Versuch in einer relativ besonnenen Weise gemacht, unseren Begriff genauer zu definieren und zu umgrenzen. Indem er ihn nach allen seinen Beziehungen untersuchte, faßte er ihn im Gegensatze zu der individuellen Meinung, zur Meinung der Staatsregierungsorgane, zu den Meinungen der politischen Parteien, zur Meinung der Sachverständigen, zur Standesmeinung einzelner Gesellschaftsklassen. Eine befriedigende Definition vermochte er aber nicht zu geben, weil er zur sehr unter dem Banne der Voraussetzung stand, als wenn die öffentliche Meinung in allen Ländern ein gleichartiger Faktor sei. Dem ist aber nicht so. Vielmehr bedeutet sie in dem einen Lande mehr als etwa in einem andern, hat sie in dem einen Lande ein ganz anderes Gewicht als in dem andern. Sie kann sich in einem kleinen Stadtstaate ganz anders äußern als in einem größeren Reiche, in dem sie wiederum besondere Organe findet. Sie ist abhängig von den bestehenden Verfassungsformen eines Staates, je nachdem ein einziger Wille, eine kleine Schicht oder die breiten Massen Einfluß auf die Regierungsmaschine ausüben, sie ist abhängig von dem Stande der politischen Erziehung eines Volkes, von einer gewissen Einheitlichkeit in seiner Zusammensetzung. Statt der immer etwas nebelhaft bleibenden Versuche der Systematiker, einen politischen Grund-

begriff zu ermitteln, würde es für eine historisch-politische Beurteilung zweckmäßiger sein, eine englische öffentliche Meinung, eine französische, eine deutsche öffentliche Meinung, ins Auge zu fassen und zunächst einmal diese auf ihre Bestandteile zu untersuchen, bevor man zu einer vielleicht gar nicht möglichen Generalisierung schreitet.

Betritt man diesen induktiven Weg, so fallen sofort die erheblichsten Unterschiede auf. In Rußland würde man vielleicht das Vorhandensein dieses politischen Faktors ganz bestreiten, und gewiß ist seine Bedeutungslosigkeit gegenüber dem Willen des absoluten Herrschers, bei dem Mangel parlamentarischer Organe, bei der Abhängigkeit der Publizistik und der Presse, in normalen Verhältnissen außer Frage. Daß er aber auch hier gelegentlich eine Macht sein kann, zeigt z. B. die Vorgeschichte des russisch-türkischen Krieges von 1877, in den die Regierung des Zaren zu einem Teil durch das Treiben der in der Moskauer Presse vertretenen öffentlichen Meinung, d. h. gewisser Volksinstinkte religiösen und nationalen Charakters, hineingedrängt worden ist. Oder ein noch überraschenderes Beispiel: welcher Staatsmann in Österreich würde es auf sich nehmen, nach dem Rezept des Prinzen Albert die öffentliche Meinung zum Leitstern seines Handelns zu machen, denn wie und wo wollte er sie ermitteln in diesem Chaos der einander widerstrebenden Nationalitäten? Gewiß ist daraus der Schluß zu ziehen, daß eine öffentliche Meinung im politischen Sinne nur in einem Staate zu finden ist, der auf einer einzigen Nationalgemeinschaft aufgebaut ist.

So kann man in Frankreich und England viel ernsthafter mit ihr rechnen, weil man es hier wie dort mit einer einheitlichen Nation mit lang zurückführender einheitlicher Geschichte, zumal in England mit einer imposanten Kontinuität alles politischen Lebens zu tun hat, und schließlich in beiden Ländern die Leitung der Geschäfte verfassungsgemäß oder tatsächlich dem Willen der Gesamtheit und ihrer Vertretung unterliegt. In Frankreich wird die Regierung von den Ministerien mit den beiden Kammern geführt, das Ministerium gebildet aus der Majorität der Deputiertenkammer bzw. einigen sich zu einer Majorität verbindenden Gruppen. Sein Bestand

unterliegt aber manchmal einer plötzlichen Erschütterung, weil die Meinung in Paris umschlägt und eine veränderte Parteigruppierung in der Deputiertenkammer hervorruft, womöglich gar einen Beschluß, der den sofortigen Rücktritt des Ministeriums zur Folge haben kann. Zu einem solchen Resultat wirken dann noch verschiedene Nebenumstände zusammen: die zentrale Bedeutung, die Paris durch das wichtigste Organ der öffentlichen Meinung, die Presse, und den gewaltigen Resonanzboden der großstädtischen Bevölkerung mit seiner außerordentlichen Empfänglichkeit hergebrachterweise für Frankreich besitzt, die Erregbarkeit französischen Temperaments, die dem Augenblick gehorchend einem elektrischen Funken gleich von einem zum andern springt und eine große Versammlung widerstandslos mit sich fortreißt. So sind Vorgänge zu erklären, wie der von der öffentlichen Meinung geforderte und sofort von der Kammer durchgeführte Sturz des Ministeriums Ferry wegen einer Niederlage in Tonkin; eine plötzliche Aufwallung forderte einen Sündenbock und opferte den „Tonkinesen", den allein dieses Schmähwort im Moment fast tötete: zum Vergleich diene, wie viel leichter man über das viel peinlichere Ereignis von Faschoda hinwegkam, weil man darüber hinwegkommen wollte. Wiederum ganz anders funktioniert die öffentliche Meinung in England, hier am regelmäßigsten, erkennbarsten und am dauerndsten. Ihre besondere Machtstellung hängt mit dem besonderen Charakter der parlamentarischen Verfassung und namentlich mit dem Umstande zusammen, daß zwei Parteien vorhanden sind, die sich gegenseitig bekämpfen, aber beide des Glaubens sind, daß die in den Unterhauswahlen ausgedrückte Stimmenmehrheit das Recht der Staatsverwaltung und Staatsleitung den Ministerien verleihen und entziehen kann. Das Wesen dieser Regierungsmethode besteht darin, daß jede Partei von vornherein die Möglichkeit anerkennt, die Stütze der öffentlichen Meinung zu verlieren, und sich stillschweigend verpflichtet fühlt, diesem unanfechtbaren Schiedsrichteramt sich zu fügen. Daher das besondere Interesse, mit dem jede Parlamentsnachwahl auf ihre Stimmenverschiebung kritisiert wird, daher ferner die besonderen Anstrengungen der Parteien, die öffentliche Meinung in ihrem Geiste zu regu-

lieren. Die Unterschiede von Frankreich sind wiederum offensichtlich. Zwar ist auch in England die politisch einflußreiche Presse, fast in dem Maße wie in Frankreich, wesentlich auf die Hauptstadt beschränkt, aber die politische Initiative liegt nicht bei London, sondern im Gegenteil in den Provinzen. Bei allen großen Bewegungen des verflossenen Jahrhunderts läßt sich das verfolgen, bei der Chartistenbewegung, bei der Anti-Kornzolliga, und auch Mr. Chamberlain suchte die öffentliche Meinung der Provinzen für eine imperialistische Schutzzollpolitik zu erobern, um als Sieger nach London in das Ministerium zurückzukehren.

Nun genug der Andeutungen, die alle nur aphoristisch sein und an keiner Stelle ihren Gegenstand erschöpfen können. Nur so viel wird sich erkennen lassen, daß in jedem Lande die öffentliche Meinung in verschiedenem Gewande auftritt, und daß ihre Bedeutung in dem einen mit derjenigen in dem andern Lande gar nicht verglichen werden kann. Und darum hatte auch Bismarck nicht so unrecht, als er sie in Preußen als ein wesenloses Phantom verspottete. Das war gegen die Liberalen gerichtet, die diesen Begriff von England übernommen hatten und mit ihm hantierten, als wenn auch die übrigen politischen Verhältnisse, die Machtverteilung zwischen Krone und Parlament, die Zusammensetzung der Gesellschaft und die im Volke lebendigen Traditionen bereits den englischen Zuschnitt gehabt hätten. Gegen diesen Doktrinarismus wandte sich der Realpolitiker und der Verlauf der Dinge gab ihm recht.

Wie die öffentliche Meinung eines jeden Landes ein verschieden zu wertendes Element des politischen Lebens ist und als Machtfaktor auch innerhalb desselben Landes je nach der Situation mit schwererem oder leichterem Gewicht in die Wagschale fällt, so ist auch die Bedeutung des vornehmsten Organs, dessen sie sich bedient, der Presse, der politischen Publizistik, nirgends sich gleichbleibend. In England hat es lange Zeiten gegeben, etwa die beiden ersten Drittel des verflossenen Jahrhunderts, wo man den Satz: „In England regiert die öffentliche Meinung“ durch einen zweiten ergänzen konnte: „Die Pythia dieser Regentin ist die ‚Times‘“. Schwer freilich war zu sagen, ob sie es war, welche die öffentliche Meinung lenkte oder ob

sie nicht ihrerseits mit rascher Empfänglichkeit für jedes neue Lüftchen sich von ihr lenken ließ und eben dadurch immer an der Spitze jeder sich durchsetzenden Strömung marschierte. Sie ist auch deswegen lange Zeit eine wirkliche Macht gewesen. Es ist bekannt, daß der Geschäftsführer der „Times" einmal vor einer Kommission des Unterhauses erklärte, er wisse nicht, weswegen die „Times" so sehr das Ohr des Publikums habe. Aber wie konnte der Mann auch das Wechselverhältnis, das zwischen dieser einen Zeitung und der öffentlichen Meinung bestand, in eine bestimmte und den Richter befriedigende Formel bringen? Heute ist man davon zurückgekommen, die Presse als den berufenen Führer zugleich und den verständnisvollen Ausleger der öffentlichen Meinung zu respektieren, sondern fragt sich, welche politischen Elemente in diesem oder jenem Organe zu Worte kommen und im Namen der Allgemeinheit sprechen. Jedermann kennt die Szene aus Ibsens Volksfeind, in der der idealistische Badearzt Stockmann dem Redakteur des „Volksboten", der seine Abhandlung über das Bad nicht aufnehmen will, weil er es nicht könne und dürfe, die verwunderten Worte entgegenruft: „Sie dürfen nicht? Sie sind ja doch der Redakteur, und ich denke, der Redakteur leitet eine Zeitung." Da stellt sich ihm breitspurig der Buchdruckereibesitzer Thomsen mit der trivialen Wahrheit in den Weg: „Nein, Herr Doktor, das tun die Abonnenten", und er erläutert weiter: „Die öffentliche Meinung, das aufgeklärte Publikum, die Hausbesitzer und all die andern — ja die leiten ein Blatt." Das wären als Träger der öffentlichen Meinung also ziemlich ähnliche Elemente, wie sie Bluntschli 1862 im Auge hatte. Aber wer wird diesem achtungswerten Stande das Monopol der öffentlichen Meinung im Ernste zugestehen?

IV.

Wenn wir uns vorgesetzt hätten, im vorstehenden eine befriedigende Definition des Begriffes „öffentliche Meinung" zu geben, so würden wir wohl von allen Seiten das Urteil hören müssen, daß uns dieses Unterfangen keineswegs geglückt sei, daß wir vielmehr nur eine Reihe von Vorstellungen erweckt hätten, die auf die Undefinierbarkeit dieses Begriffes

im strengsten Sinne hinausliefen. Aber das dünkt uns nützlicher zu sein als ein Versuch, da eine Definition zu geben, wo keine gegeben werden kann. Schwankendes und Fließendes wird dadurch nicht begriffen, daß es in eine Formel eingesperrt wird, und am wenigsten dann, wenn es für den Begriff gerade charakteristisch ist, daß sein Inhalt tausendfache Möglichkeiten des Verschiedenseins in sich schließt. Schließlich wird jeder, wenn er gefragt wird, genau wissen, was öffentliche Meinung bedeutet. Soll er die Antwort aber in Worte fassen, so kann sie günstigstenfalls nur von vielen Bedingungen erfüllt ausfallen: öffentliche Meinung ist ein Komplex von gleichartigen Äußerungen größerer oder geringerer Schichten eines Volkes über Gegenstände des öffentlichen Lebens, bald spontan hervorbrechend, bald künstlich gemacht; in den verschiedenartigsten Organen sich ausdrückend, in Vereinen, Versammlungen, vor allem in der Presse und Publizistik, oder auch nur in dem unausgesprochenen Empfinden eines jeden, des gemeinen Mannes auf der Straße oder eines kleinen Kreises von Gebildeten; hier eine wirkliche Macht, auf die auch die Staatsmänner blicken, dort ein Faktor ohne politische Bedeutung; und immer anders zu werten in jedem Volke; bald einheitlich, wie eine gewaltige Flutwelle gegen die Regierenden und Sachverständigen sich erhebend, bald in sich zerteilt und die widerstrebendsten Tendenzen bergend; einmal das einfache und natürliche Gefühl des Menschen zum Ausdruck bringend, das andere Mal ein lärmender und unsinniger Ausbruch wilder Instinkte; immer geleitet und doch immer führend; von den Kennenden und Wissenden über die Achsel angesehen und doch wieder den Willen der Menschen bezwingend, ansteckend wie eine Epidemie, launisch und treulos und herrschsüchtig wie die Menschen selber, und dann doch wieder nichts als ein Wort, mit dem sich die Machthaber betrügen. Wenn die Politiker und Staatswissenschaftler sie nicht auf eine Formel bringen können, kann vielleicht der Sozialpsycholog, moderner und gewandter, dieser Massenerscheinung etwas näher kommen, aber auch er wird gestehen, daß er einem immer wieder neuen Bilde gegenübersteht, dessen Entstehung im Einzelfall er wohl besser als die früheren analysieren, aber dessen Naturgeschichte im ganzen auch er nicht schreiben kann.

Wie stellt sich nun dieses Wesen, das wir alle kennen, zur Politik und Geschichte, wenn es gleich diesen über öffentliche Dinge urteilen soll? Alle seine Eigentümlichkeiten kommen ihm häufig zugute, aber werden ihm fast noch häufiger zur Gefahr. Gerade die Mängel der öffentlichen Meinung sind mit den Händen zu greifen. Sie verfügt in der Regel über eine beschränkte Sachkenntnis, trägt aber keine Scheu, auf dieser ein festes Urteil ohne Vorbehalte, ohne die feineren Nuancen des wahrhaft Erkennenden aufzubauen, sie liebt das Schlagwort, das den Inhalt komplizierter Vorgänge in einseitiger Knappheit oder in verwegener Paradoxie zusammenfaßt; sie hat den fertigen Schluß in der Hand und gibt sich mit den Vordersätzen nicht ab, aus denen er sich ableitet; wenn sie Gründe haben will, wird sie niemals um solche verlegen sein, aber manchmal überhaupt nicht nach ihnen fragen. Und weiter leidet die öffentliche Meinung in verstärktem Maße an allen denjenigen Schwächen, denen das Urteil der einzelnen unterworfen ist. Jede Massenbewegung enthält mehr als die Summe der Tendenzen, von denen die einzelnen an ihr Beteiligten erfüllt sind, weist ihnen gegenüber eine Intensitätssteigerung der Affekte auf. So ist diese seltsame Macht unseres öffentlichen Lebens erregbarer und nervöser, als der einzelne es sein würde, und in dieser Erregbarkeit stürzt sie sich in die leichtsinnigsten Unternehmungen. Die öffentliche Meinung Frankreichs oder besser noch die der Pariser vor dem Ausbruch des Krieges von 1870 ist ein passendes Schulbeispiel. In der allgemeinen Strömung, die den Einzelnen mit sich fortreißt, geht die bessere Einsicht der wenigen rettungslos unter.

Man kann Schillers Distichon über die Gelehrten Gesellschaften:

> „Jeder, sieht man ihn einzeln, ist leidlich klug und verständig,
> Sind sie in corpore, gleich wird euch ein Dummkopf daraus."

mit besserem Rechte noch auf politische Körperschaften oder Gemeinschaften, natürlich mit allem Vorbehalt, anwenden. Daran mochte Bismarck denken, als er während der Abgeordnetenhausdebatten in der Konfliktszeit am 17. April 1863 seinem amerikanischen Freunde Motley über die „Dummheit dieser Schwätzer" klagte: „Dumm in seiner Allgemeinheit ist

nicht der richtige Ausdruck; die Leute sind, einzeln betrachtet, zum Teil recht gescheit, meist unterrichtet, regelrechte deutsche Universitätsbildung, aber von der Politik, über die Kirchturminteressen hinaus, wissen sie so wenig, wie wir als Studenten davon wußten, ja noch weniger; in auswärtiger Politik sind sie auch einzeln genommen Kinder; in allen übrigen Fragen aber werden sie kindisch, sobald sie in corpore zusammentreten, massenweis dumm, einzeln verständig." Was also bedingt von den dreihundert Menschen eines Parlamentes gesagt werden kann, gewinnt eine ganz andere Geltung, wenn es sich um Zehntausende, Hunderttausende, Millionen handelt. Und auch ein anderer Umstand läßt ein Parlament wie einen Mikrokosmus der öffentlichen Meinung erscheinen: das verringerte Verantwortlichkeitsgefühl. Der handelnde Politiker trägt seine Verantwortlichkeit allein und muß für alle Folgen seines Tuns mit seiner ganzen Person einstehen. Daher die Überlegenheit, der tiefere sittliche Ernst, die größere Einheitlichkeit in allen seinen Schritten; unter diesem Gesichtspunkt sehe man sich einmal die Haltung Bismarcks oder besser noch die König Wilhelms im Zeitalter der Reichsgründung an. Ist schon das Verantwortlichkeitsgefühl eines Einzelrichters stärker als das des Richters, der in einem Kollegium entscheidet, oder gar des Geschworenen, der nur einen Bruchteil der Urteilsentscheidung bedeutet, so ist es im politischen Leben ganz analog. Politische Körperschaften können nicht dasselbe Pflichtgefühl entwickeln wie der einzelne: es ist ein Unterschied, ob man nur als einer von fünfhundert die Verantwortung für eine Abstimmung zu tragen hat, die man auch bei entgegengesetzter Stimmabgabe nicht hätte ändern können, oder ob man sich allein vor Gott oder vor den Menschen, vor der Geschichte oder vor sich selber verantwortlich fühlt und mit sich das Schwere innerlich abzumachen hat. Und nun gar die Menge, nun gar die öffentliche Meinung, die dem einzelnen das Gefühl abnimmt, daß er mit verantwortlich ist für den Ruf, in den er einstimmt — jede Revolution hat das mit furchtbarer Eindringlichkeit die Menschen gelehrt. Andere Schwächen der öffentlichen Meinung mögen nur angedeutet sein: ihre Abhängigkeit von jeder geschickten Führung, und damit die Gefahr, zum Werkzeug eines skrupellosen

Willens gemacht zu werden; die Verblendung, daß sie die Allgemeinheit, die Kultur, die Menschheit wohl gar repräsentiere; das eitle Berauschen an Worten und die Feigheit, wenn der Wind von der anderen Seite bläst.

Suchen wir dazu auch das Positive, das Wertvolle, das Berechtigte der öffentlichen Meinung zu erkennen. Lothar Bucher meinte in seinem Buche „Der Parlamentarismus wie er ist", es seien in ihr zwei berechtigte Elemente enthalten: das allgemeine Gewissen und ein allgemeiner Schatz aufgesammelter, zu einem Urteil verarbeiteter Beobachtungen, das erste gegenüber plötzlichen Erscheinungen, das zweite gegenüber dauernden Zuständen. Das allgemeine Gewissen: das heißt ein gesundes Gefühl für Recht und Billigkeit im Staats- und Völkerleben, Empörung über die Brutalität einer Übermacht, Mitleid mit unverschuldetem Mißgeschick, Aufflammen über die Niederträchtigkeit, die auf den Höhen keinen Richter findet, und freudiges Erheben an wahrhafter Größe. Daß alle diese Gefühle häufig in der öffentlichen Meinung zu Worte kommen können, unbekümmert um die Opportunität ihrer Äußerungen, ist für das Allgemeinempfinden der Menschheit eine wertvolle Sache. Denn diese Gefühle, wie sich das zuletzt während des Burenkrieges in unserem Volke gezeigt hat, entstammen der edleren Natur des Menschen und sind etwas Großes und Gutes an sich, auch wenn sie dem Politiker unbequem sind. Es wäre traurig um die Menschheit bestellt, wenn gewaltige oder tragische Ereignisse ausschließlich auf die egoistischen Berechnungen der Politik in den einzelnen Völkern wirken würden. Jenseits der gebotenen Selbstsucht der Staaten gibt es ein Gebiet, auf dem die Menschheit sich ihrer innern Gemeinschaft bewußt zu werden die Pflicht hat. Und als Ausdruck solcher Empfindung wird die öffentliche Meinung immer ein Recht, das ihr niemand nehmen kann, besitzen, sie wird eine sittliche Notwendigkeit sein. Freilich in der Welt der Wirklichkeit wird es ihr meistens unmöglich sein, von dem Urteilen zum Handeln fortzuschreiten, weil jedes einzelne Volk sich nicht für das, was es für recht und gut hält, sondern vor allem für das, was gerade ihm dienlich ist, einsetzen kann. So bleibt die öffentliche Meinung nur innerhalb ihrer Sphäre berechtigt und darf nicht den Anspruch erheben, auf

die Politik selber einzuwirken. Oder, wie es der Reichskanzler vor einigen Jahren, anläßlich der südafrikanischen Verwicklung formulierte: „Die Politik eines großen Landes darf nicht von Eingebungen des Gefühls beherrscht, sondern lediglich geleitet werden im Hinblick auf das wohlerwogene Interesse des Landes. Bei allem Respekt vor der deutschen Volksseele und deren Empfinden dürfen wir uns nicht von den Stimmungen der Volkskreise leiten lassen, sondern einzig und allein von den Interessen der Nation. Und diese gebieten eine selbständige, ruhige, unabhängige, neutrale Haltung gegenüber den südafrikanischen Dingen." Wenngleich Bülow im Anschluß daran der öffentlichen Meinung ein verbindlicheres Kompliment machte, als es im Geschmack etwa Bismarcks gelegen hätte, schränkte er es für den vorliegenden Fall doch wieder soweit ein, daß nicht viel davon übrig blieb. „Die öffentliche Meinung ist der starke Strom, der die Räder der staatlichen, der politischen Mühle treiben soll. Wenn aber dieser Strom Gefahr droht, die Räder in falscher Richtung zu treiben oder gar zu zerstören, so ist es Pflicht einer Regierung, die diesen Namen verdient, sich dem öffentlichen Strom entgegenzustemmen, unbekümmert um etwaige Unpopularität." Das hieß auf deutsch, wenn wir in diesem Bilde bleiben wollen: die Mühle könnte den starken Strom auch entbehren und gegen ihn angehen, so oft sie wollte.

So kommen wir schließlich zu der Frage, in welchem Verhältnis die öffentliche Meinung zur aktiven Politik eines Staates anzusetzen ist. Und da ist vor allem zu unterscheiden zwischen der äußern und der innern Politik eines Staates. Im Urteil über auswärtige Politik wird die öffentliche Meinung unzähligemal häufiger das Falsche treffen als in den einheimischen Dingen, weil dort die allgemein wirksamen Fehlerquellen sich in unverhältnismäßig stärkerem Maße bemerkbar machen. Die Einsicht in die Notwendigkeit dieses oder jenes diplomatischen Schrittes ist der öffentlichen Meinung verschlossen. Sie urteilt unter dem Druck instinktiver Abneigung gegen ein anderes Volk oder auch unter den Antrieben innerpolitischer Beweggründe, wie die provozierende Feindseligkeit der Sozialdemokraten gegen Rußland zeigt; aber sie rechnet keineswegs damit, daß jeder praktische Schritt in ihrer Richtung sofort die bedenklichsten Folgen

nach sich ziehen würde. Im Jahre 1863 verurteilte die öffentliche Meinung Preußens und Deutschlands, der ganze Liberalismus bis hoch hinauf, Bismarcks Polenpolitik mit ihrer unbedingten Unterstützung der russischen Niederwerfung des Polenaufstandes. Es war nur eine Stimme über die demütigende Unterwürfigkeit des preußischen Reaktionärs, der die verfassungsmäßigen Freiheiten seines eigenen Volkes mit Füßen trete, unter den Absolutismus des Zaren; auch der Historiker v. Sybel tadelte damals im Landtage „eine der Meinung Europas und des preußischen Volkes entgegengesetzte Politik". In Wirklichkeit war die Parteinahme Bismarcks ein wertvolles Glied in der Kette seiner Gesamtpolitik, und das hier gewonnene Vertrauen sollte in den Jahren 1866 und 1870/71 die wertvollste Rückendeckung für die Errichtung des Deutschen Reiches abgeben. Nicht viel einsichtiger benahm sich wenigstens ein Teil der deutschen Presse, wiederum getragen von der öffentlichen Meinung, als er im Jahre 1886 ein Einschreiten der deutschen Politik in Bulgarien verlangte, zugunsten des Prinzen von Battenberg und mit der Spitze gegen Rußland. Bismarck hatte wohl recht, dieses sentimentale und leichtsinnige Spiel mit dem Feuer zu verurteilen; er fragte kühl mit Hamlet: „Was ist ihm Hekuba?" und urteilte kurzab, daß die Freundschaft von Rußland uns viel wichtiger sei als die von Bulgarien und die Freundschaft von allen Bulgarenfreunden, die wir bei uns im Lande hätten. Gewiß, die öffentliche Meinung von heute würde sehr verwundert über ihre damaligen Leidenschaften sein. So bedarf die öffentliche Meinung in allen Fragen auswärtiger Politik der Leitung durch den Staatsmann oder auch durch eine ernste, historisch gebildete Publizistik: für beide liegt hier eine Aufgabe, die niemals außer acht gelassen werden darf. Freilich in Fragen, wo die eigene nationale Existenz und Ehre auf dem Spiele steht, da kann man von der öffentlichen Meinung eines starken Volkes erwarten, daß sie ohne Besinnen das Richtige trifft. Das Gesamturteil über einen Volkscharakter wird sich danach bemessen lassen; wie er in solchen Krisen in die Erscheinung tritt. Welch ein Unterschied zwischen dem Zusammenbruch des italienischen Volksgeistes, als der General Baratieri von den Abyssiniern geschlagen war,

Crispi mit einem Schlage gestürzt wurde und alles nach Aufgabe der unseligen Kolonialpolitik rief, bevor die nationale Ehre wiederhergestellt war, und der bewunderungswürdigen Haltung des englischen Volkes in allen Wechselfällen des Burenkrieges. Und da erkennt man, daß auch der Politiker gezwungen ist, mit der Art seines Volkes zu rechnen, im Zusammenhang mit den großen Strömungen und Instinkten im Volksleben zu bleiben, damit er nicht eines Tages peinlich enttäuscht werde. Besonders im Kriege. Das Zeitalter der Kabinettskriege ist vorbei, und nur ein Krieg, an dem das ganze Volk Anteil nimmt, kann zu einem guten Ausgang führen. Freilich hat Bismarck den Krieg von 1866 gegen den Willen fast aller Preußen geführt und damit scheinbar die entgegengesetzte Möglichkeit bewiesen, aber man darf nicht vergessen, daß es in den Zielen und Voraussetzungen dieses Krieges sich um einen Ausnahmefall handelte. Es war ein Spiel, das nur der Größte zu gewinnen sich vorsetzen konnte und ein Epigone niemals zu wiederholen wagen wird.

V.

Wir haben nicht die Grenzen der Kompetenz zwischen Politik, Geschichte und öffentlicher Meinung festlegen können, aber wir haben uns in den Grenzgebieten zwischen diesen drei Sphären über die eigentümlichen Kräfte, die in jeder von ihnen zum Ausdruck kommen, zu orientieren versucht. Je mehr Berührungen wir kennen lernten, desto mehr mußten wir zu der Überzeugung gelangen, daß eine wirkliche Synthese der drei Urteilsarten unmöglich sei, weil eine jede einen Kreis besonderer Berechtigung und besonderer Fähigkeit vertrete. Bleibt aber die unvermeidliche Differenz auch bestehen, so kann doch eine Annäherung, eine Befruchtung mit Keimen der anderen Urteilsart stattfinden. Eine Politik, die in verständnisvollem Ergreifen und Fortbilden der lebensfähigen historischen Elemente eines Volkes doch tätig in die Zukunft blickt, die öffentliche Meinung sorgsam leitet und von ihr im geeigneten Momente auch die Idee und den Schwung entnimmt, in Fühlung mit dem lebendigen Herzschlag ihres Volkes bleibt: eine Geschichtschreibung, die bei ihren universalen Zielen doch vom politischen Nerv erfaßt und von nationaler Farbe

durchleuchtet wird und das Leben der Gegenwart so kräftig mitlebt, daß sie wie ein Führer und Prophet zum Volke spricht und daß die großen Gedanken der Zeit geläutert aus ihr widerklingen. Vor allem aber eine öffentliche Meinung, die die staatliche Zucht nicht verschmäht, ihren Gesichtskreis weiter zu dehnen sich bemüht als die Augenblickssituation und die rasche Aufwallung sie sehen lassen, nicht bloß das Heute und Morgen, sondern den großen historischen Zusammenhang und die Rechnung auf eine fernere Zukunft ins Auge faßt: das wären Ideale, und Ideale sind niemals erreichbar, sondern höchstens erstrebenswert. Auch dann noch, wenn sie der Natur der Dinge nach niemals erreicht werden können. Aber es können immer Momente im Volksleben eintreten, wo alles in einigem Dreiklang harmonisch zusammentönt, das Handeln des Staatsmanns, die geistige Arbeit des historischen Denkers, der Sturm der Volksmeinung: herrliche Höhepunkte, die nur den glücklichsten Völkern vielleicht einmal im ganzen Verlaufe beschieden sind. Und im Alltagsleben? Da ist der höchste Gewinn, wenn man sich gegenseitig verstehen lernt, die eigenen Grenzen kennt und das angeborne Recht des andern achtet, bei allem Auseinandergehen sich im „Salus publica suprema lex“ immer wieder findet.





10.

Der hessische Staat und die Landesuniversität Gießen

Festrede
zur Dreihundertjahrfeier der Landesuniversität Gießen
2. August 1907



ls Landesuniversität ist die Ludoviciana von dem Landgrafen Ludwig vor dreihundert Jahren gestiftet worden. Ihre Gründung und ihre Weiterentwicklung sind mit dem Hessenlande und seinem Fürstenhause innigst verbunden, ja in den ersten Menschenaltern lassen Universitätsgeschichte und hessische Landesgeschichte sich kaum voneinander trennen, sie erscheinen uns wie in eins verflochten. Und so ist auch die Jubelfeier, die uns in diesen Tagen zum Gedächtnis der Vergangenheit vereint, nicht ein häusliches akademisches Fest, sondern ein Fest des ganzen Landes, von Tausenden ehemaliger Söhne der Alma mater aus diesem Lande mitbegangen und vor allem ausgezeichnet durch die persönliche Teilnahme unseres Rector magnificentissimus, Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs, der wie einst in vergangenen Jahrhunderten seine Vorfahren ihr als Studierender angehört hat und jetzt ihre höchste Würde bekleidet.

Als Landesuniversität, die von Haus aus nach dem Willen ihres Stifters den Bedürfnissen eines deutschen Territoriums dienen soll, steht Gießen in derselben Reihe mit fast allen anderen deutschen Universitäten. Dieser territoriale Ursprung und die Bestimmung für die territorialen Bedürfnisse sind es ja, in denen nach der äußeren Seite hin der eigentliche Typus deutscher Universitäten ausgeprägt ist. Es haben in den großen Kulturländern der Welt die verschiedensten Faktoren die Gründung und Erhaltung der höchsten Bildungsanstalten als ihre oberste Aufgabe betrachtet: die allgemeine Kirche des Mittelalters so gut wie die mannigfachen Kirchenbildungen der Gegenwart; neben den Staatsgewalten einer Nation auch die Bürgerschaften großer Städte; selbst die private Initiative, nicht bloß von Korporationen, sondern auch des Einzelnen, etwa des Großkapitalisten, sehen wir in der neuen Welt heute Universitäten ins Leben rufen. Immer aber sind es die stärksten, die das öffentliche Leben beherrschenden Faktoren, die Hand an das verantwortungsvolle Werk legen. So spiegelt die Universitätsgeschichte der einzelnen Länder zugleich die politische Entwicklung, welche die verschiedenen Völker selbst genommen

haben: es ist, als ob das eine zu dem anderen gehöre, wie der Geist zu dem Körper. Wie Geist und Körper miteinander das Höchste, das Individuum bilden, so läßt sich auch in jenen organischen Bildungen individuellen Lebens, die wir Staaten nennen, das Knochengerüst des äußeren Aufbaues nicht scheiden von den geistigen Kräften, die ihren ganzen Körper beseelen.

Da ist es kein Zufall, daß gerade in Deutschland die Territorien die Träger der Universitätsentwicklung geworden sind. Die deutsche Geschichte hat während eines Jahrtausends den Gang genommen, daß gleichzeitig mit dem allmählichen Erstarren und Verlöschen der zentralen Reichsgewalt alles wirkliche staatliche Leben je länger je mehr hinüberflutet in die Territorien, in jene neuen staatsähnlichen partikularen Bildungen, die den deutschen Staat erst spalten, dann sprengen, bis eine von ihnen zum Wiederaufbau des Ganzen stark und reif geworden ist. Von diesen territorialen Gewalten sind vom 14. bis in das 19. Jahrhundert hinein die Gründungen unserer Universitäten ausgegangen; die Autorität des alten Reiches blieb diese ganze Zeit hindurch auf das Privileg, auf die äußere Mitwirkung, beschränkt, und erst in unseren Tagen hat auch das neue Reich unmittelbar eine Universität ins Leben gerufen. Welch eine tiefsinnige und innerliche Parallele zu dem naturnotwendigen Gange der politischen Entwicklung unseres Volkes! Inmitten der territorialen Gewalten aber stand in allem das weltliche Fürstentum voran; merkwürdig, eine wieviel unglücklichere Hand das geistliche Fürstentum, das zu dieser Aufgabe besonders hätte befähigt sein sollen, auf die Dauer doch zeigte; auch die selteneren Universitätsgründungen deutscher Reichsstädte hatten keinen Bestand, und heute erst sehen wir wieder große Kommunen, an allen Lebenskräften reich, um einen eigenen Anteil an dem höchsten Bildungswerk der Nation sich bemühen. Unter den weltlichen Fürsten übernahmen dann naturgemäß diejenigen Dynastien die Führung, die zuerst im Mittelalter zu kräftigem Selbstbewußtsein und lebensfähiger Territorialbildung gelangten, die Luxemburger in Böhmen, die Habsburger in Österreich, die Pfälzer, die Sachsen; schon im 15. Jahrhundert zieht sich ein reicher Kranz von Universitäten durch das deutsche Land. So ist auch in dem

Menschenalter, in dem das vorher und später vielfach geteilte hessische Land in e i n e r starken Hand vereinigt gewesen ist, von Philipp dem Großmütigen in Marburg eine Universität im Jahre 1527 gestiftet worden. Und diesen glänzenden Namen können auch wir als ersten Ahnherren der Ludoviciana im weiteren Sinne in Anspruch nehmen, denn sie wollte bei ihrer Gründung nichts anderes sein als die legitime Erbin der Philippina Alt-Marburgs.

Die Stiftung Philipps steht schon unter einem neuen und eigenen Zeichen. Schon im Mittelalter hatten die Fürsten als Landesherren und als Stifter einen erheblichen Einfluß auf ihre Universitäten ausgeübt. Bei aller Teilnahme, die kirchliche Organe und kirchliche Privilegierung an diesen Stiftungen zeigten, sprachen doch die weltlichen Herren das erste Wort; sie unterstellten sie nicht nur ihrem Schutze, sondern auch ihrer ständigen Aufsicht, und betrachteten sie wohl als eines der Instrumente, mit denen sie aus ihren vielfältigen Gebietsteilen und Rechten den werdenden und modernen Staat zusammenschweißten. Diese Tendenzen aber wurden durch die Reformation Luthers noch gewaltig gesteigert. Während das Leben der Universitäten früher durch Staat und Kirche zugleich bedingt war, schalteten nunmehr die protestantischen Fürsten die Mitwirkung der allgemeinen Kirche, die sie verlassen hatten, völlig aus und begannen auch die religiös-kirchliche Grundlage dieser Bildungsanstalten in ihren obrigkeitlichen Pflichtenkreis einzubeziehen.

Luthers Wort hatte den Obrigkeiten die positive Pflicht auferlegt, dem Evangelium den äußeren Zugang zu sichern, nicht aus prinzipieller Vorliebe, sondern weil die äußeren Verhältnisse das Werk einer Reformation unter das Notdach der Landeskirchen trieben. Also kam seine religiös begründete Auffassung einer schon vordem längst wirksamen Tendenz entgegen, und mit Eifer begann nunmehr das Fürstentum, das kirchliche Leben selbst wie auch die einst der Kirche vorzugsweise unterstehenden Gebiete des Schul- und Armenwesens in seinen Bereich zu ziehen: gewann es doch damit nicht nur einen materiellen Zuwachs, sondern auch eine neue, gewissermaßen ethische Fundamentierung seiner ganzen Existenz.

So wurden diese lutherischen Landesherren zu Landesvätern im eigentlichen Sinne. Insbesondere knüpfte sich ihr persönliches Verhältnis zu ihren Universitäten noch viel enger; diese Bildungsstätten für ihre Geistlichen, Lehrer und Beamten wurden unendlich wichtig für die territoriale Politik, und sie setzten alles daran, diesen Quell des geistigen Lebens rein zu erhalten und zu bewachen. So hatte auch Philipp von Hessen die Aufgabe seiner geliebten Marburger Gründung angesehen: „die Jugend unseres Fürstentums zu Gott, guten Künsten, Ehre und Tugend zu ziehen, welche Universität uns, unserem Fürstentum und gemeinem Nutzen allein lieber und nützer ist, denn alle Mönch und Nonnen in den Klöstern gewesen." Der werdende territoriale Staat hatte ein lebendiges Gefühl dafür, wieviel er mit den Aufgaben der Kultur der alten Kirche aus der Hand genommen hatte. In den nächsten Generationen verschärfte und verhärtete sich diese Auffassung, so daß am Anfang des 17. Jahrhunderts der vornehmste lutherische Dogmatiker der Zeit, Johann Gerhard, ein Schüler des ersten Gießener Theologen, in ungeheuerlicher Überspannung sagen konnte: „Die Aufgabe der Staatsregierung geht nicht allein auf dieses, sondern auch auf das zukünftige Leben." Wieviel kam bei solcher Gesinnung nicht nur auf das Kirchenregiment dieser Obrigkeiten selbst an, sondern auch auf die theologischen Fakultäten, von denen die Geistlichen des Landes ihre Bildung und Gesinnung empfingen, um sie allen Untertanen zu vermitteln. Die Universitäten wurden dadurch zu einer höchsten Gewissensangelegenheit für die Landesherren. Aus diesem Geiste heraus sind die Streitigkeiten zu begreifen, die unter Philipps Enkeln nicht um Land und Leute allein, sondern vor allem um die Universität ausbrachen.

Landgraf Philipp selbst ist der letzte Urheber dieses Streits gewesen. Er hatte dem hessischen Namen für ein Menschenalter eine weithin angesehene, seine materiellen Mittel fast übersteigende Machtstellung in der Welt verschafft, und er selbst sollte dieses werdende Staatswesen durch seine letzten Verfügungen von der erreichten Höhe wieder herabstürzen. Er hatte gedacht, seine Stiftung Marburg als Kleinod und Gesamtuniversität den hessischen Landen für alle Zeit zu er-

halten, und doch war er es wieder, der den ersten Anstoß gab, daß sich eine zweite hessische Landesuniversität unter gewaltsamen Zuckungen von ihr ablöste. Die Erbteilung, die er unter seinen vier Söhnen vornahm, ist der beklagenswerte Schritt gewesen, mit dem er für Land und Dynastie unsägliche Leiden heraufbeschwor; sie war ein Mittelding zwischen der alten privatrechtlichen Auffassung eines Besitzers von Land und Leuten und der neuen staatsrechtlichen Auffassung, der die Zukunft des deutschen Fürstentums gehörte. Er teilte sein Land unter seine vier Söhne, aber er bevorzugte die älteste Linie so, daß die jüngeren fast wie untergeordnete Secundogenituren neben ihr erschienen. Und indem er vier doch wieder selbständige Fürstentümer begründete, trug er Sorge, sie durch gemeinsame Einrichtungen aneinanderzuketten. Zu diesem Gemeinsamen sollte vor allem die vom ganzen Lande unterhaltene Universität gehören. Es war in jeder Beziehung eine verhängnisvolle Halbheit. Wie man häufig bei derartigen Teilungen beobachten kann: die Teilung war so angelegt, daß die Gemeinsamkeit mancher Institutionen einen dauernden Zusammenhalt des Landes und der dynastischen Zweige verbürgen sollte. Aber auch hier ging es, wie es fast immer geht: was sie verbinden sollte, trieb sie in Wirklichkeit auseinander. Von den vier Linien erlosch die zweite bald. Auch die dritte, die Marburger, schien denselben Weg zu gehen. Um die Wende des Jahrhunderts stand es fest, daß nur die älteste, die Kasseler, und die jüngste, die Darmstädter, übrigbleiben würden, und alles kam darauf an, wie diese beiden sich über die Marburger Erbschaft auseinandersetzen würden.

Wie verschieden von Grund aus waren doch die Charaktere der beiden Enkel Philipps, die nun miteinander in den Wettkampf eintraten! Moritz von Kassel war eine jener überreich begabten Individualitäten, die empfänglich und tätig, nach allen Seiten hin ausgreifen, um zuletzt doch in der Welt der rauhen Wirklichkeit zu scheitern: gerade die problematischen Züge in dem Wesen seines Großvaters scheinen in ihm verstärkt wieder aufzuleben. Ludwig von Darmstadt dagegen verfügte eher über die eigentliche Gabe des Staatsmanns, Tatkraft und Vorsicht zu vereinen, und mit nüchternem Blick

bewegte er sich auf dem Boden des Möglichen. Moritz, als Vertreter der ältesten Linie, war von einem lebendigen hessischen Gesamtstaatsbewußtsein erfüllt, das er kräftig zur Geltung bringen wollte. Ludwig dagegen setzte alles daran, seinem kleineren Fürstentum Gleichberechtigung und Selbständigkeit zu verschaffen. Dazu trennte die beiden schon früh ihre religiöse Richtung. Während Moritz dem Calvinismus oder doch einer Union von calvinistischer Färbung zuneigte, hielt Ludwig um so hartnäckiger an dem alten Luthertum fest: Gegensätze also, die in der reichen Persönlichkeit Philipps überwunden und vereinigt zu sein scheinen, trieben bei seinen Enkeln in die Extreme. Bei diesen Gegensätzen aber handelt es sich nicht bloß um eine verschiedene Auffassung dieses oder jenes Dogmas, sondern um verschiedene Staats- und Weltanschauungen, die im ganzen Bereich menschlichen Lebens auseinanderstreben. Der Anschluß an den Calvinismus bedeutete den Eintritt in das Lager des kämpfenden westeuropäischen Protestantismus, während das Luthertum, zumal seit der Konkordienformel, einer durchaus friedseligen Staatslehre huldigte. Im besonderen waren in der Reichspolitik die Calvinisten die Radikalen, die unter der Führung der Pfalz in der Union an der Sprengung des alten Reichsverbandes arbeiteten, die lutherischen Fürsten dagegen bildeten eine konservative Mittelpartei, die solche revolutionäre Tendenzen verabscheute und auf der Grundlage des Augsburger Religionsfriedens an Kaiser und Reich in Treue festhielt. Und diese Gegensätze in der Reichspolitik eröffnen sich zwischen Kassel und Darmstadt in demselben Augenblick, als zum erstenmal wieder die konfessionellen Bündnisse der Union und der Liga gefahrdrohend aufeinander treiben, in dem Augenblick, wo in der Ferne schon das Gewitter des endlosen Krieges dumpf grollend heraufzieht. Was die beiden hessischen Linien auseinanderreißen wird, sind nicht allein dogmatische Fragen, ist auch nicht allein ein Erbstreit um Macht und Besitz, sondern hinter allem diesem birgt sich die Tiefe allgemeinster Überzeugungen, deren Feindschaft die Welt in Flammen setzen und das deutsche Reich in Trümmer schlagen wird. Unter dieser Konstellation hat sich die Gießener Hochschule von der Marburger abgelöst.

Im Oktober 1604 war der alte Oheim in Marburg gestorben und der Kampf zwischen den beiden Linien um die erledigte Erbschaft begann, einmal um die Art der Teilung der von ihm hinterlassenen Lande, dann aber um einen Anteil an der Verfügung über die hessische Gesamtuniversität Marburg. Sofort nämlich hatte Moritz sich in ihren alleinigen Besitz gesetzt, um schleunigst auszuführen, was ihm vor allem am Herzen lag: eine Umwandlung der Universität im calvinistischen Sinne. Die Folge war, daß die lutherischen Professoren auswanderten und von dem Darmstädter Landgrafen mit offenen Armen aufgenommen wurden. So begann das lange Ringen, dessen Einzelheiten der Geschichtschreiber des ersten Jahrhunderts unserer Universität, Herr Dr. Wilhelm Martin Becker, zu unserem Jubelfeste gelehrt und lichtvoll aus den Quellen dargelegt hat. Lassen Sie mich aus dem Verlauf dieses Ringens vor allem den tiefinnerlichen Zusammenhang zwischen der hessischen Landesgeschichte und der Geschichte der Universität Gießen Ihnen aufzeigen.

Es war eine doppelte Aktion, die Landgraf Ludwig von Darmstadt unternahm. Auf der einen Seite focht er die auf Grund des Marburger Testamentes vorgenommene Landesteilung an und rief die Entscheidung des Kaisers in seinem Erbstreit an: ein Streit wie viele und doch ein Mikrokosmos der großen Weltgegensätze: nur von ihren Entscheidungen her konnte auch der vor dem Reichshofrat lange sich hinschleppende Prozeß entschieden werden. Auf der anderen Seite beschloß er, die Wirkungen der in das calvinistische Fahrwasser treibenden Universität Marburg unschädlich zu machen und eine neue Universität in dem ihm gehörigen Teile Oberhessens zu gründen, und zwar in nächster Nähe Marburgs, um die Ansteckungsgefahr desto erfolgreicher zu bekämpfen. Am liebsten hätte er sich auf den Standpunkt gestellt, daß das alte Marburger Privileg durch satzungswidrige Anwendung hinfällig geworden, und daß die von ihm zu gründende hohe Schule, als legitime Rechtsnachfolgerin jener entweihten Stätte reinen Glaubens, die Übertragung der alten Privilegien auf sich selber fordern dürfe. So hat er, vorangetrieben von der lutherischen Geistlichkeit seines Landes und von den ausgewanderten lutherischen

Theologen Marburgs, im Jahre 1605 ein Gymnasium illustre in Gießen begründet, es mit einem Pädagogium nach Marburger Muster verbunden und ihm die Marburger Universitätseinkünfte aus seinen Gebieten nebst anderen Kapitalien zugewiesen, alles zunächst im engsten und bescheidensten Rahmen. Die tatsächliche Gründung der Ludoviciana fällt also in das Jahr 1605, und in diesem Sinne hat sie schon vor zwei Jahren den Erinnerungstag an jene ersten Schritte begangen; einer, der heute zu unserem Schmerze nicht mehr unter uns weilt, Bernhard Stade, hat damals über die geistigen Gegensätze, aus denen unsere Universitätsgründung emporstieg, vor Ihnen gesprochen. Noch aber fehlte dieser jungen Schule eine förmliche und überall gültige Legitimation, und die konnte allein der Kaiser geben; nur ein kaiserliches Privileg verlieh das zu den entscheidenden Merkmalen einer Universität gehörende Recht, daß ihre Fakultäten akademische Grade erteilen durften. Am 9./19. Mai 1607 gelang es nach manchen Schwierigkeiten der Diplomatie Ludwigs, dieses kaiserliche Privileg zu erwerben und damit die rechtliche Existenz der neuen Universität gegen alle Anfechtung zu sichern.

So erscheint Gießen fast als eine der letzten Universitäten Deutschlands, die in der Zeit und unter dem Zeichen des alles geistige Leben bestimmenden Konfessionalismus gegründet sind, in jenem trüben Jahrzehnt vor dem Dreißigjährigen Kriege, in dem die Reichsinstitutionen großenteils bereits lahmgelegt sind und die Konfessionsparteien des Reichstags in feindliche Kriegeslager auseinandertreten. Ein letztes Wahrzeichen der Kultur, über die jetzt ein wilder Kriegessturm verheerend dahinfährt, ein Wahrzeichen vor allem des deutschen Luthertums, das überall, in Wittenberg und Tübingen, in Jena und Rostock, den Schritt des Landgrafen Ludwig mit kräftigen Sympathien begrüßte. Die Existenz Gießens hatte von vornherein etwas Provisorisches, denn Ludwig hatte das Privileg nur gegen den Revers erhalten, für den Fall, daß Marburg ihm zugesprochen oder zu dem alten Glaubensstand zurückgeführt werden würde, die Neugründung zugunsten der alten Philippina wieder aufzuheben. Das Ziel Ludwigs war, seinen Staat aus der drückenden hessischen Gesamtherrschaft herauszulösen; in

diesem Sinne hatte er eben damals eine Primogeniturordnung für Hessen-Darmstadt geschaffen, und in diesem Sinne war auch die Begründung der Sonderuniversität ein Schritt zur Verselbständigung seines Staates.

Zugleich aber glaubte er eine religiöse obrigkeitliche Pflicht im echt lutherischen Sinne zu erfüllen. Er hat, um die Worte seines Privilegs zu gebrauchen, sorgsam erwogen, „welcher Gestalt der allmächtige gütige Gott uns in den fürstlichen Stand und Amt der Obrigkeit gesetzt, auch mit Land und Leuten, zuförderst aber mit der reinen wahren und alleinseligmachenden Lehr und dem heiligen Wort Gottes gnädiglich begabet“, und die ganze Reihe der Symbole, die das orthodoxe Luthertum anerkannte, ist in seiner Stiftungsurkunde aufgezählt. So hatten sich Luthertum und hessen-darmstädtisches Interesse zur Gründung Gießens verbunden.

Eine Kultur des christlichen Patriarchalismus vertreten diese deutschen lutherischen Fürstentümer: in dieser Kultur steht auch die Universität Gießen mit ihren äußeren Einrichtungen und mit ihrem innerlichen Gehalte. Patriarchalisch war der äußere Aufbau gehalten: wie die jungen hessischen Prinzen während ihres Studiums an der Landesuniversität die Würde des Rektors bekleideten, so nahm die Ludoviciana wiederum an allen Ereignissen in der fürstlichen Familie ihren Anteil nach der Sitte der Zeit. Jeder Landesvater war bedacht, die Professoren zum Fleiß und, was noch nötiger war, zum Frieden untereinander zu ermahnen; anfangs noch in wohlwollendem Tone, sie hätten „als rechte philosophen und verständige das bonum publicum den Privataffekten allezeit vorzuziehen“, später, so in dem Eintrachts-Reskript von 1728, mit der herrischen Verwarnung, „damit W i r nicht bewogen werden, bei verspürendem Gegenteil die Facultäten ebenfalls in die behörigen Schranken besserer Harmonie und Ordnung zu setzen“. Patriarchalisch war auch das innere Leben der Universität gefügt: es ist der Geist, der in den vielen kleinen Kreisen Deutschlands während dieser Jahrhunderte soviel Treue und Tugenden des Einzelnen hervorbringt, der aber so selten schöpferisch in das Ringen der Ideen und Völker eingreift.

Eine einheitliche Färbung durchdrang, von der Theologie ausgehend, die ganze Universität. Die Theologen selbst, zusammen mit der hessen-darmstädtischen Geistlichkeit die geistigen Urheber und Väter der Universität, gaben den Ton an; sie berieten den Landgrafen in allen seinen Schritten, die Mentzer, Winkelmann und andere, ein Geschlecht von starken Nerven und Organen, mutig und fromm und eng; während sie durch kaiserlichen Revers verpflichtet waren, der katholischen Religion gegenüber eine ziemliche Zurückhaltung im Angriff zu beobachten, standen sie gegenüber den Marburger Calvinisten unablässig auf der Wacht, und nichts hinderte sie, auch sich untereinander in dem neuen Musensitze auf das bitterste anzufallen. Und ein verwandter Geist waltete auch in den anderen Fakultäten. Wenn in Gießen nach dem Vorgang des Reformers Wolfgang Ratichius eine neue Didaktik Platz griff, so spielte auch dabei das konfessionelle Motiv mit: den Marburger pädagogischen Reformen, die den Calvinisten zugute gekommen wären, einen Vorsprung abzugewinnen und Gießen zu einem Zentrum lutherischer Pädagogik zu machen, mit dem Allheilmittel einer neuen Methode die Bildung für das Luthertum zu erobern; in dieser Idee schrieb der gelehrte und besonnene Christoph Helwig, Theologe und Orientalist, Historiker und Didaktiker, seine praktischen Lehrbücher, und der Landgraf hoffte, daß die Übung dieser Methode ein „arcanum litterarium" der Landesuniversität werden und als „sanctum depositum" weiter gepflegt werden möchte. In der Juristen-Fakultät aber war Gottfried Antonii der erste, und wenn die Marburger Professoren lehrten, das Reich sei seit Karl dem Großen keine reine, sondern eine aristokratisch moderierte Monarchie, so bestand er nachdrücklich darauf, daß der Kaiser noch der wahre Monarch im alten Rechtssinne sei. Ihm folgte der bedeutendere Reinking, eines der Häupter der romanistischen Publizistenschule, der in seinem berühmten Traktat von 1619, der unerschöpflichen Rüstkammer aller kaiserlich und monarchisch Gesinnten, mit Gelehrsamkeit und Schärfe an der mittelalterlichen Auffassung von Imperium und Imperator für die Gegenwart festhielt. Kurz vor der großen Katastrophe noch die veraltete Lehre von der Herrlichkeit des römischen Reiches —

welch eine Kluft trennt diesen Gießener Staatsrechtslehrer, der bald in die Dienste Landgraf Ludwigs trat, von dem Radikalismus eines Chemnitz und dem historisch-politischen Tiefsinn eines Pufendorf, oder gar von dem revolutionären Buche, das wenige Jahre vor der Gründung Gießens Johannes Althusius, der kühne naturrechtliche Vorläufer des contrat social, in allernächster Nähe, in dem nassauisch-calvinistischen Herborn, in die Welt gesandt hatte! Man begreift, weshalb der Landgraf nicht allein seine Theologen vor den bösen Nachbarschulen, vor Herborn hier und Fulda dort, behüten wollte. Die lutherische Theologie und das monarchische Staatsrecht verkörpern die Gesinnung Landgraf Ludwig „des Getreuen“, der an Kaiser und Reich wie am reinen Glauben nach seinem Verständnis festhielt. Der Charakter der hessen-darmstädtischen Reichspolitik und der Geist seiner neuen Hochschule entspringen derselben Wurzel und streben denselben Zielen zu.

Diese erste Periode der Gießener Universität nahm ihr Ende, als der Landgraf Ludwig seinen Prozeß in der Erbteilungsfrage endlich gewann. Im März 1623 sprach ein Urteil Kaiser Ferdinands dem Darmstädter das ganze Marburger Erbe zu. Der Sieg, den der Kaiser in Böhmen und Pfalz davongetragen hatte, sollte nunmehr in Hessen weiter verfolgt werden, der Getreue sollte belohnt und der Gegner bestraft werden. Zusammen mit der kaiserlichen Exekution bahnten die Truppen des ligistischen Heeres unter Tillys Kommando dem lutherischen Landgrafen den Weg zu seinem Erbe und zu der Stiftung Philipps des Großmütigen. Indem er aber von der alten Universität Besitz nahm, trat der Revers von 1607 in Kraft, der ihn nötigte, nunmehr die eigene Universität zu suspendieren. So hat die Universität Gießen den Sieg ihes Landesherrn mit ihrem äußerlichen Ende zu bezahlen, und von 1624 bis 1650 ist Marburg der Sitz der Ludoviciana gewesen. Freilich liegen die Dinge nicht so, daß in diesem Vierteljahrhundert die Universität Gießen nicht bestanden hätte; sonst könnten wir ja nicht mit vollem Rechte die Dreihundertjahresfeier heute miteinander begehen. Vielmehr waren es die führenden Gießener Professoren, die nunmehr die Marburger Lehrstühle einnahmen und dort den größten

Teil der bisherigen Lehrer verdrängten; es war der Gießener Geist, der lutherische und kaiserlich-monarchische, der von der Marburger Universität Besitz ergriff. So urteilt man doch mit Recht, daß die Universität Marburg ihrem inneren Leben nach während dieser 25 Jahre mehr eine Fortsetzung der Gießener als eine solche der alten Marburger Universität gewesen sei. Und auch Moritz zog die Konsequenzen, auf Schritt und Tritt von dem siegreichen Vetter aus einer Position in die andere gedrängt, kaum noch Herr in seinem eigenen von den Heeren Tillys heimgesuchten Lande: so ließ er denn die ihm rechtlich zustehende Mitverwaltung Marburgs fahren, da ihm an dem Mitbesitz der rein lutherischen Hochschule im Darmstädter Territorium nichts mehr lag, und seine Mauritiana siedelte schwer getroffen nach Kassel über. In Marburg aber triumphierten die 1605 vertriebenen Theologen, Mentzer, der der erste Rektor wurde, voran: „er dirigiert", so schreibt ein bissiger Kollege, „itzo hof und schul sachen, ist unser papst, er meinet, hab meinem herrn das land allzuwegen gebracht mit seiner exegesi". Religion und Politik waren von vornherein in dem Lager der Sieger — ebenso wie in dem der Besiegten — auf das engste verbunden gewesen, und Staat und Hochschule teilten sich in den Gewinn.

Wenn aber die Verbindung beider so eng war, mußten alsdann nicht die Rückschläge, die den darmstädtischen Staat im weiteren Verlauf des Krieges vernichtend trafen, auch wiederum seiner Universität gefährlich werden? Diese Rückschläge aber sollten in dem Wirbel der Kriegsereignisse, der ganz Deutschland verschlang, nicht ausbleiben. Auch fortan standen die beiden hessischen Häuser in getrennten Lagern. Moritz von Kassel zwar hatte bald nach der Niederlage entsagt, ein innerlich gebrochener Mann; sein Sohn aber band das Geschick seines zerrütteten Landes an die siegreichen schwedischen Fahnen; und wenn auch er, ein vom Kaiser geächteter Reichsfürst und Schwedengeneral, das Ende des Krieges nicht mehr erlebte, so hielt doch seine Witwe, die stolze Enkelin des Oraniers Wilhelm, unerschütterlich auf der Seite der Schweden und Franzosen aus und behauptete sich, fast allein unter den deutschen Reichsfürsten, bis zum Ende selbständig kriegführend im Felde.

Landgraf Georg von Darmstadt aber, der Sohn Ludwigs, blieb dem Kaiser getreu. Er zählte zu den Fürsten, die wie die meisten in dem ungeheuren Kriegsbrande bald von dem einen, bald von dem anderen wehrlos überrannt wurden. Auch er, wie der unglückliche Moritz, trägt unter den hessischen Landgrafen den Beinamen des Gelehrten, und was in seinen Kräften stand, hat er mit innerlichem Anteil auch in diesen schweren Jahren seiner Hochschule angedeihen lassen. Oft trieben Pest und Krieg die alma mater auseinander. In den Jahren 1633/34 kam es sogar zu einer vorübergehenden Rückwanderung nach Gießen, und in den verödeten Räumen der Ludoviciana wurde wieder ein Rektor gewählt und wurden Doktoren promoviert. Aber von den Waffen kam die letzte Entscheidung. Wie im ganzen Reiche die Sache des Kaisers immer unaufhaltsamer vor den vereinigten schwedisch-französischen Waffen zusammensank, so entschieden sie auch das Schicksal der beiden hessischen Linien, und, fügen wir hinzu, der beiden hessischen Universitäten.

Gegen Ende des Jahres 1645 kehrten die kriegserprobten Truppen Hessen-Kassels unter schwedischer Führung in die Heimat zurück; mit Waffengewalt nahm die Landgräfin die einst ihr entrissene Erbschaft, darunter auch Stadt und Schloß Marburg, wieder in Besitz. Die Ereignisse von 1623/24, die zwanzig Jahre lang zurücklagen, erneuten sich in grauenvoller Weise, nur daß das Schicksal die Rollen jetzt anders verteilt hatte. An diesen Hessenkrieg erinnert die Ruine des Gleibergs, die von dem Landschaftsbilde unserer Stadt uns unzertrennlich dünkt. Das Schicksal der Universität aber hing von den Großmächten ab, die in Münster und Osnabrück den Deutschen den Frieden diktierten. Noch während der neu beginnenden Verhandlungen über die Auseinandersetzung der beiden hessischen Linien tobte der Krieg in diesen Fluren, und zeitweilig schien sogar das Schlachtenglück der anderen Seite wieder zu winken; so hat zuletzt noch ein kaiserliches Heer die Stadt Marburg wieder erstürmt, ein Retter, der fast noch schlimmer wütete als die Gegner und der zusammenbrechenden Universität den letzten Stoß gab. Das war kurz vor dem Frieden. Seine endliche Entscheidung aber war eine,

die eigentlich keine war. Sie gab den Kasselern Stadt und Schloß Marburg, die Universität aber sollte von nun an wieder gemeinsamer Besitz der beiden tötlich verfeindeten Häuser sein; um das möglich zu machen, sollten die einzelnen Fakultäten der getrennten Besetzung der einen oder der anderen hessischen Linie unterstehen. Das war eine Lösung, die praktisch nicht haltbar war, und in genauer Umkehrung der Lage von 1624 war es diesmal Darmstadt, das nach Verlust der Landesherrschaft auch aus dem Mitbesitz der Universität sich freiwillig zurückzuziehen entschloß. Kommunion oder Separation lauteten die Schlagworte unmittelbar nach dem Vertrage, und wieder waren es die lutherischen Theologen, die unbedingt auf Separation drangen: „es gehe nicht an, daß professores beider religion auf einem katheder dociren und contraria lehren sollten". Für die Möglichkeit toleranten Zusammenarbeitens war das harte Geschlecht, das aus dem Brandschutt des Krieges aufstieg, innerlich noch nicht reif. So entschloß man sich zur Aufgabe der Kommunion und zur Wiederherstellung der Gießener Universität auf Grund des Privilegs von 1607. Der alte Geist, der einst die Ludoviciana ins Leben gerufen hatte, war auch bei dieser Erneuerung wirksam, der Geist des lutherischen Konfessionalismus und des darmstädtischen Sondertums. Die politische Niederlage der kaiserlichen und damit der darmstädtischen Sache hat also — so sonderbar sind die Dinge ineinander verkettet — dem Staate Hessen-Darmstadt seine eigene Universität zurückgegeben.

Man möchte wohl in allen diesen Jahren die feinen Fäden zu ergreifen suchen, die in den Anfängen einer hohen Schule die einzelnen Wissensgebiete mit dem Geiste der Zeit und untereinander verbinden, aber immer wieder sieht man das Schicksal der Studien gefesselt an den Wechsel des Kriegsgottes, an diplomatische Haupt- und Staatsaktionen, an hessische und Reichspolitik, ja von den Entscheidungen der Weltgeschichte her weht der Pulverdampf in die beiden kleinen akademischen Welten an der Lahn herüber. Wahrlich, man versteht es, daß auch das Gießener Studentengeschlecht, soweit es in diesen Jahren den Studien treu blieb, beim Heran-

nahen des wilden Halberstädters im Jahre 1622 den Wahlspruch in seine Fahne setzte: „literis et armis ad utrumque parati“.

Das neue Gießen seit 1650 hat nicht mehr beansprucht, die legitime Erbin und Platzhalterin der althessischen Gesamtuniversität zu sein, sondern sich beschieden, allein den hessen-darmstädtischen Landen zu dienen. Wie die Staaten sich gänzlich voneinander gelöst hatten, so auch ihre hohen Schulen. Unleugbar sind die beiden Universitäten, die von dem hessischen Gesamthause ausgegangen sind, einander so nahe gelegen, und die territoriale Basis, auf die sie zunächst angewiesen waren, war so schmal, daß eine reichere Blüte der einen oder anderen dadurch gehemmt ward. Im Jahre 1607 hatte darum das Votum des Reichshofrats das Gießener Privileg in der freundlichen Erwartung empfohlen, „das diese zwo universität eine die ander verfolgen und auffressen werde“. Und wenn es dazu auch nicht kam, so sind doch wiederholt, noch nach 1866, Gedanken aufgetaucht, sie zu vereinigen oder gar sie gemeinschaftlich zu verlegen. Das alles aber, der Streit so gut wie die Vereinigung, liegt heute weit hinter uns zurück. Nebeneinander sind die beiden Schwestern aufgestiegen, jede für sich in ihrem Lebenskreise, in eigentümlicher Blüte und in freundnachbarlicher Gesinnung bis zum heutigen Tage.

Mit einem mannhaften Schritt der freien Überzeugung hatte einst unsere Universität begonnen, aber in jenen wilden und trostlosen Kriegsjahren — es hätte kein schlimmeres Los für die Anfänge einer hohen Schule fallen können! — geriet ihr Dasein äußerlich ganz, und zu einem guten Teile selbst innerlich, in Abhängigkeit. Wie aber hätte es dabei bleiben können! Alle die geistig-ethischen Kräfte, die während der Kriegsjahrzehnte völlig eingefangen scheinen in den engen Kreis politischer Berechnung und obrigkeitlicher Normen, Theologie und Recht, die dürftigen Anfänge der Natur- und Heilwissenschaft, Philosophie und das weite Gebiet der philologisch-historischen Fächer: alles das führt doch wieder in sich ein unsterbliches und unabhängiges Leben und steht im Zusammenhang mit den großen Verschiebungen der Gedanken

in der Welt, die auf die Dauer keine Staatsgewalt bändigt. Es ist ein schöner Ruhmestitel der deutschen Universitäten, daß sie trotz ihrer territorialen Gebundenheit im 17. und 18. Jahrhundert doch immer die Flamme freier Gedanken nährten und auf einem Wege fortschritten, der sie stufenweise von der kirchlichen Bindung auf der einen und der staatlichen Bevormundung auf der anderen Seite freimachte. Niemand wird sagen, daß in diesem Zeitraum beginnender geistiger Befreiung Gießen führend aufgetreten sei, aber die großen Schwingungen des allgemeinen Lebens werden doch auch hier mit empfunden und weitergegeben, hin und wieder sogar in einem ersten und eigentümlichen Beispiel.

Eine Weile freilich hat die Entwicklung der theologischen Fakultät auch die Gesamthaltung der Ludoviciana bestimmt. Einige Jahrzehnte noch hielt man jedes fremde Element von sich fern, und ein anderer Balthasar Mentzer versuchte, Hof und Kirchenpolitik und Universität in dem alten Sinne zu lenken. Man disputierte über den Glauben, als wenn es zu einem Ziele führen könnte, mit Kapuzinermönchen, aber man lehnte den Synkretismus des Helmstedters Calixt, diese ersten Anläufe zu einer überkonfessionellen Theologie, unbarmherzig ab; man wies die kartesianische Philosophie zurück und verbot den Juristen, über Naturrecht zu lesen. Schließlich aber sollte doch der Glaubensgrund, auf dem die Universität unter so viel Kämpfen für immer gebaut worden war, sich von innen heraus verändern, und neue religiöse Strebungen, die im Zusammenhange mit der allgemeinen Entwicklung in der lutherischen Kirche erwacht waren, fanden auch nach Gießen ihren Weg. Nach dem Beispiel, das Spener in dem nahen Frankfurt gegeben hatte, wagte schon 1689 der Theologe May „collegia pietatis" an der Universität einzuführen, vom Hofe begünstigt, von der Regierung geduldet; und im Jahre 1693 wurde, wie Walter Köhler neuerlich gezeigt hat, unser Gießen, die Epigonin der altlutherischen Universitäten, die erste, in der — noch ein Jahr vor Halle — der Geist der Spenerschen Bewegung Einzug hielt, um bald auf der ganzen Linie zu siegen: der Pietismus (wenn auch der Name und jede Separation vermieden ward) mit seiner Verinnerlichung des

religiösen Lebens, seiner Erweichung der starren Dogmen, aber auch mit seiner Neigung, die Erbauung vor die Studia zu stellen; gerade hier in Gießen kann man diese akademischen Konsequenzen in der wissenschaftlichen Vorbildung der Theologen in jenen Jahren bemerken. Ein Beispiel, wie die zentrale Stellung der Theologie auch damals noch auf andere Fächer weiterwirkt, mag der Name eines Mannes geben, der nur ein paar Semester hier, und zwar als der erste ordentliche Professor der Geschichte (1697/98) gewirkt hat, Gottfried Arnold. In Gießen hat er seine „Unparteiische Kirchen- und Ketzerhistorie" (1699) vorbereitet, in der er aus der Empfindung des verfolgten Pietismus heraus zum Patron aller Ketzer wurde, wie es einst der kühne Sebastian Franck mehr geahnt als durchgeführt hatte: so stellte sich sein Werk dem herrschenden Dogmatismus aller Richtungen und den mit ihm verbundenen hierarchischen Interessen in den Weg, auch wieder eine ungeheure und ungerechte Einseitigkeit, aber eine solche, die in ihren Falten den Fortschritt, neue Möglichkeiten undogmatischer und religionsgeschichtlicher Erkenntnis barg.

Aber wir wollen und können nicht durch das ganze 18. Jahrhundert verfolgen, wie in den großen Bewegungen der Zeit die wechselnde Flutwelle jedesmal auf den Gießener Strand treibt, wie der Pietismus nach einem Menschenalter noch einmal, merkwürdigerweise von einer matteren Form der Orthodoxie abgelöst wird, und wie diese nach einem weiteren Menschenalter der Aufklärung weichen muß, die nunmehr in der theologischen Fakultät in der äußersten rationalistischen Gestaltung und in der Person eines begabten Libertins ihren Platz einnimmt. Eine Entwicklung, die sprungweise durch alle Phasen der Gegensätze läuft, weitab von dem Geiste, der einst die Gründung dieser Universität beseelt hatte. Auch Landesherr und Staatsgewalt hielten das Steuer der Ludoviciana nicht mehr in dem alten patriarchalischen Sinne in den Händen, denn auch hier oben hatte die Aufklärung alles durchsetzt und den alten Pflichtenkreis durch neue Bestrebungen verdrängt. Andere Interessen waren jetzt am Hofe lebendig, und die neue geistige Welt, die in Dichtung und Kunst unter den Deutschen emporstieg, wurde auch in Darmstadt von der

großen Landgräfin Karoline mit liebevollem Verständnis aufgenommen: es waren die Jahre, wo auch Goethe — dessen Vater sich einst in Gießen den Doktorhut geholt hatte — von dem nahen Wetzlar oft zu den Gießener Freunden herüberkam. Und wie im Märchen der Stab des Zauberers vergoldet, was er nur berührt, so fällt auch aus der Lichtquelle des Genius ein hellerer Glanz auf diese gelehrten Herren, die trotz ihrer Verdienste sonst vielleicht schon vergessen wären. Daneben nahm sich das aufgeklärte Fürstentum auch der wirtschaftlichen Wohlfahrt seines Landes mit neuem Eifer an. So wurde im Jahre 1777 eine neue fünfte, ökonomische Fakultät für Staats- und Forstwirtschaft, Technologie und Landwirtschaft gegründet, an deren Spitze Schlettwein, der bedeutendste der deutschen Physiokraten, trat. Und wenn die Fakultät als solche auch keinen Bestand hatte, so blieben doch ihre Fächer im Verbande des Universitätsunterrichts oder wurden ihm, wie die Forstlehranstalt im Jahre 1831, später wieder einverleibt. So stehen bis heute auch die wirtschaftlichen Bedürfnisse des Landes zu der Landesuniversität in einer besonders engen Beziehung.

Dann aber sollte wieder von außen ein Anstoß kommen, der zunächst für den Staat, bald aber auch für die Universität eine völlige Umwälzung nach sich ziehen mußte. Der hessen-darmstädtische Staat war im Zeichen der Treue zum alten Reich emporgekommen und hatte an dieser konservativen Politik festgehalten. Jetzt kam die Zeit, da dieses seit langem morsche Reich unter den revolutionären Stößen der französischen Militärmacht zusammenbrach: damit wurde auch Hessen, gleich den anderen südlichen und westlichen deutschen Staaten, in die Gefolgschaft des Rheinbundes und unter die Fahnen des französischen Imperators gezwungen, um alle Kräfte seines Volkstums dem Dienste einer fremden Weltmacht zu opfern. Äußerlich gewann der Staat an Rang und Macht, aber, indem er sich aus der eigenen Nation völlig herauslöste, veränderte sich seine alte Struktur von Grund aus, und es konnte nicht anders sein, als daß auch seine Universität dieser Umwandlung folgte. Nun ward der für Gießen charakteristische

Mann der gelehrte Kameralist und Statistiker Crome, in den Kriegsjahren um die Universität hochverdient, bald einer der entschiedensten Bonapartisten in der deutschen Wissenschaft und Publizistik. Rheinbundgesinnung also auch an der Ludoviciana! Als im Jahre 1808 der junge Frankfurter Ludwig Börne in Gießen zum Doktor promoviert wurde, da hieß es in seiner unter Cromes Leitung entstandenen Doktordissertation über die natürliche Bedingtheit der Völkergrenzen und Staatsformen: „In Europa bleibt ein Kern übrig, der nicht zerstückelt werden kann. Zumal Frankreich und Deutschland, die hängen zusammen, daß sie sich schwerlich werden trennen lassen. Hier sieht man aber auch deutlich den Fingerzeig des Schicksals, daß beide Länder nur einen Staat bilden sollen. Und welch ein glücklicher Staat müßte das nicht werden, wenn sich die deutsche Nation mit der französischen vermählte und beide sich neutralisieren." So war der alte deutsche Kosmopolitismus des 18. Jahrhunderts umgeschlagen in die Staatsphilosophie des Rheinbundes und log sich über die Knechtschaft der eigenen Nation mit Phrasen hinweg. Das französische Empire wußte wohl, weshalb es sich der publizistischen Feder Cromes bediente, um den wankenden Gemütern der Deutschen den Segen ihrer Knechtschaft und die verbrecherische Torheit einer Erhebung klarzulegen — während das preußische Volk in Waffen schon die ersten Schlachten des Befreiungskriegs schlug.

In diesem Dunkel aber erscheint ein Licht! Die akademische Jugend war es, die von dem durch das Volk wehenden Sturm der Befreiung zuerst ergriffen wurde. Die große Zeit der Erhebung hat in Gießen die Söhne der alma mater zum erstenmal selbständig auf die Bühne geführt. In den ersten Jahrhunderten war an der Ludoviciana das Studentenleben in typischen Formen verlaufen; jetzt tritt der einzelne Student im Bunde mit dem wieder erwachten Volksgeist hervor. Wohl hatten auch früher im Dreißigjährigen Kriege die Studenten sich wehrhaft zusammengeschlossen, zur Verteidigung der Festung Gießen und zu nichts weiterem; jetzt wurde das alte Feldzeichen: „literis et armis ad utrumque parati" in einem neuen und erhabeneren Sinne wieder hervorgeholt, für die Befreiung

der ganzen Nation. Wie war die Roheit der letzten Studentengenerationen rasch verflogen, als der heilige Ernst des Vaterlandes die jugendlichen Gemüter packte. Wie jubelten sie Blücher zu, als er an der Spitze des Heeres einzog und deutsch und derb zu ihnen sprach, in diesem Augenblick ein hinreißenderer Redner als alle Professoren und ein mächtigerer Gebieter als die ganze Regierung. Meinen wir nicht einen hellklingendn Ton aus der Zukunft unseres Volkes zu vernehmen, wenn die jugendlichen Dränger — freilich auf dem sonderbaren Wege durch die amtliche Zeitung — ihren Großherzog Ludwig bitten wollen, daß er baldigst eine Aufforderung erlasse „zum Kampf für Vaterland und Freiheit, indem es unser höchster Wunsch ist, als hessisches Freikorps für die gerechte Sache, für Gottes Sache, im heiligen Krieg mit hinauszuziehen gegen den Unterdrücker der Deutschheit, zu beweisen, daß deutsche Tugend noch in den Herzen der Deutschen wohnt.“ So zog denn, als wenige Wochen darauf auch der Landesherr zur deutschen Sache übertrat und den Aufruf zur Bildung freiwilliger Jäger erließ, ein großer Teil der Gießener Studenten, mit ihnen auch einzelne der Lehrer, wie der junge Philologe Friedrich Gottlieb Welcker, in den Kampf um die Befreiung. Längst hatte die Wissenschaft den engen Ring einer territorialen Bildungsanstalt gesprengt, jetzt trat auch die nationale Gemeinschaft des Vaterlandes an diese hessischen Studenten mit neuen Forderungen heran und ließ sie vor allem als Söhne eines großen Volkes empfinden.

Freilich, auch nachdem die Befreiung erreicht war, blieb zwischen den akademischen Idealen einer neuen deutschen Nation und der Verfassung des deutschen Bundes, in den das Großherzogtum Hessen eintrat, eine tiefe Kluft bestehen. Merkwürdig, wie gerade in dem akademischen Leben Gießens diese Gegensätze auf das schärfste aufeinanderprallten. Die deutschnationale Gesinnung lebte in den Jünglingen, die aus dem Kriege heimkehrten, wie eine verzehrende Flamme fort. Sie zeigte den alten Bonapartisten an der Universität ungeheuchelte Verachtung und fand schließlich in der deutschen Burschenschaft, an deren Begründung die Gießener einen führenden Anteil nahmen, einen begeisterten Ausdruck. Je

mehr aber der Ausgang der deutschen Sache enttäuschte, desto rascher schlug, und gerade hier in Gießen, dieser deutsche Geist, der aus nationalen und christlichen Wurzeln seine Kräfte gezogen hatte, in einen republikanischen Radikalismus um, der bald mit hellem Wahnwitz das Verhängnis einer volksfeindlichen Reaktion beschleunigen sollte. Heute aber wollen wir, in dem sicheren Besitze unserer Volkseinheit, jene Irrwege den Gießener Schwarzen nicht nachtragen, wir wollen uns eher der starken Gefühle freuen, die in ihnen in diesen Jahren wieder ans Licht rangen; ihre Träger selbst glaubten allerdings in dem damaligen Deutschland keinen Raum für sich zu finden und wandten sich über das Meer, um drüben den Versuch zu machen, ihr nicht geringes Ideal, Deutschtum und Freiheit, zu verwirklichen.

Noch immer sehen wir indessen die Neugestaltung des hessischen Staates auch auf den Charakter seiner Landesuniversität zurückwirken. Der rein konfessionelle Charakter der Ludoviciana hatte sich schon am Ausgang des 18. Jahrhunderts abgeschwächt, und bald darauf waren auch die Glaubensreverse der Professoren verschwunden. Und wie der hessische Staat selber durch die Säkularisationen der napoleonischen Periode — der Kern des alten Kurstaates Mainz wurde ihm einverleibt — aus einem konfessionell einheitlichen zu einem paritätischen Staatswesen sich umgestalltet hatte, so ging er bald dazu über, diese Parität an der entscheidenden Stelle seiner Universität einzuführen. Im Jahre 1830 trat eine katholisch-theologische Fakultät neben die evangelisch-theologische, und in den Worten ihrer Stiftungsurkunde „zur Wohlfahrt der katholischen Landeskirche und zum Besten unserer Landesuniversität" klang doch noch, wenn auch im Grunde verändert, das alte Territorialprinzip von 1607 leise nach. Das Ganze war freilich eine kurze Episode, die mit der Wiederherstellung des Mainzer Priesterseminars und der neukatholischen Bewegung unter Ketteler 1850 ihr Ende nahm.

In der Hauptsache aber ging fortan die wissenschaftliche Arbeit an der Universität ihren Weg unberührt von der politischen Entwicklung des engeren und des weiteren Vaterlandes. Den meisten deutschen Universitäten ist einmal das Glück

geworden, bahnbrechend voranzugehen und mit dem Glanze großer Namen ihren Schwestern die Wege zu weisen. Von der einen zu der anderen Hand scheint die Fackel der Erkenntnis und des Fortschritts weitergegeben zu werden. In Gießen sind es nicht diejenigen Wissenschaften, die seit der Gründung der Ludoviciana ihren Charakter bestimmt hatten, sondern es sind die Naturwissenschaften gewesen, die auch unserer Universitätsgeschichte eine Periode der Führung und einen leuchtenden Namen in der Welt gegeben haben. Bisher war von den Naturwissenschaften überhaupt nicht viel zu sagen. Sie waren hier zwar nicht gänzlich vernachlässigt worden; schon seit der Gründung der Universität datiert auch die Geschichte unseres Botanischen Gartens, und noch vor Ablauf des ersten Jahrhunderts wird ihr nachgerühmt, daß sie durch ihren hortus medicus, ihr chemisches Laboratorium und ihr anatomisches Theater den anderen voraus sei; in Gießen hat man zuerst im Jahre 1765 geologische Exkursionen in den akademischen Unterricht eingeführt. Schließlich aber ist es doch ein einziger Mann gewesen, der mit der Kraft des Genius für den naturwissenschaftlichen Betrieb der deutschen Universitäten eine neue Ära heraufführte und für ein Menschenalter Gießen in die erste Reihe stellte: Justus Liebig, der Größte aller Gießener Professoren, neben den vielen Fremden, die hier lehrten, er ein Sohn der engeren Heimat, aus der Stadt der Gründer der Ludoviciana. Einer der Könige der Wissenschaft, die ihr eigenes Arbeitsgebiet sich erst schaffen und von ihm aus in die Nachbargebiete ebenso schöpferisch hinübergreifen; so ist er von der organischen Chemie aus zu ihren Anwendungen auf Physiologie und Landwirtschaft fortgeschritten und hat mit seiner Lehre vom organischen Stoffwechsel einen der stärksten Antriebe gegeben, die je von theoretischer Arbeit auf die Praxis des Lebens weiterwirkend ausgegangen sind. Ebensoviel aber bedeutet der stolze Mann mit der leidenschaftlichen Seele und dem lebensprühenden geistvollen Auge für die Geschichte des akademischen Unterrichts; indem er von Entdeckung zu Entdeckung schritt, hat er die induktive Methode in den Unterricht eingeführt und das chemische Studium in einer grundlegenden Weise organisiert, die an deutschen und ausländischen Universitäten vorbildlich

geblieben ist. Ja, die Wirkung, die von seinem Laboratorium in dem bescheidenen Wachthäuschen der ehemaligen Kaserne auf dem Seltersberg ausgegangen ist, erstreckt sich überhaupt auf die ganze Organisation des naturwissenschaftlichen Unterrichts. So sind alle Institute, mit denen Gießen sich jener großen Tradition getreu heute den anderen Universitäten würdig zur Seite stellt, von dem einst von Liebig gepflanzten Geiste erfüllt. Sie und ebenso die medizinischen und veterinärmedizinischen Kliniken, die bei uns schon eine kleine Universitätsstadt für sich zu bilden beginnen, haben eine Entwicklung genommen, von der man sich 1607 nichts träumen ließ.

Neben die naturwissenschaftliche Methode ist dann die zweite große wissenschaftliche Errungenschaft des 19. Jahrhunderts, des historischen Jahrhunderts, getreten, die entwicklungsgeschichtliche Betrachtungsweise, unter deren Einfluß auch die alten Disziplinen, die einst den Geist der Universität gelenkt hatten, ihr Antlitz und ihr Wesen veränderten. So hat in der Jurisprudenz Rudolf Jhering, der bedeutendste Jünger aus der historischen Schule Savignys, hier in den fünfziger und sechziger Jahren den inneren Höhepunkt seines Schaffens erlebt, und in seinem „Geist des römischen Rechts" die tiefsten Gründe der Entwicklung des römischen Rechts und des Rechts überhaupt, indem er in die Tiefe des römischen Volksgeistes eindrang, zu erschließen versucht. Und ebenso ist die Theologie, die längst ihre alte Vormachtstellung verloren hatte, von dieser Bewegung ergriffen worden, und seitdem Stade vorangegangen, ist auch sie durch den entwicklungsgeschichtlichen Geist auf neue Wege geführt worden. Mit freiem Sinne hat sie diese neuen Aufgaben ergriffen, und wenn Bismarck ihr im Jahre 1888 schrieb: „Eingedenk des Geistes, in welchem die Universität von dem Landgrafen Ludwig gegründet wurde, ist sie stets eine Vertreterin der Duldsamkeit auf theologischem Gebiet gewesen", so gilt das von ihrer Gegenwart mit höherem Rechte als von ihrer Vergangenheit.

Wie sind überhaupt die Gegensätze, die äußerlich und innerlich die Geschichte unserer Ludoviciana durchzogen, seit dem letzten Menschenalter aufgehoben in einer höheren Einheit

und Harmonie! Gleich wie in dem neuen Reiche der hessische Staat sein eigentümliches Wesen zugleich mit der Treue zum Ganzen behauptet, so waltet auch an der Landesuniversität das alte Territorialprinzip nicht mehr in seinem alten und ausschließlichen Sinne, wenn auch die meisten Studenten aus dem Lande stammen und im Lande verbleiben. Die Landesuniversität ist zugleich deutsche Universität, und sie ist es mit Stolz. Alle Opfer, die der Staat um seiner hohen Schule willen seinen Angehörigen auferlegt, werden weit über das unmittelbare Staatsinteresse hinaus dem Ganzen deutscher Wissenschaft dargebracht, in der richtigen Erkenntnis, daß gerade das Dasein der mittleren Bundesstaaten im Reiche durch den geistigen Mittelpunkt einer eigenen Hochschule einen eigentümlichen und innerlichen Wert gewinnt. Wer möchte heute in Deutschland diesen Anteil auch der kleineren Bundesstaaten an der Gesamtbildung der Nation missen? Immer aufs neue erkennen wir, welchen Segen die einst politisch verhängnisvolle Territorialisierung des alten Reichs der Vielfältigkeit unserer höchsten Bildungsanstalten gebracht hat, und wir freuen uns, daß der bundesstaatliche Charakter unseres Reichs die Erhaltung ihrer Sonderart auch weiterhin verbürgt. Dankbar empfinden wir, daß man in diesem Lande solche Aufgaben in einem hohen und freien Sinne auffaßt, der von dem Träger der Krone ausgeht und durch alle Organe des Staates flutet: in der Universität finden Sie diesen freien Sinn wieder, denn er ist die Lebensluft, ohne die sie nicht zu atmen vermag. So ist auch heute, und noch in einem höheren Sinne als einst bei Landgraf Ludwig dem Getreuen, die Pflege der Landesuniversität bei den Leitern des Staates Sache des Gewissens und des Gemütes.

Wir sahen, wie immer wieder neuer Wein in die alten Schläuche gefüllt ward, und wie auch die Form sich wandelte unter dem Wandel des Inhalts: so wird auch, was wir heute halten, in dem Fluß aller Dinge sich weiter umgestalten. Sollen wir noch einen Blick in die Zukunft und auf die neuen Forderungen werfen, die sie an uns richten wird? Sollen wir von dem Unvollkommenen sprechen, das allem Irdischen anhaftet, und das in Korporationen von ehrwürdiger Tradition mit den Gefahren des Stillstandes sich allzu leicht einstellt? Sollen wir

fragen, ob überhaupt der Anteil der Hochschulen an dem Gesamtleben der Nation noch in dem Umfange und in der Bedeutung von früher fortlebt? Auch in unserer wissenschaftlichen Arbeit haben wir über die unmittelbaren Aufgaben der Landesuniversität und ihres Staates immer hinwegzublicken auf die Zukunft der Nation, der wir alle dienen. Der große Wettkampf der Völker, dieser gewaltige Hebel alles Fortschritts, von dem heute mehr als je das Wort Heraklits vom Streit als Vater aller Dinge gilt, stellt auch uns vor die Notwendigkeit, das Höchste anzuspannen, wenn wir nicht zurückbleiben wollen. In diesem Wettkampf haben die nationalen Bildungsanstalten mehr als je die Aufgabe, in der Jugend, die ihnen zuströmt, einen den anderen gewachsenen und womöglich überlegenen Volkstypus auszubilden. Die Ludoviciana wird auch heute der Lehren eingedenk sein, die aus der Geschichte ihres Ursprungs in trüber Vergangenheit sich ergeben. Sie wird nie evrgessen, daß jenes alte Wort: „literis et armis ad utrumque parati" auch von ihrer zukünftigen Arbeit gelten muß, nicht in dem alten buchstäblichen Sinne, aber Erkenntnis und Forschung und Treue in der Arbeit bleiben die Waffen, die wir blank und scharf zu erhalten haben, damit wir Deutsche auch mit diesem Rüstzeug vor den andern Völkern bestehen.

Die Wissenschaft hat einst in dem zerrissenen Volke das Bewußtsein einer gemeinschaftlichen Kultur erhalten: so hat auch sie geholfen, wieder ein einziges Volk aus den Deutschen zu machen. Die Zukunft des deutschen Volkes ruht nicht allein in den Waffen, sie ruht auch fernerhin in dem freien und fortschrittlichen Geiste, in dem es die Studien ergreift. Lasset uns der Wissenschaft dienen, so dienen wir zugleich dem hessischen Lande, dessen Fürsten die Ludoviciana gestiftet haben, dienen am treuesten auch der großen Volksgemeinschaft, die heute uns alle umspannt, Leben spendend und Leben fordernd. In dieser Gesinnung schreiben wir dem kommenden Jahrhundert getrost in die Fahne:

„literis et armis ad utrumque parati".





II.

Sebastian Franck als Historiker

1898





In dem Maße, wie die Reformation einen Bruch mit einer herrschenden Weltanschauung bedeutete, mußte auch die Geschichtschreibung, die es als ihre Aufgabe ansah, aus einer neuen Ansicht der Vergangenheit heraus ihre neue Weltanschauung zu begründen, eben damals eine Epoche erleben. Von allen großen historischen Werken dieses Zeitalters kann man sagen, daß ihr Bewußtsein unter diesen Eindrücken steht, unter neuen Antrieben von unermeßlicher Universalität und innerlichster Tiefe; und obgleich sie während des Kampfes geschrieben und für den Kampf geschrieben wurden, schließen sie in ihrer starken Einseitigkeit doch einen Fortschritt der universalgeschichtlichen Auffassung in sich, der, aus dem Wesen der Reformation entsprungen, für alle Zeiten unserer Wissenschaft erhalten geblieben ist.

Dieser Zusammenhang drängt sich uns in wenigen Werken unmittelbarer auf als in der Geschichtschreibung Sebastian Francks, gerade des Mannes, der inmitten des ungeheuren Zusammenbruches und des wirbelnden Gemenges neuer Parteien unparteiisch über ihnen allen zu stehen vermeinte. Seine Geschichtschreibung ist nur aus dem Charakter seiner religiösen Stellung zu verstehen. Erst nachdem wir diese begriffen haben, können wir auch jener den ihr gebührenden Platz anweisen: sie ist nur eine Seite seiner religiösen Schriftstellerei im weitesten Sinne.

Man sieht, welchen Schwierigkeiten ihr Verständnis deswegen von Anfang an begegnen mußte. Denn eben das Urteil über Francks religiöse Schriftstellerei hat sich im Laufe der Zeiten geradezu in Extremen bewegt, es hatte in einer fast unübersehbaren Literatur bis vor kurzem noch keinen abschließenden und gesicherten Ausdruck gefunden. Eine so unendlich persönliche Erscheinung mußte die persönlichsten Urteile herausfordern, und der schwer zu erfassenden Vielseitigkeit seines Wesens gegenüber schienen die widersprechendsten Standpunkte der Beurteilung erlaubt zu sein. Von den herrschenden theologischen Richtungen seiner Zeit wäre es zwar unbillig, ein historisches Verständnis des Mannes zu verlangen: der Haß, der sich in

dem bekannten Nachruf Luthers entlud, ist lange Zeit für die lutherische Orthodoxie das maßgebende Verdammungsurteil geblieben. Während die Werke Francks nach mehreren Menschenaltern in Holland noch eine Auferstehung ihrer literarischen Wirksamkeit erlebten, wurde der Krieg in Deutschland so nachdrücklich gegen sie geführt, daß einzelne seiner Schriften nur noch in der holländischen Übersetzung vorliegen. Erst das historische Werk des Spenerschen Pietismus, Gottfried Arnolds Kirchen- und Ketzergeschichte, hob ihn wieder auf den Schild, während auf der andern Seite ein vulgärer Rationalismus ihn nur in einem Schema der Geschichte der menschlichen Narrheit unterbringen zu können glaubte. Dann aber schlug die Mißachtung in ihr völliges Gegenteil um. K. Hagen wollte in Franck den Mann erblicken, in dem der Geist der Reformation, so wie er ihn verstand, seinen eigentlichsten und vollendetsten Ausdruck gefunden habe; allein für die Radikalen suchte er ihn zu beanspruchen. Auch in dem Buche von Bischof über „Sebastian Franck und deutsche Geschichtschreibung" klingt diese einseitige Überschätzung nach und führt trotz einzelner treffender Bemerkungen manchmal zu Urteilen, die zur völligen Schiefheit ausgewachsen sind und die erheblichen Lücken in seiner geistigen und sachlichen Analyse von Francks Geschichtschreibung nur in ein grelleres Licht rücken. Und nicht mehr befriedigt die Arbeit von C. A. Hase, die einzige umfassende und deswegen noch nicht entbehrliche Biographie, die Franck bisher gefunden hat; hinter ihrer Aufgabe ist sie weit zurückgeblieben. Seitdem ist von manchen Seiten weiter mancherlei Vortreffliches über Franck geschrieben worden, vor allem Diltheys glänzende Würdigung seiner philosophischen Stellung. Die breit angelegten Studien F. Weinkauffs, die Lebensarbeit des fleißigsten Franck-Forschers, haben nicht zum Abschluß kommen sollen, sind vielmehr der Öffentlichkeit nur in Bruchstücken und Anfängen bekannt geworden.

Der bedeutendste Fortschritt in der Gesamtauffassung ist neuerdings in dem Buche des Tübinger Theologen Alfred Hegler, „Geist und Schrift bei Sebastian Franck" (1892), erzielt worden. Es ist ein Buch, das auf der gründlichsten Kenntnis sämtlicher Schriften Francks und aller verwandten Richtungen

aufgebaut ist und trotz seines beschränkten Themas selbst für den Mangel an einer abschließenden Biographie zu entschädigen vermag. Hegler weist Franck in der Geschichte des Protestantismus die Bedeutung zu, daß er im Anschluß an die Prinzipien der Reformation, aber zum Teil im Widerspruch mit ihrer Umgrenzung und Gestaltung in der kirchlichen Form des Protestantismus, den geistigen Charakter des Christentums und den persönlichen Charakter der Religion entschieden geltend gemacht, die besten Gedanken der radikalen Reformbewegung nach dieser Seite am vollständigsten, besonnen und unerschrocken ausgesprochen habe: zumal in seiner Bekämpfung des Schriftprinzips und seiner Begründung des Christentums auf das innere Wort hat er dem Spiritualismus der Reformationszeit, wie Hegler an einem der vornehmsten spiritualistischen Prinzipien, dem Gegensatz von Geist und Schrift, überzeugend nachweist, den vollkommensten Ausdruck gegeben. Indem diese Auffassung mit ihrer scharfen Formulierung und Lösung des von ihr aufgestellten Problems von einer ausschließlich spekulativen Betrachtung Francks zurücklenkt, vermag sie zur Würdigung seiner ganzen schriftstellerischen Tätigkeit fruchtbare Anregungen zu liefern. Und ich denke, daß die Historie, die, als Fachwissenschaft genommen, dem geistvollen Manne viel weniger gerecht geworden ist als die philosophischen und theologischen Disziplinen, wohl Bedürfnis und Pflicht hätte, sich diese Anregungen zunutze zu machen. Wie vermöchte sie es besser, als wenn sie nun ihrerseits die seit dem Buche Bischofs kaum geförderte Arbeit über die Geschichtschreibung Francks von neuem in Angriff nimmt und an dem Historiker Franck das historische Verständnis seiner Persönlichkeit zu entwickeln versucht?

I.

Wie wurde Franck zum Geschichtschreiber? Was waren die Absichten, die er mit dieser Tätigkeit verband, was die Grundgedanken, die er in ihr verwirklichen wollte? — das sind die Fragen, von denen ich ausgehe.

Das Wenige, was an Nachrichten über die äußere Jugendentwicklung des Mannes bekannt ist, vermag uns die Antwort auf diese Fragen nicht zu erleichtern. Er wurde im Jahre 1500

in der schwäbischen Reichsstadt Donauwörth geboren, also ungefähr an einem Punkte, wo die drei Stämme der Bayern, Schwaben und Franken aneinanderstoßen. Und durch diese drei oberdeutschen Landschaften, deren Volkstum er nachmals so treffend zu schildern wußte, hat sich sein unruhiger Lebenslauf erstreckt, ohne irgendwo ganz seßhaft zu werden. Am dauerndsten hat es ihn zuletzt in der eigentlichen Heimat gehalten, in Schwaben. Denn schwäbische Art ist es doch vor allem, die den Mann bezeichnet, in der Wärme des Empfindens, in seiner ganzen religiösen Anlage, in der eigenrichtigen und unabhängigen Sonderlingsnatur. Seit 1515 studierte er in Ingolstadt, erwarb dort 1517 das Baccalaureat und setzte nachmals im Dominikanerkolleg zu Heidelberg zusammen mit seinen späteren Gegnern Bucer und Frecht seine Studien fort. Er trat als Geistlicher in den Dienst der alten Kirche, deren Bildung er auch in der neuen humanistisch veredelten Form genossen hatte. Dann riß ihn die lutherische Bewegung mit sich fort; im Jahre 1527 wird er als evangelischer Frühmetter (nicht als Pfarrer) in Gustenfelden bei Nürnberg in den Visitationsakten mit Anerkennung genannt; er steht in Beziehungen zu dem lutherischen Theologen Althamer.

Im folgenden Jahre gibt er sein geistliches Amt auf, weil er innerlich damit gebrochen hat, und beschließt, allein als freier Literat fortan zu wirken. Der Rest seines Lebens, die fünfzehn Jahre von 1528—1542 sind es, auf die sich seine schriftstellerische Tätigkeit mit ihrem wahrhaft erstaunlichen Umfange beschränkt. Sie ist fortan die vornehmste Quelle für den äußeren und inneren Gang seines Lebens: andere Zeugnisse haben sich spärlich erhalten, ein paar Briefe, auffällig wenig für dies Zeitalter, die Verteidigungsschriften aus der Ulmer Zeit, verhältnismäßig wenig Urteile und Nachrichten anderer: das ist alles.

Während jener anderthalb Jahrzehnte schriftstellerischer Tätigkeit ist nun kaum — wenn wir von einer ersten Schrift aus dem Jahre 1528, noch dazu einer Übersetzung, absehen — von einer nennenswerten Entwicklung Francks mehr die Rede, wohl von einer Vertiefung und Ausdehnung seiner Gedanken: aber die entscheidende Entwicklung fällt schon vorher, eben in jene dunkle Zeit der Vorbereitung, in die wir nicht hineinsehen

können. Fertig in seinen grundsätzlichen Anschauungen, fertig in seiner schriftstellerischen Persönlichkeit tritt er uns in dem ersten größeren und eigenen Werke entgegen. Und zwar als Historiker, nicht als Theologe. Denn die im Herbst 1531 im Druck vollendete „Geschichtsbibel" reicht in ihrer Entstehung und nun gar in ihrer Konzeption in die ersten Jahre seiner schriftstellerischen Arbeit zurück. Alle zeitlich, nach ihrem Erscheinungsjahr, vorher fallenden Schriften kommen wenig dagegen in Betracht. Es sind Gelegenheitsarbeiten, wie „Das Laster der Trunkenheit" (1528), oder gar bloße Übersetzungen, wie die der „Diallage" Althamers (1528), in der er nur an die Peripherie seiner Gedanken heranzudringen vermag, ohne selbst damit zufrieden zu sein, ohne anderseits auch seinen Auftraggeber zufrieden zu stellen; ferner die Übersetzungen der „Supplikation der Armen in England" (1529) und der „Türkenchronik" (1530), die, vielleicht aus Vorstudien zu seiner Geschichtsbibel erwachsen, ihm stofflich zu besonderen Publikationen geeignet erschienen: mit dem großen Werke selbst läßt sich das alles nicht vergleichen. Erst in der Geschichtsbibel gedachte er vor der Welt und vor sich selber Rechenschaft über seine Wandlung abzulegen: das persönliche Erlebnis hatte in der universalgeschichtlichen Betrachtung die bestätigende Gewißheit gefunden und wählte darum die universalgeschichtliche Darstellung, um mit ihrer Hilfe weiter zu wirken.

Von diesem persönlichen Erlebnis aus gelangen wir daher auf den richtigen Weg zum Verständnis seines Geschichtsbuches. Was Sebastian Franck dazu vermocht hat, seine Predigerstelle aufzugeben, unter welchen innerlichen und äußerlichen Antrieben er sich der lutherischen Lehre wieder entfremdet und sich zu einer selbständigen spiritualistischen Überzeugung durchgerungen hat, das können wir mangels der Quellen nur erschließen, nicht unmittelbar erkennen; erschließen aber aus der Gesamtheit seiner späteren Schriften, in erster Linie der Geschichtsbibel selbst. Hier schimmern überall Urteile und Erfahrungen durch, die ein Moment für seine Umwandlung gebildet haben müssen; indem man sie sammelt, wird man die Beweggründe für den wichtigsten Vorgang in Francks Leben sich psychologisch näherbringen.

Das Entscheidende scheint mir, daß Franck die das Leben bestimmenden Eindrücke in denjenigen Jahren der Revolution empfing, wo der Bestand des Alten und die Zukunft des Neuen gleichmäßig in Frage gestellt waren, wo der große Strom der bis dahin im Namen Martin Luthers vereinigten Reformtendenzen aufhörte, allein die Mühlen des Wittenberger Mönches zu treiben, sondern neue Strömungen nach links und rechts sich ein eigenes Bett suchten, andere gar verkümmert zurückblieben oder versiegten. Da konnte zumal ein starker Geist wohl auf den Gedanken kommen, daß sich gerade in dem Trennenden der Inhalt der Entwicklung erschöpfe. Verschiedene Erlebnisse wirkten bei Franck in dieser Richtung zusammen. Es ist unzweifelhaft, daß der Bruch Luthers mit Erasmus dazu gehörte; wie er in der Frage des liberum arbitrium Erasmus näher stand, so fühlte sich überhaupt die Grundstimmung seines Denkens dem großen Humanisten verwandt. Jetzt wurde ihm ein unversöhnlicher Gegensatz zum Bewußtsein gebracht, der ihn an der Einheitlichkeit und Kraft der großen Bewegung irre machte. Dazu kam der Bauernkrieg, dem er wahrscheinlich aus nächster Nähe ins Auge geschaut hat. Wohl konnte er ihn nicht billigen: „Christen sollen Gewalt leiden, aber nicht Gewalt und Ungerechtigkeit durch Gewalt und Ungerechtigkeit abtreiben", und auf das schärfste verurteilte er die wüsten Ausschreitungen der Menge, die er nicht in letzter Linie ihrem blinden Buchstabenglauben zur Last legte. Um so mehr verletzte ihn die schroffe Parteinahme Luthers für die Gewalt und gegen die mißleiteten Massen, und das erbarmungslose Hinschlachten, mit dem die Fürsten zum Schluß den Aufstand bemeisterten, empörte ihn vollends im Grunde seines Empfindens. Und als er in der Folge eine immer engere Verbindung von Religion und Gewalt, ein Ineinanderwachsen von Landeskirche und Obrigkeit zu bemerken glaubte, da befestigte sich in ihm die Überzeugung, daß die lutherische Richtung nicht die wahre Form der Erneuerung eines einfachen und ursprünglichen Christentums darstelle: mit Unwillen sah er groß angelegte Reformtendenzen in ein neues empirisches Kirchentum ausmünden. Auf der andern Seite wurde er an dem dogmatischen Kerne dieser Richtung, an der lutherischen Heilslehre, in steigendem Maße irre. Er glaubte vor allem zu sehen, daß die prak-

tischen Folgen der Rechtfertigung allein aus dem Glauben zu einer Auflösung aller sittlichen Zucht führten. Es sind Mißstände, die bei einem Geschlechte, das alle geheiligten Bande zerreißen, alle alten Ordnungen zerbrechen sah, nicht überraschen können, deren Ausbleiben vielmehr hätte überraschen müssen; und man darf dem Behagen, mit dem die ultramontane Geschichtsauffassung sich die Hunderte von Zeugnissen aller Parteien über die eingerissene Sittenverwilderung zunutze zu machen nicht müde wird, die einfache Tatsache entgegenhalten, daß die reformatorischen Kirchen dieser Verwilderung Herr geworden sind und den Nachweis der versittlichenden Wirkungen ihrer Lehre allerdings in der Geschichte erbracht haben. Das konnte man damals nicht voraussehen. Wir wissen, daß Luther und seine Mitarbeiter diese Mißstände von vornherein erkannt und sich in unermüdlichem Kampfe dagegen aufgerieben haben; wir sehen aber auch, daß manche feinere, aristokratische Naturen nach anfänglichem Anschluß an die lutherische Lehre gerade durch diese Folgen abgeschreckt wurden. So zogen sich in Nürnberg Wilibald Pirckheimer, so ein anderer Ratsherr, Christoph Fürer, zurück. Es lag viel sophistische Dialektik darin, wenn Erasmus fragte: „Zeige mir einen Prasser, den das Evangelium mäßig, einen Grausamen, den es sanftmütig gemacht, eine Lästerzunge, die es zum Segnen gebracht, einen Lüderlichen, den es zum erbaulichen Wandel bewogen hat.“ Aber auf Franck machten solche Fragen Eindruck: er griff sie selbst auf, denn er war ein unnachsichtlicher Eiferer, von Haus aus mit einer eigenrichtigen Neigung zum Moralisieren behaftet. Die weitherzige und großartige Art, in der Luther die menschlichen Dinge sah, blieb ihm immer fremd. Es war wohl kein Zufall, daß er in seiner ersten Schrift vom Laster der Trunkenheit, die er noch als Prediger schrieb, einen Gegenstand anfaßte, an dem er in der eigenen seelsorgerischen Praxis die Ohnmacht des Wortes allzu handgreiflich empfunden. Unter dergleichen trüben Erfahrungen mochte es geschehen, daß er allen Glauben an die gedeihlichen Früchte seiner Predigt, an eine sittliche Besserung seiner Hörer durch das sola fide verlor; er verlor ihn so gründlich, daß er es für seine Pflicht hielt, da die Predigt nichts ausrichte, den Staub von seinen Füßen zu schütteln.

Und über allen diesen Enttäuschungen sah er, daß die Streitigkeiten in den neuen Kirchen nicht ausblieben, Uneinigkeit sich auf Uneinigkeit häufte, die Abendmahlsfrage zur sichtbaren Trennung der Schweizer führte, überall neue Sekten emporschossen, die ausschließlich die Wahrheit für sich beanspruchten, ihren Gott, wie er sich einmal ausdrückt, an sich reißen wollten. So wenig er auch an manchen Richtungen der Täufer mit ihrem auf die Spitze getriebenen Schriftprinzip und ihrer unduldsamen Selbstgerechtigkeit Gefallen fand, so erkannte er dennoch die Regungen wahrhaftiger und einfacher Frömmigkeit an, die in diesen stillen Leuten mit ihrem strengen Wandel verborgen lagen. Welche Empfindungen mußten da die grausamen Täuferverfolgungen, die in den Jahren 1527/28 durch Oberdeutschland gingen, in ihm hervorrufen!

So wurde er immer pessimistischer. Hoffnungslos schien ihm die Welt, einem rasenden Pferde gleich, ihrem Ende entgegenzutaumeln; auf dieser Bahn dünkten ihn alle neuen Sekten, die Lutherische voran, nur neue Phasen des Verderbens, andere Verkleidungen des Antichrist. Er verlor den Mut, in der Welt noch etwas zu wirken; ganz in sich selber zog er sich zurück. Der Gedanke eines innerlichen, individuellen Christentums hat in den persönlichen Erlebnissen dieser Jahre von seiner Seele Besitz ergriffen.

Im Predigtamt duldete es ihn nicht mehr. Er legte es nieder. Zunächst zog er nach seiner Aufgabe in die am nächsten gelegene große Stadt, nach Nürnberg. Wollte er fortan als freier Schriftsteller wirken, so war hier die beste Gelegenheit. Hier fiel auf dem Büchermarkte ihm mancherlei in die Hände, was ihm literarische Anregung gab; in den gesteigerten gegenseitigen Anforderungen des Buchhandels und der schriftstellerischen Produktion aneinander boten sich vielleicht Möglichkeiten, einen Unterhalt als berufsloser Literat zu finden. Die ersten Arbeiten Francks, wesentlich Übersetzungen, die sofort den kräftigen deutschen Stilisten in ihm enthüllten, mögen durch solche mehr äußerliche Anlässe hervorgerufen sein. Und dann mag man sich leicht vorstellen, daß gerade in der Reichsstadt, in dem bunten Gedränge revolutionärer Meinungen, das hier durcheinanderwogte, die Richtung seiner Gedanken von allen

Seiten nur noch mehr befestigt werden konnte. Im besonderen läßt sich allerdings über seine Stellung in diesem Getriebe, über seine persönlichen Berührungen nichts Gewisseres als die bloße Vermutung aussagen.

Am interessantesten scheinen mir darunter die bisher unbeachteten Beziehungen Francks zu Nürnberger Künstlerkreisen. Die verschiedenen Schichten der geistigen und künstlerischen Entwicklung in Deutschland begleiten sich während dieser Jahrzehnte immer in engem Zusammenhange. Zu der Generation deutschnational gesinnter Humanisten, wie Pirckheimer, Celtis, Cuspinian, und ihrem ersten Manne, dem Humanistenkaiser Max, hat Albrecht Dürer in persönlichen und künstlerischen Beziehungen gestanden. Holbeins Name ist von einem anderen Humanistengeschlechte nicht zu trennen, von Erasmus und Morus, von den Männern, die in der großen Kirchenrevolution den Grund ihres Schaffens unter den Füßen verloren; mit ihnen zog auch die ihnen nahestehende Kunst aus Deutschland hinaus. Sebastian Francks Stellung innerhalb dieser geistigen Verwandtschaftsverhältnisse wird dadurch gekennzeichnet, daß er mit denjenigen Schülern Dürers in Berührung geriet, die, von den radikalsten Strömungen der Zeit gepackt, besonders als kräftige Kleinmeister auf breiteste populäre Wirkung ausgingen. Er bringt in seiner Geschichtsbibel einen Bericht über Dürer, dessen rückhaltlose Wärme den tiefen Eindruck dieser Persönlichkeit auf ihn verrät; einige seiner Wendungen über die unvollendet hinterlassenen theoretischen Schriften Dürers scheinen anzudeuten, daß er zwar nicht zu dem stolzen patrizischen Freundeskreise des Künstlers selbst, aber doch zu dessen Werkstatt einen Zugang gehabt haben muß; „des bücher und gemäl ich gesehen und zum teil gelesen hab", schließt er seinen Bericht.[1]) Durch eine dauernde Verbindung, die Franck damals

[1]) Geschichtsbibel fol. 278 vo. Will man außerdem an öffentlich aufgestellte Gemälde Dürers denken, so sei an die gewaltigen Apostelbilder, das letzte Vermächtnis des Künstlers an seine Vaterstadt, erinnert. Die Worte Paulus 2. Timoth. 3 und Petrus 2. Ep. 3, die Dürer unter die Gemälde gesetzt hat, begegnen vereinigt auch unter den von Franck am Schluß der G.B. angeführten Zeichen vom jüngsten Tage. Was bei dem Maler die Warnung des getreuen Bürgers ist, daß sich die Obrigkeit vor

schloß, wird diese Möglichkeit des näheren erläutert. Er vermählte sich am 17. März 1528 mit Ottilie Beham, in der man mit einiger Wahrscheinlichkeit eine Schwester von zweien der begabtesten Schüler Dürers sehen darf, der Brüder Hans Sebald und Barthel Beham. Wenn Franck einen Einblick in Dürers Nachlaß besaß und von der unvollendeten Proportionslehre etwas wußte, so dürfte man vielleicht in diesen Männern das vermittelnde Zwischenglied erblicken; gerade Hans Sebald war es, der nach Dürers Tode (1528 April 6) der Absicht einer unberechtigten Veröffentlichung aus seinen Papieren bezichtigt wurde. Auch zwischen der geschichtschreiberischen Tätigkeit Francks und der Kunst Sebalds scheinen Beziehungen obzuwalten, deren Spur noch genauer nachzugehen sein dürfte[1]).

Die Brüder Beham sind in der Nürnbergischen Reformationsgeschichte, in Gemeinschaft mit einem dritten Dürer-Schüler, Georg Pencz, als die drei gottlosen Maler bekannt, die im Jahre 1524 auf Geheiß des Rates aus der Stadt weichen mußten, aber bald wieder vorübergehend zurückkehrten. Schon ihr äußeres Auftreten kündigte die hochgemuten Künstlerindividualitäten an, jeglicher Autorität entwachsen, aber der Behauptung des eigenen Ichs um so gewisser: „sie seien auch“, heißt es in dem Verhör von 1524, „für prächtig, trutzig, von sich hochhaltend vor andern berühmt“. In zügellosem Skeptizismus leugneten sie kurzweg alle christlichen Dogmen, alle Religion überhaupt; die Erzählung der Evangelien galt ihnen nicht mehr als die Sage von Herzog Ernst, der in den Berg

---

falschen Propheten vorsehe, liefert in Franks pessimistischer Auffassung den Beweis, daß das Ende aller Dinge vor der Tür stehe.

[1]) Der große Holzschnitt Sebald Behams über die beim Einzug Kaiser Karls V. in München im Jahre 1530 aufgeführten Manöver (dat. vom 10. Juni 1530) entspricht z. B. bis ins einzelne der Schilderung, die Franck in seiner Geschichtsbibel davon entwirft; der eine muß dem andern als Vorlage gedient haben. Rosenberg will aus der Ähnlichkeit der bildlichen Darstellung mit der Schilderung des Chronisten auf die historische Treue der ersteren und daraus weiterhin auf die Anwesenheit Behams in München schließen. Mir scheint die Abhängigkeit Francks von dem Holzschnitt wahrscheinlicher. Zumal in dem späteren Verhältnis Sebald Behams zu dem Frankfurter Buchdrucker Christian Egenolph findet Franck eine Stelle, über die noch zu sprechen sein wird.

gefahren sei. So prunkten sie mit einer heidnischen Indifferenz, die an die ungläubigen Elemente der italienischen Renaissance erinnert. Und daneben gefielen sich diese jungen Revolutionäre in verwegenen kommunistischen Anschauungen, um so mehr als sie kaum daran dachten, aus dem Spiel einmal Ernst zu machen. Aber auch ernster gesinnte Männer gehörten dem Kreise an, in dem diese Gedanken umliefen, so der junge Schulmeister zu St. Sebald, der Bayer Hans Denk, der bei der inhaltslosen Negation der Maler nicht stehen blieb. So müssen wir auch Francks Stellung uns denken, wesentlich beobachtend, nur im Zweifel, nirgends in einer positiven Richtung bestärkt, immer mehr in das eigene religiöse Bewußtsein als letzte Zuflucht zurückgetrieben.

Aus welchen Gründen Franck im Herbste 1529 Nürnberg verlassen hat, ist nicht bekannt. Es verschlägt nicht viel, ob er freiwillig oder gezwungen ging. Genug, daß er nach einer Stadt übersiedelte, die ihm die gleichen Entwicklungsbedingungen wie Nürnberg lieferte, nach Straßburg.

Noch ganz anders als Nürnberg durfte diese Stadt damals als ein Vorort der revolutionären religiösen Strömungen bezeichnet werden; in ihren namhaftesten Führern waren ihre verschiedenen Richtungen hier vertreten. Der Verkehr mit manchen von ihnen, die ausgedehnte Lektüre täuferischer Schriften taten das Ihre hinzu, um den Entwicklungsprozeß Francks zu beschleunigen und zu vollenden.

Das Entscheidende bleibt, daß er sich von niemanden mehr ganz gefangen nehmen ließ; er empfand persönlich nichts von den enthusiastischen Stimmungen dieser Kreise, aber er nahm Anregungen in sich auf, die manche seiner Gedanken entbanden, seine Kritik schärften; er traf wohl noch einzelne Gleichgesinnte, mit denen er sich innerlichst verwandt fühlte, wie Campanus und Bünderlin, denen er auch wohl in vertrauten Briefen seine letzten Gedanken erschloß, aber nirgends mehr fand er eine kirchliche Gemeinschaft, zu der es ihn hinzog; und sowie einzelne jener Männer wieder von ihren Überzeugungen zur Propaganda fortschritten — was sie im Grunde alle wollten —, mußte Franck sich doch wieder von ihnen trennen. Denn alles empirische Kirchentum alter und neuer Zeit samt

allen Sakramenten und Zeremonien war ihm nichts als eine vergängliche, nunmehr überwundene Erscheinungsform der Religion; für seine Gedankenwelt lag das alles in Trümmer geschlagen, und erst allmählich erhob sich ihm aus diesen Trümmern das neue Ideal eines rein persönlichen Christentums. Das war das Ideal, das er in seiner Geschichtsbibel auf die universalgeschichtliche Betrachtung übertragen wollte. Im September 1531 ist dieses Werk in Straßburg im Druck erschienen.

II.

Auf welche Wirkungen, darf man billig fragen, ging diese geschichtschreiberische Arbeit aus? Scheint doch zwischen dem ausgesprochenen religiösen Individualisten und dem volkstümlichen Schriftsteller ein Widerspruch zu bestehen. Und besonders zu Anfang seiner Tätigkeit ist dieser Widerspruch, zu dem ein auf die Spitze getriebener spiritualistischer Pessimismus führen mußte, noch nicht völlig ausgeglichen. Franck sagt einmal in der Geschichtsbibel: „Darum sei die Historie nur zum Gericht und Zeugnis über die Menschen erzählt, nicht daß sie sich ändern oder bessern werden, des ich gewiß bin, daß es nicht geschehen wird, sondern die Sache wird je länger je böser werden; darnach haben wir uns zu richten, es nahet zu dem End, der Herr will mit der Welt den Garaus machen. Das sage ich wider etlicher thörichten Eifer, daß sie sich mit Singen, Sagen, Schreiben hart bemühen und verhoffen, die Welt zu bereden, daß sie fromm werde, des sie nicht gelüstet." Natürlich ist sich Franck bewußt, daß er damit seine eigene Tätigkeit in der Idee aufheben würde. Und so weit will und kann er auch wieder nicht gehen, er sieht einen Ausweg, der wenigstens einen Hoffnungsschimmer durchblicken läßt. Wohl ist er sich gewiß, so führt er in einer andern Stelle desselben Werkes aus, „daß diese letzte und allerärgeste Welt sich nicht rathen läßt; er will auch die Welt nicht mit vergeblichen Worten und Büchern überladen, aber er meint, wer noch ein Fünklein von Gottes Licht in sich hat, der mag sich an seiner Chronik bessern; denn er weiß, was er selbst aus der Historie gelernt hat". In diesen Worten wird der ursprüngliche Zusammenhang ersichtlich, in dem der Gedanke der Geschichtsbibel zu den innerlichen Erlebnissen steht, die Franck zur Sepa-

ration führten; in sich selber findet er auch die letzte Rechtfertigung seiner schriftstellerischen Wirksamkeit.

Und gegen deren Ende erscheint dann jener Widerspruch völlig versöhnt.

In dem ergreifenden Nachwort zu seinem „Verbütschierten Buch" — er nennt dieses Nachwort selbst „aller seiner vorigen Bücher gleichsam Apologia" — legt er dar, wie er das Verhältnis des Schriftstellers zu seinem Publikum auffaßt. Das Nachwort ist zu Anfang 1539 geschrieben, unter dem Eindruck seiner letzten Kämpfe mit seinen Ulmer Gegnern; die Gedanken seiner letzten Verteidigungsschrift an den Rat zu Ulm kehren hier wieder, von dem Persönlichen machtvoll auf das Allgemeine gewandt; ein Selbstbekenntnis über die Idee seines Lebenswerkes, das für die psychologische Entwicklung Francks von pessimistischer Kritik zu einer allein Liebe und Geduld begehrenden Resignation ein wertvolles Zeugnis ist. Er verwahrt sich gegen jegliche Absicht, mit seinen Schriften auf einen Anhang irgendwelcher Art auszugehen, „so doch meinem Genio nichts so gar wider ist". Statt dessen wendet er sich an eine unsichtbare Gemeinde, denn er weiß seine Brüder — schon in seinem Brief an Campanus (1531) hat er diesen Lieblingsgedanken ausgesprochen — unter dem Papsttum, Türken und Juden, allen Sekten, Lutheranern, Zwinglianern, Täufern zerstreut, ob sie es gleich nicht wissen und warten müssen, bis Gott sie einmal in seiner Schule zusammenhilft. Ein Greuel aber sind ihm alle Sekten alter und neuer Zeit, die nur den für einen Christen gelten lassen, der ihres Sinnes ist, durch die Tür ihres Verstandes eingegangen ist. „Was ich bisher geschrieben, das hab ich der Gemeinde Gottes zu gut getan, ihr auch dies frei zu urteilen aufgeopfert und mir nie lassen träumen, durch mein schreiben mir ein sonderen Anhang, Sect oder Kirchen aufzurichten, und ob etlich so thöricht dies begehrten oder mir nachlaufen wolten, wolt ich ihnen ehe entlaufen denn dies Laufen gestatten. Soll aber Gottes Wort nicht frei, sondern gefangen sein, so schreibe Bücher, wer da will, mich gelüstets nicht." Was er selbst als das gute Recht seiner Individualität beansprucht, billigt er auch seinem Leser zu: niemanden will er es danken, ja hält den für einen Toren, der ihm etwas zulieb glaubt oder annimmt,

des ihn die Salbung in seinem Herzen nicht vergewissert; so durchaus will er freie Leser und Urteiler und niemanden an seinen Verstand, wie andere von ihm begehren, gebunden haben. Und alle, die auch ihm diese Freiheit lassen, die ihn nicht nötigen wollen, ihrer Köpfe Knecht zu sein, die ihn nicht an dem Ort beherrschen wollen, da er allein dem Herrn verpflichtet ist, eine reine Jungfrau zu bleiben, nämlich in seinem Herzen, Glauben und Gewissen: alle die will er für seine Brüder halten, sie lieben und tragen, ob sie gleich in vielen Stücken nicht wie er gesinnt wären. In diesem Gedanken bricht er sehnsüchtig in die Worte aus: „O wie viel lieber Brüder hab' ich also auf Erden, deren Sinn ich nicht alle erreichen kann und vielleicht auch sie mich nicht verstehen!"

Das ist die unsichtbare Gemeinde, der dieser vereinsamte Individualist predigen will. Weshalb er die Geschichte zum Gegenstande dieser Predigt wählt, macht der Grundgedanke seiner Geschichtsauffassung sofort verständlich.

In der Geschichte werden Gottes Wunder und Werke beschrieben. Sie ist deshalb eine Quelle für die Erkenntnis Gottes und nimmt somit eine Stellung neben der Bibel ein, ja in einem Sinne sogar oberhalb der Bibel. Denn sie ist die große Auslegerin der Bibel, sie liefert praktische, lebendige Erfahrung und vermag daher unmittelbarer und tiefer zu wirken als der tote und tötende Buchstabe: „ein gottseliger Mensch", sagt er, „lernt mehr aus den Kreaturen und Werken Gottes als alle Gottlosen aus allen Biblien und Worten Gottes". Darum beut seine Chronik der Bibel gleichsam die Hand. Zum Zeichen dieses Verhältnisses hat er ihr den Namen Geschichtsbibel gegeben.

Der Inhalt der Geschichte ist göttliche Weisheit und menschliches Irren. Die Zeit ist da, wo dieses für das jüngste Gericht reif geworden ist. Das ganze Verderben aber ist entsprungen aus der fortgesetzten Veräußerlichung des rein geistigen Wesens der Religion. Diese Veräußerlichung ist das stete Werk des Antichrist in seinen wechselnden Gestalten, wie er sich nicht allein im Papsttum, sondern auch im autoritativen Schriftprinzip darstellt. Sie erscheint Franck als der Inhalt der Geschichte. Alle Formen einer empirischen religiösen Gemeinschaft, einer äußerlich sichtbaren Kirche, Sekte und Gemeinde, sind vom Übel, weil sie

immer wieder zu einer Quelle der Veräußerlichung werden müssen. Sie sind um so gefährlicher, je mehr sich der Religion entgegengesetzte Gewalten in sie eindrängen und, wie es seit Konstantin geschehen, aus der Gemeinschaft der Heiligen eine Staatskirche machen wollen. Und auf der andern Seite haßt Franck nichts mehr als den Herrn Omnes, die äußerlichen Masseninstinkte des Pöbels, der zu allen Zeiten dem „Landgott" zufällt, die verdächtigen Massenbekehrungen: wie wenig Menschen hat doch Christus selbst nur zu bekehren vermocht! Wie er alle Sonderung in Sekten verwirft, so nicht minder alle Unionsversuche, wie sie auf Reichstagen und Konzilien unternommen werden. Statt der äußerlichen, berufsmäßigen Übung des Predigtamtes fordert er die besondere Berufung aus dem Geist: denn eben jene hat die seit der Apostel Zeiten bereits — so viel radikaler als Luther sieht Franck die kirchengeschichtliche Entwicklung an — eingetretene Verderbnis des christlichen Glaubens durch die Schriftgelehrten und Theologen zur Folge gehabt.

Überall tritt der Maßstab hervor, mit dem Franck die Universalgeschichte in seiner Geschichtsbibel durchwandert. „Contra totum post Apostolos mundum" war der Titel eines religiösen Traktates von Campanus, an dem der ihm befreundete Franck lebhaften Gefallen fand. Diese Worte bezeichnen die Richtung, in der er selbst Geschichte geschrieben hat. Wenn Hegler Francks Spiritualismus als das Prinzip seiner Beurteilung der Religion in Vergangenheit und Gegenwart bezeichnet, so dürfen wir das dahin erweitern, daß dieses Prinzip von ihm auf die gesamte Betrachtung der Universalgeschichte übertragen ist. Am schärfsten und lehrreichsten hat er es in dem berühmtesten Teil der Geschichtsbibel durchgeführt, in dem dritten Buch der Papstchronik, der Chronika der Römischen Ketzer von Petro bis auf Clementem VII. An dieser „Ketzerchronik", wie man sie kurz zu bezeichnen pflegt, wird sich daher seine Geschichtsauffassung und zugleich seine Arbeitsweise im einzelnen am besten erläutern lassen.

III.

Die Ketzerchronik ist ihrer Idee und ihrem Stoffreichtum nach der eigenartigste Teil der geschichtschreiberischen Arbeiten

Francks. An keiner Stelle ist seine geschichtsphilosophische Auffassung in gleichem Maße von dem Kern seiner spiritualistischen Grundgedanken beeinflußt; eine neue und ursprüngliche Ansicht des gesamten kirchengeschichtlichen Stoffes hat sie hervorzubringen vermocht. Vielleicht deshalb hat die Ketzerchronik bis jetzt als eine wesentlich selbständige Leistung Francks, jedenfalls als seine verhältnismäßig selbständigste Leistung gegolten. Dieser herkömmlichen Meinung gegenüber werde ich sie, was ihre äußere Anlage und einen bedeutenden Teil ihres materiellen Inhalts angeht, als eine unselbständige Kompilation im Stile seiner übrigen Bearbeitungen nachweisen und damit überhaupt eine Vorstellung von Francks Technik geben können. Trotzdem wird dieser Nachweis das Eigentümliche seiner Leistung so wenig antasten, daß sie vielmehr dadurch in ein schärferes Licht gerückt wird: nur um so klarer wird sich gerade auf Grund dieser Analyse Francks Stellung innerhalb der kirchlichen Geschichtschreibung bestimmen lassen.

Die bisher unbeachtete Quelle der Ketzerchronik ist der Catalogus haereticorum des Dominikanerpriors Bernhard von Luxemburg, der in den ersten Jahrzehnten des 16. Jahrhunderts eine ebenso vielseitige wie gehaltlose Schriftstellerei betrieb. Sein Catalogus ist unmittelbar durch Luthers Auftreten veranlaßt worden; gegen Luther und seine Anhänger ist das letzte Buch namentlich gerichtet, ohne daß seine im ausgefahrensten Geleise scholastischer Spitzfindigkeiten sich bewegende Invektive darum einen sonderlichen Platz in der Kontroversliteratur verdiente. Seit seinem ersten Erscheinen in Köln im Jahre 1522 ist der Catalogus im Laufe der nächsten Jahrzehnte wiederholt neu aufgelegt worden, in jeder spätern Bearbeitung vom Verfasser erweitert, wie dieser als Generalinquisitor der Kölner Diözese es als ein praktisches Bedürfnis der ketzerreichen Zeitläufte erkennen mochte. Seinem wesentlichen Inhalt nach ist die Schrift ein alphabetisch angelegter Katalog aller von der Römischen Kirche verdammter Ketzer von den ältesten Zeiten bis in die jüngste Gegenwart, mit einer Darstellung ihrer Irrlehren, im engsten Anschluß an das (1503 im Druck erschienene) bekannte Directorium Inquisitorium des spanischen Dominikaners Nikolaus Eymeric (1320—1399). Die Gesamtzahl der

Ketzer ist von Luxemburg mit Vorbedacht gewählt. Seine Einleitung knüpft an die Erzählung im Buche der Richter (15, 4 f.) an, wie Simson dreihundert Füchse fing und mit brennenden Schwänzen in die Kornfelder und Weinberge der Philister sandte; triumphierend wird das „cepit trecentas vulpes" des Textes gleichsam als Motto vorangestellt und in der üblichen Weise allegorischer Schriftauslegung auf die Ketzerverfolgung bezogen. Denn die Füchse sind die von der häretischen Pest verderbten Menschen, die durch die Fackeln hochmütiger Verblendung verbunden in die erntereife Saat des Herrn fallen und die fromme Einfalt der katholischen Kirche verwüsten. Mit verwegenen etymologischen Deutungen und biblischen Belegen wird der dankbare Vergleich weitergeführt: die Ketzer müssen gefangen werden, nach den Worten des Hohenliedes 2, 15: „Fanget uns die Füchse, die kleinen Füchse, die die Weinberge verderben." Fanget sie, so führt der Dominikaner aus, auf daß sie nicht noch größer werden und noch mehr Unheil anstiften; fanget sie mit dem Geschrei der Predigt, mit dem Amt der Inquisition und Disputation und schließlich — für den Erfolg ist das unerläßlich — mit Hilfe des weltlichen Armes; denn die Bösen und Verhärteten, welche die Kirche nicht bessern kann, müssen von der weltlichen Gewalt mit Feuer und Schwert gehandhabt werden. Die Tendenz Luxemburgs glaube ich nicht noch deutlicher entwickeln zu sollen. Er will ein Handbuch zur praktischen Ketzerverfolgung liefern; insofern als Gedanke und Zweck des Buches dem einzigen Standpunkt entsprechen, den die katholische Kirche den von ihr abweichenden Lehren gegenüber einnehmen kann, hat seine Arbeit nichts Eigentümliches.

Um so überraschender ist es, daß Franck eben dieses Machwerk seiner Ketzerchronik zugrunde gelegt hat, indem er nicht nur dessen äußere Anlage sich aneignete, sondern auch den gänzlichen Inhalt des Catalogus, die Gesamtzahl der Dreihundert, zum Grundstock seiner nur wenig kürzenden Bearbeitung machte. Dies ist seine wesentliche Quelle, während er die in ihr genannten Belege getreulich übernimmt. Bischof hat sich hier wie sonst häufiger die Arbeit sehr leicht gemacht, indem er den Eusebius, die Tripartita usw. als direkte Quellen von Francks Ketzerchronik nachzuweisen meint. Vielmehr hat Franck diese

Autoren noch weniger gesehen als seine durchweg schon aus zweiter Hand schöpfende Vorlage; von einer Annahme quellenmäßiger kirchengeschichtlicher Studien kann bei ihm gar keine Rede sein. Er kommt niemals auf den Gedanken, dort selbständig zu arbeiten, wo er es nicht nötig hat, sondern seinen Stoff bereits in bequemer Übersicht vorgearbeitet vorfindet; es entspricht weiterhin seiner auch sonst zu beobachtenden Gepflogenheit, wenn er Luxemburgs Catalogus als generelle Quelle nirgends anführt und sich statt dessen durch die Fülle entlehnter Nachweise aus der kirchengeschichtlichen und patristischen Literatur in den ihm nicht unlieben Verdacht eigener gelehrter Arbeit bringt.

Und trotzdem hat er das von ihm ausgeschriebene Werk radikal umgeschaffen. Zunächst durch eine Erweiterung des Ketzerbegriffes, die seiner noch zu analysierenden Auffassung dieses Begriffes entspringt. Die erste der Gruppen, die er der Schar der Dreihundert zugesellt, umfaßt die zu seiner Zeit lebenden Vertreter der verschiedenen reformatorischen Richtungen: Luther, Zwingli, Bullinger und weiterhin die Täufer in ihrer Gesamtheit und in einigen ihrer Hauptführer: Denk, Hetzer, Hubmair, Kayser, Münzer, Sattler, Wagner; Männer, die insgesamt auch unter den katholischen Begriff des Ketzers fallen und zum Teil auch in Luxemburgs späteren Auflagen, natürlich in grundverschiedener Art der Behandlung, vorkommen. Außerdem aber vervollständigt er den Catalogus um die Namen einiger Konzilsfreunde, wie Pierre d'Ailli, und Humanisten, wie Erasmus und Pico di Mirandola, vor allem aber um eine Reihe der namhaftesten Kirchenväter, weil sie, an der jetzt herrschenden römischen Kirchenlehre beurteilt, mannigfache Ketzereien enthalten und deshalb im Sinne der römischen Kirche als Ketzer aufgefaßt werden müssen. In demselben Gedankengange schaltet er nach dem Vorgange Luxemburgs, der auch schon einige unpersönliche Ketzerschemata (Antichristus, Evangelici, Rusticorum secta) eingeführt hatte, die Konzilien, die Dekretalen, die Tripartita mit längeren Ausführungen ein.

Die Art, wie diese Franckschen Ketzer mit den 300 vulpes des Dominikaners alphabetisch durcheinandergeschoben und zu

einer allerdings bunten Gesellschaft vereinigt werden, ist gewiß die denkbar roheste und kaum fähig, einen wirklichen Zusammenhang zu begründen: daß es trotz dieser unzureichenden Mittel geschieht, zeugt für die Energie der Begabung Francks. Man findet seinen leitenden Gedanken am verständlichsten in der Vorrede der Ketzerchronik ausgesprochen. Sehen wir zu, wie er hier ein geistiges Band um seinen anscheinend disparaten und zusammengestoppelten Stoff schlingt, und wir werden erkennen, daß die gewaltsame Kompilationstechnik doch seine innersten Gedanken über das Verhältnis zwischen Religiosität und Kirchentum auszudrücken vermag.

Er betont in der Vorrede, daß er nicht alle in die Ketzerchronik eingetragenen Männer wirklich für Ketzer halte. Er bietet ja nicht sein eigenes Urteil, sondern des Papstes und der Konzilien; er selbst will wie immer unparteiisch bleiben; er würde vielleicht, wie er mit scheinbarer Zurückhaltung bemerkt, das Spiel umkehren und der teuren Männer gar viel kanonisieren; er würde Erasmus, Zwingli, Ökolampad, Wiclif, die Täufer, ja selbst Arius aus dem Register schaben. Indem er aber den Papst, das ihm entgegengesetzte Prinzip, als Urteiler einführt, gleichwie Erasmus im Encomion Moriae die Torheit auf den Richterstuhl gesetzt hat, macht er die von ihm mit Vorliebe angewandte Redefigur der Ironie, des „Spottlobes“, wie er einmal sagt, zur Grundlage seiner ganzen Ketzerchronik und überwindet damit die ersten Schwierigkeiten, sich den Bestand seiner Kölner Vorlage anzueignen. Allerdings wollte gerade Erasmus für diese Art der Ironie kein Verständnis zeigen; daß er durch seine Einreihung in die verdächtige Gesellschaft der Ketzerchronik vor der Hierarchie bloßgestellt wurde, traf seine empfindlichste Stelle und veranlaßte ihn, durch eine Beschwerde beim Straßburger Rat Francks Ausweisung aus der Stadt zu bewirken.

Aber Franck ist weit entfernt, seine Ironie im einzelnen durchzuführen; häufig genug fällt er aus der Rolle und wird zum Apologeten. Er begnügt sich aber auch nicht mit der formalen Ironie. Indem alle jene Männer im Ketzerkalender des Papstes stehen, hätten sie keinen ehrlicheren Platz in seiner ganzen Chronik finden können; denn Christen sind allezeit — damit

kommt er zu seinem religiösen Lieblingsgedanken — der Welt Ketzer gewesen; unter den Ketzern sind viel frommer Leute hingegangen, und zu allen Zeiten wird sich, wo nur Christus sich regt, auch Judas, Hannas, Kaiphas, Pilatus und die ganze Passion einfinden. Meistens hat man die als Ketzer verschrieenen Christen nicht recht verstanden, wie man noch neuerdings alle Tage beobachten kann. Einen Christen aber k a n n auch die ganze weise Welt nicht verstehen, denn Gottes Rede, wie sie sich in Parabeln und Geheimnis ergeht, verstehen nur die aus ihm geboren sind. Hätten die Schriftgelehrten das Evangelium Christi geschrieben, da würde Christus nur ein Aufrührer, Schwärmer, Gotteslästerer, Zauberer, Todfeind Gottes und des Gesetzes Mosis geheißen werden: ebenso würde es heute gehen, wenn der Papst oder „etlich vermeint evangelische secten“ über die Ketzer urteilen sollten. Es ist derselbe Gedanke, den später Gottfried Arnold in seiner Kirchen- und Ketzergeschichte systematisch durchgeführt hat: so wenig in Arnolds Augen die orthodoxe Kirche das wahre Christentum darstellt, so wenig können die von ihr verdammten Ketzer ihr Urteil verdient haben, sie müssen in demselben Verhältnis gute Christen sein, in dem die Orthodoxen es nicht sind. Jedenfalls, betont Franck, müsse man die Ketzer im Original nachlesen und nicht jede ihnen nachgesagte Ungereimtheit glauben; werde doch von Ketzereien berichtet, die nichts als Büberei und greuliche Laster seien, ohne jeden Schein der Begründung aus der Schrift — und deshalb jenes rühmlichen Namens überhaupt unwürdig.

So wird der katholische Ketzerbegriff ebenso vollständig aufgelöst, wie dem Korrelat des Begriffes, dem dogmatisch umschriebenen Kirchentum jede religiöse Berechtigung bestritten wird. Franck bekämpft den Ketzerbegriff einerseits grundsätzlich, aus seiner Auffassung des ewigen Gegensatzes zwischen Geist und Fleisch, Christentum und Welt heraus, anderseits mit historischer, rationaler Kritik, ohne sie im einzelnen auszuüben. Es erhellt jetzt, daß seine Ketzerchronik und der Catalogus des Dominikaners trotz ihrer historiographischen Verwandtschaft in dem denkbar schärfsten Gegensatze stehen: sie verkörpern zwei Weltanschauungen, die so weit voneinander entfernt sind, daß sie niemals wieder vereinigt werden können.

Indem Franck sich den materiellen Inhalt der fremden Arbeit zu eigen macht, biegt er ihren geistigen Inhalt auf Grund seiner eigentümlichen religiösen Überzeugungen zur völligen Gegenseite um. Was man wohl das Gesetz des historischen Undankes genannt hat und in allen Erscheinungsformen geschichtlichen Lebens beobachten kann, wird hier an einem literarischen Beispiel augenfällig. Die neuen revolutionären Mächte nehmen der hergekommenen, legitimen die gegen sie selber gerichtete Waffe aus der Hand und wenden sie gegen den vormaligen Träger; das Kapital von Wissen und Können fällt dem Angreifer in den Schoß; spielend, in tiefsinniger Ironie, formt er es zu eigenem und neuem Besitze um.

So wird Francks Werk zu einem ersten kühnen Versuche ketzerischer, d. h. dogmatisch unbeeinflußter, subjektiv religiöser Auffassung der gesamten Kirchengeschichte. Es war klar, daß er damit nicht in dem bloßen Gegensatze zu der römischen Kirche aufgehen konnte, sondern auch inmitten der ihn umwogenden evangelischen und täuferischen Kirchenbildungen Stellung ergreifen mußte: das geschieht in der Ketzerchronik in den Berichten über die neuen Sektenhäupter, Luther, Zwingli, die Täufer, dem sowohl historisch als zur Beurteilung des Autors wertvollsten Teile des Buches. Die hier gegebene Kritik der reformatorischen Richtungen ist wiederum aus dem Kern seiner spiritualistischen Überzeugungen herausgewachsen. Der Antichrist, so führt er aus, der des Papsttums satt und müde ist und es beinahe ausgenutzt hat, verkappt sich jetzt anders und setzt sich in den Buchstaben der Schrift; denn er vermag alles, nur glauben und lieben nicht, und ist schriftgelehrter als wir alle. Also machen heute viele einen Abgott aus der Schrift, wie sie nach ihrem Geist sie verstehen, ohne Gott auch nur gebeten zu haben, daß er ihnen das Geheimnis erschließe und auslege. Die Schrift aber kann kein böses Herz ändern, sonst wären die Schriftgelehrten die frömmsten: vielmehr ist es gerade der Buchstabe, der viel Ketzer gemacht hat und machen wird, wenn wir Gott nicht bitten, den toten Buchstaben mit seinem Finger in unser Herz zu schreiben: von dieser Seite her faßt Franck den Ketzerbegriff allerdings anders als bisher, als einen Gegensatz zum ursprünglichen und einfachen Christentum.

Es erhellt, daß diese zweite Seite seiner Polemik zunächst gegen Luther, aber auch gegen die übrigen reformatorischen Richtungen mit Einschluß der Täufer gerichtet ist. Der Bericht über Luther ist scheinbar unparteiisch, in der Form eines streng objektiven Referats gehalten; ohne kritischen Zusatz stellt Franck eine umfangreiche Auswahl aus Luthers Worten zusammen, die ihn als eifrigen und verständnisvollen Leser Lutherischer Schriften zeigt. In Wirklichkeit aber verbirgt die Art der Auswahl, wenngleich sie Sätze, die Francks eigener Meinung entsprechen, mit Vorliebe auswählt, einen verkappten Angriff von prinzipieller Schärfe. Sie ist darauf berechnet, die Widersprüche des Lutherischen Schriftprinzips mit sich selber aufzuweisen, die Widersprüche des früheren und des späteren Luther, der Theorie und der Praxis Luthers; eine Art der Behandlung, die Franck überhaupt bevorzugt und in dem großen Sammelwerk des „Verbütschierten Buches" auf die Bibel selbst übertragen hat. Übrigens hatten auch schon katholische Schriftsteller diesen Weg der Polemik gegen Luther betreten, und Francks Verhältnis zu solchen Vorläufern bliebe noch zu untersuchen. In ähnlicher Weise sind seine wertvollen Berichte über die einzelnen Täufer geschrieben, die in der zusammenfassenden vergleichenden Darstellung der verschiedenen täuferischen Lehren ihren Höhepunkt finden; hier mußte ihm seine persönliche Bekanntschaft mit manchen ihrer Führer in Nürnberg und Straßburg sehr förderlich sein. Man fühlte zwar manchmal eine gewisse Vorliebe für diese Männer heraus, und von der scharfen Linie, die Luther zwischen sich und den „Schwärmern und Sakramentierern" gezogen hatte, ist nichts zu sehen; oft ist es kaum zu erraten, wo das Referat aufhört und wo Gedanken aus Francks eigenster Überzeugung vertreten werden, wo der Historiker zum Prediger wird. Aber er berührt sich nur mit einzelnen Täufern und auch bei diesen nur mit einzelnen Ideen; an dem Punkte, wo ihre subjektive Religiosität wiederum nach außen auswirken will, sich in Sektenbildungen und dogmatischen Formulierungen ergeht, tritt ihm die Trennung wieder ins Bewußtsein. Er blieb auch ihnen gegenüber das, was er in dem Liede „Von vier zwiträchtigen Kirchen, deren jede die andere verhasset und verdammet", in Verse zu bringen

versucht hat. „Ich will und mag nit Bäpstisch sein“ — „Ich will und mag nit Luttrisch sein“ — „Ich will und mag nit Zwinglisch sein“ beginnt er die drei ersten Strophen, um dann doch fortzufahren:

„Kein Widertaufer will ich sein:
ihr Grund ist klein,
steet auf dem Wassertaufen:
Die andern Secten schreckens ab,
da kein Gotts gab,
drumb in bsonder Kirchen laufen.

Leiden drob Not,
Welt Haß und Tod,
deshalb ohn Spott
näher bei Gott
dann ander all drei Haufen.“[1])

Ohne Schwierigkeit wird sich nunmehr die Stellung der merkwürdigen Ketzerchronik Francks innerhalb der kirchlichen Geschichtschreibung bestimmen lassen. Als F. Chr. Baur in einer geistvollen Übersicht ihre Epochen charakterisierte, hatte er keine unbedingte Nötigung dieses Werk zu nennen, weil es den geistigen Inhalt einer theologischen Epoche nicht in einer wahrhaft wissenschaftlichen Leistung auf kirchengeschichtlichem Gebiete auszudrücken vermocht hat, aber ein Blick in den von Baur aufgewiesenen Zusammenhang zeigt, daß hier das Entscheidende die Idee ist, nicht die wissenschaftliche Ausführung der Idee.

Die Kirchengeschichte kennt von Eusebius an bis zum Ausgang des Mittelalters nur einen Gegenstand: ihr substanzieller Inhalt ist die in der reinen apostolischen Überlieferung ausgeprägte ewige, unerschütterliche Wahrheit des Dogmas, der eine getrennte Reihe von wechselnden Häresen als Reaktion des bösen Prinzips, des Teufels, gegenübersteht: also keine immanente Entwicklung, sondern gemäß der allgemeinen dualistischen Auffassung des Mittelalters ein Kampf feindlicher, unversöhnlicher Mächte, ein Kampf, dessen Ausgang niemals

[1]) Ph. Wackernagel, Das deutsche Kirchenlied 3, 814 ff. Der Gedanke, die Verse ernsthaft als Kirchenlied zu fassen, ist grotesk: ein Gemeindegesang, der jede kirchliche Gemeinschaft negiert!

zweifelhaft ist. Dagegen schließt das Wesen der Reformation unmittelbar eine andere, einen prinzipiellen Fortschritt bedeutende Auffassung in sich. Sie sieht allerdings Entwicklung, aber in der bisherigen Entwicklung nur eine Abirrung von der ursprünglichen göttlichen Wahrheit. In dieser Verdunklung erscheinen nur einzelne dünn gesäte Lichtpunkte, die mühevoll sich fortsetzende Reihe der Zeugen der Wahrheit: das ist das Thema von Flacius' Catalogus testium veritatis (1556). Die ganze mittelalterliche Entwicklung der Kirche selbst erscheint nur als das Reich des Antichrists: das ist das Thema der Magdeburger Centurien (1559—74). Die Betrachtung fährt fort rein dualistisch zu sein: „in der Mitte der Christenheit hat der Teufel wie der manichäische Fürst dieser Welt seinen Sitz aufgeschlagen". Die absolute Vollendung des Christentums und der christlichen Kirche liegt schon im ersten Anfang ihrer Geschichte; sie gilt es zu erhalten im fortgesetzten Kampf gegen die stete Verdunklung des Lichts durch die Finsternis, die der geschichtliche Verlauf des Dogmas in der Papstkirche aufweist. Erst am Ende des 17. Jahrhunderts trat dieser Auffassung, die das 16. und 17. Jahrhundert beherrschte, Arnolds „Unparteiische Kirchen- und Ketzergeschichte" gegenüber. Wenn die Centurien klagen, daß der reine Lutherische Lehrbegriff nicht treu genug festgehalten sei, sieht Arnold den Grund des Übels tiefer, nicht in dieser oder jener dogmatischen Richtung, sondern überhaupt in dem herrschenden Dogmatismus und dem mit ihm eng verbundenen hierarchischen Interesse, mögen beide nun im Papst und seinem Anhang oder, „wie wir reden: im Ministerium" verkörpert sein. So entspringt aus der innersten Konzeptionsidee seines Werkes sein Begriff der Ketzergeschichte in derselben Weise, wie wir das im Vergleiche mit Francks Ketzerchronik aufgezeigt haben.

Francks geschichtliche Stellung zu diesen Höhepunkten der kirchlichen Geschichtschreibung im 16. und 17. Jahrhundert läßt sich danach bestimmen: er hat die Voraussetzungen beider vorweggenommen, nicht in einer wissenschaftlichen Leistung, die sich mit den Centurien oder auch nur mit Arnold vergleichen ließe, sondern nur in einer vasten Kompilation ohne gelehrte Ansprüche, aber von kühner Anlage der Idee. Wie die Cen-

turiatoren sieht auch Franck das Papsttum an; selbst die sonst geliebte Unparteilichkeit muß hier vor dem einseitig polemischen Interesse zurücktreten: „allein wider das Papsttum haben wir etwas schärfer gehandelt". Was er auf diesem Wege an historischer Kritik bei Früheren vorfindet, eignet er sich an, ohne selbst viel Neues zu bringen. Er verwirft die Konstantinische Schenkung auf Grund der Argumente des Nikolaus v. Cues, des hl. Antonin von Florenz und des Laurentius Valla; er verfolgt die Entstehung und Ausbildung der Messe, was ihn in Streit mit Cochläus brachte; er beginnt bereits seine Papstgeschichte mit einer langen Auseinandersetzung, daß „Petrus nach dem Leiden Christi nie gen Rom sei kommen, 18 anzeigung aus der Schrift und Chroniken", allerdings auch hier ohne originales Verdienst an der ihm meist selbst zugeschriebenen Beweisführung, die er vielmehr fast wörtlich aus einem schon 1519 erschienenen Traktate übersetzt hat. Aber er ist der erste, der diese Polemik mit ihrer Überspannung in die universalgeschichtliche Betrachtung einbezieht, und ist auch darin den Centuriatoren vorangegangen. Alles dies ist nur die eine Seite seines Werkes: darüber hinaus weist sein doppelgesichtiges Antlitz schon auf Arnold hin. Schon im äußeren Leben hat Franck manches mit diesem gemein: in der resignierten Aufgabe des Predigtamtes, in der hoffnungslosen Grundstimmung. Und in manchem pessimistischen Urteil über geschichtliche Erscheinungen offenbart sich vollends die tiefe Verwandtschaft in dem Denken der beiden Männer; wie Franck sieht auch Arnold in aller menschlichen, insbesondere religiösen Entwicklung ein stetes Wiederholen und Abwandeln derselben Verhältnisse: es sind andere Personen und doch einerlei Aufzüge. Nur der zeitliche Unterschied fällt ins Auge: was Arnold am Ende einer fast zweihundertjährigen Entwicklung als deren Summe zog, voll Überdruß an den kirchlichen Verhältnissen seiner Zeit und dem disputiersüchtigen dogmatischen Spekulieren der Orthodoxen, das hat Franck als einer der ersten vorhergesehen. Wenn Hegler sagt, daß er mit prophetischem Geiste auf spätere Entwicklungsformen des Protestantismus hinweise, die in dessen erster Gestalt verkümmert oder verloren gegangen seien, so gilt das im besonderen Sinne von seiner kirchengeschichtlichen

Auffassung: hier erscheint der Spiritualist des 16. Jahrhunderts als der erste Vorläufer der pietistischen Geschichtschreibung Arnolds.

IV.

Wie steht diese von Franck vertretene Geschichtsauffassung nun zu den Dingen dieser Welt, zu dem eigentlichen Objekt historischer Erkenntnis?

Man wird zunächst zwischen der Form und dem Inhalt unterscheiden müssen. Denn im wesentlichen eine Sache der Form ist die Unparteilichkeit, die Franck als das erste Gesetz seiner Historie verkündet. Wie er in seinem eigenen Leben stets den Grundsatz beobachtete, „sich bürgerlich unsektisch oder unparteiisch und dienstlich gegen jedermann zu halten", so sucht er auch sein historisches Urteil von jeder Voreingenommenheit zu befreien und eine affektlose Betrachtung aller Dinge zu erstreben. Er spottet gern über die Affekte, die in anderen Geschichtswerken ihr Wesen treiben, über die nationale oder landschaftliche Einseitigkeit mancher Schriftsteller, über die Verschleierung der Wahrheit, die den großen Herren zuliebe geübt wird. Ihm sind alle Menschen gleich lieb — weiß er doch seine Brüder unter allen Völkern und Religionen. Mit seinen intimsten spekulativen Gedanken über die göttliche Offenbarung im Menschen durch das innere Wort hängt es zusammen, wenn er auch die frommen Heiden in diese Sphäre einbezieht und damit den von der italienischen Renaissance und Erasmus ausgesprochenen Gedanken begegnet; aus diesem Grunde schiebt er in seine Geschichtsbibel die Lebensbilder der antiken Philosophen ein, die dem Werke des Burlaeus, des mittelalterlichen Diogenes Laertius, de vita et moribus philosophorum entnommen sind. Er kann die „Redlichkeit und Sanftmüthigkeit" der Heiden nicht hoch genug anerkennen und bewundert selbst in dem Verfahren des Pilatus und anderer römischer Beamten gegen Christus und die ersten Christen die Sachlichkeit, die Milde, die Zurückhaltung: wie ungeheuerlich sieht er jetzt die Zeiten verändert, wo Christen von Christen allein um ihres Glaubens willen zu Tausenden hingemordet werden, wo eine unduldsame Verfolgungssucht über jede dogmatische Sondermeinung herfallen möchte: „Jetzt schleift

man einen gerad für gericht, der nur etwan den mund hat aufgethan, und an einen artickel der kirchen etwas zweiflend sich merken lassen, ja nur um ein taubendrecken." Die Apostel haben öffentlich unter den Heiden wider Heiden und Juden predigen dürfen, und jetzt: „wenn einer hust wider die ordnung der kirchen und alten herkumen, nur mit im dahin, er ist aufrürisch, sein leer dienet zur aufruhr, er zerrüttet die einigkeit der kirchen". Manchmal bricht die Tendenz aus dieser Unparteilichkeit gar absonderlich hervor: was Franck von den sittlichen und religiösen Vorzügen der Türken zu erzählen weiß, ist von einem Optimismus durchtränkt, der wohl den opportunistischen Erwägungen heutiger Tagespolitiker Freude machen könnte, damals aber wenigstens sich durch persönliche Unkenntnis entschuldigen läßt.

Francks Ton kann gewiß kaum ruhiger und leidenschaftsloser gedacht werden: gleichwie das Verständnis der heiligen Schrift will er auch das historische Urteil ganz auf das Persönliche, Innerliche, Geistige stellen, dem Leser das Urteil in den Busen stoßen und die eigene Meinung zurückhalten. Manchmal gewinnt es den Anschein[1]), als ob er selbst in gar keiner inneren Beziehung zu den von ihm mit kühler Ironie vorgetragenen Dingen stände. Das war es, was das gänzlich

[1]) Man fühlt, daß Franck es manchmal nur nicht wagt, offen Luther anzugreifen. Zwar meint Hegler S. 25: „In seinem Urteil über den Bauernkrieg tritt eine Mißbilligung über die Haltung Luthers nicht hervor." Aber wenn Franck scheinbar objektiv bemerkt, daß die Papisten Luther und seiner Lehre die Schuld beimäßen: „der hat diß feur anzündt, und danach die oberkeit an sy gehetzt, zů stechen, hawen, mörden u. s. w. und sy beredt damit das hymmelreich zu verdienen", so will er selbst die Meinung seines Lesers in dieser Richtung beeinflussen. Die Ansicht Francks erkennt man auch aus der Weise, wie er die Darstellung seiner Ketzerchronik aus seiner Vorlage übernahm:

Bernhard v. Luxemburg.	Franck, G.B. fol. 435vo.
Rusticorum secta anno domini 1525 incepit, originem trahens ex Lutheranis.	A. 1525 zoch dise rott der auffrürigen pauern ir ketzerey auch auß dem bůchstaben und fleischlichen verstand der schrifft.

Er wagte nicht Luthers Namen zu nennen, sondern ersetzte ihn durch eine allgemein gehaltene Charakterisierung seiner Theologie, die jedem seiner Leser verständlich war.

verschiedene Temperament Luthers gegen den geistvollen Schwaben so ergrimmen ließ, als er erst nach Francks Tode jenes oft besprochene Urteil fällte. Man mag billig die Tragik empfinden, daß einem Manne wie Franck, nachdem er selbst seinen irdischen Kreuzweg zu Ende gewandelt, noch von dem großen religiösen Genius der Deutschen eine Verdammung in das frische Grab nachgerufen wurde, deren schonungsloser Haß selbst die unflätigsten Bilder nicht verschmäht und sich den elementarsten Ausbrüchen Lutherischer Leidenschaft zur Seite stellen darf. Aber man sollte sich vorsehen, nur die persönliche Gehässigkeit darin zu erblicken. Denn Luther urteilt über Francks Individualität zwar mit der Leidenschaft, aber auch mit dem Scharfblick des Gegners, äußerst sicher und treffend, sobald man durch das Gewölke der Schmähungen in den Kern dringt. Gerade Francks Unparteilichkeit wird ein Ziel seines Angriffes: „aus seinen Büchern wirst du wohl nicht lernen, was ein Christ glauben oder fromm Mann thun soll; er kann und wills auch nicht lehren, ja das viel mehr ist, du wirst aus seinen Büchern nicht wissen, was er doch selbst glaubet und für ein Mann sei." Und richtig fühlt er heraus, daß diese Unparteilichkeit ein mehr äußerliches, formales Moment ist, daß sie etwas verdeckt, was scheinbar mit ihr unvereinbar ist: die alle irdischen Dinge in ihren subjektiven Bereich ziehende Kritik, in der Luther nur die Schmähsucht eines mit der Welt zerfallenen Menschen sehen will.

Franck geht niemals darauf aus, die irdischen Autoritäten zu stürzen, und er billigt es nicht, wenn man es versucht. Es erscheint ihm ja als der Inhalt aller Geschichte, daß Gott selbst wieder den menschlichen Übermut dämpft: alles findet durch göttlichen Ratschluß seine Strafe, Tyrannei wird durch Aufruhr bestraft und Aufruhr durch Tyrannei. Trotzdem tut er überall den ersten Schritt, die Autorität zu untergraben, indem er sie historisch zu erfassen, ihre Herkunft aus der menschlichen Unzulänglichkeit zu offenbaren sucht; nicht mehr dogmatisch stellt er sich ihr gegenüber, sondern rational-genetisch. Er sagt in dem Vorwort zur Geschichtsbibel: „Wer viel erfahren will, wie, wann und wo, durch wen alle Dinge ihren Ursprung haben, Messe, Heiligenverehrung, Bilder, Papst, Kaisertum, alle Orden,

Herrschaften, Adel, Zoll, Zehnten, Aufruhr, Druckerei, Münz, Geschütz, alle Künste, Ketzerei, Aberglauben und alles damit die Welt umgehet: der frag diese Chronik, er wird doch etwas zufriedengestellt.“ Man sieht an dieser Stelle, welch ungeheuren Fortschritt die Zertrümmerung der mittelalterlichen Papstkirche auf die Erweiterung der historischen Auffassung ausübt. Alle menschlichen Dinge werden einer entwicklungsgeschichtlichen Kritik unterworfen, überall fallen Begriffe und Institutionen zu Boden, die in der früheren Geschichtschreibung schlechthin in ihrer Realität ihre Berechtigung fanden. Der Geist der modernen Kritik hat in Franck sich erhoben, in der deutschen Geschichtschreibung zum ersten Male.

Diese entschiedene Richtung zur Kritik aller Erscheinungsformen menschlichen Lebens in Politik und Gesellschaft führt zu einem Teile auf humanistische Wurzeln in der Literatur zurück. Schon in Brandts Narrenschiff (1494) hatte sich diese Kritik, mit der der gesunde Menschenverstand gegen alles verbildete und unechte Wesen in närrischer Einkleidung reagierte, zu einer ungeahnten Volkstümlichkeit erhoben. In der Moria des Erasmus (1504) wurde sie schärfer, persönlicher, drang von der äußeren Erscheinung in das innere Wesen, dehnte ihren Bereich auf Theologie und Kirche in allen Gestaltungen aus; wirkungsvoll wurde die auseinanderfallende Narrenwelt des Schiffes in der Person der lobredenden Moria als äußerer und der Idee der Moria als innerer Einheit zusammengefaßt. Einen Schritt über Erasmus hinaus tat dann Agrippa von Nettesheim in seinem Buche De incertitudine et vanitate omnium scientiarum (1530); hier wird die Ironie zum verbitterten Skeptizismus und schlägt schließlich in einen vollendeten Nihilismus um. Es ist bezeichnend, daß Franck gerade diese beiden Werke des Erasmus und Agrippa in das Deutsche übertragen hat (1534). Er fand hier Elemente vor, die seiner eigenen ausgesprochenen Neigung zum Moralisieren entgegenkamen: er war es, der sie auch in die Geschichtsauffassung einführte. Man darf sagen, daß seine ganze, durch persönliche Erlebnisse in ihm befestigte Beurteilung der Welt die eine Wurzel in der Aneignung dieser humanistischen Kritik, die andere in seinem religiösen Spiritualismus besaß; aus dieser für seine geistige Entwicklung

überhaupt bedeutsamen Kombination war ein Subjektivismus entquollen, der sein eigenstes Wesen ausmachte, mit seinen Stärken, aber auch mit seinen Schwächen.

Denn das darf man sich nicht verhehlen, daß der von Franck eingenommene Standpunkt sich allem historischen Leben gegenüber lediglich negativ verhalten muß. Es gibt ein historisches Verständnis, das am Ende alles verstehen kann und sich gerade durch dies schwächliche Anpassungsvermögen doch der Fähigkeit beraubt, den lebendigen Mächten der Geschichte ganz gerecht zu werden. Aber auf der andern Seite wird das grundsätzliche Nichtverstehenwollen, wie Franck es übt, ebenso unfruchtbar bleiben. Indem er alle Dinge sub specie aeterni betrachtet, verfällt er in einen Pessimismus, der eben nichts gelten läßt in dem Jammer dieser menschlichen Unzulänglichkeiten und doch sich nicht dagegen auflehnt, weil das alles Gottes Werk ist und in Gottes Händen steht. Damit verzichtet diese grundsätzlich zersetzende Kritik auf jede praktische Nutzanwendung, sie bekommt einen entschieden quietistischen Zug. Luther hat von Francks Spiritualismus gesagt, er erwarte alles vom Geist und reiße die Brücken ein, auf denen der Geist zu uns kommen solle. So greift Franck jede Autorität als Menschenwerk aus dem Fleisch an und legt ihr gegenüber die Hände in den Schoß, weil es uns nicht zukomme, wider den Stachel zu löcken. Hegler hat in einer feinen Bemerkung auf die letzten Gründe für die Schranken in Francks Spiritualismus hingewiesen und sie in seiner persönlichen Eigenart zu finden geglaubt: „er habe reflektierend ein Prinzip vertreten, das sein geschichtliches Recht da hat, wo es in unmittelbarer schöpferischer Kraft auftritt." Auch die Schranken in der Berechtigung seiner Kritik sind damit gegeben. Es ist seine Weltanschauung, die ihm am letzten Ende jedes unbefangene Verständnis einer historischen Erscheinung zerstört.

Es prägt sich das zunächst in der Stellung aus, die Franck zum Staat und zu allen staatlichen Rechtsordnungen einnimmt. Sie ist wesentlich von dem Lutherschen Begriff der Obrigkeit verschieden. Der Staat ist für Franck nicht eine von Gott gewährleistete Rechtsordnung des menschlichen Handelns, die in der Form der christlichen Obrigkeit Funktionen und Pflichten von

unmittelbar sittlichem Charakter zu erfüllen hat, sondern nur insoweit göttlichen Ursprungs, als es jede Kreatur ist, zugleich aber sündhaft wie alle Einrichtungen dieser Welt, hervorgegangen aus der menschlichen Sündhaftigkeit, und dazu da, sie zu bestrafen. Und eben die weltlichen Momente seiner Herkunft sind es, auf die Franck mit Vorliebe seinen Blick lenkt: dieser Gegensatz bestimmt für den religiösen Spiritualisten die Wertschätzung, so gut wie für einen mittelalterlichen Mystiker oder einen Pietisten des 18. Jahrhunderts. Unter diesem Gesichtspunkt beleuchtet er den Ursprung des Kaisertums und aller Fürstenmacht, das Aufkommen des Adels, die Entstehung der Grundherrlichkeit, der bäuerlichen Lasten, der Zehnten, des Frohndienstes, der Zölle und Steuern. Das muß man sich bei allen seinen Werturteilen vor Augen halten: sie führen zuletzt immer auf seine spiritualistischen Schemata zurück. Nur im Rahmen seiner besonderen Weltanschauung sind sie vollberechtigt, darüber hinaus nur von bedingter Geltung, im einzelnen daher stets mit Vorsicht zu benutzen, je mehr sie durch die Kraft ihrer Überzeugung bestechen und von einem Satiriker von großen Gaben, ohne Scheu vor Übertreibung, vorgetragen werden. Doch kommt es auch vor, daß seine Beobachtungen, zumal in den mit Scharfblick und Einsicht erörterten volkswirtschaftlichen Dingen, sich gelegentlich unbefangen über die eigene Theorie erheben.

Es konnte natürlich nicht ausbleiben, daß seine Urteilsweise, obgleich sie sich praktisch quietistisch verhält, doch revolutionär wirkte und nach dieser Wirkung beurteilt worden ist. Welche Fülle destruktiver Wirkungen barg schon die Ketzerchronik, wenn dem einfachen gottseligen Manne die ganze Kirchengeschichte als ein Meer von Ungerechtigkeit erschien, in dem das äußerliche, antichristliche Kirchentum immer von neuem die wahre christliche Frömmigkeit verschlang! Sollte er sich nicht ebenso, wie er sich dieses Kirchentums entledigt hatte, nun auch gegen die weltlichen Ordnungen erheben, deren Recht ebenso widergöttlich war? Mußte da Francks stete Mahnung, daß dies doch wiederum verboten und geduldiges Tragen bis zum jüngsten Gericht die Sache des Christen sei, nicht noch mehr erbittern und nur noch einen akademischen Wert behalten,

sobald die Geduld versagte und in Rache umschlug? Man wird noch heute dieser Möglichkeit inne werden, wenn man Francks Reden unbefangen auf sich wirken läßt. Man lese nur seine Auffassung des fürstlichen Standes, die in der das zweite Buch seiner Geschichtsbibel einleitenden „Vorrede vom Adler" ihren bekanntesten Ausdruck gefunden hat. Denn mit gutem Rechte ist nach Francks Meinung gerade der Adler als das räuberischste, blutdürstigste und gefräßigste aller Tiere jederzeit zum Symbol der kaiserlichen und königlichen Macht erwählt worden. Seinen Widersachern erschien diese Vorrede so verfänglich, daß sie ihn gern des Verbrechens der Majestätsbeleidigung geziehen hätten. Franck sah sich in den späteren Auflagen der Geschichtsbibel daher genötigt, eine besondere Verteidigung gegen solche Vorwürfe an dieser Stelle einzuschalten. In seiner Weise, mit einer gewandten Dialektik, die jetzt auf einmal auch an das verehrungswürdige Symbol des vierten Evangelisten erinnert; ausdrücklich beteuert er, daß er an den Kaiser nicht gedacht habe, als den er nach seinem Fleisch als seine Obrigkeit erkenne; ihr gedenke er lieber den Rock zum Mantel zu geben, ja sein Leben eher zu lassen, als seine Hand wider sie zu erheben, weil er von Gott wisse, daß ein Christ sich niemals der Gewalt durch Gewalt entledigen dürfe, wie es die törichten Bauern und der aufrührerische Pöbel getan hätten. Aber man wird nicht verkennen, daß er durch den Widerspruch in Praxis und Theorie seiner Kritik etwas ins Gedränge kommt.

Franck verwirft den Krieg auf das schärfste und hat diesem Gegenstande, wieder in Anlehnung an Erasmus und Agrippa, einen besonderen Traktat „Vom Kriegsbüchlein des Friedens" gewidmet, auch hier viel radikaler als Luther. Auch in seiner Geschichtsbibel macht er häufig dieser Abneigung Luft; unter allen Torheiten der Welt, deren sie voll ist, bedünkt ihn keine größer zu sein als das Kriegführen, das recht mit gülden Netzen fischen heiße. Insbesondere haßt er die neue soziale Erscheinung der Landsknechte, deren Ursprung er untersucht, in deren Treiben er eine fortdauernde Quelle sittlicher und wirtschaftlicher Verderbnis sieht. Welch ein Jammer für ihn, wenn ein Handwerksmann von seinem Stuhl oder Acker zum Krieg aufsteht, da die Welt nun für und für einen unnützen Müßiggänger an

ihm haben muß; stellt sich doch jeder Landsknecht, als habe er einen Eid geschworen, sobald er einmal einen Spieß auf die Achsel nehme, wolle er sein Tag keine Arbeit mehr tun. Wie eine neue Möncherei erscheint ihm das neue Wesen: „wie vor Zeiten ein jedes Geschlecht einen Pfaffen haben wolt, so muß ein jedes nicht e i n e n Landsknecht, sondern derer viel haben." Mit wundervoller Lebendigkeit, den Künstlern vergleichbar, die das malerisch dankbare Motiv aufgreifen, hat er sie dargestellt, wie sie in Friedenszeiten kreuzweis durch die Gassen stolzieren oder in den Schenken schlemmen oder auf der Gart ziehen auf dem Lande; treffend weist er darauf hin, wie das Dasein dieser beschäftigungslosen Knechte alle Kriegsmöglichkeiten verzehnfacht. Zuletzt aber ist ihm auch diese Erscheinung nur ein notwendiges Glied in der Kette des Ganzen: die Finsternis muß solche Leut' haben, ein solches Nest solche Vögel.

Ein trefflicher Schilderer der Schäden des öffentlichen Lebens kann ein solcher Mann sein. Ein politisches Verständnis darf man von ihm nicht erwarten. Es fehlt bei ihm, man möchte fast sagen absichtlich. Seine Darstellung der großen Reichstage des vergangenen Jahrzehntes erwähnt zwar allerhand von dem höfischen Gepränge, aber verliert kein Wort über die Entscheidungen in der Religionsfrage, weil ihm eben nichts verhaßter ist als das Eingreifen der Gewalt in Dinge des Glaubens. Über den Reichstag von Augsburg von 1530 bemerkt er kurzweg: „Es ist nichts sunderlichs, ja schier gar nichts in diesem Reichstag ausgericht worden, darauf die ganze Welt so lang und viel gehofft hat."

Mit diesem Mangel begrenzt sich der Wert seiner historischen Urteile überhaupt. Es ist die Kritik eines nur seinem eigenen religiösen Denken verantwortlichen Separatisten, der sich zum Staate nur in die Beziehung einer mit Geduld zu ertragenden Zwangsanstalt setzt; höchstens in den Reichsstädten fand er Raum, ein zurückgezogenes Leben zu führen und dem Weltlauf mit ironischer Gelassenheit zuzusehen, als wäre das alles nur ein Gaukelspiel, bei dem man entweder den Heraklit oder Demokrit vorstellen muß. Es ist gewiß, daß diese Kritik bei aller Ausdehnung des universalgeschichtlichen Blickes eine wirkliche

geschichtliche Würdigung in sich selber auflöst, weil sie für die zentrale Stellung des Staatslebens in der Geschichte keinen Sinn hat. Auch diese Geschichtsauffassung wird immer ihre Anhänger haben, wie Franck bei manchen täuferischen Richtungen ein großes Publikum gefunden hat. Es wird die Geschichtsauffassung der Stillen im Lande sein; der Leute, die nach den Worten des schweizerischen Dichters keine Laternen einwerfen, aber auch keine anzünden, die abseits von dem verwerflichen Getriebe der Welt dahinleben, in selbstgerechter Ausschließlichkeit, und in den Lastern und Verbrechen der Großen dieser Welt die eigene Vortrefflichkeit zu spiegeln lieben. Es sind separatistische Kreise, die es immer geben wird; die täuferischen Gemeinden und die Konventikel der Pietisten, Herrnhuter, Quäker, Methodisten und alle Bildungen, in denen der mittelalterlich mönchische Begriff der Weltentsagung und Heiligung wieder auflebt, wie sie noch in unserer Zeit in Tolstoi einen konsequenten Vertreter finden. Aber in der Beschränkung auf diese Kreise beschränkt sich die geschichtliche Bedeutung einer solchen Geschichtsauffassung, wie Franck sie für das 16. Jahrhundert in der ausgeprägtesten Form vorgetragen hat. So wenig diese Richtungen die historischen Mächte jemals auf ihrer Seite finden, weil sie die höchsten Aufgaben menschlicher Sittlichkeit nicht zu verwirklichen unternehmen, so wenig werden sie auch eine fruchtbare Erweiterung der Geschichtsauffassung hervorbringen können.

V.

Es war kein Wunder, daß Franck einen Sturm des Unwillens durch sein Werk heraufbeschwor. Die deutschen Reichsstände wurden, von ihren Theologen vorwärts getrieben, auf die Gefährlichkeit der Geschichtsbibel aufmerksam und versuchten ihr durch Verbote zu begegnen. Melanchthon pflegte zwar nur auf dem Katheder das Dilettantische des Buches zu bewitzeln, während auf der andern Seite sich Cochläus zur Abwehr erhob; in einem Streit über den Ursprung der Messe trat er Franck persönlich entgegen. Auf sein Betreiben ist es wohl zurückzuführen, daß Herzog Georg von Sachsen die Chronik in dem Bereiche seines Territoriums verbot. So warnte er auch die

Fürsten von Anhalt vor der Chronik Francks, die mit aller Gier von den Laien verschlungen werde: es sei ein Pestbuch, wie kein zweites je erschienen sei. Gefährlicher für Franck wurde das bereits erzählte Auftreten des Erasmus gegen ihn; seine Klage beim Rat der Stadt Straßburg hatte die Ausweisung Francks zur Folge. Als dann im Frühjahr 1532 auch der Bischof von Straßburg Klage erhob: er habe selbst die Chronik durchgelesen, sie sei „ein vast schedlich und bes buoch", da konnte Jakob Sturm sich damit entschuldigen, daß der Druck von den Befehlshabern der Stadt übersehen und der Verfasser bereits der Stadt verwiesen worden sei. Vergeblich versuchte Franck den Schritt rückgängig zu machen. Von Kehl aus brachte er Anfang 1532 ein Gesuch beim Straßburger Rat an, ihm die Rückkehr und den Druck seines Weltbuches zu gestatten; es wurde ihm abgeschlagen und allen Buchhändlern der Stadt verboten, das neue Werk in Verlag zu nehmen.

So traten auf allen Seiten die Mächte des Beharrens ihm entgegen. Wie er sie alle gegen sich, den einzelnen, herausgefordert hatte, mußte er den Kampf mit allen aufnehmen. Bis an das Ende seines Lebens sollte er fortan die zweischneidige Wahrheit des Wortes, daß, wer allein stehe, der Mächtigste sei, an sich selber erproben.

Er zog wieder der schwäbischen Heimat zu. In der kleinen Reichsstadt Eßlingen fand er Unterschlupf und auch in bescheidener Erwerbstätigkeit den Unterhalt, dessen er zumal für seine Familie bedurfte. Daß er ein Handwerk ergriff, war auch für den Geistlichen damals keine Seltenheit; die biblischen Vorbilder spornten zur Nachfolge an und bestärkten in der immer in separatistischen und pietistischen Kreisen übertriebenen Wertschätzung der Handarbeit als vollkommenster Erwerbsquelle; bei Franck war es doch wohl weniger diese Erwägung (die den von ihm bekämpften Buchstabenglauben zur Voraussetzung hat) als Notsache, wenn er sich und die Seinen als Seifensieder durchzuschlagen versuchte. Anfangs geriet es ihm wenig. Er kam in die größte Armut, so daß er in einem größeren Umkreis Absatz für seine Waren zu suchen genötigt wurde. Einer der geistreichsten und eigentümlichsten Köpfe Deutschlands mußte mit seinem Karren durch die Lande ziehen, um den

schwäbischen Hausfrauen und Mägden die Mittel zur Erhaltung der körperlichen Reinlichkeit zu verhandeln!

So besuchte er im Sommer 1533 die freien Wochenmärkte in Ulm mit besserem Geschäftsglück. Er beschloß dorthin überzusiedeln, und durch die Fürsprache einflußreicher Männer, darunter Georg Besserers, gelang ihm die Aufnahme; im Herbst 1534 gewann er sogar das Bürgerrecht. Ausdrücklich erklärte er, daß er an ein geistliches Amt nicht denke; von Anfang an schien er sein freies Schriftstellerleben wieder aufnehmen zu wollen. „Was ich vom hern hab," schrieb er Ende 1533 dem Rat zu Ulm, „das will ich schriftlich dem volk Gottes mitzutheilen nit vergraben, dis will aber ein freien man haben, der mit keinem ampt verstrickt sey, damit nicht jemant acht, er habe disem oder jenem zu lieb geschrieben." Während er das bisher betriebene Handwerk anscheinend aufgegeben hat, ergriff er ein anderes Gewerbe, das sich damals mit der literarischen Produktion bequem vereinen ließ; er trat zuerst in die Buchdruckerei von Hans Varnier ein und errichtete im Jahre 1535 selbst eine Buchdruckerei, mit der er einen Buchladen verband. Auf diese Weise gelangte er wieder zu einigem Wohlstand. Freilich, mit der Veröffentlichung eigener Werke in seiner eigenen Druckerei mußte er vorsichtig sein, da sie der städtischen Zensur und damit feindseligen Einflüssen, besonders demjenigen Frechts, unterworfen waren. Er mußte daher, wie er später klagt, mehrere seiner Werke „um ein Badgeld" verschleudern und auswärts drucken lassen.

In den Rahmen unserer Betrachtung fallen davon das Weltbuch (1534), dessen Druck er schon 1532 hatte aufschieben müssen, und das Chronicon Germaniae (1538). Seine übrigen historischen Arbeiten: die Übersetzungen der Türkenchronik eines Siebenbürgers (1530) und der Frankenchronik des Trithemius (1539) sind ohne eigenen Wert, wohl ausschließlich aus Gründen buchhändlerischer Spekulation unternommen, wie denn die eine nachmals von Franck in seinem Weltbuch verarbeitet, die andere der zweiten Auflage seiner Germania angegliedert ist. Jene beiden Werke aber haben vielleicht noch mehr dazu gedient, den Historiker Franck bekannt zu machen, und sind vielleicht noch mehr gelesen worden als die Geschichtsbibel, weil ihre Form

abgerundeter war und ihr Inhalt ein unmittelbares Interesse erweckte. Auch war ihr Umfang erheblich geringer als derjenige des großen Sammelwerkes, und dahin ging mehr und mehr der Zug der Zeit. Es lag ein Bedürfnis vor nach einem kurzen weltgeschichtlichen Kompendium in deutscher Sprache. So war zuerst 1533 die sogenannte Egenolffsche Chronik „von an- und abgang aller Weltwesen, aus den glaubwirdigsten Historien on alle Gloß und Zusatz nach historischer warheyt beschriben" erschienen; sie war nichts als ein mechanischer Auszug aus dem ersten Teile von Francks Geschichtsbibel, der ihren Inhalt etwa auf ein Zehntel reduzierte. Der industrielle Frankfurter Buchhändler Christian Egenolff nannte natürlich nach der Sitte der Zeit seine Vorlage gar nicht (was wahrscheinlich für die Obrigkeiten auch keine Empfehlung gewesen wäre); es ist vielleicht möglich, daß Franck selbst mit der Anfertigung dieses Auszuges einverstanden gewesen ist. Er trat in den nächsten Jahren gerade zu diesem Verleger in Geschäftsbeziehungen und begegnete sich darin mit seinem Schwager Hans Sebald Beham, der für Egenolff viel in Holz geschnitten hat. Die Egenolffsche Weltchronik hat eine Reihe von Holzschnitten, übrigens sehr plumpe Klischees, die sich auch in der zweiten Auflage der Germania vorfinden. Man darf daran erinnern, daß F. Latendorf es sehr wahrscheinlich gemacht hat, daß die sogenannte Egenolffsche Sprichwörtersammlung von 1532 auch eine Arbeit Francks und somit seine erste Vorarbeit zu der unter seinem Namen veröffentlichten großen Sprichwörtersammlung von 1541 ist; genug, es scheint mir hier ein Punkt zu sein, den eine Biographie Francks wohl schärfer ins Auge zu fassen hätte.

So können wir uns über die späteren beiden Werke Francks, die den buchhändlerischen Rücksichten mehr entgegenkommen, kürzer fassen. Einen grundsätzlichen Fortschritt der Auffassung gegen die Geschichtsbibel zeigen sie nicht mehr und vermögen höchstens von einer andern Seite neue Züge in die Charakteristik des Geschichtsschreibers hineinzutragen. Das Weltbuch, welches ursprünglich als vierter Teil der Geschichtsbibel gedacht war, ist im wesentlichen eine geographische Arbeit, der geniale Vorläufer von Sebastian Münsters Kosmographie; an diesem Werke hat W. H. Riehl auch Francks Leistung und ihre schrift-

stellerischen Vorzüge vortrefflich charakterisiert. Am lehrreichsten für seine universalgeschichtliche Auffassung ist der letzte Abschnitt, der die verschiedenen Glauben der Erde behandelt; in seinem ersten „Der wahre christliche Glaube" überschriebenen Kapitel trägt Franck seine eigenen Meinungen, wenn auch nicht mit derselben Schroffheit wie früher vor. Vortrefflich sind die dann folgenden Abschnitte über „der Lateiner Glauben und von der Römischen Christen Ordnung, Bräuchen, Religion und Gottesdienst". Wie ein Heide oder Jude, mit der völligen Unbefangenheit eines, der nicht in diesem Wesen groß geworden, will er sich ihm gegenüberstellen und es verspotten: so entsteht das meisterhafte Kulturbild aller Träger und Einrichtungen der veräußerlichten Hierarchie bis in ihre letzten Ausläufer hinein, eine Kritik von so vernichtender Wucht, wie sie in der Literatur wenige ihresgleichen hat. Während er hier seiner Satire und Beobachtungsgabe die Zügel schießen läßt, ist es bemerkenswert, daß er in der Aufzählung der verschiedenen Glauben doch die einzelnen reformatorischen Richtungen seiner Zeit ganz mit Stillschweigen übergeht; nur in verdeckten Ausfällen hat er seine Stellung ihnen gegenüber präzisiert. Ein offener Angriff erschien dem Ulmer Bürger nicht rätlich nach den schlechten Erfahrungen, die er in Straßburg mit der Geschichtsbibel gemacht hatte. Ohne seine Überzeugungen zu verleugnen, übte er doch die Vorsicht, ihnen nicht eine polemische Richtung wider das Luthertum zu geben. Sich mutwillig zu opfern, war überhaupt nie seine Absicht gewesen; ganz und gar entbehrte er des schwärmerischen Zuges, dem das Martyrium als die Krone des Glaubens erschien. Schon in seinem Briefe an Campanus hatte er zwar Bünderlin beneidet, daß er so viel freier und ungebundener sei als er, weil er weder Frau noch Kinder habe; für seine Person aber bat er doch, den Brief zu verbergen, damit er nicht zu einem unzeitigen Kreuz gebracht und als ein unreifes Gras abgeschnitten würde, wie es manche unbedacht herausforderten.

Ähnliche ruhige Erwägungen sind ihm auch bei der Abfassung der Germania (1538) nicht fremd geblieben. Zunächst hat er sie nicht bis auf seine Zeit fortgeführt, sondern bricht schon mit dem Aufstand des armen Kunz ab. Er hat bald darauf in der Apologie seines „Verbütschierten Buches" (1539)

es sachlich zu begründen versucht, weshalb er von dem Gedanken zurückgekommen sei, die Geschichte der Gegenwart in seine Darstellung einzubeziehen: „und ich dazumal nit gewißt, das man von lebendigen nicht solt schreyben, sonder, wie das alle alten Historischreiber den nachkommen befehlen, weil selten (darf nicht sagen immer) ein recht, waar, sat zeugnus und Histori von lebendigen verhanden ist." Aber in demselben Maße wird gewiß die praktische Rücksicht auf die Zensurbehörden der lutherischen Stadt, in der er Aufnahme gefunden hatte, dabei mitgespielt haben; er wollte die Anstöße vermeiden, die er mit seiner ersten historischen Produktion auf allen Seiten erregt hatte, ein Buch liefern, bei dem er auf einen größeren Leser- und Abnehmerkreis rechnen konnte. So tritt auch in der Germania selbst seine Reflexion mehr zurück als in den entsprechenden Abschnitten in der Kaiserchronik seiner Geschichtsbibel, an die sie manchmal erinnert; sie bewegt sich zwar in derselben Richtung, ohne so weit und so entschieden vorzugehen. Die wissenschaftliche Leistung der Germania ist gleichfalls nicht übermäßig, obgleich die Kompilation hier eine höhere Stufe erreicht als in der Geschichtsbibel. Sie beruht wesentlich in einer populären Verwertung und Bearbeitung seiner lateinisch schreibenden Vorgänger, der ganzen Generation humanistischer Historiker von Wimpheling bis auf Beatus Rhenanus; daß er sich mit der eigentlich gelehrten Geschichtschreibung nicht in eine Reihe stellen konnte, dessen war er sich wohl bewußt, und nicht minder, daß Größere — er dachte selbst an Aventin — nach ihm kommen und ihn überholen würden.

Aber mit dem Vergleiche, der in diesem Namen liegt, würde man einen ungerechten Maßstab an Francks Germania anlegen. Ihre Verdienste wie die des Weltbuchs liegen auf einem andern Gebiete, in den schriftstellerischen Vorzügen. Und ihnen müssen wir, um das Bild des Historikers Franck zu vollenden, zum Schluß in Kürze gerecht werden. Ein ungeheurer Fortschritt, der besonders bei der Germania im Vergleich mit ihren Vorläufern in die Augen fällt, liegt zunächst in ihrer deutschen Sprache. Jene humanistischen Geschichtschreiber hatten größtenteils etwas von dem literarischen Feinschmecker an sich gehabt, der mit seinem eleganten Latein den Welschen seine

Ebenbürtigkeit in der klassischen Erudition beweisen wollte und in dem neu entdeckten Nationalstolz auch das eigene Ich spiegelte. Ihnen gegenüber fühlt sich Franck in einem gewissen Gegensatz; als Volksschriftsteller mit dem weitesten Wirkungskreise wollte er den exklusiven Gelehrten zur Seite treten, ebenso wie seine religiösen Sammelwerke und Traktate der zunftmäßigen Theologie. Darum wählt er die deutsche Sprache, in der er Meister war; selbst seine Ulmer Gegner wollten ihm „sondere Gaben des Vielwissens, der Arbeitsamkeit, des Vielschreibens und eine sonder Gabe, ein Ding laiisch zu verdeutschen und darzugeben“, nicht absprechen. Mit Recht ist es immer wiederholt worden, daß Franck als deutscher Prosaist dieses Zeitraums allein mit Luther in eine Reihe gesetzt werden darf. Diese Sprache verrät keine schulmäßige Erziehung, sondern schöpft frei aus dem Jungbrunnen der Rede und Sitte des Volkes; auch als Übersetzer verfügt er über den Reichtum seines Stiles, wie es nur jemand vermag, der auch ursprüngliche und eigene Gedanken zu geben hat. Die gedrungene Kraft möchte man am ehesten darin vermissen. Seine Argumentationen entwickeln sich selten in strenger logischer Gliederung: dazu quillt ihm der Fluß der Gedanken und der Worte viel zu üppig, um die Kette der Beweisführung stetig fortzusetzen. Er wiederholt sich, lenkt ab und kehrt zurück; er gibt mit vollen Händen, aber der Geber verliert wohl den Plan aus den Augen. Wie gern gibt er nicht seiner Neigung nach, eine Fülle von Sprichwörtern und volkstümlichen Wendungen aus dem Ärmel zu schütten; immer ist er eine unerschöpfliche Fundgrube für den Sprachforscher, der dann all diesen glitzernden Reichtum wieder zerpflücken und in den Schubläden seiner Zettelkästen unterbringen möchte, aber wirklich ergiebig nur für den warmherzigen Leser, der an dem Ganzen und Unmittelbaren dieses reichen Herzens seine Freude findet. Franck ist eigentlich überall derselbe. Seine großen theologischen Sammelwerke, wie die Paradoxa, die güldin Arch, das verbütschierte Buch, seine religiösen Traktate, seine sozial-moralischen Abhandlungen, seine Sprichwörtersammlung, selbst seine Übersetzungen bilden mit seinen historischen Werken eine innere Einheit. Man fühlt überall, wie

das häufig Durchdachte in ihm geläufig geworden ist; aus dem Zusammenhange seiner historischen, moralischen, religiösen Betrachtungen drängt es ihn immer wieder zu dem Kern der spiritualistischen Überzeugungen zurück, die das Wesen seiner Persönlichkeit ausmachen. Man kann nicht im Zweifel sein, daß diese Persönlichkeit in dem Berufe des Volksschriftstellers die ihr ursprünglich beschiedenen Gaben am vollkommensten auszuleben imstande war. Und wie kannte dieser Volksschriftsteller, der im Überschwang seines Subjektivismus seine Brüder unter allen Völkern der Erde, unter Heiden, Türken und Juden suchen wollte, gerade das eigene Volk in Art und Unart; wie manche treffende und feine Bemerkung fällt über die Eigenheiten deutschen Wesens, beispielsweise über die fremdbrüderlichen Neigungen unseres Volkes, über die verschiedenen oberdeutschen Stämme! Zumal der Geschichte der oberdeutschen Städte, mit denen ihn die Wanderfahrt seines Lebens vertraut gemacht hatte, ist er mit besonderer Liebe nachgegangen; in diesen kräftigen Gemeinwesen hatte sich auch für einen Mann seines Schlages am ehesten die Freistatt gefunden, wo er nach seinem Gefallen wenigstens eine Zeitlang leben konnte.

Es ist natürlich, daß seine Stellung als Volksschriftsteller seine literarische Eigenart auch in seiner Arbeitsweise hemmend und fördernd beeinflußte. Franck ist bewußter Kompilator. Von allem, was ihm bei seiner Lektüre in die Hände gefallen, will er Auszüge liefern, um dem Volke, das selbst nicht alles lesen kann, einen gewissen Ersatz zu vermitteln. Bewußt hat er diesen Gedanken ergriffen. So setzt er in der Vorrede seiner Germania auseinander, er wolle sich nicht in die Kleinigkeiten vertiefen, sondern nur die Hauptsachen, die großen Züge vorführen, wie er es ausdrückt, „den hafft, satz, inhalt, kern und bundriemen" der Historie; er greift wohl, um diesen Gedanken zu verdeutlichen, zu einem gelungenen Bilde: „Als so einer ein baum wil beschreiben, ist gnug, das einer sein gestalt, frucht und derselben nutz und art, warzu dienlich er erleutter, darf nit eben die lini der pletter, vile und proportz der aest, art und dicke der rinden, tiefe der wurz, wie er gesetzt, geimpft, und in wie vil jaren erzogen, fürschreiben". Man sieht, er verrät eine

zu seiner Zeit seltene Einsicht in die Probleme der Geschichtschreibung; er sucht das Singuläre und das Typische in ihrer historischen Bedeutung gegeneinander abzugrenzen. Seine Praxis enthält manchen sichern Anlauf nach dieser Richtung, sobald sie sich über das rein Kompilatorische erhebt. Das Beste bleiben allerdings häufig die geistreichen Vorreden; man hat hier wohl das Gefühl, daß Franck mehr verspricht, als er halten kann, daß die Ausführung seiner Ideen über Geschichtsauffassung und Geschichtschreibung seinem Vorsatze nicht gleichkommt. Die Anforderungen, die nun einmal an die Stoffmengen, selbst an den Anekdotenkram eines Geschichtsbuches gestellt wurden, hat er doch daneben getreulich zu erfüllen gesucht. Sein starker Sammeltrieb gibt seiner ganzen literarischen Produktion einen kompendiösen Charakter, der sie heute nicht mehr empfiehlt. Auch wer ihn als historischen Schriftsteller genießen will, muß den gewaltigen Ballast seiner Folianten mit in den Kauf nehmen; könnte man einen einzigen Oktavband aus diesen kompilierten Stoffmassen herausheben, so würde man ein geistvolles Buch vor sich haben, das in der Gesamtheit seiner geschichtsphilosophischen Reflexionen eine unvergleichliche Einführung in das Verständnis der protestantischen Dissenters des 16. Jahrhunderts darstellte. So scheint es uns heute als ein merkwürdiges Verhängnis, daß dieser ursprüngliche und kraftvolle, wahrhaft aristokratische Geist genötigt war, auf Erwerb und Absatz zu denken und eine schriftstellerische Form zu wählen, in der er seine eigentliche Vollendung nicht finden konnte.

Es war nicht sein Schicksal, daß er in ruhiger Zurückgezogenheit dem Berufe des gelehrten Volksschriftstellers leben sollte, zu dem die Gaben und der Ehrgeiz volkstümlichster Wirkung sein warmes und leidenschaftliches Herz hinführten. Was er als das Ideal seines Lebens ersehnte, blieb ihm dauernd versagt. Die unsichtbare Gemeinde allerdings, zu der er sprechen wollte, hatte er längst gefunden. Seine historischen und religiösen Volksbücher erlebten eine Auflage über die andere; sie hatten ein dankbares Publikum in allen Ständen und in aller Herren Ländern; in der Bibliothek des Erzbischofs Thomas Cranmer von Canterbury ist die Geschichtsbibel in der ersten

Straßburger Ausgabe das einzige deutsche Buch. Heftig haben die Reformatoren, Luther und Melanchthon[1]) voran, über diese literarische Machtstellung des verachteten Mannes geeifert. Sie vermochten sie nicht zu brechen, aber ihren Urheber konnten sie noch einmal treffen. Diesmal waren es nicht seine historischen, sondern seine theologischen Schriften, die seine Vertreibung von Ulm Anfang 1539 herbeiführten. Wieder mußte er mit Frau und Kindern den Wanderstab ergreifen, und nur auf eidgenössischem Boden schien ihm nach dieser Enttäuschung noch eine Aussicht auf ruhiges Schaffen gewährleistet zu sein. In Bern klopfte er vergebens an; in Basel hat er dann noch einige Jahre sein altes Doppelgewerbe als Schriftsteller und Buchdrucker — er vergesellschaftete sich mit Nikolaus Brylinger — unangefochten weiterführen können.

Während die lutherischen Theologen des Reiches im Jahre 1540 in Schmalkalden noch einmal ein Verdammungsurteil gegen ihn erließen, blieben ihm die kleinen Freundschaftskreise, wie er sie liebte, getreu: Männer, die er durch seine Schriften und seinen Verkehr sich verbunden hatte, Adelige, Patrizier und Handwerker. Bis zuletzt hat er nach deutscher Art in guten und lieben Freunden ein sonderliches Glück seines Lebens gesehen; solche ganz persönlichen Gemeinschaften standen ihm höher als jene der großen Gemeinde, der Kirche, des Staates, in denen seine Individualität nicht aufgehen mochte. Er scheint zuletzt in dieser geistigen Freundschaft mit den zerstreuten Gesinnungsgenossen eine tiefere Befriedigung gefunden zu haben als in seiner Ehe; die Gefährtin seines Lebens mag, trotz ihrer innerlichen Übereinstimmung, den Bitternissen nicht gewachsen gewesen sein, die sie beide zu ertragen hatten; und der Mann, der um jeden Preis als Ein-

[1]) Noch in den Jahren 1555 und 1556 schilt der greise Melanchthon im Gespräch darüber, daß Francks Bücher in Vieler Händen seien, vgl. O. Walz, Dicta Melanthonis, Briegers Zeitschr. f. Kirchengesch. 4, 327 f. Melanchthon verbindet damit schwere sittliche Vorwürfe gegen den persönlichen Wandel Francks. Bis zum Auffinden weiterer Bestätigung dieser Vorwürfe halte ich sie für bösartigen Klatsch. Sie haben wenig innere Wahrscheinlichkeit. Man halte die Ulmer Anklageschriften gegen Franck dagegen. Diese erbitterten Gegner Francks, die ihn seit Jahren beobachteten, wissen über seinen persönlichen Wandel nur Gutes zu sagen.

spänner durch die Welt gehen wollte, wird auch dem Familienglück nicht ein ausreichendes Stück seiner Individualität haben opfern können. Bis zum Ende seines Lebens blieb er in fleißigster Tätigkeit, mit der Wiederauflegung früherer Schriften und der Herausgabe neuer beschäftigt. Schon 1542 ist er in Basel gestorben, in der Blüte eines rastlosen Lebens. Wer will behaupten, daß es sich schon erfüllt hatte? Sein genauer Todestag ist nicht bekannt; vielleicht mochte der friedlose Nachruf Luthers manchem seiner Leser erst die Kunde bringen, daß der Angegriffene seinen Frieden gefunden hatte.

Franck hat die Leiden und Freuden, wie sie dem Berufe des auf sich selber angewiesenen Literaten eigentümlich sind, in wechselnder Stimmung reichlich ausgekostet, den Stolz und die Vereinsamung des Selbstdenkers; seinem Bewußtsein blieb der Widerspruch nicht verborgen, eine auf das Individuellste und Innerlichste gestellte, von allen Fesseln empirischen Kirchentums sich lösende Auffassung der Religion in volkstümlicher Form jener Masse zu predigen, von der er selbst sagte und erfuhr, daß sie einen Papst haben müßte. Aber auch unter den Anfechtungen der Welt, in den Nöten des Tages stand er mannhaft und aufrecht, in Leben und Gesinnung des Wortes würdig, das er erst unserer Sprache gebildet hat: ein „selbständiger" Mann. So bleibt er einer der ersten deutschen Schriftsteller, nicht allein rein zeitlich genommen, sondern auch seinem Range nach, vor allem in der Kraft und Wahrheit seiner Persönlichkeit. Er mochte wohl zuweilen an seinem Berufe irre werden und gelegentlich ausrufen: „Ich will der Welt das Valete geben, ich bin an diesem Schüler verzagt, lehre ein anderer ihn, so lange er will." Aber er unterlag nicht. Wenn er überlegt, wie er einem treuen Freunde, der ihm manche Wohltat erwiesen, für alles danken soll und in seinem Vermögen weder Silber noch Gold findet, dann sieht er keinen bessern Gedanken, als jenem seinen „Tag- und Nachtschweiß" — er meint sein letztes großes Werk, seine Sprichwörtersammlung — zu widmen. Und selbst zu einer Zeit, wo es ihm herzlich schlecht ging, wo er von Ulm ausgewiesen, mit Frau und Kindern auf der Suche war, wo „Gott ihm ein Fenster öffnen werde" — da durfte er doch wieder einem Manne, den er nie gesehen,

sondern nur als eifrigen Leser seiner Schriften kannte, die stolzen Worte schreiben: „Das Beste, das ich hab' und bin, habt Ihr täglich bei Euch, nämlich mein Gemüt und meine Bücher."

Und sein Gemüt, das ist: die Summe seiner Überzeugungen von dem innerlichen Wirken des Christentums und seiner Betätigung im sittlichen Leben, ist es, das seiner universalgeschichtlichen Betrachtung das Gepräge aufdrückt. So bleiben seine historischen Werke in der Geschichte der radikalen Reformer und protestantischen Dissenters des 16. Jahrhunderts immer eine Erkenntnisquelle ersten Ranges. Ihre gelehrte Leistung ist gering, selbst am Maßstabe ihres Zeitalters gemessen, und je weiter die quellenkritische Untersuchung hier vordringt, muß sie ihre Schätzung auf ein geringeres Maß zurückführen, als ihnen bisher noch zugebilligt wurde. Vor dem innern Reichtum der Persönlichkeit Francks, der seine Geschichtschreibung erfüllt, hat sie jederzeit haltzumachen.





12.

Aus den letzten Jahren Sebastian Francks

1902





Die ausgedehnte religiös-populäre Schriftstellerei Sebastian Francks ist nicht in ihrem ganzen Umfange bei seinen Lebzeiten in die Öffentlichkeit gelangt und darum bis in die neueste Zeit auch zum Teil der Forschung verschlossen gewesen. Franck war dieser Schriftstellerei bis in die letzten Tage seines Lebens, über denen ein so merkwürdiges Dunkel liegt, treu geblieben. Er konnte bis zuletzt von dieser Lieblingsbeschäftigung nicht lassen, mochte er sich auch, in Konsequenz seines religiösen Prinzips, immerhin einreden, daß er selber nicht große Stücke darauf halte und darum auch nicht von anderen erwarte, daß sie es täten. „Bücher zu schreiben“, so sagt er noch in einem seiner letzten Traktate, „ist nicht nach dem Neuen Testament, sondern zu predigen mit der lebendigen Stimme, wie Christus that. Aber jetzt ist des Buchschreibens kein Ende. Und ist fürwahr ein scharffsinniger Teufel unter dem Schein eines guten, damit hält man die Leute auf von der rechten heiligen Schrift und verlieren Zeit, Geld und Geist in diesen leeren Muschelschalen. Niemand vertraue nun irgend einem Menschen über die Schrift, sondern trinke selbst aus dem springenden Brunnen und nicht aus andere faulen Gossen, das wäre das Sicherste und mein Rat. Die Welt will doch betrogen sein, dazu helfen tapfer die Schriftgelehrten, und die Welt ist nun und allewege von den Gelehrten betrogen gewesen. Ich bitte um Gotteswillen, niemand kehre sich zu meinem noch zu andern Schreiben, sondern eile selbst zu dem Brunnen, daraus wir getrunken haben.“ Und doch fühlte er sich innerlich gedrungen, immer von neuem mit der freien Gemeinde seiner Leser Zwiesprach zu halten, er suchte sogar den Kreis seines Publikums noch auszudehnen oder gar sich einen neuen zu schaffen, er verließ zuletzt das ureigenste Gebiet seiner schriftstellerischen Begabung, um sich diese neue oder weitere Wirkung zu ermöglichen. Der Unermüdliche hat sie nicht mehr erlebt. Nur in der Handschrift oder in später Übersetzung ist auf uns gelangt, was Franck am Ende seines Lebens mit der heißen Inbrunst seines ganzen Strebens erfüllt hat.

In den Kreis dieser letzten, bisher wesentlich nur dem Namen nach bekannten Arbeiten Francks führt uns die neue Abhandlung von Alfred Hegler[1]) ein. Mitten in den Studien zu einer Geschichte des mystischen Spiritualismus begriffen, fördert er nunmehr einige Materialien ans Licht, die Francks religiöse Individualität zwar nicht von einer ganz neuen Seite zeigen, aber ein häufig übersehenes Element in seiner aus vielfältigen Quellen schöpfenden religiösen Bildung in schärferer Beleuchtung erscheinen lassen.

Das merkwürdigste Stück dieser letzten Arbeiten ist unstreitig die lateinische Bearbeitung des bekannten mittelalterlichen mystischen Traktates über den alten und den neuen Menschen, den wir seit Luthers Ausgabe (1516-18) unter dem Namen der Deutschen Theologie kennen. In einer vortrefflich geschriebenen Einleitung überblickt Hegler zunächst den eigentümlichen Wandel, den die Wertschätzung dieses Traktates innerhalb der reformatorischen Kirchen erlitten hat. Er wurde von Luther anfänglich, als ihm die deutsche Mystik eine neue Welt verinnerlichter und zugleich praktisch-religiöser Gedanken eröffnete, über alles geschätzt; bezeugte er doch, daß ihm nächst der Bibel und St. Augustin kein Buch vorgekommen sei, daraus er mehr erlernt hätte, „was Gott, Christus und alle Dinge seien". Und auch dann, als der Reformator der alten Kirche zum Gründer einer neuen werden mußte und seinen Gedanken in dogmatischer und kirchlicher Hinsicht eine bestimmtere Gestalt gab, wurde das Büchlein noch immer gelesen und gelegentlich gerühmt. Vor allem aber ergriffen es die mystischen Richtungen; „es wurde zu einem gemeinsamen Feldzeichen für die im übrigen wieder so weit auseinandergehenden mystisch-spiritualistischen Geister, sowohl für diejenigen, die in der Kirche blieben, wie für diejenigen, die auch äußerlich mit der Kirche brachen und die Sammlung eigener Konventikel anstrebten"; aus diesen Kreisen stammt der Neudruck von 1528. Gerade unter dem Eindruck dieser Partei-

[1]) Sebastian Francks lateinische Paraphrase der Deutschen Theologie und seine holländisch erhaltenen Traktate von D. Alfred Hegler, ord. Professor der evangelischen Theologie an der Universität Tübingen. Tübingen, G. Schnürlen 1901.

nahme wurden die deutschen Theologen der nachlutherischen Generation vorsichtiger; sie wagten freilich die ehrwürdige, auf Luther zurückführende Tradition nicht gänzlich zu verleugnen, wie es die französischen Theologen Farel, Beza und vor allem Calvin unbedenklich taten; empfahl doch dieser schon 1559 die gänzliche Ablehnung: „Car encores quil ny ait point derreurs notables, ce sont badinages forgez par lastuce de Satan pour embrouiller toute la simplicité de l'Evangile. Mais si vous y regardez de plus pres, vous trouverez quil y a du venin cache si mortel, que de les avancer cest empoisonner l'Eglise." Erst als im 17. Jahrhundert die pietistische Opposition sich stärker gegen die gelehrte Theologie der geschlossenen Kirchen erhob, griff man wieder zu dem Büchlein zurück, das auf die erste Entwicklung Luthers so stark eingewirkt hatte.

In feinsinniger und einsichtiger Weise zeigt Hegler, wie sich in dieser Wandlung des Urteils größere geschichtliche Zusammenhänge spiegeln: die Zusammenhänge zwischen der katholischen Mystik des 14. Jahrhunderts, den spiritualistischen Mystikern der Reformationszeit und den praktischen und mystischen Richtungen des 17. und 18. Jahrhunderts. Diese Ausführungen gehören zu dem Besten, was darüber gesagt worden ist, und halten sich von der lange Zeit im Schwange gewesenen Einseitigkeit der modernen konfessionellen Theologie ebenso weit entfernt wie von einer unkritischen Überschätzung der Originalität einzelner mystischer Richtungen.

Hegler lehnt den von Thudichum angenommenen Ursprung der Deutschen Theologie in mittelalterlichen außerkirchlichen Brüdergemeinden ab, meines Erachtens mit vollem Rechte, und sieht in ihr nur „die Grundgedanken der katholischen Mystik in einer allerdings besonders geläuterten, auf das Praktische gerichteten, ansprechenden, freilich nicht ebenso originellen Form" ausgesprochen; er sucht die zu weit gedehnte Vorstellung von außerkirchlichen organisierten Brüdergemeinden zu ersetzen durch die Annahme von Stimmungen in innerkirchlichen Kreisen. So ist für ihn auch die Deutsche Theologie nur ein Produkt des mittelalterlichen Frömmigkeitsideales, aber wie die ganze Mystik überall von Gedanken erfüllt, „die sich für einen Spiritualismus verwenden ließen, der sich von

der Kirche und ihrer Theologie in jeder Form lossagte und gegen jede Ausprägung der Religion in großen objektiven Formen, in Institution und Lehre protestierte". Diese Gedanken hat die radikale spiritualistische Mystik des 16. Jahrhunderts aufgenommen, ohne viel aus dem Eigenen hinzuzutun; „was neu dazu kommt, ist einerseits durch die Verbindung mit humanistischen Gedanken, anderseits durch die positive Einwirkung der neuen religiösen Bewegung der Reformation, wie durch den Gegensatz gegen sie hervorgerufen, die über diese Mystik weit hinausgeht". Besonders das letztere Verhältnis der Abhängigkeit ist nun dadurch kompliziert, daß für die Entstehung der Reformation selbst diese Mystik ein wichtiger Faktor gewesen ist. Über diese Frage spricht Hegler sich in sehr besonnener Weise aus. „Man ist heutzutage in weiten Kreisen der protestantischen Theologie geneigt, das zu unterschätzen, weil man einen zu engen Begriff der Reformation zugrunde legt und alles zu rasch auf die evangelische Heilslehre bezieht, die gewiß das Zentrum der ganzen Bewegung, aber nicht das Ganze gewesen ist. Auch in diesem Zentrum wäre nicht eine solche Vertiefung und Läuterung möglich gewesen, wie sie hier tatsächlich eingetreten ist, wenn nicht die Reformation im ganzen zugleich eine Vergeistigung und Läuterung in der ganzen Auffassung der Religion bedeuten würde, und eben darin hat ihr die deutsche Mystik des späteren Mittelalters in ihren reinsten Erscheinungen, wie Tauler, mächtig vorgearbeitet." „Man kann an Luthers Schriften vor dem Ablaßstreit die mächtige Einwirkung der spiritualistischen Gedankenreihen beobachten"; man kann sogar sagen, „der Apparat von Begriffen und Vorstellungen, mit welchem die spiritualistische Mystik im 16. Jahrhundert gearbeitet hat, liegt bei Luther schon vor dem Beginn des Ablaßstreites bereit". Es sind das zum Teil freilich Gedankenreihen, die in einer langen religionsgeschichtlichen Entwicklung, seit Augustin her, immer von neuem ihre fruchtbringenden Kräfte geltend gemacht haben: „die Befreiung der Theologie in der Reformation hat sich mit Hilfe der Gedanken vollzogen, in denen das alte Christentum versucht hat, sein überlegenes Recht gegenüber den früheren Stufen der religiösen Entwicklung, sein geistiges Wesen gegenüber heidnischem Na-

turalismus und jüdischer Gesetzlichkeit auszusprechen. Aber daß Luther den entscheidenden Punkt immer schärfer treffen lernte, dazu hat die deutsche Mystik wertvolle Unterstützung geleistet." „Sobald er sich freilich dann theoretisch und im einzelnen mit den Gedanken dieser Mystik auseinandersetzt, beobachten wir neben der sachlichen Übereinstimmung, die Luther selbst zunächst beinahe ausschließlich hervorhebt, die leise einsetzende Differenz." Es beginnt das Streben, die Grundgedanken dieser Mystik herauszuheben, sie zu klären, die Verbindung mit der lehrhaften Theologie herzustellen. Der Fortschritt zu seiner eigenen Heilslehre, „mit dem Luther seine Gedanken über die Mystik hinaushebt und zum Reformator der Kirche und zum Erneuerer der Theologie heranwächst, wird ihn mit der Zeit in einen Gegensatz zu der ursprünglich so hoch geschätzten Mystik bringen". Aber auf so breiter Linie dieser Gegensatz auch zum Ausdruck kommt, „im Kern seines religiösen Empfindens wird er immer etwas von dieser Mystik behalten, weil ihre zartesten und reinsten Töne mit den Worten des Neuen Testaments selbst zusammenklingen, und er wird es nie vergessen, daß in ihr während der Entscheidungsjahre für ihn eben eine Theologie zu Worte kam, die auf Erfahrung ruht, die Leben ist und ihm geholfen hat, den Weg zur lebendigen Religion zu finden". Aus diesen Zusammenhängen wird die Stellung der „Deutschen Theologie" in der Reformationsgeschichte deutlich; sie bleibt ein Denkmal für die Werdeperiode Luthers; wir begreifen jetzt aber auch, daß die mystischen und spiritualistischen Richtungen des Zeitalters „ihr Recht auf Anteil an der ganzen großen geistigen Bewegung, ihr Anrecht an Luther, an die Reformation selbst aussprachen, wenn sie sich auf die Deutsche Theologie beriefen. Sie konnten Luther gegen Luther ins Feld führen, sie konnten ihren Anspruch, in diesen mystischen Lehren das Wesentliche des Christentums zu besitzen, das sie in der Theologie der neuen Theologen wieder preisgegeben glaubten, nicht besser begründen, als wenn sie die Deutsche Theologie für sich reden ließen".

In diesem Gedankengange haben zwei Männer sogar den Versuch gemacht, das echt deutsche Büchlein ins Lateinische zu übersetzen und damit einem weiteren Kreise zugänglich zu

machen: der feine und milde Humanist Castellio, der Vorkämpfer des Toleranzgedankens, mit einer Arbeit, die im Jahre 1557 in Basel im Druck erschien und jene heftige Anfeindung Calvins und seiner Freunde hervorrief, und Sebastian Franck, dessen Übersetzung, wahrscheinlich in den letzten Jahren seines Lebens gefertigt, nicht zum Druck gelangte, sondern nur in einer — nicht von ihm selber herrührenden — Handschrift des 16. Jahrhunderts in der Bibliothek der Vereenigden Doopsgezinten Gemeente zu Amsterdam erhalten ist.

Die Arbeit Castellios ist gänzlich unabhängig von derjenigen Francks, seine glatte und gewandte Übersetzung hat mit der wortreichen und durchaus persönlich gehaltenen Paraphrase Francks eigentlich nichts gemein. Daß aber Castellio zu seiner Arbeit durch den früheren Versuch Francks angeregt worden sei, möchte ich nicht so unbedingt für ausgeschlossen halten, wie Hegler es zu tun geneigt ist. Castellio schrieb in Basel, wo anderthalb Jahrzehnte zuvor auch Franck auf den selben Gedanken gekommen war; er hatte wenige Jahre vorher in seiner Toleranzschrift gegen Calvin „De haereticis an sint persequendi" auch manche Stellen aus Francks Werken ins Feld geführt und stand somit dessen geistiger Lebensarbeit nicht fern. Vor allem aber scheinen mir die Anklänge der beiden Vorreden der Vermutung Raum zu geben, daß Castellio den Versuch Francks gekannt haben dürfte. Ich setze die betreffenden Parallelstellen hierher, in denen sich die beiden Übersetzer über den Stil ihrer Vorlage und ihrer Übersetzung, wie über die Grundsätze ihrer Nachbildung aussprechen.

Franck ca. 1542.	Castellio 1556.
... theologum Germanum ... vertendo usus sum stilo ... ab omni fuco et lenocinio verborum alieno.	libellus hic nullo dictionis lenocinio, nullo fuco ... lectorem demulcet.
Proinde neque hoc offendat, quod sepius coactus periphrasi sum usus, ... ut qui aliquot verba Germanica satis latinis verbis non potui assequi veluti	Verbis usus sum quibusdam novis, videlicet his: Egoitas, Ipsitas, Meitas, Deificatus, Discipliccentia, Personalitas: ad quem usum coegit me

creaturlicheyt,geschaffenheyt, icheyt, selbheyt, meinheyt, weisslos, willos, lieblos, begirdlos, erkantlos et iis similia . . . id sive commentarii vice sive paraphrasis loco sive necessitate factum interpreteris, mea non refert.

necessitas, quod author ita loquitur.

Die beiden Übersetzer haben jeder das Bedürfnis gehabt, sich darüber auszusprechen, wie sie der Schwierigkeit der Latinisierung der mystischen deutschen Sprache Herr geworden sind; obgleich sie sich prinzipiell, vor allem aber praktisch verschieden zu der Frage verhalten, läßt die Art, in der sie das Problem erörtern, den Gedanken wohl aufkommen, daß Castellio sich im Hinblick auf seinen Vorgänger und dessen Grundsätze und Praxis der Übersetzung in der obigen Weise ausgedrückt habe. Der charakteristische Unterschied ist, daß die Versprechungen Francks (explanando authorem tam gravem et aliquot locis et verbis et sensu tam profundum et obscurum nonnihil de meo addidi . . . hoc unum . . . promitto, me menti et sensui authoris, etiam si verbis parum, addidisse nihil) nur cum grano salis zu nehmen sind, während die Erklärung Castellios (authori nihil nec adieci nec detraxi) buchstäblich gefaßt werden darf.

Hegler hat von der Übersetzung Francks verständigerweise nur Proben geliefert, er hat die lange Vorrede als Probe der Paraphrasierung das 20. Kapitel und schließlich das Franck ganz angehörende Schlußkapitel 56 in extenso mitgeteilt und sich im übrigen beschränkt, den Charakter der Übersetzerarbeit Francks nach der formalen und materialen Seite so gründlich zu erörtern, daß wir eine durchaus hinreichende Vorstellung erhalten. Für den Biographen Francks ist die Vorrede am interessantesten. Er spricht sich hier darüber aus, weshalb er der Feinheit des lateinischen Stiles nicht mächtig sei: „nam Germanus natus et in seculo barbaro a teneris inter amusos educatus fateor me iuvenem ante festa, hoc est ante ortas literas et redivivas postliminio linguas venisse“. Daß diesem

Satze nur eine ganz bedingte Geltung zukommt, steht außer Zweifel, da wir wissen, daß an der Universität Ingolstadt, an der Franck seine Studien begonnen hat, schon lange vor ihm humanistische Einflüsse wirksam gewesen sind. Aber die Worte entbehren nicht der subjektiven Wahrheit: wir erfahren ganz neuerdings aus dem Buche von G. Bauch, Die Anfänge des Humanismus in Ingolstadt, daß die Einflüsse der Celtis und Locher sich gar nicht auf die Geistesrichtung und den Unterrichtsbetrieb der Artistenfakultät, in der Franck 1515 bis 1517 inskribiert war, erstreckt haben; vielmehr setzte die Mehrheit der Fakultät dem Vordringen der Humanisten 1507 Widerstand entgegen und behielt die alten Lehrbücher bei: „Der Durchschnitt der Studenten, Baccalare und Magister mußte in Ingolstadt wie anderwärts . . . sprachlich und literarisch die Halbschichtsbildung erhalten, die neben der scholastischen Sophistik hauptsächlich und absichtlich die Verfasser der Epistolae obscurorum virorum auf das Korn nahmen und wissenschaftlich für immer auf ein totes Geleis setzten." Erst im Jahre 1519, als Franck Ingolstadt schon verlassen hatte, war der Sieg des Humanismus entschieden. Er ist selber über die Halbschichtsbildung niemals ganz hinweggekommen und ist sich dessen, wie wir sehen, auch bewußt geblieben. Er hatte ein gewisses Recht, sich — wenigstens für seinen persönlichen Bildungsgang — auf die Ungunst der Zeiten zu berufen. Wir sehen also auch in diesem Falle die alte Erfahrung bestätigt, daß der deutsche Humanismus im ersten Menschenalter noch keineswegs die Universitätsgenerationen in ihrer ganzen Breite erfaßt und durchdringt: das ist erst seit der Vermählung des Humanismus mit der neuen Theologie, durch die Tätigkeit Melanchthons vollbracht worden.

So bietet Francks Übersetzung ein ganz eigenartiges Bild. Wie einst Hutten sich mit redlichem Eifer bemüht hat, seine lateinischen Dialoge in deutsche Form zu gießen, obwohl er sich bewußt war, daß es „im Latein viel lieblicher und künstlicher denn im Deutschen laute", und die Härten und die Ungelenkheit des Anfängers nie ganz überwand, ähnlich — wenn auch umgekehrt — hat dieser geborene deutsche Volksschriftsteller das humanistische Handwerkszeug ergriffen, um die geheimnis-

volle Redeweise deutscher Mystik trotz allem Widerstreben in klassischer Sprache wiederzugeben; jeder von ihnen gab des höheren Zwecks halber seine eigenste schriftstellerische Art auf, doch fand sich naturgemäß der ritterliche Humanist in seiner Muttersprache rascher wieder zurecht als der volkstümliche deutsche Stilist in der fremden Gelehrtensprache. Vortrefflich hat Hegler diesen Versuch charakterisiert: „es ist immer das Bemühen eines nicht schulgerecht Gebildeten gewesen; die sprachliche Grundlage war nie fest und der freiere, am Altertum geschulte Geschmack und Kunstsinn fehlte dem die deutsche Sprache mit Meisterschaft handhabenden Literaten ebenso, wie die streng schulmäßige Gelehrsamkeit". Trotz seines lebhaften Bestrebens, dem Ideal humanistischer Formgebung nahezukommen, schafft er nichts weniger als ein Kunstwerk; aber die Übersetzung wird trotzdem zu einem „Denkmal der Kraft und Energie eines Individuums, das eigenartig genug ist, um unsere Aufmerksamkeit auch da zu fesseln, wo es absonderliche Bahnen geht und disparate Elemente seiner Bildung zu einem unmöglichen Ganzen zusammenzuschweißen sucht". So wird aus seiner Übersetzung trotz der besten Vorsätze des Autors, in einfachem Stil zu schreiben, etwas durchaus Neues im Vergleich zu der Vorlage, etwas Neues, das nur bei aller Ungewohntheit der Form doch als echt Franckisch erscheint: „Eine Mystik, die humanistisch, wenn nicht redet, so doch zu reden versucht; Taulers Ideen, bekränzt mit allen den klassischen Sentenzen, für die des Erasmus Adagia die unerschöpfliche Fundstätte boten; eine Predigt, übertönt von dicta probantia aus Cicero, Horaz und Seneca; jeder Ansatz zu mystischer Spekulation versetzt mit den Sätzen eines populären Moralismus." Wie diese schriftstellerische Technik nach der formalen Seite verfährt, wird an einer großen Zahl sorgfältig gesammelter und gruppierter Belege (Erweiterung eines einfachen Ausdruckes durch Einführung von Bildern; Häufung lateinischer Phrasen und Bilder; auffallende Ausdrücke; Sentenzen und Zitate; deutsche Worterklärungen; allgemeine, insbesondere logische Grundsätze) aufgezeigt. Eine solche Technik muß bei allem Streben nach Kürze in unendliche Breite verfallen; sie allein schon hat einen starken Anteil daran, daß der Text des

Originals bei Franck zu einer Paraphrase von dreifachem Umfang wird. Die schriftstellerische Individualität war eben bei Franck schon zu stark ausgeprägt, um sich auf ihre alten Tage (man darf das „in senium vergens“ des 43—44 jährigen natürlich nicht zu wörtlich nehmen) ein fremdes Gewand überzuwerfen. Große Meister der eigenen Sprache werden selten dem Formenschatze und der Ausdrucksweise eines fremden Idioms sich zu fügen verstehen. Franck verrät auch wohl eine gewisse Unsicherheit in dem Gefühl, daß er einem Publikum mit ganz anderen Ansprüchen an die Form gegenübertritt; er empfindet das doppelt angesichts der wirklichen Schwierigkeiten, die gerade seine Vorlage einer Übertragung entgegenstellt. So ist sein Latein weder schön noch korrekt, von Germanismen durchsetzt, überhaupt deutsch gedacht, aber doch mit einer seltenen Energie und, soweit es möglich war, mit beweglichster Gewandtheit gehandhabt. Ein Beweis, welches starke Talent diesem Geiste zu Gebote stand. So kann auch das Latein den Franckischen Stil nicht ganz verleugnen; nur die anziehende Treuherzigkeit des deutschen Stilisten vermag es nicht wiederzugeben; und die lateinische Phraseologie, manchmal nur oberflächlich über die Vorlage gezogen, läßt die Breite und die Wiederholungen seiner Schreibweise nur noch in schärferem Lichte erscheinen.

Lehrreicher noch und gewinnbringender ist die Untersuchung der materiellen Seite der Übersetzung. Denn Franck beschränkt sich hier so wenig wie in seinen früheren ähnlichen Arbeiten darauf, sich streng an die Worte des Textes zu halten; vielmehr ganz nach seinem Belieben, wie der Herr im eignen Hause, schaltet er auch hier mit seiner Vorlage, führt ihre Gedankengänge weiter, erklärt sie, ergänzt sie, spitzt sie zu und gerät oft unvermerkt in Ausführungen hinein, die ihm ganz allein angehören und sich von dem Geiste der Mystik des 14. Jahrhunderts ein gutes Stück entfernt haben. An dieser Stelle hat Heglers Untersuchung mit exakter Einzelarbeit eingesetzt, und auf diesem mühsamen, aber auch für die historische Forschung allezeit unerläßlichen Wege wirklich gesicherte Ergebnisse erzielt; in ihr finden wir sozusagen eine Reihe quellenmäßiger Belege für seine oben wiedergegebene Gesamtauffassung.

Wichtig ist vor allem die Feststellung, daß für die nahe Verwandtschaft der Ansichten Francks mit der mittelalterlichen Mystik einer Deutschen Theologie kein stärkerer Beweis als eben diese Paraphrase gefunden werden kann. „Was Franck von sich aus gibt, er erscheint doch nur wie eine Anzahl neuer Blätter an dem Stamm dieser Mystik, sie zeigen dieselbe Form und Färbung wie die alten, und nur das schärfere Auge wird der feinen Unterschiede gewahr. Darum kann man an der Paraphrase besonders genau den Prozeß der Fortbildung der deutschen Mystik aus der mittelalterlichen Stufe ihrer Entwicklung zu der Gestalt beobachten, die sie bei den radikalen Parteien der Reformationszeit angenommen hat." Die radikale Mystik der mit der alten und den jungen Kirchen zerfallenen Protestanten wächst gleichsam vor unseren Augen aus der harmlosen Paränese des Schülers Taulers hervor. Man erkennt, welche Einflüsse von außenher diesen Prozeß beschleunigen, der Humanismus in der Richtung auf eine Verschärfung der rationalen Auffassung, vor allem die theologischen Kämpfe des Zeitalters, der eigene religiöse Gehalt der neuen Kirchen, der diese radikalen Mystiker anregt, aber auch zum Widerspruch herausfordert; als individuelles Moment kommt schließlich die sich in die Gegensätze hineinbohrende Eigenart Francks mit ihrer Vorliebe für das Paradoxe hinzu. Wie das im einzelnen geschieht, hat Hegler in einer Reihe von theologischen Begriffen (Gott, Christus, Sünde, Versöhnung, Heilsweg, der neue Mensch, Verhältnis von Gnade und Rechtfertigung, die äußeren Ordnungen der Kirche, Polemik gegen gleichzeitige Richtungen) deutlich gemacht. Seine Kritik der Berechtigung der inneren Ordnungen der Kirche erhält hier eine Wendung, in der zwischen der relativen Notwendigkeit aller menschlichen Institutionen und der im Brief an Campanus ausgesprochenen Ablehnung aller Formen, die Sakramente eingeschlossen, als eines bloßen Puppenspiels doch noch eine Brücke geschlagen wird; alle diese Ordnungen sind für den Vollkommenen allerdings Kinderspielzeug, ohne Bedeutung, sie sind entbehrlich im Vergleich zu dem Geist und dem Wesen der Dinge. Sie haben aber eine relative Berechtigung, wo sie zur Erziehung der unvollkommenen Christen zu dienen haben. In dieser ganzen

Einzelforschung steckt eine Menge entsagungsvoller Arbeit, aber nur in so unverdrossener Nachprüfung und vergleichender Kritik lassen sich nach den vielen voreiligen Urteilen über Franck bestimmte Maßstäbe zu seiner Beurteilung gewinnen. Den Beweis, daß Francks positive Äußerungen über die Religion von der Mystik entscheidend bestimmt sind, sehe ich als durchaus erbracht an.

Die Wahl der lateinischen Sprache nötigt noch, eine Frage des literarischen Zusammenhanges näher zu erörtern. Wie kommt der Volksschriftsteller Franck, der es stets als seinen eigentlichen Beruf erkannt hatte, die Schätze der Wissenschaft und Religion seinen Landsleuten in seinem geliebten Deutsch zugänglich zu machen, am Ausgang seines Lebens dazu, ein so ursprüngliches Erzeugnis deutscher Religiosität mit vieler Mühe ins Lateinische zu übertragen? Der Mann, der die lateinische Sprache so wenig gebraucht hat, daß die törichte Nachrede, er habe sie überhaupt nicht verstanden, gelegentlich noch später Glauben fand, konnte unmöglich auf den Gedanken verfallen, den in vielen Drucken verbreiteten Traktat demselben Leserkreise einmal in einem andern fremdartigen Gewande vorzuführen. Das wäre dem praktischen Publizisten, der am liebsten sein eigener Buchdrucker und Buchhändler war und die Frage des Absatzes seiner Schriften wohl erwog, überhaupt nicht zuzutrauen. Wir dürfen von vornherein annehmen, daß Franck zur Übersetzung greift, weil dem Publikum, das er im Auge hat, der Traktat im Original nicht zugänglich gewesen wäre. Aber wo ist dieses Publikum zu suchen? Hegler nimmt als Francks Absicht an, den schlichten deutschen Theologen „in die Gelehrtenrepublik der Welt einzuführen". Ich möchte dagegen einwenden, daß es der innersten Neigung Francks fern lag, ein spezifisches gelehrtes Publikum als Leser seiner Schriften vorauszusetzen, und seiner praktischen Art, auf einen so allgemeinen und unbestimmten Kreis schriftstellerisch einzuwirken; ich meine, wir müssen uns die Frage vorlegen, ob wir in diesem Falle den Kreis seiner Leser nicht noch genauer bestimmen können. Allerdings scheinen allerhand Stellen in der Vorrede zu seiner Übersetzung darauf hinzuweisen, daß er zu Nichtdeutschen spricht, oder jedenfalls als Deutscher zu

Leuten, die nicht seiner Sprache sind. Er hat sich zur Übersetzung dieser „vere Germana sincera et ultramundana theologia" entschlossen, damit auch Lateiner, Griechen und Juden etwas von den Deutschen zu entlehnen hätten; er beginnt die Darstellung seines geistigen Bildungsganges mit den Worten: „nam Germanus natus et in barbaro seculo"; geradezu rührend vermählt sich, wie nur sonst bei Luther, der deutschnationale Sinn und die besondere Richtung seiner Frömmigkeit, wenn er ausführt, wie in der Gegenwart, so sei Gott immer ein Gott der Deutschen gewesen, der in diesem deutschen Theologen — neben Thomas a Kempis und Johann Tauler — seiner Kirche so viel mitgeteilt habe, wie nur einem aus der Zahl der Juden, Lateiner und Griechen. Bei der letzten Wendung könnte es schon fraglich sein, ob ein so ausgeprägter Nationalstolz zur Einführung des Büchleins bei einer ganz fremden Nationalität — man hätte ja von Basel aus an das französische Sprachgebiet denken können — besonders geeignet gewesen wäre; auch die mehrfache Einfügung deutscher Zitate würde eine solche Annahme nicht unterstützen.

Aber man braucht auch nicht an eine fremde Nationalität zu denken, sondern nur an Leser, die den oberdeutschen Dialekt Francks und der Deutschen Theologie nicht verstanden. Wir haben sonst meines Wissens nur zwei Beispiele, daß Franck die lateinische Sprache zu längeren Ausführungen benutzt hat, einmal in dem bekannten Brief an Johannes Campanus (1531), der vom Niederrhein stammte, und zweitens den von Basel aus geschriebenen Brief an die Christen in Niederdeutschland, den er auf Veranlassung des Johann von Beckestein in Oldersum (in Ostfriesland) verfaßte. Er griff also zu diesem Auskunftsmittel nur in Fällen, wo er mit seiner hochdeutschen Schreibart nicht verstanden wurde; die Trennung des niederdeutschen und hochdeutschen Dialektes machte ja, wie wir aus vielen Beispielen in der Reformationszeit wissen, auch dem religiösen Prediger und Schriftsteller eine Wirksamkeit jenseits der Sprachgrenze fast unmöglich; „wenn ich eure Sprache inne hätte, so würde ich so ziemlich predigen können", schreibt der Niederländer Hardenberg, der in Köln und Bremen ganz wohl fertig wird, an Blarer in Konstanz.

Nun verrät gerade das Schreiben an die Christen in Niederdeutschland, daß Franck in der letzten Zeit seines Lebens, als er auch an der vorliegenden Übersetzung der Deutschen Theologie arbeitete, eine Fühlung mit Anhängern in den Niederlanden gewonnen hatte. Sollte er nicht für sie, die die Deutsche Theologie im Original nicht lesen konnten, die Übersetzung veranstaltet haben? Die Vermutung läßt sich um so weniger abweisen, als die einzige Handschrift heute in der Bibliothek der Vereenigden Doopsgezinten Gemeente zu Amsterdam erhalten und dorthin gelangt ist „ex libris Egberti Aemilii van Amerongs“.

Es wäre allerdings von großem Interesse, diesen Vorbesitzer der Handschrift nachzuweisen. Doch haben meine Nachforschungen bisher nur zu einem negativen Ergebnis geführt. Nach einer sehr gefälligen und mich zu Danke verpflichtenden Mitteilung des Herrn Stadtarchivars S. Muller in Utrecht kommen in den beiden vornehmen Familien Borre van Amerongen und Taets van Amerongen (die Form „Amerongs“ ist unmöglich, vielleicht unrichtig gelesen), aus denen im 15. und 16. Jahrhundert Mitglieder in städtischen Würden in Utrecht genannt werden, die verhältnismäßig seltenen Namen Egbert und Aemilius gar nicht vor; es bliebe danach die wahrscheinlichste Annahme, daß er überhaupt diesen Familien nicht zuzurechnen, sondern ein Bürger gewesen ist, der aus dem Dorfe Amerongen, einige Stunden östlich von Utrecht, stammte und den patronymischen Namen Egbertus Aemilii, Egbert Amelisz. (Sohn des Amelis) führte. Wo wir diesen zu suchen haben, wird uns nur ein günstiger Zufall oder ein holländischer Lokalforscher sagen können.

Er gehört möglicherweise noch selber zu der weit umher zerstreuten Gemeinde alleinstehender religiöser Gesinnungsgenossen und Freunde, an die Franck bei seinen Schriften dachte und mit denen er auch wohl persönliche Fühlung gewann, wie der Edelmann Friedrich von Thumm in Köngen in Schwaben, der Säckelmeister Eberhard von Rumlang in Basel, der alte Bernhard Besserer und andere Gleichgesinnte im Rate zu Ulm, der Bürger Christoffer Utmann zu Annaberg, Gatte der aus Nürnberg gebürtigen Barbara Utmann (die das Spitzen-

klöppeln im Vogtlande einführte), dem er seine Sprichwörtersammlung widmete, jener Johann von Beckestein in Oldersum und manche andere, deren Namen wir nicht einmal kennen und von denen Franck einmal sagt: „ob ich wol new freund on prob schwerlich pfleg anzunemen, so pfleg ich doch die einmal angenommenen tief in meinem herzen zu begraben und ewig zu behalten, es sei dann, das an in entwind und sie mir die freundschaft auffsagen."

Immerhin, wo immer wir diesen unbekannten Liebhaber Franckscher Schriften zu suchen haben, wir werden in eine Landschaft geführt, in der wir auch anderen Spuren des Franckschen Nachlasses begegnen: einige Meilen westlich von Amerongen, in Gouda, beginnt man am Anfang des 17. Jahrhunderts die im Original niemals zum Druck gelangten letzten Traktate Francks, über die noch zu sprechen sein wird, ins Holländische zu übersetzen; es ist wohl kaum eine Frage, daß sie sich dort in irgendwelchen Händen handschriftlich erhalten hatten, wie es bei der Übertragung der Deutschen Theologie nachweislich der Fall ist.

Welcher Art diese Verbindung Francks mit Gleichgesinnten in den Niederlanden gewesen sein mag, ob sie gar zum Schluß zu einer persönlichen Anknüpfung geführt hat, das steht freilich dahin. Auch die letztere Möglichkeit würde nicht ausgeschlossen sein. Wir wissen nicht, wann und wo Franck gestorben ist; nachdem wir ihn zuletzt in Basel finden, stirbt er unbekannt und verschollen, höchstwahrscheinlich aber n i c h t in Basel: nach einer, allerdings mit Klatsch verbrämten Äußerung Melanchthons ist ihm die Stadt Ulm und B a s e l verboten worden. Der Umstand, daß er also kurz vor seinem Tode seinen Fuß noch einmal weiter setzen mußte, würde hinlänglich die merkwürdige Tatsache erklären, daß über seinen Tod keine briefliche Aussage vorliegt (wie hätte dies bei den vielen gelehrten Briefschreibern in Basel ausbleiben können!) und überhaupt die Nachricht erst so spät nach Deutschland gedrungen ist, daß Luther und Freder, ohne es zu wissen, noch gegen einen Toten ihre Schmähungen richten konnten.

Diese Tatsache, zusammengehalten mit dem Verbleib von Francks letzten Arbeiten, eröffnet eine Möglichkeit, der man noch

weiter nachzuspüren hätte; zum mindesten seine Handschriften, wenn nicht ihr Verfasser selber, sind am Ende ihres Lebens rheinabwärts gewandert und haben die alte historische Verbindung der oberdeutschen und niederländischen Sektierer erneuert.

Die weitere, jetzt von Hegler zuerst ans Licht gezogene Gruppe Franckscher Schriften leitet durch ihre literarische Überlieferung noch direkter zu den Niederlanden hinüber: es sind mehrere Traktate, die nur in seltenen holländischen Drucken aus dem Anfang des 17. Jahrhunderts erhalten sind: der erste „Vom Reiche Christi" betitelt und mit einigen Anhängen in den Jahren 1611 und 1617 in Gouda bei Jasper Tournay gedruckt, die beiden andern: „Von der Welt, des Teufels Reich", mit einem Anhang über den Pöbel, und „Von der Gemeinschaft der Heiligen" ebenda im Jahre 1618 herausgekommen; alles Übersetzungen aus dem Hochdeutschen, von verschiedenen Übersetzern, aber wohl aus demselben Kreise von Geistesgenossen Francks stammend. Der Übersetzer des ersten Traktats ist nachweislich der reformierte Prädikant Herbold Thomberg in Gouda. Gouda war damals ein Sitz spiritualistischer Sektiererei, und es ist erklärlich, daß man in diesen Kreisen auf die Schriften Francks zurückgriff; man übersetzte sowohl mehrere seiner früher im Druck erschienenen Werke, wie die Paradoxa und das Kriegsbüchlein des Friedens, als auch die handschriftlich erhaltenen Traktate, so daß es hier in niederländischer Sprache mehrere Menschenalter nach seinem Tode zu einer Art von Renaissance seiner Werke gekommen ist. Einen zweiten Übersetzer Francks weist Hegler in der Person eines David Willems Camerlinck nach; wenn er ihn auf Grund einer Münchener Handschrift (c. germ. 4379) auch als Übersetzer von des Paracelsus Auslegung der im Karthäuserkloster in Nürnberg gefundenen Figuren wiederfindet, so dürfte daran zu erinnern sein, daß er den Weg zu dieser Arbeit des Paracelsus vielleicht durch die Vermittlung Francks, der eben diese Schrift in seiner Geschichtsbibel zitiert, gefunden haben dürfte.

Diese Traktate bilden einen Zyklus, der ganz im Sinne der beliebten Franckschen Antithesen: Geist und Schrift, Gottes Reich und Welt gedacht ist und von vornherein vom Autor als

eine zusammenhängende Produktion beabsichtigt war. Wegen ihrer Seltenheit sind diese Schriften bisher wenig beachtet worden, und in den zerstreuten literarischen Notizen darüber finden sich, so zuletzt noch bei C. A. Hase, die mannigfachsten Irrtümer und Verwechselungen, denen nunmehr ein Ende gemacht worden ist. Nach den Proben zu urteilen, die aus jedem der auszugsweise mitgeteilten Traktate gegeben werden, sind in ihnen kaum Gedanken enthalten, die nicht in einer gleichen oder einer ähnlichen Fassung zerstreut auch sonst bei Franck vorkämen. Das Eigentümlichste ist nur die Art der Zusammenstellung, die Komposition, die Form des religiösen Traktates ohne die sonst beliebte Anlehnung an irgendwelche Vorbilder. Auch in diesen Schriften wie in der Deutschen Theologie, an deren Muster die Schreibweise stark erinnert, werden die mystischen Elemente in Francks religiösen Bildung besonders sichtbar.

Sehr scharf ist besonders die polemische Wendung gegen die Prediger der neuen Kirchen in dem Traktat von der Welt, des Teufels Reich. „Die Papisten und die Evangelischen sagen uns zur Zeit alle, daß man muß neugeboren werden . . aber wer tut es? Sankt Niemand." Mit einer gewissen Vorliebe wendet sich Franck auch hier gegen die Neigung der Prediger, alle und jede Entstellung und Entartung des christlichen Glaubens auf den Papst allein zu schieben: „Der Papst muß nun in allen Spielen sein und das Gelage bezahlen, als ob er den Braten allein aufgegessen hätte, der hat es nun allzumal getan und ist allein der Teufel." „Das tut dieselbe Welt, die vermeinten Evangelischen, die da denken: Christus hat die Zeche bezahlt, so trinkt sie auf seine Kreide." Es ist ein Lieblingsgedanke Francks, dem man eine beschränkte Berechtigung nicht absprechen darf, daß die historisch ganz verständliche Polemik gegen die alte Kirche oft das Auge von den eignen Schwächen ablenkt, zu überheblicher Anmaßung ob der eigenen scheinbaren Vortrefflichkeit und zum Verkennen der wirklichen Aufgaben eines frommen Christen führt. Er hat manchmal sehr bittere Worte darüber gefunden, die auch in den Jahrhunderten nach ihm von nachdenklichen Leuten wohl einmal verdienten gelesen zu werden. Weil er das Bewußtsein hat, daß das Reich Gottes

unter Menschen jeglichen Glaubens zu finden ist, so weiß er umgekehrt auch, daß der Teufel sein Reich unter allerlei Glauben, unter dem Papst, Luther, Zwingli, den Wiedertäufern hat. „Es ist Unrecht, daß man alle Schrift auf den Papst auslegt, der verziert nun alle Predigtstühle und ist der Prädikanten heiliger Geist, der ihnen, wenn sie nichts mehr im Kropf haben und das Ührchen noch nicht ausgelaufen ist, Mund und Weisheit gibt. Dann beginnt man ein Liedchen von dem Papst zu singen und wäscht sich mit des Papstes Unreinheit. Es wäre nun einmal genug mit dem Papst getändelt, wir brechen viel ab und bauen nichts an die Stelle. Was hilft es, zu wissen, daß der Papst ein Bube ist, wenn wir nicht besser sind!" In diesen Ausführungen und auch an manchen andern Stellen klingt die bittere Erinnerung an seine Vertreibung von Ulm wieder. Und zugleich an persönliche Stimmungen und Erfahrungen, wie sie auch in dem Brief an Campanus ausgesprochen sind, erinnert es, wenn Franck die Behinderung der einzelnen Christen durch weltliche Rücksichten beklagt. „Wie kann der Christ predigen, der selbst in der Welt befangen ist. Wir begeben uns sogleich in den ehelichen Stand, als ob die Welt unsere ewige Heimat wäre. Alsdann ist unsere Predigt gefangen und unsere Zunge an den Lohn gebunden, wir mögen nimmermehr die Wahrheit frei aussprechen, die Sorge für Weib und Kind fesselt an die Welt."

Zum Schlusse noch eine Anregung. Hegler hat mit Recht auf einen Abdruck des ganzen Inhalts dieser Schriften verzichtet; es würde eine unnötige Aufwendung von Zeit, Mühe und Kosten sein. So würde auch eine Neuausgabe von Francks Schriften, deren Drucke zum Teil recht selten sind, keine Berechtigung haben; das verbieten ihr zum Teil kompilatorischer Charakter, ihre manchmal endlosen Breiten und Wiederholungen schon von selbst. Ein solches Unternehmen würde in keinem Verhältnis zu der geistigen und religiösen Bedeutung Francks neben den führenden Geistern stehen. Aber unser Zeitalter, das die großen Gründer der neuen Kirchen durch umfassende und monumentale Gesamtausgaben ihrer Werke ehrt, neuerdings auch Zwingli den Männern erster Ordnung zugesellt, könnte diesen einsamen, aus allem Kirchentum sich in eine freie

geistige Christengemeinschaft hinaussehnenden Manne wenigstens ein bescheideneres Denkmal setzen: nicht eine Gesamtausgabe, sondern eine Auswahl aus seinen Werken, die in einem oder zwei Bänden den geistigen Gehalt seines Strebens zusammenfaßt: die Briefe sammelt, die Vorreden zu seinen Werken, charakteristische Stellen aus seinen religiösen und historischen Werken, alles das ausgesprochen Persönliche, das ihm, bei aller vielseitigen Abhängigkeit nach den verschiedensten Seiten hin, doch eine besondere Stellung gibt, die scharfe Kritik des Bestehenden in Staat und Kirche, wie auch den Kern dessen, was er nach der positiven Seite als seine Auffassung wahren Christentums vertreten hat. Ein solches Buch, das keines der Elemente seiner Bildung vernachlässigen dürfte, sondern ein jedes gleichmäßig heranzuziehen hätte, würde, mit kritischem Takt und historischem Verständnis ausgewählt, vielleicht ebenso nützlich sein — wissenschaftlich u n d praktisch — und gewiß noch mehr Leser finden als manche jener großen Gesamtausgaben, die allein in die Hände der Gelehrten kommen.



Nachweise

S. 1. Der Kaiser und die Nation. Erschien als selbständige Broschüre im Verlage von Carl Winters Univ.-Buchhandlung in Heidelberg 1913. Noch ausführlicher habe ich dasselbe Thema für ein ausländisches Publikum behandelt in dem Artikel: »Germany under William II 1888—1913« in der Londoner »Quarterly Review« Nr. 437 (Oktober 1913), 556—581.

S. 21. Die Ideen von 1813 und die deutsche Gegenwart, zuerst in: Recht und Wirtschaft, 2. Jahrg. (Oktober 1913), 275—280.

S. 37. Amerika und die Großen Mächte, zuerst in: Studien und Versuche zur neueren Geschichte. Max Lenz gewidmet von Freunden und Schülern, Berlin, Gebrüder Paetel, 1910, S. 421—480. Mit einem Angriff, den Alfred H. Fried in einem Artikel („Amerika durch die europäische Brille gesehen") in seinem Organ „Die Friedenswarte" 12, 189 ff. gegen mich richtete, habe ich mich in einem Aufsatz „Amerikanischer Imperialismus und europäischer Pazifizismus", Preußische Jahrbücher 144 (1911), 225—234 unter Anwendung angemessener Deutlichkeit auseinandergesetzt. Bei der Durcharbeitung und Erweiterung meiner Abhandlung für diese Sammlung habe ich einzelnes daraus übernommen. Besonders weise ich auch hier auf die Dissertation meiner Schülerin Frl. Gertrud Philippi „Imperialistische und pazifizistische Strömungen in der Politik der Vereinigten Staaten während der ersten Jahrzehnte ihres Bestehens 1783—1815" (Heidelberg 1914) hin, die zumal für die in meiner Abhandlung nur eben gestreiften Zeiten Washingtons und Hamiltons das Problem mit Schärfe und Sachkenntnis durcharbeitet und vertieft.

S. 95. Die deutsche Auswanderung nach Amerika und das Deutsch-Amerikanertum vom 17. bis 19. Jahrhundert, zuerst in: Jahrbuch des Freien Deutschen Hochstifts (Frankfurt a. M. 1912), S. 1—25. Ich möchte ausdrücklich betonen, daß es sich nicht um einen Abdruck der fünf Vorträge selbst, sondern nur um eine etwa auf den fünften Teil des Umfangs reduzierte Berichterstattung über diese Vorträge handelt, wie sie in der genannten Veröffentlichung üblich ist.

S. 121. Deutschland und Österreich seit der Gründung des Neuen Reiches (1871—1911), zuerst in: Deutsche Rundschau 37 (1911), S. 126—140.

S. 145. Ein großdeutscher Politiker: Albert Schäffle, zuerst in: Historische Zeitschrift 96 (1906), 243—258.

S. 165. Deutschland und England. Heeres- oder Flottenverstärkung? Erschien zuerst als Broschüre im Verlage von Carl Winters Univ.-Buchhandlung in Heidelberg 1912. Zur Beurteilung der Rede ist die Zeit, in der sie gehalten wurde, Januar 1912, in Betracht zu ziehen; es war die Zeit, in der die Volksstimmung bei uns unter den Nachwehen der Marokko-Kongo-Krise auf das äußerste erregt war (damals ließ ein unter dem maritim klingenden Pseudonym schreibender Journalist „Lookout" seine unverantwortlichen Phantasien los) und zugleich die englische Regierung gewisse erste vorbereitende Schritte für eine Entspannung in Berlin getan hatte; die deutsche Reichsregierung stand am Scheideweg, und die Meinungen in ihr waren geteilt. Die Aufnahme meiner Rede war bei denjenigen breiten Schichten in Deutschland und England, denen sie unerwünscht kam, in charakteristischer Weise verschieden. In Deutschland erklärten alldeutsch gestimmte und von extremen Flottenenthusiasten beeinflußte Blätter sie für eine schlappe Retirade, in England dagegen entsetzte sich die konservative und nationalistische Presse, wie die „Morning Post", die auf Veranlassung von Prof. Spencer Wilkinson in Oxford eine Übersetzung der Broschüre brachte, über den »marvellous cynicism« meiner historisch-politischen Urteile; von der »National Review« ganz zu schweigen, die sie als Kampfmittel gegen die eben damals einlenkenden Mitglieder des Kabinetts Asquith auszubeuten suchte. Der Verlauf in den Jahren 1912 und 1913 hat den nationalistischen Kritikern diesseits und jenseits des Kanals nur Enttäuschungen gebracht. Es bedarf keines Nachweises, daß die beiden Zielpunkte der Rede, englische Verhandlungsgeneigtheit und Verlegung des deutschen Rüstungsschwerpunktes, ihre praktische Bestätigung durch die seitherige Gestaltung der auswärtigen Politik gefunden haben.

S. 191. Über die Nationalität hinaus, zuerst in: Preußische Jahrbücher 154 (1913), 540—546. Der kleine Artikel wird hier wiederholt, als Ausdruck der Hochachtung und als Erinnerung an eine mir sehr erfreuliche persönliche Berührung, die ich mit Lord Haldane in London im April 1913 gewann, zugleich als ein Dokument der im Laufe des letzten Jahres auf beiden Seiten veränderten Stimmungen. Eben darum mag sein Platz hinter der Rede vom Januar 1912 sein: als eine Fortführung und Ergänzung.

S. 203. Politik, Geschichtschreibung und öffentliche Meinung, zuerst in: Deutsche Monatsschrift für

das gesamte Leben der Gegenwart, begr. von Julius Lohmeyer, III. Jahrg. (1903/04), 355—373, 526—542. Neuerdings habe ich mich über einzelne dieser Fragen ausgesprochen in: Äußerungen zur Werturteildiskussion im Ausschuß des Vereins für Sozialpolitik (als Manuskript gedruckt 1913), S. 37—44.

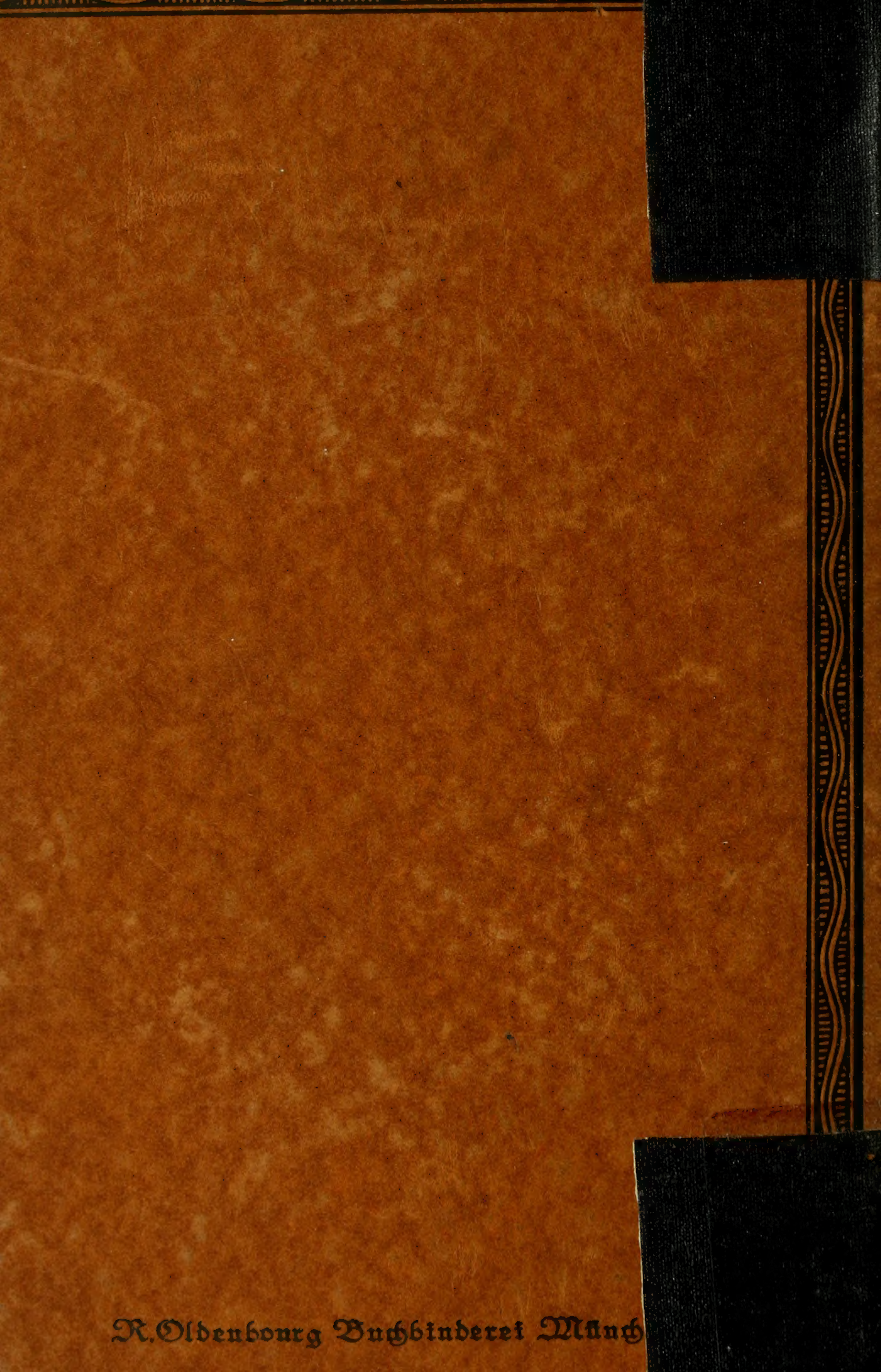
S. 247. Der hessische Staat und die Landesuniversität Gießen. Veröffentlicht Gießen 1907, Hof- und Universitätsdruckerei O. Kindt; sowie als Programm Sr. Kgl. Hoheit dem Großherzog von Hessen und bei Rhein Ernst Ludwig zum 25. August 1907 gewidmet von Rektor und Senat der Landesuniversität, Gießen 1907.

S. 273. Sebastian Franck als Historiker, zuerst in: Historische Zeitschrift 82 (1899), 385—435. Der Aufsatz ist ursprünglich am 28. Oktober 1897 als Habilitationsvorlesung vor der Philosophischen Fakultät der Universität Berlin gehalten worden und in der vorliegenden Gestalt im April 1898 abgeschlossen.

S. 321. Aus den letzten Jahren Sebastian Francks, zuerst in: Monatshefte der Comenius-Gesellschaft, hrg. von L. Keller, XI (1902), 86—101. Zu S. 340: Daß sogar religiöse Traktate Francks in neuerer Zeit eine (wenigstens buchhändlerische) Auferstehung erleben würden, war damals noch nicht vorauszusehen.






R.Oldenbourg Buchbinderei Münch